

Protokoll Kreistagssitzung am 12.12.2024

Vorsitzender:

Liebe Anwesende, bevor ich die heutige Kreistagssitzung eröffne, lassen Sie mich kurz ein paar Sätze verlieren. Ich möchte offiziell auch auf die Geschehnisse der letzten Kreistagssitzung eingehen. Wie Sie wissen, habe ich die Sitzung nach über fünf Stunden wegen Unruhe und aus meiner Sicht unproduktiven Verlaufs abgebrochen. Das war und ist — nach jetziger Betrachtung — auch richtig gewesen. Ich danke allen Abgeordneten aber auch den Zuhörern und der Presse für die positive Resonanz, die ich durch meine Entscheidung im Nachgang der Sitzung bekommen habe.

Wir als Kreistag, wir sind ein Ort der konstruktiven Diskussion, der demokratischen Meinungsbildung und des gegenseitigen Respekts. Lassen Sie uns heute gemeinsam sicherstellen, dass die heutige Sitzung im Sinne der Geschäftsordnung verläuft und lassen Sie uns auch gemeinsam sicherstellen, dass wir alle Tagesordnungspunkte mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und der gebotenen Professionalität behandeln.

Ich werde dazu einiges beitragen. Ich habe mich auch heute dazu entschieden, ich bin ja nebenbei auch noch Vorsitzender des Finanzausschusses, hier zum Haushalt heute nicht zu reden, sondern mich ganz konzentriert auf den Haushalt vorzubereiten in der Leitung und das Reden überlasse ich in der heutigen Sitzung insbesondere meinem Stellvertreter, Herrn Dr. Holger Schütte vom Bündnis 90 / Die Grünen.

Bevor ich jetzt offiziell eröffne, bzw. ich kann ja jetzt offiziell eröffnen, ich darf Sie alle zu der heutigen 6. und hoffentlich letzten Sitzung des Kreistags in diesem Jahr begrüßen. Ich begrüße insbesondere unseren Landrat, gemeinsam mit seiner Verwaltungsspitze, ich darf die Vertreter des Jugendparlaments begrüßen, ich darf die Gäste und Zuhörer begrüßen und insbesondere Sie, liebe Kreistagsabgeordnete und Abgeordneten. Besonders begrüßen möchte ich heute die Presse. Ich darf Herrn Wedig und Herrn Kaiser einmal nach vorne bitten. Herr Mai ist heute nicht da. Sonst werden immer Leute geehrt, die für zehn, 15 oder 20 Jahre Verdienste hier im Kreistag haben oder Abgeordnete, die einen runden Geburtstag haben, aber Sie, lieber Herr Wedig und Herr Mai, der heute nicht da ist, und Sie Herr Kaiser, Sie sind immer präsent bei unseren Sitzungen, egal ob wir drei Stunden sitzen, egal ob wir sechs Stunden sitzen oder heute vielleicht mehr als sechs Stunden, und Ihre eigentliche Arbeit beginnt dann im Anschluss an die Sitzung, dafür möchte ich mich — sicherlich im Namen aller Abgeordneten und der Verwaltung — herzlich bei Ihnen bedanken. Ich habe Ihnen ein kleines Präsent mitgebracht für dieses Jahr, ein bisschen was zum Naschen und ein bisschen was zum Trinken.

So, dann kommen wir zur Tagesordnung. Dann darf ich bei der Begrüßung auch feststellen, dass ordnungsgemäß geladen wurde, dass wir heute beschlussfähig sind und dass wir eine sehr umfangreiche Tagesordnung vor uns liegen haben. Zu dieser Tagesordnung gab es auch bereits Anträge, die neu zu strukturieren,

insbesondere auch von der FDP-Fraktion, der Unabhängigen und von dem Abgeordneten BosseArbogast.

Mein Vorschlag vorab zu der heutigen Tagesordnung: Nehmen Sie sich bitte alle ein weißes Blatt Papier, denn nach Tagesordnungspunkt 6, wenn der Landrat über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses gesprochen hat, dann werden wir folgende Punkte vorziehen:

Tagesordnungspunkt 6.1 wird auf der Ihnen vorliegenden Tagesordnungspunkt 29 sein. Also alles rund um das Rettungswesen, Rettungsdienst wird der Tagesordnungspunkt 6.1.

Anschließend ziehen wir den Tagesordnungspunkt 18 vor, alles rund um Volkshochschule. Volkshochschule wird demzufolge der neue Tagesordnungspunkt

6.2.

6.3 wird der Tagesordnungspunkt 20, den ziehen wir auch vor, alles rund um Kindergarten, den neuen Vertrag etc., also Kita-Vertrag ist der neue Punkt 6.3. Der auf der Ihnen vorliegenden Tagesordnung Punkt 26 wird ebenfalls vorgezogen, da geht es um die Fachkräftesicherung und Management, das wird dann 6.4.

Und wir ziehen den Tagesordnungspunkt 27 ebenfalls vor, da geht es um den Antrag auf Förderung bezüglich Radius, das wird der Tagesordnungspunkt 6.5.

Also:

6.1 Rettungswesen

6.2 Volkshochschule

6.3 Kita

6.4 Fachkräfte und

6.5 Radius.

Das sind alles Tagesordnungspunkte, die auch unmittelbar mit dem Haushalt zu tun haben, deshalb werden wir sie beim Tagesordnungspunkt 6 vorziehen.

Darüber hinaus darf ich Sie in Kenntnis setzen, dass der Tagesordnungspunkt 21 , da geht es um Abschluss eines Generalübernehmervertrages, der muss in den nicht öffentlichen Teil, den nehmen wir also vom öffentlichen Teil runter und schieben ihn in den nichtöffentlichen Teil.

Das sind zunächst die Änderungen und Vorschläge von mir. Gibt es seitens der Fraktion weitere Änderungsvorschläge? Dann Herr Prior, Sie dürfen als erstes, Herr Prior für die CDU-Fraktion, anschließend Herr Bosse-Arbogast als Einzelabgeordneter.

Friedhelm Prior (CDU):

Herr Vorsitzender, sehr verehrte Damen und Herren, wir schlagen vor oder bitten darum, den TOP 31 zu streichen, den TOP 3 im nichtöffentlichen Teil.

Einwurf Vorsitzender: Herr Prior, der nicht öffentliche Teil, das machen wir nachher, sonst wird es zu kompliziert.

Und wir regen an, den TOP 20 bzw. jetzt 6.3 von der Tagesordnung zu nehmen, da geht es um den neu vorgeschlagenen Kita-Vertrag. Sollte die Verwaltung, die den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hat, den nicht von der Tagesordnung nehmen,

dann werden wir nachher den Antrag zur Geschäftsordnung stellen, den Punkt in die Ausschusssitzung verweisen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Okay. Also ganz offiziell möchten Sie, dass der Punkt 31 von der Tagesordnung genommen wird, das machen wir, die anderen Punkte im nichtöffentlichen Teil machen wir nachher. Und der andere Punkt machen wir dann auch, wenn er aufgerufen wird.

Friedhelm Prior (CDU):

Also ich hatte ja darum gebeten, dass die Verwaltung den Punkt von der Tagesordnung nimmt, wir können das ja nicht beschließen, das ist das Recht jedes Abgeordneten und Verwaltung, einen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen. Wenn wir meinen, das ist nicht beschlussreif, wäre es zweckmäßig, ihn runterzunehmen, die Verwaltung kann das aber anders sehen, das war nur eine Bitte, wenn es drauf bleibt, okay, dann werden wir nachher zur Geschäftsordnung beantragen.

Landrat Bernd Lynack:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, da ich direkt angesprochen worden bin, Herr Prior, wir haben ihn auf die Tagesordnung gesetzt, und wir haben auch zu Beginn der Kreistagssitzung nicht gesagt, dass wir gedenken, ihn von der Tagesordnung zu nehmen, von daher ist er auf der Tagesordnung. Wir ziehen den Punkt nicht zurück.

Vorsitzender:

Gut, dann ist das geklärt. Gibt es weitere Änderungen?

Michael Bosse-Arbogast:

Ja Herr Vorsitzender, Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 6.3, das ist die Beschlussvorlage Kita-Vertrag mit allen dazu vorliegenden Änderungen, Ergänzungen, jetzt von der Tagesordnung zu nehmen. Ich bitte auch darum, darüber gleich abzustimmen und ich begründe diesen Antrag wie folgt:

Wir haben vor genau zehn Tagen, am 2. Dezember, im Fachausschuss Finanzen eine Vorlage der Verwaltung bekommen zu diesem Kita-Vertrag. In dieser Sitzung habe ich nach Studium am Wochenende, weil es erst am Freitag zugestellt worden ist, festgestellt, dass der Vertrag rechtsfehlerhaft ist, dass es handwerklich-juristisch nicht in Ordnung war und habe das zur Kenntnis gegeben und darum gebeten, dass die Verwaltung ihn zurückzieht und neu macht.

Die Antwort der Verwaltung am 2. Dezember ist gewesen, dass sie das nicht zurücknehmen können, weil die von mir als rechtlich fragwürdigen Paragraphen 4a des Vertrages ausdrücklich von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und nicht von der Landkreisverwaltung gewollt gewesen ist. Daraufhin habe ich gesagt, dass es keine Rolle spielt, wer es haben will, entscheidend ist, dass wir etwas beschließen sollen, was nicht in Ordnung ist. Es blieb dabei und musste auf der Tagesordnung so bleiben und das ist entsprechend entschieden worden im Finanzausschuss.

Keine drei Tage später ist genau dieser Punkt geändert worden, der am Montagnachmittag nicht änderbar war. Und wir hören seitdem, dass gar nicht die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister diesen Passus haben wollten, sondern die Landkreisverwaltung. Ich kann das nicht aufklären und will das auch nicht aufklären, weil das Angelegenheit ist der Damen und Herren, die seitdem verhandeln. Ich kann nur sagen, dass eine angemessene Vorbereitung im Finanzausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt nicht möglich gewesen ist. Wir haben aber die Ausschüsse, um genau dieses zu tun, nämlich anständig vorzubereiten, Detailfragen in den Fachausschüssen zu klären, dazu haben wir heute gar nicht die Möglichkeit, dann würden wir ja nicht über sechs, sondern über zehn Stunden sprechen für diese Sitzung, und weil das so ist, ist meine dringende Empfehlung, heute nicht dieses Thema zu behandeln, inzwischen gibt es ja noch mal wieder eine neue Änderung, die ich als Berufstätiger gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen konnte und bitte darum, das zurückzuverweisen in mindestens den Finanzausschuss, vielleicht auch noch in weitere Fachausschüsse, damit es eine vernünftige Vorberatung dieses so wichtigen Tagesordnungspunktes und dieses so wichtigen Vertrages für den Landkreis und für alle kreisangehörigen Kommunen gibt. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Gut, Ihren Antrag habe ich vernommen, wir werden weiter sammeln. Vielleicht deckt sich ja das eine oder andere. Herr Preissner für die SPD-Fraktion und Mehrheitsgruppe bitte.

Werner Preissner:

Ja Herr Vorsitzender, Herr Landrat Lynack, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zwei Dinge anzumerken. Zum ersten den Antrag 13.12, also 12, Haushalt, Kurbetriebsgesellschaft, Verlustabdeckung, der Gruppe, den ziehen wir hiermit zurück. Und der zweite Punkt, der betrifft uns indirekt, weil wir hatten uns in der letzten Sitzung — es geht um den Tagesordnungspunkt 36 und ich habe vorhin mit Herrn Prior darüber gesprochen als der eigentliche Antragsteller, dass wir in unserer Fraktion diesen Punkt noch nicht beraten konnten. Wir waren so verblieben, dass für diesen Fall der dann in die erste Quartalssitzung, Kreistagssitzung in 2025 käme. Und wenn Herr Prior jetzt nickt, dann könnte man diesen Punkt auch runternehmen, er nickt, ich habe das jetzt übersetzt, und damit habe ich diesem formalen Teil Genüge getan.

Ich persönlich möchte unter diesem Tagesordnungspunkt etwas sagen. Herr Vorsitzender, ist das recht, dass ich das jetzt hier mache?

Vorsitzender:

Nein, wir sind in der Aufstellung der Tagesordnung, zu dem Inhaltlichen...

Werner Preissner:

...würde ich mich noch mal zu melden. Es geht um die Form der Sitzung heute. Ich bitte mich dann wiederholt anzusprechen, damit ich das machen kann. Danke.

Vorsitzender:

Gibt es weitere Änderungswünsche? Herr Stuke für die Fraktion Die Unabhängigen bitte.

Josef Stuke:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, ich schließe mich dem Antrag an, den Tagesordnungspunkt 6.3, das betrifft den Neuabschluss des Kita-Vertrages, heute von der Tagesordnung zu nehmen. Wir haben zu diesem Thema schon vor Wochen eine Anfrage gestellt und nach den finanziellen Auswirkungen der Städte und Gemeinden und zwar für den Zeitraum bis 2028, das ist die mittelfristige Planung. Wir haben bis heute keine Antwort auf diese Anfrage erhalten und wir halten gerade diese Information für wesentlich, um über den Vertrag angemessen beraten zu können, schließlich geht es darum zu wissen, welche Auswirkungen ergeben sich für die einzelnen Städte und Gemeinden. Heute gab es kurzfristig noch eine Ergänzungsvorlage, der war beigelegt nur eine Übersicht über 2025, das halten wir vor dem Hintergrund der weiteren Auswirkungen des Vertrages für nicht ausreichend, zumal dieser Fonds, der zusätzlich aufgelegt werden soll, nur für die Jahre 2025 und 2026 gilt. Deshalb beantragen wir ebenfalls, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen.

Vorsitzender:

Schönen Dank. Weiter zur Tagesordnung hat sich Herr Holger Schröter-Mallohn von Bündnis 90 / Die Grünen aus der Mehrheitsgruppe gemeldet.

Holger Schröter-Mallohn:

Ja Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommt die Gegenrede dazu. Wir sind der Meinung, die Mehrheitsgruppe ist der Meinung, dass der Kita-Vertrag, wie er uns vorgelegt worden ist, denke ich alle Informationen beinhaltet, die ihn auch beschlussreif werden lässt. Dass es für Juristen immer verschiedene Ausführungen geben kann, das ist, glaube ich, nicht so ganz neu, zwei Juristen, drei Meinungen, ich denke mal, darüber kann man sicherlich kräftig streiten, aber wir sind der Auffassung, dass der beschlussreif ist, dass die notwendigen Zahlen vorliegen und sind der Meinung, dass dieser Geschäftsordnungspunkt abgelehnt werden sollte. Danke.

Vorsitzender:

Schönen Dank für die Gegenrede. Nächste Rednerin ist Frau Renner-Köhne für die CDU-Fraktion.

Katy Renner-Köhne:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, noch mal zu dem Antrag von Herrn Prior, er hat ja vorhin genau dasselbe eigentlich beantragt in der Sache wie die FDP und Die Unabhängigen und Herr Bosse-Arbogast, in der Sache sind wir uns, glaube ich, auch sehr einig, dass das heute nicht beschlussreif ist, dieser Antrag zur

Tagesordnung Kita. Anders als Sie, Herr Schröter-Mallohn, sehen wir das eben nicht als entscheidungsreif an, wir können aber rechtlich nicht diesen Antrag stellen aus unserer Sicht, das von der Tagesordnung zu nehmen, sondern das müsste die Verwaltung runternehmen, weil es ein Antrag der Verwaltung ist, eine Vorlage der Verwaltung, so dass wir also in der Sache natürlich dem Antrag zustimmen werden, aber der Meinung sind, dass es rechtlich gar nicht so möglich ist, sondern dass die Verwaltung diesen Tagesordnungspunkt in die Ausschüsse verweisen müsste. Vorsitzender:

Auch schönen Dank für das Statement. Gibt es weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Also, wir haben einige Änderungsanträge. Der am meisten diskutierte ist der rund um Kita, bei der alten Tagesordnung Punkt 20, bei dem neuen ist es 6.3. Hier wurde der Antrag seitens Herrn Bosse-Arbogast und der Unabhängigen gestellt, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen. Herr Prior, bitte schön.

Wir können ihn nicht runternehmen, weil die Verwaltung es nicht möchte. Der Landrat hat eben berichtet, dass er aus seiner Sicht den nicht von der Tagesordnung runternimmt. Jetzt können wir natürlich eine halbe Stunde diskutieren, ob es rechtlich sinnvoll ist, über den Antrag von Herrn Bosse-Arbogast abzustimmen, können wir gerne machen, hilft uns aber en detail nicht und von daher würde ich jetzt — Herr Prior, das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung, bitte schön.

Friedhelm Prior:

Ja Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Landrat, wir werden uns doch hier wohl an Recht und Gesetz halten. Da ist eindeutig geregelt, dass jeder Abgeordnete und auch die Verwaltung das Recht hat, Punkte auf die Tagesordnung zu setzen und keine Mehrheit das verhindern kann. Wenn der Antragsteller es nicht zurückzieht, dann können wir darüber nicht abstimmen. Wenn das so wäre, dann könnte die Opposition einpacken. Weil immer die Mehrheit sagt: Nee, darüber reden wir gar nicht. So und deswegen ist gesetzlich bestimmt und auch gerichtlich entschieden, dass darüber nicht abzustimmen ist- So und deswegen wäre ich sehr dankbar, Herr Landrat, wenn Sie sagen, das ist eine Abstimmung, die nicht zugänglich ist, selbstverständlich habe ich ja angekündigt, werden wir beantragen, das in die Ausschüsse zu verweisen, weil wir auch der Auffassung sind, das ist nicht beschlussreif, unabhängig von den rechtlichen Mängeln. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Also soweit ich informiert bin, ist der Tagesordnungspunkt 20 untergliedert in einer Vorlage, die die Verwaltung eingereicht hat, den können wir natürlich nicht beschließen zurückzuziehen, wenn die Vorlage bleibt, aber natürlich kann die FDP und Die Unabhängigen ihren eigenen Antrag zurückziehen zu diesem Tagesordnungspunkt und Sie auch. So. Das ist meine Grundordnung zur

Geschäftsordnung. Das hätte ich jetzt auch so abgestimmt. Ich frag aber gerne noch mal nach hinten: das ist so korrekt. Also ich wiederhole noch einmal: Herr BosseArbogast hat jetzt keinen Antrag zu dem Tagesordnungspunkt 20 gestellt, aber die

Fraktion, Die Unabhängigen und die FDP. (15 Sek. Pause) Also ich habe mich jetzt eben rückversichert, dann machen wir es tatsächlich so, ich kann jetzt nicht über den Antrag abstimmen, weil die Vorlage von der Verwaltung nicht zurückgezogen wird. Ich hätte jetzt über die einzelnen Anträge, dass die runtergenommen werden, das wird jetzt verneint, demzufolge war das jetzt eine lange Diskussion und auch schönen Dank für die Wortbeiträge, aber sie bleibt damit rein rechtlich auf der Tagesordnung. Wäre sowieso abgelehnt worden, denke ich mal, aber so haben wir das jetzt rechtlich sauber.

Ich darf noch mal zusammenfassen, was wir von der Tagesordnung streichen:

Wir streichen den Tagesordnungspunkt 13.12 und 13.12.1. Der Antrag der FDP oder Unabhängige, 13.12.2 bleibt davon natürlich weiterhin auf der Tagesordnung. Wir streichen auch den Tagesordnungspunkt 31, was war Wunsch der Union. Und wir streichen 36, das war zwischen der Union und der Mehrheitsgruppe so vereinbart. Den Tagesordnungspunkt 21 verschieben wir in den nicht öffentlichen Teil und dann hatte ich gesagt, dass wir fünf Tagesordnungspunkte vorziehen: Unter 6.1 und 6.5, ersparen Sie mir jetzt, dass ich das noch einmal wiederhole. Ist das so vernommen und soll so verfahren werden? Wer so nicht verfahren möge, den bitte ich um das Handzeichen. Wer Enthält sich? Dann ist die Tagesordnung so genehmigt und dann werden wir so durchgehen.

Bevor wir jetzt weiter in die Tagesordnung gehen, hat Herr Preissner gewünscht ans Mikrofon zu kommen, das erlaube ich ihm.

Ich darf in der Zwischenzeit auch noch nachholen, wer sich für die heutige Kreistagssitzung abgemeldet hat. Aus der Mehrheitsgruppe sind es drei Abgeordnete, aus der SPD-Fraktion der Abgeordnete Schmidt, von Bündnis 90 / Die Grünen die Abgeordnete Ludäscher und der Einzelabgeordnete Konstantopoulos, — gestatten Sie mir den Begriff — aus der Opposition haben sich fünf Leute abgemeldet, aus der Union die Landtagsabgeordnete Hopmann sowie die beiden Abgeordneten Ceglarek und Herbst und für die FDP-Fraktion unsere beiden Doktoren, Dr. Jacobs und Dr. Fell, Herr Ebert ist heute für die FDP alleine da.

Gut, das waren die Entschuldigungen.

Herr Preissner, Sie haben das Wort.

Werner Preissner:

Ja vielen Dank Herr Vorsitzender, Herr Landrat Lynack, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte für die Gruppe folgende Aussage zu Beginn unserer Kreistagssitzung voranstellen. Da es aus den Verläufen der letzten Kreistagssitzung ableitbar ist, dass wir auch heute noch um 22 Uhr hier wahrscheinlich zusammen sein werden, haben wir uns als Gruppe mit dem Ablauf dieser Sitzung beschäftigt. Wir haben angesichts der

Tagesordnung, der daraus abzuleitenden Einschätzung, aus den Erfahrungen der Länge der Sitzung die Konsequenz gezogen und wollen uns ausschließlich auf die Einbringungen unserer

Anträge weitestgehend begrenzen. Dabei wollen wir uns auf unsere Antragsbegründungen fokussieren. Sollte es jedoch aus dem Verlauf der Debattenlage notwendig werden, so müssen wir natürlich darauf reagieren.

Außerdem wollen wir uns alle unseren Beitrag dazu leisten, unsere Streitkultur zu verbessern. Wir müssen aus unserer Sicht am notwendigen demokratischen Diskurs im Kreistag arbeiten. Und das bezieht sich auf alle, also auch auf uns als Gruppe. Mögen wir im notwendigen Streit um die richtigen Entscheidungen Frieden wahren. Die Abteilung „Attache“ wollen wir nicht besetzen. Das ist unser Wunsch. Wir würden uns freuen, wenn diese Vorschläge auch von den anderen Parteien geteilt und praktiziert werden. Dieser Appell richtet sich an alle, also auch an unsere Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsgruppe.

Auch so genannte Schlussworte bei der Behandlung von Anträgen sind — wenn nicht absolut nötig — verzichtbar. Bedenken möchte ich noch, dass der zeitliche Umfang unserer Sitzung dem von hauptamtlichen Parlamenten und Berufspolitikern gleicht und nicht dem von ehrenamtlich Tätigen, die am nächsten Tag wieder ihrer Berufstätigkeit, ihrer Beschäftigung nachkommen müssen. Hier müssen dringend

Regeln gefunden werden, die die Ehrenamtlichkeit wieder in den Blickpunkt unserer Sitzung rücken, ganz zu schweigen von den Belastungen für die anwesenden Beschäftigten des Kreistages, die ebenso mitbetroffen sind und ich ergänze, einschließlich der Medien, die ja für eine vernünftige Berichterstattung eben auch das nur in Anwesenheit, also in voller Länge durchführen können. Das macht deutlich, dass hier einiges aus dem Ruder gelaufen ist und dies sollte dringend bearbeitet werden. Wir begrüßen es, dass wir am Ende der Kreisausschusssitzung am letzten Montag unter den Fraktionsvorsitzenden auf einige Verabredungen haben uns verständigen können, die sehr konkret in diese Richtung gehen und lassen Sie mich den Satz noch zu Ende bringen, möge diese Übung gelingen. Für uns alle wäre es gut. Danke schön.

Vorsitzender:

Herr Prior, dann dürfen Sie natürlich auch.

Friedhelm Prior:

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank, dass ich auch etwas Gutes sagen darf. Wir haben ja heute eine Tagesordnungs-Reihenfolge, ich weiß nicht, wie viele Unterpunkte das sind, über hundert, wir haben das in der letzten Sitzung auch erlebt, wir haben erlebt, dass zwischen der Kreisausschusssitzung und der Kreistagssitzung keine Möglichkeit besteht, Fraktionssitzungen durchzuführen. Wir haben erlebt, dass wir keine Protokolle bekommen darüber, was im Kreisausschuss erörtert worden ist, wir haben kein Protokoll von der letzten Kreistagssitzung und das ganze kumulierte immer weiter. Und deswegen haben wir einen Antrag gestellt, die Geschäftsordnung zu ändern. Und diesen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung haben wir gestellt, um zukünftig zu verhindern, dass wir derart umfangreiche Tagesordnungspunkte bekommen, wobei heute ja mehrere Tagesordnungspunkte eine intensive Diskussion erfordern und auch

rechtfertigen würden. Und wir haben es mehrfach erlebt, dass Tagesordnungspunkte, die auch ein großes Interesse in der Öffentlichkeit erwecken, hier gar nicht behandelt werden konnten, weil die Sitzung abgebrochen werden musste. Also Herr Preissner, ich kann Ihren Worten gerne zustimmen, ich muss

allerdings auch sagen, wir haben nicht nur einen Ort der Begegnung und des intensiven Austausches, sondern wir haben auch ein System, was von der Opposition lebt und wenn keine Opposition mehr möglich ist, dann haben wir auch keine Demokratie mehr. Also, das können wir nur üben und darauf haben wir uns ja auch verständigt, Sie haben es gesagt, dass wir uns etwas mehr disziplinieren, aber das setzt auch voraus, dass die Punkte, die allgemein von Bedeutung sind, hier auch tatsächlich erörtert werden können und das setzt voraus, dass wir solche Tagesordnungen zukünftig nicht mehr haben werden. Daran können Sie als Mehrheitsgruppe noch besser arbeiten als wir als Opposition. Ich danke Ihnen für Ihre Worte und für Ihre Geduld, ich danke Ihnen insgesamt. Vielen Dank.

Vorsitzender:

So also, dann denke ich wird die Sitzung heute sehr harmonisch verlaufen und gut.

Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 2. Da geht es um die Genehmigung des Protokolls. Ich habe vernommen, dass die Verwaltung das Protokoll, das Ihnen vorliegt oder zugeschickt wurde, zurückzieht, es wird überarbeitet und wird bei der nächsten Sitzung verabschiedet.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3: Einwohner-Fragestunde. Jetzt sind Sie dran, liebe Einwohnerinnen und Einwohner, gestatten Sie mir kurz, etwas zum Procedere zu erzählen. Ich nehme Sie nacheinander dran. Sie dürfen dann ans Mikrofon gehen. Bitte nennen Sie zuerst Ihren Namen, anschließend Ihren Ort, wo Sie herkommen und dann bitte präzise eine Frage stellen und Ihr Redebeitrag sollte nicht zwei bis drei Minuten überschreiten.

Gut. In dem Sinne, fangen wir an. Der Herr, der sich da schon sehr groß meldet, darf als erstes und dann steigen wir in die Einwohner-Fragestunde ein.

Ja, mein Name ist Lars Wedekind, ich bin 49 Jahre alt, komme aus der Stadt Gronau in der Samtgemeinde Leinebergland und ich bin Verwaltungsfachangestellter beim Landkreis Hildesheim seit 32 Jahren und engagiere mich in der Freizeit im Fußball und in der Kommunalpolitik und deswegen ist mein Thema, was ich hier heute hatte, das, was gerade alle meine Vorredner schon mitgeteilt haben, der Umgang untereinander und der Umgang im Ehrenamt, was die Kommunalpolitiker angeht. Herr Bosse-Arbogast hat gesagt, er konnte sich nicht vorbereiten, weil er berufstätig ist. Herr Prior hat gesagt, es sind so viele Themen auf der Tagesordnung, dass man sich gar nicht vernünftig austauschen kann untereinander. All das stimmt, und ich habe deswegen — ich hatte eigentlich viel mehr, aber Herr Ehrig hat auch zu Recht gesagt, dass er in der letzten Sitzung das so gemacht hat, wie er es gemacht hat, finde ich total gut, dass er es so gemacht hat, zeigt auch, dass man hier doch noch miteinander umgehen kann, wenn man sich an die Regeln hält. Ich komme nun aus dem Fußballsport und halte mich daher eigentlich immer an die Regeln und habe in fast 40 Jahren noch nie eine rote

Karte gekriegt. Meine Frage an die Verwaltung und an die Verwaltungsspitze und Sie alle als Kreistagsabgeordnete ist in drei Teile geteilt.

Wie wollen Sie die Struktur der Kreistagssitzung in Zukunft verändern, dass eine derartig lange Tagesordnung nicht mehr vorkommen wird?

Herr Prior hat gesagt, das sind über 100 Punkte. Ausgedruckt sind es 37

Tagesordnungspunkte mit 94 Untertagesordnungspunkten und 36

Tagesordnungspunkte, die noch nachträglich dazugekommen sind, macht round

about 130 Tagesordnungspunkte. Davon 68 zum Haushalt. 68 Anträge zum Haushalt

und nur vier zum Kita-Vertrag. Der Kita-Vertrag — das sage ich als Kommunalpolitiker

— ist sehr wichtig und wir haben heute Abend auch Ratssitzung in der Samtgemeinde Leinebergland und werden uns dann fast wahrscheinlich zeitgleich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Zweite Frage: Wann kehren Sie zu einer sachlichen und anständigen

Diskussionskultur im Sinne von uns Bürgerinnen und Bürgern und im Sinne auch der Landkreisverwaltung zurück?

Und wie wollen Sie — dritte Frage — in den Fraktionen — und damit meine ich alle Fraktionen — in Zukunft Menschen dazu gewinnen, sich ehrenamtlich zu engagieren, wenn dieses derartige Verhalten, welches teilweise — und das sage ich genauso wie ich das empfinde, wenn ich das lese oder mitbekomme — freundschaften ist bei der aktuellen Diskussionskultur im Kreistag und zum Abbruch von Kreistagssitzungen führt. Wie wollen Sie das machen, wenn die Menschen Sie wirklich unterstützen wollen? Vielen Dank.

Vorsitzender:

Schönen Dank, Herr Wedekind. Es ist ja so, dass bei einer Einwohner-Fragestunde die Verwaltung im Regelfall antwortet, aber viele Fragen, die Sie heute gestellt haben, richten sich an uns, an uns Abgeordnete, ist auch mehr als Appell, ich denke, der erste Schritt ist getan durch die wohlwollenden Redebeiträge vieler Abgeordneter und vieler Vorsitzender, es ist angedacht, die Geschäftsordnung zu verändern, Herr Prior hat es angesprochen, um derartige Sitzungen zu vermeiden. Letztlich ist es aber auch — das steht dann immer im Widerspruch zu den Rechten, die jeder Abgeordnete hat, das Rederecht und das Teilnehmerrecht und vor allen Dingen auch das Recht der Opposition, das hat Herr Prior auch angesprochen, es ist wichtig, dass wir viele Punkte, die wir hier haben, mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und Professionalität behandeln und der Tagesordnungspunkt 6 muss genauso Beachtung finden wie der Tagesordnungspunkt 96. Das ist schwierig. Wir haben eine ganze Reihe an Punkten hier zu behandeln, das gefällt dem einen oder anderen vielleicht nicht so oder er sagt, der eine Punkt ist wichtiger als der andere. Ich mache da keine Unterschiede, für mich ist jeder Tagesordnungspunkt gleich, für (jeden) ist auch das Recht eines Abgeordneten gleich. Ich hoffe, dass wir in Zukunft an der Geschäftsordnung so feilen, dass wir kürzere Sitzungen haben, vielleicht schieben wir auch mal eine siebte oder achte ein, das ist dann sicherlich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und auch im Sinne der Sache und wir haben halt viel zu entscheiden und manchmal ist es gut, manchmal ist es weniger gut. Aber wir haben Ihren Appell verstanden, herzlichen Dank dafür.

Eine weitere Wortmeldung von dort hinten, bitte schön.

Guten Tag, sehr verehrte Damen und Herren, mein Name ist Ralf Wichmann, ich komme aus Alfeld und arbeite hier im Landkreis im Rettungsdienst als Notfallsanitäter. Ich habe zwei Fragen mitgebracht und zwar einmal zum Bedarfsplan, also zum Thema Rettungsdienst, der Bewertungszeitraum, über den wir uns gewundert haben, warum wurde da beispielsweise die Schließung des Ameos Klinikums in Alfeld, die sich aus unserer Sicht massiv — also aus Sicht der Mitarbeiter — massiv auf die Rollzeiten der Rettungsmittel auswirkt, nicht berücksichtigt? Und welche Datenquellen wurden für das Bedarfsgutachten gewählt? Also woher kommen diese Einsatzzeiten, die da verarbeitet worden sind? Ich nenne jetzt noch einmal ein paar Stichworte: Klinikschließung, hatte ich schon gesagt, Standzeiten bei Übergabe in den Kliniken, Desinfektions-/Reinigungs-/Rüstzeiten, Rückfahrzeiten, verlängerte Rollzeiten, Verfügbarkeit der richtigen Rettungsmittel zur richtigen Zeit am richtigen Ort — wurde all das berücksichtigt? Vielen Dank.

Vorsitzender:

Frau Wißmann wird darauf antworten.

Evelin Wißmann:

Herr Landrat, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrte Damen und Herren, wir kommen ja zu dem Punkt noch bei Tagesordnungspunkt 6.2, deswegen würde ich das vielleicht an dem Punkt mit aufnehmen wollen.

Vorsitzender:

Okay, dann beantworten wir die Frage gleich. Dann die Dame hat sich als Nächste gemeldet und dann dürfen Sie. Trotzdem dass wir die letzte Sitzung abgebrochen haben sind trotzdem doch viele Zuhörerinnen und Zuhörer gekommen, ist auch ein gutes Zeichen. Heute habe ich eigentlich vorgehabt durchzuziehen, dann müssen wir halt mehrmals Fenster aufreißen und durchlüften, damit alle noch mal gut durchgepusht sind. Aber Sie haben jetzt das Wort, bitteschön.

Ja hallo, mein Name ist Moreen Kook von der BI Windkraft im Ambergau, ich komme aus Hary und habe zwei Fragen zur Brunnenumzingelung durch Windkraftanlagen im Ambergau. Und meine erste Sache ist die: Gemäß rechtlicher Auskunft unterliegt die Umzingelung baurechtlich dem Gebot der Rücksichtnahme. Bei der Anzahl der möglichen Windkraftanlagen im Stadtgebiet Bockenem wird es zwangsläufig zu einem erheblichen Konflikt hinsichtlich von Umzingelungen kommen. Die Rechtsauskunft ergab weiterhin, dass es zur Vermeidung dieser schwerwiegenden Problematik unweigerlich ist, ein entsprechendes umweltplanerisches Fachgutachten einzuholen. Meine Frage: Wurden vom Landkreis Hildesheim zur Thematik drohender Umzingelungen bereits entsprechende Gutachten mit welchem Ergebnis eingeholt oder in Auftrag gegeben beziehungsweise wann wird der Landkreis dies Gutachten veranlassen?

Evelin Wißmann:

Herr Landrat, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage war ja etwas komplexer, Sie mussten sie ja auch ablesen, insofern würde ich sie dann im Protokoll beantworten wollen.

Moreen Kook:

Okay, danke. Weiterer Einfluss auf Umzingelungen durch Planung der Windenergie der umliegenden Nachbarkreise sind zu befürchten. Der südliche Landkreis

Ambergau grenzt beispielsweise an die Landkreise Goslar und Wolfenbüttel, welche ebenfalls Windkraftgebiete in den Randgebieten planen. Dort entstehende

Windparks haben ebenfalls große Auswirkungen auf unsere Ortschaften im Hinblick auf Umzingelungen. Meine Frage ist: Wann und wie stimmt sich der Landkreis mit den Windkraftplanungen der anliegenden Landkreise zum Teilplan Wind sowie bereits vorab zu gegenwärtigen und demnächst im Genehmigungsverfahren vor Inkrafttreten Teilplan Wind eingebrachte Windkraftanlagen ab, um Umzingelungen von Ortschaften zu vermeiden?

Vorsitzender:

Also ebenfalls das gleiche, wird nachgereicht, die Beantwortung der Frage.

Moreen Kook:

Ich habe hier eine Karte, dass man sehen kann, was rundherum geplant ist.

Vorsitzender:

Herzlichen Dank. Dann hatte sich der Herr dort gemeldet, genau. Sie sind als Nächstes dran. Herr Bettels bitte.

Dirk Betels:

Ja Herr Vorsitzender, ich möchte nur mal zu bedenken geben, in einer Stunde ist es dunkel und dann haben wir dieses Stroboskoplicht hier bei uns, also entweder wir schaffen es, ein paar Kerzen hier reinzubringen oder es muss ein Elektriker kommen.

Vorsitzender:

Also es ist zwar Weihnachtszeit und Kerzen würden die Stimmung noch einmal ein bisschen besinnlicher machen, aber der Hausmeister ist informiert und er versucht sehr zeitnah, das Problem zu beheben. Also wir wollen es ja besinnlich und schön haben, Sie haben jetzt das Wort, bitte schön.

Erst mal auch von mir einen wunderschönen guten Tag, sehr verehrte Damen und Herren, mein Name ist Hachfeld, ich wohne im Landkreis Hildesheim in der Samtgemeinde Gronau, dort im schönen Eime, bin 53 Jahre alt, von Beruf

Notfallsanitäter und seit über 30 Jahren hier im Landkreis Hildesheim im

Rettungsdienst beruflich tätig. Meine Frage bezieht sich natürlich auf die geplante Umsetzung des Bedarfsgutachtens ab dem 01.01.2026 und lautet: Durch die Umstellung von einem Mehrzweckfahrzeugsystem, welches wir im Landkreis hier im Augenblick noch fahren, auf ein System mit einer Trennung von Rettungswagen und Krankenwagen — und lassen Sie mich sagen, das ist nicht dasselbe, es ist noch nicht einmal das gleiche — durch diese Umstellung werden Notfallsanitäterstellen entfallen, das heißt Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter, Kollegen von mir, vielleicht auch ich, werden entlassen werden müssen, weil auf Krankenwagen keine Notfallsanitäter

eingesetzt werden. Und die Krankenkassen, die refinanzieren erst recht keine Notfallsanitäter auf Krankenwagen. Meine Frage lautet: Wie viel Notfallsanitäterstellen werden mit der Umsetzung des neuen Bedarfsplans ab 01.01.2026 entfallen?

Die zweite Frage, die ich habe, da geht es um den erweiterten Rettungsdienst, es geht um das Ehrenamt. Das Ehrenamt ist traditionell im Rettungsdienst sehr eng mit dem Hauptamt verbunden. Dem Ehrenamt stehen viele Notfallsanitäter zur Verfügung, die eben neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit auch dort ehrenamtlich tätig sind. Wenn wir Notfallsanitäter:innen verlieren, wie möchte der Landkreis die Aufrechterhaltung des Ehrenamtes im Rettungsdienst sprich den erweiterten Rettungsdienst sicherstellen? Das waren meine zwei Fragen, vielen Dank.

Vorsitzender:

Schönen Dank für Ihre Fragen, Frau Wißmann wird gleich dann beim Tagesordnungspunkt 6.1 auf Ihre Fragen und im Prinzip auch auf die vorherige Frage eingehen.

Weitere Fragen? Bitte, der Herr daneben.

Auch von mir schönen guten Abend, überraschenderweise bin ich auch im Rettungsdienst tätig, seit 20 Jahren Notfallsanitäter, mein Name ist Steffen Michala, ich komme aus Alfeld, hänge mit Leib und Seele an meinem Beruf, möchte das gerne auch in 2026 noch tun dürfen. Meine Frage ist, ob bei der Bedarfsplanung berücksichtigt worden ist, dass wir viele Einsätze aus Alfeld im Nachbarlandkreis fahren, in Holzminden, also in Grünenplan, Delligsen und Kaierde, diese Notrufe laufen aber nicht bei unserer Rettungsleitstelle auf, sondern bei der Rettungsleitstelle Hameln und mich würde interessieren, ob das bei dieser Bedarfsplanung berücksichtigt worden ist oder ob diese Einsätze hinten runterfallen und uns nicht zur Verfügung stehen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Frau Wißmann hat fleißig notiert und wird gleich beim Tagesordnungspunkt auch explizit darauf eingehen, deshalb haben wir diesen Punkt ja auch bewusst vorgezogen, dass wir Ihnen ausreichend Platz geben, zumal er ja beim letzten Mal auch hinten runtergefallen ist. — Gibt es weitere Meldungen? Bitteschön.

Guten Abend auch von mir. Mein Name ist Jan-Niklas Schöps, ich bin auch im Rettungsdienst tätig seit mehreren Jahren, ehemalige Führungskraft an einer Rettungswache hier im Landkreis, Notfallsanitäter und ja, wie meine Kollegen, die da hinten sitzen, habe auch ich mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, was der neue Bedarfsplan vorgibt und neben den Fragen, die meine Kollegen schon gestellt haben, habe ich auch noch ein paar Fragen und zwar haben wir seit ein paar Jahren schon das Problem, dass wir den Nachzug der Fachkräfte, Fachkräftemangel im Rettungsdienst und gerade bei Notfallsanitätern ist ein Riesenthema, aber wir können und dürfen teilweise auch nicht ausbilden und müssen uns lang und breit dafür rechtfertigen, warum wir jetzt der Meinung

sind, wir bräuchten noch Notfallsanitäter im System. Beim Wegfall von Rettungswagen oder von Mehrzweckfahrzeugen, von Arbeitsplätzen von Notfallsanitätern würde innerhalb des Landkreises auch dieses Kontingent schrumpfen, weil es einfach nicht refinanziert wird. War Ihnen das bei der Planung klar? Das ist die erste Frage- Die zweite Frage ist eigentlich keine Frage, sondern nur noch mal ein Hinweis: Wir werden von 28 Mehrzweckfahrzeugen, die alle für Rettungseinsätze, für Notfalleinsätze, für kranke Leute einsetzbar sind, werden wir nur noch 17 Einsatzmittel zur Verfügung haben. Teilweise zu arbeitnehmerfreundlichen Arbeitszeiten, teilweise auch nicht. Ist allen klar, dass ein Krankenwagen per Definition mit zwei Rettungssanitätern besetzt ist und dass keine qualifizierte Hilfe am Patienten ist?

Und die dritte Frage: warum wird der Bedarfsplan über drei Ecken auf den RatsinfoServer der Öffentlichkeit zugestellt, ohne dass mit den Beauftragten darüber gesprochen wird, ob es überhaupt darstellbar ist, weil wir gehen ins Vergabeverfahren, es ist natürlich auch interessant, ob sich das überhaupt lohnt, als Beauftragter da sich zu bewerben.

Vorsitzender:

Okay, schönen Dank. Auch Ihre Fragen haben wir zunächst zur Kenntnis genommen und die Beantwortung erfolgt im Anschluss.

Gibt es weitere Fragen von den Einwohnern? Bitte schön.

Guten Tag zusammen, mein Name ist Edgar Schröder, ich komme aus Bockenem, logischerweise geht es dann um Windenergie. Wie Ihnen allen bekannt sein dürfte, hat die Verwaltung des Landkreises derzeit viele Anfragen zur Errichtung und zum Betrieb von Windkraftanlagen zu bearbeiten. Ob die Damen und Herren Sachbearbeiter über die veränderte Rechtslage in Bezug auf die Berechnung der Höhe der Sicherheitsleistung informiert sind, ist mir nicht bekannt- Auffällig ist aber, dass die Genehmigung für die Windanlagen Königsturm bei Bockenem vom 30. März 2023 datiert. Obwohl das Oberverwaltungsgericht Lüneburg bereits mit Beschluss vom 12. Oktober 2022, Aktenzeichen 12NS188/21 die bereits im ersten niedersächsischen Windenergieerlass aus dem Jahr 2016 benutzte und im zweiten niedersächsischen Windenergieerlass aus dem Jahr 2021 unverändert übernommene Formel — pro Meter Höhe bis zur Nabe mal 1000,- Euro gleiche Höhe der Sicherheitsleistung — beanstandet hat. Also fünf Monate vor der Genehmigung des Windparks Königsturm. Beanstandet wurde, dass also die Steigerung von Material und Lohnkosten sowie die Mehrwertsteuer nicht berücksichtigt worden waren. Daraufhin hat die Servicestelle Erneuerbare Energien, die beim Niedersächsischen Umweltministerium angesiedelt ist, in ihren Hinweisen, zuletzt bearbeitet am 01. Mai 2024, die Genehmigungsbehörden informiert, dass die alte Formel nicht mehr anzuwenden ist und dass MU — vermutlich Ministerium Umwelt — derzeit daran arbeitet, neue Berechnungsformeln zur Verfügung stellen zu können.

Vorsitzender:

Kommen Sie bitte zu Ihrer Frage?

Edgar Schröder:

Meine Frage: Ist es richtig, dass der Landkreis Hildesheim im November 2024 den Bau und Betrieb einer Windenergieanlage in Elde genehmigt hat und dabei die Höhe der Sicherheitsleistung nach der alten, nicht mehr anwendbaren Formel berechnet hat? Frage 1.

Frage 2a) Wie ist das Verfahren, wenn eine Stadt oder Gemeinde ihr gemeindliches Einvernehmen wegen zu gering berechneter Sicherheitsleistung versagt, sich der Landkreis aber darüber hinwegsetzt?

Frage 2b) Wer trägt dann die Kosten, wenn der Rückbau nach Ende der Laufzeit der Windenergieanlage im Rahmen einer Ersatzvornahme getätigt werden muss? Die

Stadt / Gemeinde oder der Landkreis Hildesheim? Das war's, danke.

Vorsitzender:

Frau Wißmann wird hierauf direkt antworten.

Evelin Wißmann:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, Herr Schröder, wir werden auch diese Fragen wie immer beantworten, wie alle anderen auch. Ich möchte aber auf unser Schreiben vom 10.12. hinweisen auf Ihr Schreiben vom 23.11 wo Sie das ja schon thematisiert haben und wir haben Ihnen mitgeteilt, dass wir die Sicherheitsleistungen angepasst haben.

Vorsitzender:

Frau Wißmann sagte, das Schreiben war vom 10.12., also von vorgestern, von daher gehe ich davon aus, dass das entsprechend jetzt in die Wege geleitet wurde.

Gibt es weitere Wortmeldungen oder Anfragen der Zuhörer:innen, der Einwohner:innen und Gäste?

Ja, bitte schön.

Guten Tag auch von mir, mein Name ist Anja Karbke, ich komme aus Algermissen, bin dort im Ortsrat tätig, bin aber heute hier in erster Linie für den Kreiselternrat, bin dort für das Gymnasium Andreanum und mir geht es um das Thema Schülerbeförderung. Zum einen möchte ich die Anträge der Fraktion sehr begrüßen, dass den Kindern der Preisstufe Hildesheim-Stadt und auch der Preisstufe 1 verpflichtend durch den Landkreis ermöglicht werden soll, bei Wunsch auf das Deutschland-Ticket aufzugraden, es ist nicht möglich oder es wäre nicht gleichberechtigt, wenn diesen Kindern nur der Rosa Tarifverband angeboten wird, so dass zumindest die Möglichkeit bestehen muss, auf eigene Kosten auf das Deutschland-Ticket aufzugraden. Dafür vielen Dank an die Fraktionen, die diese Anträge schon gestellt haben.

Ein weiterer Punkt betrifft den Wegfall der Unterstützung der Sekundarstufe II-Schüler. Da gab es im November ein Schreiben des Rosa Tarifverbandes an bereits Schüler der Sekundarstufe II, dass der Landkreis — ich zitiere — der Landkreis

bezuschusst dein Deutschland-Ticket im Januar weiterhin mit 40 %. Somit steigt dein Kostenanteil von 29,40 Euro auf 34,80 Euro. Wenn ich den Antrag allerdings richtig lese, dann soll der Zuschuss für die Sekundarstufe II vollkommen entfallen. Ich weiß nicht, ob ich es verpasst habe, ob sich da etwas verändert hat, aber dieses Schreiben hat dann doch für Verwunderung gesorgt. Wenn das Schreiben richtig ist und es dabei bleibt, ist das ja zu begrüßen.

Und der dritte Punkt ist eine Anmerkung und eine Bitte, die gerade heute ganz frisch von der S-Bahn Hannover kommuniziert wurde. Im Januar und Februar sind wieder erhebliche Störungen auf der S3 angemeldet, Ganzausfälle, mehrere Wochen, und mein Wunsch wäre, dass der Landkreis frühzeitig die S-Bahn Hannover, also Transdev, auffordert, genügend Ersatzbusse zur Verfügung zu stellen. Wir wissen aus vergangenen Zeiten, dass insbesondere zu den Zeiten, in denen die Kinder zur Schule und zurück von der Schule fahren müssen, stellt Transdev einen normalen Bus zur Verfügung, und ich meine, selbst die S-Bahnen mit mehreren Waggons sind voll. Es ist nicht zumutbar, dass die Eltern über mehrere Wochen gezwungen sind, Taxi-Dienste zu leisten. Danke schön.

Vorsitzender:

Schönen Dank für Ihre Frage. Kreisrat Hansen wird darauf antworten.

Walter Hansen:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, Sie haben das zutreffend beschrieben. Die Verwaltungsvorlage ist dem Gebot zur Verwaltungstätigkeit nach Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nachgekommen und hat vorgesehen, die Leistungen, die nicht gesetzlich vorgegeben sind, im Bereich des Deutschland-Tickets zurückzustellen, aufzugeben. Das wird wirksam mit den Beschlüssen, die hier gefasst sind. Die Verwaltung hat sich dies so vorgeschlagen. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass ich schon mehrfach angesprochen habe, dass das Deutschland-Ticket für sich genommen ein stark subventioniertes Angebot darstellt, im Tarif des ÖPNV, und dass die Schülerbeförderung letztlich, was der Name schon sagt dieser Satzung, die Aufgabe hat, die Schüler von und zur Schule zu bringen und diese Aufgabe möglichst kostengünstig zu erledigen.

Schülerbeförderung hat nicht unbedingt den Inhalt, Mobilitätsangebote für die Bevölkerung vorzusehen. Das kann man voneinander trennen. Ich verstehe, dass Sie, da diese Leistung schon einmal bewilligt war, bei den Einsparvorschlägen Bedenken haben und hier diese Einschränkung bedauern, das teile ich auch, aber ich sehe die Verantwortung für die öffentlichen Finanzen auch bei mir angesiedelt. Und dann die Hinweise an Transdev werden wir — wie regelmäßig — herausgeben, aber unsere Einflussnahme dort, hier zu einem optimierten Angebot zu kommen, zu Verbesserungen während der Bauarbeiten, sind begrenzt. Wir werden unser Möglichstes in diesem Bereich tun.

Zu den anderen Punkten, die Sie angesprochen haben, ist die Politik gefordert, die entsprechenden Beschlüsse so zu fassen oder auch nicht zu fassen- Vielen Dank.

Vorsitzender:

Gibt es weitere Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner?

Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann herzlichen Dank für Ihre Fragen und konstruktiven Redebeiträge. Wir haben ja gehört, dass wir gleich auch noch zur Beantwortung der einen oder anderen Zwischenfrage kommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 4, Aktuelle Stunde, die ist für heute nicht beantragt worden.

Tagesordnungspunkt 5, Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Kreistages, Herr Landrat bitte.

Landrat Bernd Lynack:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Kreistagssitzung, das war eben schon Thema, sind wir nicht bis zum nicht öffentlichen Teil gekommen.

Vorsitzender:

Schönen Dank, Herr Landrat.

Tagesordnungspunkt 6, Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses.

Landrat Bernd Lynack:

Seit unserer letzten Kreistagssitzung hat der Kreisausschuss am vergangenen Montag letztmalig getagt und in dieser Sitzung haben wir die heutige Sitzung vorbereitet.

Vorsitzender:

Schönen Dank. Dann kommen wir jetzt zu den eingeschobenen Tagesordnungspunkten. Als erstes der Tagesordnungspunkt 6.1 , was vorher der gesamte Tagesordnungspunkt 29 gewesen ist. Hier geht es jetzt um die Neufassung des gesamten Rettungsdienstbedarfsplans für Stadt und Landkreis Hildesheim. Es liegt uns eine Vorlage vor und es liegt uns auch ein gemeinsamer Antrag der Union mit der Mehrheitsgruppe vor. Wird zu dem Tagesordnungspunkt das Wort gewünscht? Herr Hauk bitte für die SPD und Mehrheitsgruppe. Möchte Frau Wißmann erst die Fragen beantworten?

Evelin Wißmann:

Ja, Herr Landrat, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, das geht jetzt so ein bisschen ineinander über. Also eigentlich war für diesen Tagesordnungspunkt seitens der Verwaltung die Einladung des Gutachters geplant, der diesen Rettungsdienstbedarfsplan erstellt hat. Also noch mal auch für alle, den hat nicht die

Verwaltung erstellt, haben wir ja in der Zeitung gelesen, die hat ja davon auch keine Ahnung, wissen wir, und deswegen haben wir da auch einen Gutachter mit beauftragt, das zu machen. Das sind natürlich viele Detailfragen, die wir Ihnen auch nicht beantworten können, also ich kann Ihnen sagen, die Schließung der

Notaufnahme ist berücksichtigt worden, die Datenquellen von der Leitstelle, ob nun die Leitstelle nur in Hildesheim berücksichtigt worden ist oder nicht, das müssten wir den Gutachter fragen, also das war so geplant, unter anderem ihn einzuladen und den Ärztlichen Leiter Rettungsdienst, der dort ebenfalls sachverständig ist. Jetzt kam aber eben der gemeinsame Antrag der Politik, dieses Thema noch einmal in den Fachausschuss des A3 zusammen mit dem A6 zu geben. Das heißt, wir haben daraufhin, weil wenn es so einen gemeinsamen Antrag gibt, dann ist damit zu rechnen, dass der auch beschlossen wird, den Gutachter wieder ausgeladen, und es ist eben auch schon ein zusätzlicher Fachausschuss terminiert, in Abstimmung mit den beiden Vorsitzenden, das ist der 16. Januar um 16 Uhr in diesem Raum und da hätte ich dann die herzliche Bitte, ich hoffe, dass Sie mir vielleicht Ihre Fragen auch noch einmal zur Verfügung stellen, die würde ich dann alle auch dem Gutachter geben und dann können wir das hier, der wird auch eine kleine Präsentation erstellen, wie so ein Gutachten läuft und wie das so abgestellt wird und dann können Sie ihm all diese ganzen detaillierten fachspezifischen Fragen fragen, und er wird Ihnen dann sachgründig darauf antworten.

Vorsitzender:

Gut. Jetzt als erster Redner Herr Hauk für die SPD-Fraktion und Mehrheitsgruppe. Martin Hauk:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Wißmann hat es gerade schon vorweggenommen, wir haben uns, beziehungsweise über den Kreisausschuss ist das gelaufen, dass ein gemeinsamer Antrag entwickelt wurde, das Ganze in den Fachausschuss noch einmal oder in die Fachausschüsse, es sind ja zwei, die davon betroffen sind, noch einmal zurückzuverweisen und das ist aus meiner Sicht oder aus unserer Sicht auch wirklich richtig so, denn in der Zwischenzeit seit unserem letzten Ausschuss haben sich ja dann doch einige neue Fragen, Unsicherheiten aufgetan durch persönliche Gespräche, durch Einlassungen, die EinwohnerFragestunde, wir haben es gerade schon gehört, Verunsicherung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und tatsächlich auch Einlassungen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, wir haben einen Bürgermeister ja beim letzten Mal hier gehabt, der dazu etwas gesagt hat, es gab auch ein Schreiben von einem anderen Bürgermeister, daher ist das ernst zu nehmen, was dort an uns herangetragen wurde, und wir begrüßen das eben, dass wir uns gemeinsam da auf einen Antrag geeinigt haben und bitten um Zustimmung. Danke schön.

Vorsitzender:

Für die FDP-Fraktion Herr Ebert, bitte.

Claas Ebert:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Grundsatz die ersten beiden Punkte können wir da voll mittragen. Da sind offensichtlich noch viele Fragen offen, die sollten geklärt werden, dann entschieden werden. Was der heutige Tag aber auch gezeigt hat, ist, dass das Interesse sehr, sehr groß ist an diesem Thema, und es ist auch ein sehr wichtiges Thema, das idealerweise die Debatte in unserem Kreistag und von allen Mitgliedern erfordert und nicht im Kreisausschuss fern der Öffentlichkeit debattiert werden sollte, daher wären wir dafür, diesen letzten Satz zu streichen und die anderen beiden Punkte können wir meiner Meinung nach mittragen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Machen Sie das bitte mal konkret, welchen letzten Satz Sie meinen, damit jeder weiß, auf was Sie Bezug nehmen.

Claas Ebert:

Dieser Satz: Anschließend soll der Kreisausschuss, nicht der Kreistag, über die o. a. Vorlage entscheiden, soweit dies zulässig ist, unabhängig von der Zulässigkeit finde ich das bei dem Thema nicht angebracht. Danke schön.

Vorsitzender:

Schönen Dank, jetzt ist es klar geworden.

Als nächste Rednerin Frau Renner-Köhne für die CDU-Fraktion und gleichzeitig die Vorsitzende des betreffenden Ausschusses.

Katy Renner-Köhne:

Herr Landrat, meine Damen und Herren, insbesondere die Damen und Herren aus dem Rettungsdienst, ja, wir haben uns im letzten Kreisausschuss über dieses Thema unterhalten und auch insbesondere noch einmal sehr ernsthaft mit dem Gutachten auseinandergesetzt, und bei uns sind sehr viele Fragen dazu aufgetaucht, unabhängig auch von den Gesprächen mit Ihnen, aber dieses Gutachten war uns so eben auch nicht klar, und wir müssen das noch ganz ausführlich mit dem Gutachter klären. Frau Wißmann hat auch gesagt, dass dieser Gutachter dann auch für den Fachausschuss bereitsteht und auch für Fragen zur Verfügung steht und auch der Ausschuss ist ja öffentlich. Also da würde ich Sie bitten, dann vielleicht am 16. doch ruhig noch einmal in diesen Ausschuss zu kommen, da können die Frage dann auch noch mal angesprochen werden.

Und zu dem letzten Punkt Entscheidungen im Kreisausschuss haben wir uns gemeinsam mit der Gruppe darauf geeinigt, das so zu verfahren und nicht hier im Kreistag zu diskutieren, weil wenn eine Ausschreibung erfolgen muss, das jetzt auch schnell gehen muss. Das dauert halt. Eine Ausschreibung ist ein langwieriges Verfahren. Alle, die sich bewerben, müssen sich darauf einstellen, das hatten Sie auch schon gesagt, es muss eben alles geplant werden und dauert seine Zeit, und deswegen haben wir uns darauf geeignet, dann im

Kreisausschuss auch die Entscheidung zu treffen, um auch schnell zu einer Lösung zu kommen. Danke.

Vorsitzender:

So, als nächstes Frau Wißmann, bitte. — Frau Wißmann zieht zurück. Dann für die Fraktion Die Unabhängigen Herr Stuke bitte.

Josef Stuke:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat natürlich auch, wir bedauern ebenfalls, dass der Vorgang heute noch immer nicht entscheidungsreif ist und wieder zurückverwiesen werden muss in den Fachausschuss. Wir halten das vom Verfahren her für nicht akzeptabel vor dem Hintergrund, dass die kleinen Fraktionen sowohl im Fachausschuss als auch im Kreisausschuss nicht stimmberechtigt sind und es ist so, das ist gerade auch schon mal deutlich gemacht worden, dass im Kreisausschuss entschieden werden soll, das ist ein Gremium, das nicht öffentlich tagt, das halten wir ja bei diesem Thema für nicht akzeptabel, und wenn man sieht, dass von der Entscheidung über diese wichtige Vorlage damit rund 50 Kreistagsabgeordnete ausgeschlossen werden, dann kann es durchaus dazu führen, dass der gesamte Kreistag anders entscheiden würde als es der Kreisausschuss mit den relativ wenigen Mitgliedern machen würde. Deswegen plädieren wir weiterhin dafür, dass der Kreistag darüber entscheidet. Danke schön.

Vorsitzender:

Als nächster Redner Einzelabgeordneter Bosse-Arbogast bitte.

Michael Bosse-Arbogast:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Wißmann, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe zu Beginn der heutigen Sitzung gelernt, dass dann, wenn die Verwaltung eine Beschlussvorlage ins Verfahren gibt, es unzulässig ist, einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen, ihn von der Tagesordnung zu nehmen. Du weißt jetzt genau, was ich sagen werde, und da wurde nicht abgestimmt. Und jetzt stelle ich fest, dass die Vorlage 752 vom 28.11.2024 von der Verwaltung kam. Das ist diese, steht heute auf der Tagesordnung, jetzt. Und da geht es um Rettungsdienst. Und da wäre jetzt die Frage, ob die Verwaltung ihre Vorlage zurückzieht, Klammer auf das kann ich mir schwerlich vorstellen, und weil sie sie nicht zurückzieht, gibt es rechtlich keine Möglichkeit, im vertraulich und damit geheim tagenden Kreisausschuss die Schlussentscheidung in dieser Vorlage der Verwaltung vorzusehen, wenn jetzt die Gruppe, attestiert durch die CDU-Fraktion der Meinung ist, man will in diesem vertraulich tagenden, also nicht öffentlich tagenden Kreisausschuss tätig werden. Und deswegen kann die Lösung nur so sein, dass die Gruppe den letzten Satz ihres Änderungsantrags streicht, wir natürlich im Fachausschuss eine dezidierte Diskussion, darüber freue ich mich immer, führen, und die Schlussentscheidung hierzu nach Empfehlung des Kreisausschusses natürlich bei dieser wichtigen Thematik ausschließlich der Kreistag und niemand anders entscheiden kann, meine Damen und

Herren, niemand anders. Und ich glaube nicht, dass es da zwei Meinungen geben wird. Danke.

Vorsitzender:

Erst mal Herr Prior für die CDU-Fraktion bitte.

Friedhelm Prior:

Ja Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten eigentlich gedacht, wir ziehen den Punkt vor, verweisen das in die Ausschüsse und machen die abschließende Beschlussfassung im Kreisausschuss. Warum? Es muss die Ausschreibung stattfinden, daran kommen wir nicht vorbei. Wenn die Ausschreibung stattgefunden hat, müssen diejenigen, die sich bewerben, umsetzen. Das braucht seine Zeit. Also stellt sich die Frage: Haben wir noch so viel Zeit, den nächsten Kreistag dazu abzuwarten? Ist es rechtlich zulässig, dass eine abschließende Entscheidung im Kreisausschuss herbeigeführt wird? Ist es möglich, öffentlich darüber zu diskutieren, damit jeder seine Position dazu vortragen kann? Und dann ja im vorbereitenden Ausschuss ohnehin das Votum durch die Mehrheitsverhältnisse hier klar ist. So, diese Frage haben wir geprüft und ich wäre Ihnen jetzt dankbar, Frau Wißmann, wenn Sie noch etwas sagen würden, was die Möglichkeit betrifft, das über das Datum des Kreisausschusses hinauszuschieben. Das nur mal zur sachlichen Darstellung. Herr Bosse-Arbogast, das steht nun mal im Gesetz, ob das im Fachausschuss ist, im Kreisausschuss ist oder im Kreistag jetzt jede Fraktion, die Vennaltung einen Beratungspunkt beantragen kann, das können wir doch nicht einfach wegwischen. Allerdings steht auch im Gesetz, dass wenn der Punkt aufgerufen ist, und deswegen ist es auch heute nicht von der Tagesordnung genommen worden, dass wir dann darüber beschließen können, ob wir es in die Fachausschüsse zurückverweisen oder nicht. Das ist ja ein ganz übliches Verfahren, was wir hier praktizieren.

Und die nächste Frage ist: Muss das eine Gegenstand der Kreistagssitzung sein oder nicht? Das haben wir geprüft. Wir haben die Verwaltung dazu befragt und das Ergebnis war: Jawoll, es ist rechtlich zulässig und auch von der Geschäftsordnung und vom Gesetz her geregelt, dass eine abschließende Entscheidung im

Kreisausschuss herbeigeführt werden kann. Dann kann man sagen: Das wollen wir nicht. Jedermann hat dazu das Recht, zu sagen: Nein, das möchten wir gerne hier noch mal diskutieren, rechtlich ist es also zulässig. Also ist unterm Strich die Frage gewesen: Wie kriegen wir das Problem gelöst?

Wir haben vorhin gehört, seit wann es virulent ist. Seitdem wir diese Geschichte in Alfeld haben. Wir haben dazu eine Anfrage gestellt, wo ich dann in der Presse durch den Kakao gezogen worden bin, wieso wir Anfragen dafür stellen, unerhört! So, und seitdem diskutieren wir sehr intensiv immer wieder über diese Frage des Rettungsdienstes, die natürlich verknüpft ist mit den Krankenhäusern, die dann die Patienten aufnehmen müssen, ja oder nein. Und wir haben in der letzten

Fachausschusssitzung sehr intensiv über diese Fragen diskutiert. Und wir sind jetzt, jedenfalls weitgehend parteiübergreifend zu dem Ergebnis gekommen, das Ganze

muss noch mal intensiv untersucht und diskutiert werden, und wir sind ja sehr dankbar für die Anregungen, die wir jetzt bekommen haben aus dem Rettungsdienst, und ich kann Ihnen zusagen, wir werden alles dransetzen, dass diese Anregungen und Bedenken, die hier vorgetragen worden sind, in diese Ausschreibung und in diesen Rettungsdienstbedarfsplan eingearbeitet werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Der Abgeordnete Bettels für die CDU-Fraktion hat das Wort.

Dirk Bettels:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich wundere mich mal an Ihrer Seite wirklich über dieses Interesse an dem Thema. Als wir ihm vorgeschlagen haben, über das Thema grundsätzlich zu diskutieren, weil wir die personale Hoheit und die Organisationshoheit in dem Thema haben, weil wir auch überlegen hätten können, einen Eigenbetrieb zu gründen, gemeinnützige GmbH, alles Möglichkeiten, kein Interesse, Funkstille. Dann sind wir es gewesen, die diese Grundlagen überhaupt überprüft haben als CDU, die für diese Verwaltungsvorlage war. Und als die kam, da sind die Fragen überhaupt stellbar geworden. Und deswegen hat der Kreisausschuss so auch votiert, wie er votiert hat und ich finde das gut und ich lade Sie alle ein, auch vor allem natürlich die Fachleute, von denen wir hier in der Fragestunde gehört haben, am 16. Januar um 16 Uhr hier in diesem Saal zu sein. Frau Renner-Köhne und ich werden diese Sitzung ja leiten und von daher sicherlich auch dafür sorgen, dass dann Fragen gestellt werden können aus dem Publikum. Das ist der richtige Ort und die richtige Form, mit dem Thema sich eingehend zu beschäftigen und das ist dann die Formalie, die Auftragsvergabe nicht öffentlich, wär sowieso nicht öffentlich gewesen, denke ich mal, im Kreisausschuss gegangen ist, das geht in Ordnung, weil wir nämlich höchste Zeit haben, die Ausschreibung vorzunehmen, was wir dann auch immer ausschreiben, damit dann zum 01.01.2026 überhaupt die Chance besteht, eine neue Struktur zu haben. Soviel nur zu dem Thema und zur Einordnung dieser Klagen von Ihrer Seite.

Vorsitzender:

Frau Wißmann bitte.

Evelin Wißmann:

Ja Herr Vorsitzender, ich möchte noch kurz ergänzen, Herr Bosse-Arbogast, wir haben mit dieser Vorlage einen etwas anderen Sachverhalt als beim Kita-Vertrag. Bei der Frage Kita-Vertrag ging es darum, kommt es auf die Tagesordnung oder nicht. Und da war eben die Aussage des Landrates, nein, wir ziehen die Vorlage nicht zurück und damit ist es auf der Tagesordnung. Das war hier aber gar kein Thema, sondern es war völlig unstrittig, dass es auf der Tagesordnung ist. Und dann ist jetzt die Frage: Kann der Kreistag es zurückverweisen und insbesondere kann es bei der abschließenden Entscheidung des Kreisausschusses bleiben? Es gibt keine explizite Zuweisung dieses Themas nach 58 NKomVG oder sonst nach der Geschäftsordnung des Kreistages. Wenn die Verwaltung, der

Hauptverwaltungsbeamte kann ja dem Kreistag das auch vorlegen, wenn der Kreistag aber sagt, aus besonderen Gründen wollen wir es hier heute nicht entscheiden und wir geben es zurück, weil es auch ganz bestimmt kein Geschäft der laufenden Verwaltung ist, in das Gremium, das in der Regel entscheidet, nämlich in den Kreisausschuss, dann denke ich ist das rechtlich auch überhaupt nicht zu beanstanden.

Und die Öffentlichkeit, es ist auch keinesfalls so, dass es dann irgendwo im stillen Kämmerlein entschieden wird, ganz im Gegenteil, es gibt einen gemeinsamen Ausschuss des A3 und des A6, der öffentlich ist, und ich hatte vorhin auch gesagt, der findet dann auch hier im Großen Sitzungssaal statt, so dass alle Menschen, die heute hier sind und auch noch viel mehr, die daran Interesse haben, den Gutachter dort zu hören und sich das alles auch erklären zu lassen und ihre Fragen zu stellen, da wirklich gut aufgehoben sind. Das einzige, was ein bisschen ärgerlich ist, dass Sie heute dann ein klein wenig umsonst hierhergekommen sind, aber in keinem Fall wird hier irgendwem das Gehör verwehrt oder abgeschnitten.

stellvertretender Vorsitzender:

Die nächste Wortmeldung kommt jetzt von Marc Ehrig.

Marc Ehrig:

So, ich spreche jetzt hier als Vorsitzender des Kreistages zu Ihnen und zu euch. Rein rechtlich mag das alles so in Ordnung sein. Das haben wir ja gehört, dass wir das in den Fachausschuss verweisen. Das wir dann in diesem Fachausschuss auch den Gutachter hören und alles miteinander beraten und besprechen ist auch richtig. Ich finde es aber nicht richtig als Vorsitzender des Kreistages, dass wir die AFD-Fraktion, die Fraktion der Unabhängigen, die Fraktion der FDP und den Einzelabgeordneten Bosse-Arbogast von den Entscheidungen außen vorlassen, denn diese

Abgeordneten und auch die Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit, also das sind zwölf Abgeordnete, sie haben weder in dem Fachausschuss ein Stimmrecht noch im Kreisausschuss und das finde ich, wir können es so machen, ja, das ist rechtlich in Ordnung, und Sie können hier heute auch abstimmen, dass wir das mit in den Fachausschuss verweisen, ja oder nein, trotzdem finde ich, gerade bei den wohlwollenden Worten zu Beginn der Sitzung, das ist nicht das richtige Signal. Ich werde den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen.

stellvertretender Vorsitzender:

So, Nächster auf der Rednerliste ist Ekkehard Domning von den Grünen.

Ekkehard Domning:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, wir haben in der ersten Sitzung, als wir diesen Kreistag konstituiert haben, uns intensiv über die Frage auseinandergesetzt, wie wir die Ausschüsse besetzen wollen, nach D'Hondt oder nach Hare/Niemeyer. Wir hätten uns einstimmig — und dafür habe ich damals plädiert — dazu entscheiden können, nach Hare/Niemeyer zu verteilen, dann wären die kleinen Fraktionen entsprechend wenigstens so, wenn ich es jetzt im Kopf

überreiß, in 15er-Gremien stimmberechtigt vertreten gewesen. Es hätte auch die Möglichkeit gegeben, dass FDP — ach so, dieser Antrag ist dann nicht einstimmig logischerweise beschlossen worden, so dass es zur Verteilung nach D'Hondt gekommen ist, wo eben jetzt in den 15er-Gremien zehn von der Mehrheitsgruppe und fünf von der CDU stimmberechtigt sind. Es hätte die Option gegeben, auch nach dieser Verteilung zusammen in einer Gruppe von Unabhängigen und FDP das Stimmrecht zu erhalten, das habt ihr nicht wahrnehmen wollen. Zusammen mit dem Abgeordneten BosseArbogast, wenn ich im Kopf jetzt richtig rechne, hätte es auch dazu gereicht, dass dieser dann sieben Person umfassende Gruppe auch ein Sitz im Kreisausschuss zustehen müsste. Insofern ist es einfach so, dass man sich nach dem Gesetz hier hält und dass die Situation genauso ist. Ich persönlich habe immer eine andere Meinung dazu vertreten, aber dieser Kreistag hat sich entsprechend positioniert, es so zu machen, und dann sollten wir auch so verfahren.

Noch eine kleine Anmerkung in eigener Sache: Ich habe draußen einen großen Kessel Punsch mitgebracht, den möchte ich ungern mit nach Hause nehmen, der ist alkoholfrei, die Becher sind Mehrweg, ja, das tut mir leid für Geschmack sind andere Leute zuständig, das wissen Sie ja, und die Becher sind Mehrweg, können dann da drüben in die Tonne, die Gäste sind sehr gerne auch mit eingeladen, es ist genug für alle da. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Lieber Ekkehard, schönen Dank für deinen Punsch und für die Unterstützung für die Sitzung. Als nächste hat Frau Wißmann das Wort.

Evelin Wißmann:

Ja Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, ich muss doch noch einmal ganz kurz auf das eingehen, was Sie gerade gesagt haben. Aus Sicht der Verwaltung, wir können auch noch in den Kreistag gehen, das kann man alles machen. Nur der nächste Kreistag findet, glaube ich, am 31. Mai statt, das ist schon der Sonderkreistag. März? Okay, März, Entschuldigung. Dann haben wir, wenn Sie dann entscheiden, dann haben wir noch neun Monate für eine Ausschreibung. Sie müssen einfach, es muss einfach berücksichtigt werden, wir brauchen — das ist das oberste Ziel — wir brauchen am 01.01.2026 einen funktionierenden Rettungsdienst. Das kann man keinem erklären, dass dann irgendwelche Autos nicht auf der Straße sind. Und es ist nicht nur das formale Verfahren mit den entsprechenden Fristen, sondern wir müssen den Beauftragten, die sich dann hoffentlich beworben und den Zuschlag erhalten haben, auch bestimmte, ich sag mal Dispositions- und Rüstzeiten geben. Es ist keinesfalls sicher, dass diejenigen, die heute hier bei uns den Rettungsdienst fahren, das auch in der nächsten Dekade machen können. Und man kann den Beauftragten dann nicht zumuten, und das werden die auch nicht tun, irgendwie innerhalb von ganz kurzer Zeit ihre Fahrzeuge, die Beschäftigten müssen übernommen werden und das alles zu organisieren, deswegen habe ich wirklich die dringende Bitte, das möglichst zeitnah zu entscheiden, weil wir das sonst einfach nicht sicherstellen können. Danke schön.

Vorsitzender:

Als nächstes — Herr Schröter-Mallohn zieht zurück, dann Herr Preissner für die SPD und Mehrheitsgruppe.

Werner Preissner:

Die allgemeine Anrede ist hiermit ausgesprochen, ich will etwas zur Entscheidung am letzten Montag im Kreisausschuss sagen. Es ging in keinsten Weise darum, jemand an einer Debatte auszuschließen, sondern wir haben gemeinsam festgestellt, es gibt Beratungsbedarf. Das war die ausschließliche Grundlage dafür, dieses Thema noch einmal in den Fachausschuss zu geben. Und dann standen wir vor der Frage, wie können wir, was Frau Wißmann eben gerade angeführt hat, sicherstellen, dass wir nicht in zeitlichen Verzug, was die Umsetzung der Maßnahme angeht, gelangen. Und dann haben wir die Frage geklärt, wann ist der nächste Kreisausschuss. Der ist nun mal am 21. Januar. Folglich musste dann zwischen der Tagung eine Woche vorher, Hohegeiß, und dem Kreisausschuss eine außerordentliche Fachausschusssitzung stattfinden, damit wir keine Zeit verlieren. Und an der ist schon alles gesagt, haben alle die Möglichkeit teilzunehmen, selbstverständlich auch alle anderen Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, die zwar kein Stimmrecht haben, aber dort mitreden können und ihre Meinung genauso hat Gehör finden können wie alle anderen auch, das ist doch gar keine Frage. Es geht letztlich um die schnelle Umsetzung einer möglicherweise notwendig nachzuschärfenden Entscheidung, die uns heute noch nicht möglich war, weil es Beratungsbedarf gibt. Ich bitte um Verständnis, es sind also ganz andere Motive und Gründe, die dafür eine Rolle spielen, als die Frage, dass man das unter sich ausmachen will und andere ausschließen kann. Das ist nicht der Fall. Danke schön.

Vorsitzender:

Als nächstes Herr Sturm für die Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit.

Joachim Sturm:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen und natürlich Kollegen vom Rettungsdienst, diese Diskussion hat mir jetzt gerade wieder einmal gezeigt, wie dringend notwendig es ist, dass wir dieses Ganze rekommunalisieren. Kein Mensch führt so eine Diskussion, ob die Feuerwehr am 31. März auftritt oder nicht oder ob die Polizei vielleicht da ist, das ist ein Teil unserer Daseinsfürsorge, und von da noch mal: Wir müssen diese Kolleginnen und Kollegen in eine Gesellschaft bringen, wir müssen sie rekommunalisieren und alles andere führt ins Garnichts. Danke.

Vorsitzender:

So. Ist es richtig, dass ich keine Wortbeiträge, keine Meldungen mehr habe? Dann würde ich jetzt wie folgt vorgehen wollen. Wir haben den Antrag der FDP-Fraktion, der nach Rücksprache mit der Kreisverwaltung der weitergehende ist, der bezieht sich auf den Antrag der Gruppe gemeinsam mit der Union, und der Hinweis, dass der letzte Satz gestrichen werden soll, das es also nicht nur im Kreisausschuss beraten oder abgestimmt werden soll. Wer den Antrag der FDP-Fraktion unterstützt, den bitte ich

um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Antrag der Gruppe mit der Union, also entsprechend die Thematik heute nicht abschließend zu behandeln, sondern den in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen und dann entsprechend, wie bereits mitgeteilt, beraten und entschieden werden soll. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Dann bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen mehrheitlich so genehmigt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 6.2. Das war der ehemalige Punkt 18, hier geht es um die Volkshochschule Hildesheim. Der Landrat hat gebeten, den Aufschlag zu machen, bitte schön.

Landrat Bernd Lynack:

Ich glaube, ich warte einen kleinen Moment. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin jetzt seit drei Jahren Landrat und ich weiß gar nicht, wie oft wir zum Thema Volkshochschule in diesem Gremium bereits debattiert haben. Wenn ich zurückdenke in meine Zeit, was ich davor gemacht habe, weiß ich gar nicht, wie oft unsere Presse über das Thema Volkshochschule berichtet hat. Ich weiß auch gar nicht in meiner Zeit der

Mitgliedschaft im Rat der Stadt Hildesheim, wie oft wir dort über das Thema Volkshochschule gesprochen haben und wenn ich an sämtliche Gespräche, sowohl hier im Gremium, aber auch mit den Beschäftigten selbst zurückdenke, dann weiß ich, dass hier nicht nur ein finanziell drängendes Problem gelöst werden sollte, es sollte vor allen Dingen ein klares Bekenntnis zu einer der größten Bildungseinrichtungen in unserem Landkreis Hildesheim getroffen werden.

Kolleginnen und Kollegen, ich bezeichne das heute mit Recht als historische Stunde, denn mit einer Beschlussfassung der Ihnen vorgelegten Vorlage schaffen wir endlich Klarheit. Klarheit für die Menschen, die diese durchaus wichtige Bildungseinrichtung nutzen wollen und zukünftig nutzen werden, aber eben auch gegenüber den Beschäftigten, dass wir klar zur Volkshochschule und deren Bildungsauftrag, insbesondere dem Zweiten Bildungsweg stehen.

Es ist nicht einfach, jetzt den Schnitt, insbesondere auch vor dem Hintergrund der finanziellen Lage ziehen zu können, weil — und ich werde da sicherlich wahrscheinlich auch gleich in meinen Worten zum Haushalt noch mal deutliche Worte zu finden — weil gerade die Aussagen, die in den Verfahren bisher schon der letzte Kreistag bekommen hat, hier Mittel freisetzen zu können, die letztlich auch der Einrichtung wieder zugutekommen können, nun laut dem Finanzamt doch nicht zur Verfügung stehen können. Aber dennoch soll uns das nicht davon abhalten, heute die notwendigen Beschlüsse zu fassen und hier die Klarheit zu schaffen, die es letztendlich braucht. Ich denke, wir alle gemeinsam können stolz auf diese Bildungseinrichtung sein, was sie uns auch in all ihrem Tun und Handeln abnimmt, was sonst verwaltungsseitig zu erledigen wäre. Ich denke an die vielen Deutschkurse, die gehalten werden müssen, um die zu uns geflüchteten Menschen in der deutschen Sprache fit zu machen. Den Zweiten Bildungsweg hatte ich

angesprochen. Präventionskurse, die auch gut durch die Verwaltungen im Landkreis Hildesheim nachgefragt werden. Eine durchaus breite Palette, die aufgebaut ist aus einer ehemaligen Kreisvolkshochschule, die dieses Haus mal als Amt geführt hat, und der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hildesheim, die keine eigene Volkshochschule hatten, die einen Verein gegründet haben, dessen Mitglieder immer noch 50 Prozent an diesem Haus halten. Ich denke, das sollte es uns wert sein, auch in Anerkennung dessen, dass diese Bildungseinrichtung zum Teil aus der Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft selbst heraus gegründet wurde, hier zukünftig Klarheit zu schaffen und vor allen Dingen auch Klarheit in der finanziellen Absicherung.

Ich finde es schade, dass der — wenn man so will — Deal mit der Stadt nicht geklappt hat, denn zwei große Kommunen im Landkreis Hildesheim mit diesem klaren Bekenntnis hätten dem Haus sicherlich gutgetan und hätten dem Auftrag, den die Volkshochschule hat, sicherlich auch gut zu Gesicht gestanden. Das ist jetzt nicht so, dennoch gilt es für mich, dabei nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern weiterzumachen. Ja, das, was das Finanzamt uns ins Stammbuch geschrieben hat, das gilt es jetzt erst mal zu prüfen, aber jetzt zu sagen, die Entscheidung weiter zu vertagen, hielte ich für töricht. Die Zitterpartie würde weitergehen und bringt niemanden weiter. Deswegen für mich das klare Bekenntnis: Es ist reif, eine Entscheidung zu treffen, diese Entscheidung soll heute getroffen werden. Ich bin sehr froh und sehr dankbar, dass wir so weit gekommen sind. Ich danke der Verwaltung, insbesondere dem Beteiligungsmanagement Klaus Rosemann, das uns hier über Jahre, kann man sagen, tapfer begleitet hat. Ich danke den Mitgliedern des Vorstandes des Volkshochschulvereins, der sich zweimal mit uns auf den Weg gemacht hat und in die Verhandlungen begeben hat, denn wie gesagt, wir haben einmal verhandelt als wir dachten, wir kriegen die Stadt noch mit ins Boot und beim zweiten Mal haben wir es dann so verhandelt, dass wir es — wie gesagt — alleine machen.

Lassen Sie mich ein Wort noch sagen zu dem Sitz im Aufsichtsrat, den wir dem Verein einräumen wollen. Für mich ist es selbstverständlich, dass der Verein — ich betone noch mal, aus der Mitte der Bürgerinnen und Bürger gegründet — hier zukünftig diese Volkshochschule, diese Bildungseinrichtung auch weiter begleitet. Und ja, der Verein bekommt einen Kaufpreis, der Kaufpreis ist verhältnismäßig gering, was etwas höher ist, ist die Entschädigung dessen, was der Verein mal als Zuschuss in die Sanierung des Gebäudes gegeben hat. Das wird zurückgezahlt, aber dieser Verein hat auch einen Vereinszweck und der Vereinszweck ist, die Bildungseinrichtung Volkshochschule Hildesheim zu unterstützen, und das wird er auch zukünftig tun und dafür finde ich es mehr als recht und billig, dass ein Mitglied des Vereins auch Mitglied des Aufsichtsrats unserer zukünftigen Volkshochschule sein wird.

Ich wünsche unserer Volkshochschule, also erst mal wünsche ich mir einen möglichst breiten, gestützten Beschluss, aber ich wünsche unserer Volkshochschule, dass sie auch unter der neuen Gesellschaftsform weiterhin einen derartigen Leuchtturm am Bildungshorizont in unserer Bildungslandschaft in Hildesheim bleibt. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Herr Schröter-Mallohn für Bündnis 90 / Die Grünen aus der Mehrheitsgruppe. Holger Schröter-Mallohn:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, nach langen und teilweise schwierigen Verhandlungen mit den Vertragspartnern, dem Volkshochschulverein, der Stadt Hildesheim und dem Landkreis, liegt nun ein Vertragsentwurf vor, der die Übernahme der Volkshochschule als hundertprozentige Gesellschaft des Landkreises Hildesheim besiegelt. Damit endet die jahrelange Unsicherheit über die Zukunft der VHS. Zwar sind die steuerrechtlichen Fragen noch nicht zu unserer vollen Zufriedenheit geklärt, allerdings werden wir unabhängig davon die verbliebenen Anteile des Vereins übernehmen und somit Klarheit schaffen, wer nun die Gesamtverantwortung dafür übernimmt. Auf diesem Weg musste Misstrauen ab- und Vertrauen aufgebaut werden, insbesondere die Sorge, dass die spezifischen Belange einer VHS, die gleichzeitig den Interessen des ländlichen Raumes gerecht wird und den Anforderungen an städtische Milieus, hat zunächst eine Einigung erschwert. Zwischenzeitlich ist klar, dass die Angebotsstruktur beider Räume weiterhin bedient, beide Räume weiterhin bedient und damit auf die besonderen Bedingungen Rücksicht nimmt. Die VHS wird auch zukünftig ihrem Bildungsauftrag gerecht werden, den Zweiten Bildungsweg weiter anbieten und auch dringend notwendige Sprachkurse werden portfolio vorgehalten, wobei hier die Finanzierung durch den Bund sichergestellt werden muss.

Wir sind davon überzeugt, dass dieser Vertrag nun alle Hürden nehmen wird. Eine lange und teilweise beschwerliche Reise geht damit zu Ende, und so kann man von dieser Stelle aus wünschen, dass die Volkshochschule nun in ruhigen Gewässern Fahrt aufnehmen wird, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Ich bitte daher um Zustimmung zu diesem Vertrag. Herzlichen Dank.

Vorsitzender:

Nächster Redner unser stellvertretender Landrat Herr Lüder für die CDU-Fraktion. Justus Lüder:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, lieber Bernd, es ist 16.30 Uhr, wir sind schon anderthalb Stunden dabei, 6.3, ich mache es kurz. Schön, dass es endlich geklappt hat. Der Vorlage der Verwaltung wird die CDU-Fraktion zustimmen. Man sieht, wenn der Landkreis die Verantwortung 100 Prozent VHS, 100 Prozent beim Leben, somit 100 Prozent Verantwortung trägt, das ist der Zusammenhalt im Landkreis. Die Wichtigkeit der VHS wurde von Ihnen beiden schon erläutert, deswegen kurz und knapp: CDU sagt ja. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Für die Fraktion Die Unabhängigen Herr Stuke bitte.

Josef Stuke:

Ja sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, der Fortbestand der VHS und deren Arbeit ist nicht gefährdet, wenn wir heute einen anderen Beschluss fassen. Ich meine, dass dort sehr gute Arbeit geleistet wird, unabhängig davon, wie die Gesellschafterstruktur ist. Wir haben bereits einmal

hier einen rechtswidrigen Beschluss gefasst aufgrund einer entsprechenden Vorlage der Kreisverwaltung, der dann vom Innenministerium kassiert worden ist. Das hat bereits dazu geführt, dass erhebliche Kosten entstanden sind durch Anwälte und auch durch die weiteren steuerlichen Belastungen. Wir sind verpflichtet, sparsam und wirtschaftlich zu handeln. Wir kommen natürlich nachher zum Haushalt und den dort vorhandenen extrem hohen Defiziten, insofern müssen wir das auch in die Überlegungen für die Volkshochschule einbeziehen. Der Vorlage ist zu entnehmen, dass erst einmal für den Erwerb des Gesellschafteranteils ein Betrag von 175.000,- Euro gezahlt werden muss, dass darüber hinaus jährliche Zuschüsse von 300.000,- Euro gezahlt werden müssen seitens des Landkreises, und es ist angesprochen worden, auch die steuerliche Frage ist nicht so, wie wir es gern gewünscht hätten, zu unseren Gunsten entschieden worden, so dass auch darüber weitere Belastungen zu erwarten sind.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass die Situation so beibehalten werden soll. Es gibt keine zwingenden Gründe, jedenfalls sind uns die nicht erläutert worden, die dafürsprechen, jetzt entsprechend zu entscheiden. Im Gegenteil müssen wir dafür Sorge tragen, dass die finanziellen Belastungen des Landkreises sich reduzieren. Sie liegen jährlich immerhin bei 1,5 Millionen Euro, und deshalb müssen wir uns entsprechend der Frage widmen, ob dieses Projekt günstiger gestaltet werden kann. Vor dem Hintergrund haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt, die Fraktion der FDP, Herr Bosse-Arbogast und die Fraktion der Unabhängigen, Abstand zu nehmen einen Gesellschafteranteil zu erwerben und im Übrigen darauf hinzuwirken, die finanziellen Belastungen für den Landkreis Hildesheim zu reduzieren und natürlich auch weiter der Frage nachzugehen, wie die steuerlichen Belastungen reduziert werden können. Herzlichen Dank.

Vorsitzender:

Herr Prior für die CDU-Fraktion bitte.

Friedhelm Prior:

Ja Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will nicht auf die guten Worte zurückkommen, Herr Preissner, die wir zu Beginn der Sitzung hier ausgesprochen haben. Ich habe auch keine Neigung dazu, irgendwelche Missstände gesund zu beten. Seit vielen Jahren, auch in der Großen Koalition, haben wir darum gekämpft, Anteile von diesem Volkshochschulverein zu bekommen, der sich bisher in der Form an der Finanzierung der Volkshochschule gemeinnützige GmbH beteiligt hat, dass er 300.000,- Euro von der Stadt Hildesheim bekommt, die er weitergeleitet hat. Zugrunde lag ein schöner Vertrag, dass dieser Volkshochschulverein zu 50 Prozent Gesellschafter der Gemeinnützigen Volkshochschul-GmbH ist, die zu 50 Prozent gehalten werden von der landkreiseigenen Holding. Jetzt steht aber im Gesetz, dass wir nur dann keine verdeckte Gewinnausschüttung zahlen, bei uns 300.000,- Euro im Jahr, wenn die Mehrheit der Anteile einer juristischen Person des öffentlichen Rechts gehören. Und der Volkshochschulverein ist keine juristische Person des öffentlichen Rechts. So und deswegen haben wir schon vor Jahr und Tag gesagt: So, also wollen wir die Anteile haben. Das ist uns nicht geglückt. Wir haben dem Verein mehrere Angebote gemacht, die immer in den Wind geschlagen worden sind und wir haben dann vor ein paar Jahren einen Vertrag geschlossen, den vielleicht nicht jeder kennt, aber kennen sollte, nämlich dass derzeit die Holding, unsere

Holding, sich verpflichtet hat, gegenüber der Volkshochschule all die Mittel zur Verfügung zu stellen, die von der Volkshochschule in ihrem Wirtschaftsplan ausgewiesen sind. Warum? Weil dort in diesem Gremium wir selber sitzen durch unsere Abgeordnete. Das heißt wir fordern nur das, was wir selber an Musik bestimmen. Nur wenn wir da sagen, die und die Musik wollen wir bestellen, dann müssen wir aber auch bereit sein zu zahlen. Dieser Vertrag hat eine Kündigungsfrist von drei Jahren. So und wenn also jetzt wir alle Anteile erwerben, dann braucht der Volkshochschulverein von der Stadt Hildesheim keine 300.000,- Euro mehr an die Volkshochschule gemeinnützige GmbH zahlen, also müssen wir natürlich sagen, dann müssen wir das wohl übernehmen. Dafür sparen wir ja auch 300.000,- Euro jeden Monat, und zwar nicht nur zwei, drei Monate, sondern für die gesamte Zukunft. Und die fünf, sechs Millionen, die wir jetzt auf den Teller gelegt haben, weil uns nicht die Mehrheit der Anteile gehören, die sparen wir zukünftig auch. Für die Stadt Hildesheim bedeutet das, die von uns von unserer Holding ja 100.000,- Euro im Jahr Gewerbesteuer bekommt, und 300.000,- Euro an den Verein nicht mehr zu zahlen hat, dass die 200.000,- Euro überhaben. Das können die ja mal für die Kulturfabrik einsetzen oder für andere wertvolle kulturelle Angelegenheiten.

Wir haben einen Vorschlag gemacht in der letzten Sitzung, wir gründen unsere eigene Volkshochschule. Da kann der Verein machen, was er will, und wir brauchen keine 175.000 zu bezahlen, die Sache hat sich dann erledigt. So, also lange Rede, kurzer Sinn, Herr Lüder hat's gesagt, wir werden dem zustimmen. Aber wir werden dem zustimmen, weil wir jetzt alle Anteile bekommen und wenn wir alle Anteile haben, können wir als Gesellschafter auch jeden Tag den Vertrag wieder ändern. Deswegen ist auch nichts in Stein gemeißelt. Und ich bin in keiner Weise Befürworter dafür, dass ein Verein, der uns jetzt jahrelang Millionen gekostet hat, einen Sitz im Aufsichtsrat bekommt. Dann gibt es doch mehrere Vereine, die vielleicht auch da einen Sitz haben möchten. Kann mich aber darüber zurückhalten, kann sagen okay, wir können ja jederzeit eine andere Regelung treffen, wenn wir in Besitz aller Anteile sind.

Hier steht in dem Beschlussvorschlag der FDP/UWG, ich bitte um Nachsicht, der Landkreis Hildesheim nimmt davon Abstand, einen Gesellschaftsanteil an der Volkshochschule gemeinnützige GmbH zu erwerben. Soll das heißen, einen Gesellschaftsanteil? Oder überhaupt Gesellschaftsanteile? Ohne Übernahme der Anteile zahlen wir weiterhin jedes Jahr 300.000,- Euro. Wer kann denn so verwegen sein, nachdem wir jetzt jahrelang dahinter herlaufen, die Anteile zu erwerben, zu sagen, wir lassen das jetzt mal bleiben! Und zahlen weiterhin jedes Jahr 300.000,- Euro. und haben weiterhin den Verein mit Veto-Recht in unserer Gesellschaft. Dafür, wofür wir jahrelang gekämpft haben und jetzt endlich das Angebot bekommen, alle Anteile zu übernehmen, zu sagen, wir nehmen davon Abstand, einen Anteil zu erwerben, und wir wollen mal gucken, nein, wir brauchen nicht zu gucken, weil wir einen Vertrag haben! Und in diesem Vertrag steht drin: Kündigungsfrist drei Jahre. Wir können also, wenn wir unsere vertraglichen Verpflichtungen erfüllen überhaupt nichts anderes machen, sinnvollerweise und im Interesse der Steuerzahler, zu sagen, wenn wir die Möglichkeit haben, die Anteile zu bekommen, und alle Möglichkeiten haben, den Gesellschaftsvertrag jederzeit zu ändern, als der Vorlage der Verwaltung zuzustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Schönen Dank Herr Prior. Gibt es zu dem Tagesordnungspunkt weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann komme ich jetzt in den Abstimmungsprozess. Wir haben zum einen die Vorlage und zum anderen den Antrag der Unabhängigen, der Freien Demokraten des Abgeordneten BosseArbogast, über den lasse ich zuerst abstimmen. Wer dem Antrag 739 zustimmen möge, der Antrag der Fraktion und Herrn Bosse-Arbogast, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit abgelehnt.

Ich komme zu der eigentlichen Vorlage unter Tagesordnungspunkte 18 ist es die Vorlage 576. Wer der Vorlage seine Zustimmung erteilen möge, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Dann bei einigen Gegenstimmen so genehmigt. Herzlichen Dank.

Ich habe jetzt eine Frage an das Gremium, und zwar würden wir normalerweise jetzt weitermachen mit dem Kita-Vertrag. Es ist davon auszugehen, dass diese Diskussion wahrscheinlich etwas länger dauern würde. Wir haben aber hier einige Zuhörerinnen und Zuhörer, die sich insbesondere hier auf den Weg gemacht haben wegen Schülerbeförderungssatzung. Die sitzen dort hinten sehr brav in den Reihen und manche sind auch schon rausgegangen. Ich frage das Gremium deshalb, ob jemand etwas dagegen hat, ich formuliere es etwas genauso: Hat ein Abgeordneter etwas dagegen, wenn wir den Tagesordnungspunkt 9 Schülerbeförderungssatzung jetzt vorziehen? Ich sehe keinen Widerspruch. Dann würde ich jetzt den Tagesordnungspunkt 9 Schülerbeförderungssatzung aufrufen. Möchte jemand von den Fraktionen den Aufschlag machen oder wollen wir kurz auf Herrn Hansen warten? Herr Prior, dann dürfen Sie gerne den Aufschlag machen oder der Landrat?

Landrat Bernd Lynack:

Herr Hansen ist jetzt leider gerade draußen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden es heute unter dem Tagesordnungspunkt Haushalt noch reichlich hören, dass es uns nicht wirklich gutgeht finanziell. Und bei der Bezuschussung zum Deutschland-Ticket im vergangenen Jahr haben wir uns etwas gegönnt, was den Kreishaushalt mit mehr als 1,4 Millionen Euro belastet. Wir alle denke ich haben das gemeinschaftlich in dem Bewusstsein getan, dass wir uns auf die Zusage seitens des Landes verlassen haben, dort steht im Koalitionsvertrag, dass das so genannte Schülerinnen- und Schüler- und Azubi-Ticket eingeführt werden soll, mussten nun aber leider, nachdem sich auch die kommunalen Haushalte immer weiter verschlechtern, feststellen, dass das Land auch in diesem Jahr beziehungsweise im kommenden Jahr wieder nicht zu seiner Zusage stehen wird, so dass wir schweren Herzens hier gesagt haben: Da müssen wir einen Cut machen, das können wir nicht weiter verantworten, gleichwohl bitten wir aber unser Tochter-Unternehmen, die RVHI, alles dafür zu tun, hier für eine Upgrade-Möglichkeit zu sorgen, damit Eltern, die das für ihre Kinder wünschen, ihren Kindern auch weiterhin das DeutschlandTicket zur Verfügung stellen können.

Der Sek. II-Bereich fällt gänzlich raus, ja, auch das ist sehr ärgerlich und geschieht schweren Herzens, aber lässt uns keine weitere Wahl. Ich bin den Antrag stellenden Fraktionen sehr dankbar dafür, dass wir für den Fall, dass das mit der RVHI nicht

klappt, hier zu einer Upgrade-Möglichkeit in der Abwicklung zu kommen, uns Personalstellen zur Verfügung stellen, dann würden wir dies selbst tun.

Ich betone aber noch mal auch für die Schülerinnen und Schüler und Eltern im Sek. I-Bereich, an der Abschaffung der Schülerbeförderung wird sich nichts ändern, wir werden weiterhin dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler, denen das Ticket zusteht nach der 2-Kilometer-Grenze, selbstverständlich zur Schule verbracht werden. Tut mir leid, Herr Prior, dass ich noch einmal dazwischen gefädelt bin. Herzlichen Dank.

Friedhelm Prior:

Ja, vielen Dank. Ja Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir gedacht, das ist ein überschaubarer Sachverhalt. Wir haben einen Beschlussvorschlag, der ist ja auch schon am Anfang der Sitzung angesprochen worden, der darauf hinausläuft, die Zuschüsse, die wir bisher für den Sekundarbereich II gezahlt haben, zu streichen mit der Folge, dass sich die Sekundarbereich II-Schüler ein Deutschland-Ticket kaufen können mit der Folge, dass — weiß ich nicht, was das Monatsticket beim Rosa-Tarif von Alfeld nach Hildesheim kostet — das natürlich wesentlich teurer wäre, als wenn ich jetzt ein Deutschland-Ticket habe. Auf jeden Fall wird die Bezuschussung, die wir bisher vorgenommen haben, für den Sekundarbereich II zurückgenommen.

Übrig bleibt quasi, dass wir jetzt für die Tarifbereichel und HI die Möglichkeit schaffen, sich ein Deutschland-Ticket zu kaufen, wenn man die Mehrkosten selber trägt. Das ist im Wesentlichen der Beschlussvorschlag der Verwaltung. Dazu hat die Mehrheitsgruppe jetzt vorgeschlagen, folgende Änderung: Für diesen Personenkreis wird die Möglichkeit geschaffen, anstatt dieser Rosa-Tickets der Stufe HI und 1 ein Abo des Deutschland-Tickets zu erhalten, wenn der Differenzbetrag zwischen der jeweiligen Preisstufe HI und 1 zum Deutschland-Ticket selbst getragen wird. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Regionalverkehr irgendwelche Gespräche zu führen, schnellstmöglich. Sofern das Angebot für ein Upgrade von der RVHI nicht zur Verfügung gestellt werden kann, wird die Verwaltung beauftragt, diese Upgrade-Möglichkeit mit eigenen Mitteln und Personal zu schaffen. Für diesen Fall werden für das Amt Schule und so weiter zwei zweckgebundene zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt und zugewiesen, mit einem Sperrvermerk versehen, über die Freigabe entscheidet der Landrat. Kann auch diese Upgrade-Möglichkeit von der Verwaltung nicht geschaffen werden, bleibt der Beschluss zur Änderung, den die Verwaltung gemacht hat, unverändert.

Dazu schlagen wir vor: Diese beiden letzten Absätze zu streichen und stattdessen zu schreiben: ...wird mit folgender Maßgabe zugestimmt, nach dem dritten Absatz wird folgender Satz eingefügt: Die Vertreterin des Landkreises im RVHI, Frau Wißmann, wird gemäß § 138 Absatz 1 NKomVG beauftragt, dies in der

Gesellschafterversammlung umzusetzen. Was heißt das? Wir diskutieren nicht mit der RVHI, Bitte um Nachsicht, Herr Landrat für die Formulierung, es ist keine Tochter, sondern es ist unsere Gesellschaft und in dieser Gesellschaft entscheiden wir, was die Gesellschaft macht. Und wenn die Gesellschafterversammlung, das ist Frau Wißmann, die sich dann mit sich selber trifft, beschließt, wir machen das jetzt, dann wird das getan. Also wir wollen nicht nur die Option zu sagen, es wäre sehr schön,

aber wenn die nicht wollen, dann geht's eben nicht, sondern wir sagen: Wir beauftragen unsere Gesellschaft. Das wird jetzt umgesetzt, was wir hier möchten.

Und dann ergänzen wir noch etwas, nämlich, dass wir sagen: Die bisherige Schülerbeförderungssatzung ist sicherlich überarbeitungsbedürftig. Diese 2-Kilometer-Grenze, die wir machen, nicht in jedem Fall sachgerecht. Das betrifft nicht nur die Schüler in der Primarstufe. Ist es sachgerecht, dass ein Schüler in der 10. Klasse 2,2 Kilometer von seiner Schule entfernt wohnt und dann ein Upgrade bekommt? Und sein Kollege, der wohnt 1,9 Kilometer entfernt, der bekommt kein Upgrade. Ist das vernünftig? Nein. Ist das vernünftig, dass der Schulbus für ein Kind, was 2,1 Kilometer entfernt wohnt, das Kind aufnimmt, und an seinem Kumpel, der 1 Kilometer entfernt wohnt, morgens vorbeifährt? Das ist auch nicht sachgerecht. Ist es sachgerecht, dass die Kinder, wenn die jetzt zur Ganztagschule gehen, 40 Minuten warten müssen, eh sie dann nach dem Unterricht abgeholt werden, ihnen zuzumuten ist, 40 Minuten im Bus zu sitzen und noch abzuverlangen, zu Beginn des Unterrichts auch noch 40 Minuten zu warten. Dann kommen die abends wieder nach Hause. Müsste man das nicht mal modifizieren oder zumindest prüfen, das zu modifizieren? Deswegen schlagen wir vor, dass unabhängig von dieser Geschichte mit dem Upgrade auch die Schülerbeförderungssatzung insgesamt in diesen Punkten, die ich gerade nur kurz angerissen habe, überarbeitet wird. Wenn wir sie überarbeiten, dann werden sicherlich auch noch mal die Fragen aufzuwerfen sein: Ist das, was wir jetzt radikal sagen, für den Sek-II-Bereich werden die Zuschüsse vollständig gestrichen, gerechtfertigt oder sollte man auch schauen, wie kommt das jetzt überhaupt, was wird das überhaupt für Folgen haben, wenn wir diesen Beschluss, so wie er jetzt vorliegt und wie wir ihm zustimmen würden, für Auswirkungen haben wird.

Meine recht herzliche Bitte wäre, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, er würde auf jeden Fall, was die Nummer 1 betrifft, dazu beitragen, dass auch sichergestellt wird, dass dieses Upgrade umgesetzt werden kann. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? Herr Diefenbach für Bündnis 90 / Die Grünen aus der Gruppe bitte.

Peter Diefenbach:

Ja Herr Vorsitzender, Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, wir haben als Gruppe einen eigenen Antrag angebracht, das ist der Antrag 697/XIX und haben da drin einige Beschlussvorschläge zusammengefasst, die Ihnen auch vorliegen. Das Wichtigste ist erst mal, wir folgen als Gruppe dem Vorschlag und der Ausarbeitung der Verwaltung. Und wir haben uns mit dieser Entscheidung das Leben nicht leicht gemacht und wir waren also schon recht früh unterwegs in diesem Jahr und haben uns über den Haushalt unterhalten und über die Herausforderungen 2025 und uns war klar, dass wir mit dem, was wir vor der Brust haben, wir wollen die Berufsbildenden Schulen zukunftsfähig machen, wir wollen dort viel leisten 2025, dass die Grundlagen entstehen, dass durchgebaut, renoviert und ergänzt werden

kann. Und wir waren also uns einig, dass wir uns alle freiwilligen Leistungen dabei auch ansehen müssen und unter anderem war das auch die freiwillige Leistung, die wir bisher im Schülerverkehr getan haben. Also ich erwähne das deshalb noch mal, unser Landrat hat dazu schon gesprochen, aber ich sehe, dass hier auch sehr, sehr viele Gäste sind unter uns, denen dieses Thema wirklich auch am Herzen liegt und die vielleicht gar nicht verstehen können, was jetzt passiert. Es ist in der Tat so, dass wir an vielen Stellen einfach nicht mehr mit dem Geld so umgehen konnten wie ein Jahr zuvor und das hat sich eben auch ausgewirkt, diese Haushaltslage bei uns auf dieses Thema Schülerbeförderung. Und deshalb sind wir auf die gesetzliche Regelung zurückgekommen, so leid uns das auch tut, und sind im Sek-I-Bereich eben wieder auf dieses Thema gekommen, dass wir mit dem Rosa-Tarif arbeiten müssen, weil in der Zwischenzeit auch unerwartet das Deutschland-Ticket von 49, Euro auf 58,- Euro sich verteuert hat oder sich verteuern wird in 2025. Deshalb haben wir uns überlegt, was wir vielleicht im Sek-I-Bereich noch tun können, damit also die Folgen abgefedert werden und wir machen in diesem Beschlussvorschlag den Vorschlag auch, dass also ein Upgrade erfolgen kann, dass also dann im Bereich Hildesheim und im Tarifbereich 1 dann die Möglichkeit eröffnet, für Schüler:innen weiterhin mit dem neuen Deutschland-Ticket zu fahren, allerdings müsste dann zum Rosa-Tarif der Unterschied eigenständig dazubezahlt werden.

Deshalb ist unsere Beschlussvorlage wie folgt: Wir möchten Sie bitten, diesem Vorschlag zuzustimmen und ergänzen dazu auch, dass wir das Thema Upgrade Deutschland-Ticket aufnehmen und zwar in zwei Stufen, zum einen wird geprüft werden durch die Verwaltung, ob mit dem Regionalverkehr Hildesheim eine Regelung erfolgen kann, die also dieses Upgrade ermöglicht. Sollte das nicht möglich sein, haben wir die Zustimmung vom Landrat und von der Verwaltung, dass wir das mit Eigenmitteln in der Verwaltung machen, um dann das richtigzustellen und sicherzustellen, dass eben auch das Upgrade auf das Deutschland-Ticket erfolgen kann. Ich bitte Sie, zusammenhängend sich das noch mal zu überlegen und für unseren Antrag zu stimmen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Als nächstes für die Liberalen Herr Ebert, bitte.

Claas Ebert:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren. Herr Hansen und Herr Landrat Lynack hatten ja schon richtige und wichtige Punkte dazu gesagt, das ist ein sehr subventioniertes System grundsätzlich, Deutschland-Ticket, ÖPNV. Und das Land hat die eigenen Versprechen diesbezüglich nicht eingehalten. Ich als Student im Gegenteil habe ein vergünstigtes Deutschland-Ticket bekommen vom Land, ich zahle nur 60 Prozent und die Vorteile sehe ich vollkommen, es ist eine sehr, sehr gute Errungenschaft der Ampel und ich verstehe jeden Schüler, jede Auszubildende, dass diese Entscheidung, die wir hier treffen müssen, nicht gut finden. Wir hatten ja auch dazu einen eigenen Antrag geschrieben

und werden uns für die Upgrade-Möglichkeit einsetzen, von daher auch Unterstützung für den Antrag der Gruppe. Bei den Universitäten hat es auch gut.

34

geklappt mit dem Upgrade, entweder über die Regionalen Verkehrsverbünde und was ich noch weiter vorschlagen möchte, bei einigen Universitäten über externe Firmen, also in Hildesheim beispielsweise hat es nicht der RVHI gemacht, sondern eine andere Firma, und vielleicht ist es eine Option, darüber nachzudenken und ist vielleicht kostensparender, wenn es der RVHI nicht kann, das nicht die Verwaltung zu lassen, sondern nur zu prüfen, ob es vielleicht auch andere Anbieter gibt, weil das war bei den Universitäten der Fall. Und auch wie bei dem letzten Redebeitrag von mir ist auch hier der letzte Satz des Antrags, also die Upgrade-Möglichkeit als Bedingung für diese Änderung zu setzen, trifft nicht auf unsere Unterstützung, da diese Ersparnis unserer Ansicht nach zu groß wäre als ja, uns auf die Möglichkeit des Upgrades zur Bedingung zu machen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Zum eingeschobenen Tagesordnungspunkt 9 sehe ich keine weiteren Wortmeldungen, aber da kommt sie. Ekkehard, du bist dran. Herr Domning für Bündnis 90 / Die Grünen für die Gruppe.

Ekkehard Domning:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, man kann natürlich die RVHI dazu zwingen, etwas zu tun. Nur ob der Zwang Früchte trägt, muss ja unbenommen bleiben. Es muss ja umsetzbar sein. Also wir können natürlich alles Mögliche beschließen, nur die müssen es auch machen können. Wir haben ohne die Vertraulichkeit des Aufsichtsrates zu brechen uns da schon auch drüber unterhalten. Wir haben auch Gespräche geführt und auch aus Ihren Reihen ist ja jemand aus dem Aufsichtsrat vertreten, der das sicherlich auch noch entsprechend berichten kann. Es ist einfach so, dass die sowohl technischen als auch juristischen Zusammenhänge nicht einfach sind. Also von außen draufgeguckt, im ersten Blick, denkt man ja, das kann ja nicht so ein Problem sein, so einen kleinen Betrag da draufzuschlagen. Aber tatsächlich ist es eben doch ein kompliziertes Verhältnis, eben einmal aus den rechtlichen Gegebenheiten, eben entsprechend warum wir das als Landkreis überhaupt tun müssen, aber eben auch aus den Tarifbedingungen, die mit dem Deutschland-Ticket verbunden sind. Und es ließ sich jetzt ganz einfach vor dieser Sitzung nicht abschließend klären, ob die RVHI dafür wirklich in der Lage ist, das zu machen und vor allen Dingen auch natürlich nicht mit Preisen hinterlegt, weil da muss dann eben irgendeine Software geändert werden und das muss dann physisch von irgendjemandem auch gemacht werden. Das muss man hinbringen und deswegen haben wir beantragt, uns die Option offenzuhalten, dass, wenn die Hürden bei der RVHI so groß sind, es nicht klappen kann, dass wir dann zurückfallen können und versuchen können, hier im Hause eine eigene Lösung dafür zu finden. Ein Drittanbieter wird die Sache nicht einfacher machen, weil auch die wieder vor dem Problem stehen, entsprechend diese Leistung auch wirklich also physisch anbieten zu können.

35

So und jetzt noch mal zu dieser harten Grenze, die Sie kritisieren, mit den zwei Kilometern. Also Herr Prior, wir haben zig solche Grenzen im Recht überall, wo solche ja harten Grenzen zwischen „ja, es geht“ oder „nein, es geht nicht“ haben.

Denken Sie an die kommende Bundestagswahl, wo sich Menschen, die im Mai 18 werden, darauf gefreut haben, im September wählen zu können, nix da, die können jetzt vier Jahre warten. Also wir haben solche Grenzen überall und an der Stelle mag es jetzt sachgerecht sein, das zu machen. Man kann sich überlegen, das auch auszuweiten, da gab es auch Obergrenzen, ja, bitte. Vielen Dank. Vorsitzender:

Als nächstes für die Fraktion Die Unabhängigen Herr Stuke bitte.

Josef Stuke:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, also Ekkehard, dass du eben technische Probleme ins Feld geführt hast, also ich meine, das kann es ja nun wirklich nicht sein. Wir sind also erstaunt darüber, dass das bis heute noch nicht gelungen ist, diese Lösung im Sinne der Schülerinnen und Schüler zu realisieren und haben schon damals, als das Thema auf der Tagesordnung stand, doch darum gebeten, jetzt schnellstmöglich diese Lösung umzusetzen, damit eben rechtzeitig die Schülerinnen und Schüler über dieses Ticket verfügen können. Deshalb auch unser Antrag, diese Lösung gemeinsam zwischen dem Landkreis Hildesheim und RVHI schnellstmöglich umzusetzen. Ich glaube, wir brauchen da auch keine weiteren Alternativen ins Feld führen, sondern es soll so gemacht werden, wie es die Verwaltung selbst in ihrer Vorlage zum Ausdruck gebracht hat, die liegt ja auch schon etwas zurück, also ich bitte darum, schnellstmöglich diese Lösung umzusetzen. Danke schön.

Vorsitzender:

So, ich habe nur noch Herrn Prior auf der Rednerliste. Sie warten, weil Sie haben schon geredet, Sie kriegen das Schlusswort, wenn keine weiteren Wortbeiträge mehr gewünscht werden, das ist der Fall, von daher Herr Prior, Sie können jetzt noch zwei Minuten zu Ihrem Antrag sprechen.

Friedhelm Prior:

Das ist sehr nett. Also ich wollte zwei Sachen sagen, Herr Domning, also meine Tochter wohnt in Schottland, ich weiß nicht, ob es nicht dort — es gibt immer so Witze über die geizigen Schotten, egal, aber da hält der Schulbus an, wenn da ein Kind auf der Strecke zur Schule läuft. Also bei uns natürlich nicht, weil wir ja die 2- KilometerGrenze haben. Ja? Das ist da eine. Das zweite: Wer schickt denn jetzt an die Schülerinnen und Schüler die Abo-Tickets? Der RVHI? Nein, der hat das schon lange ausgesourct, macht die Firma Meierhuber. So und bei jeder anderen Firma können Sie jeden Vertrag abschließen, und wenn Sie jetzt sagen: Ich will aber jetzt kein Deutschland-Ticket mehr, ich bestell das ab, dann dürfte es kein Problem sein zu sagen: Okay, dann bestellst du das ab, dann bekommst du jetzt wieder den RosaTarif. Was ist daran kompliziert? Überhaupt nichts. Und wenn wir eine Gesellschaft haben, die das alles organisiert, den ganzen RVHI,

und das jetzt schon alles an andere Firmen aussourcen, dann können wir denen nicht zumuten zu sagen: Jetzt machst du das Upgrade auf das Deutschland-Ticket, kommen wieder her, müssen ein Formular ausfüllen und dann läuft das alles online. So und wenn es denen nicht möglich ist und Sie schreiben rein, wenn die das nicht können, und wenn wir selber unsere Firma nicht anweisen: Du machst das jetzt, dann soll das die Verwaltung machen, und wenn die sagen: Wir können es auch nicht, dann lassen wir es bleiben. So und deswegen ist es doch rechtfertigt, den letzten Satz zu streichen. Wir wollen das und dann wird das ausgeführt. Und das wird auch ausgeführt, wenn wir den letzten Satz streichen und dazu meine ich, sollten wir uns auf jeden Fall verständigen können. Vielen Dank.

Vorsitzender:

So. Damit sind alle Redebeiträge abgearbeitet. Ich gehe nun in den Abstimmungsprozess zum Tagesordnungspunkt 9. Für alle noch mal zum Verständnis: Wir haben einmal die Vorlage und wir haben drei Änderungsanträge. Ich werde in der Reihenfolge abstimmen, erst bitte den Antrag der CDU, zweitens den Antrag der FDP, Unabhängige und Herrn Bosse-Arbogast, nehme ich mal an, dass es wieder eine Dreier-Kombination ist, und dann den Antrag der Gruppe, der dann auch die Vorlage mit einbeschließt.

Also ich rufe auf den Antrag der CDU-Fraktion, wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Also trotz der Zustimmung von Vernunft und Gerechtigkeit und der CDU ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe auf den Antrag — war es jetzt eine Dreier-Konstellation überhaupt? Nein. Es ist nur ein Antrag der Unabhängigen und der FDP-Fraktion, schönen Dank für die Richtigstellung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Die CDU ist sich ein bisschen uneins, aber schauen wir mal. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Bei Enthaltung der AfD-Fraktion ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Antrag der Gruppe, der die Vorlage mit einschließt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Also ein buntes Bild, ein Potpourri, aber mehrheitlich zugestimmt.

Wir gehen zurück zum Tagesordnungspunkt 6, hier speziell geht es um den neuen Tagesordnungspunkt 6.3 und hier ganz speziell um den alten Tagesordnungspunkt

20. Der Abschluss der Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung, Kita-Vertrag, mit den kreisangehörigen Kommunen mit

Wirkung vom 01.01.2025. Wer hat den Mut und möchte zu diesem Tagesordnungspunkt den Aufschlag machen? Herr Schwenke bitte.

Steffen Schwenke:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat. Ich habe die Ehre und das Vergnügen, Ihnen hier heute die Vorlage 821/XIX-2 mit dem Druckdatum von heute vorzustellen, in der es um nichts Weniger geht als um den Abschluss der Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung, einem neuen Kita-Vertrag. Wir haben sehr, sehr lange mit unseren gemeindlichen Partnern verhandelt, haben uns intensiv auseinandergesetzt, all das ist auch schon auf dem Weg in der Beratungsfolge hier bis heute in dieser Sitzung dargestellt worden. Wir waren damit im Finanzausschuss, wir waren damit im Jugendhilfeausschuss, wir waren damit im Kreisausschuss und heute sind wir dann hier unterwegs. Wenn Sie sich die Vorlage anschauen, dann werden Sie feststellen, dass Sie ab Seite 2 einige Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen des Vertrages finden, auch zum § 4a, der hier schon dezidiert angesprochen worden ist, auch da gibt es eine Änderung. Tatsächlich wurde er umgestellt von Plural auf Singular, das war gewünscht worden. Zutreffend ist auch die Aussage, dass er auf Wunsch des Landkreises Eingang gefunden hat, aber formuliert worden ist er von der Gemeinde Seite. Das gilt im Übrigen für den gesamten Vertragstext. Über den Inhalt haben wir uns natürlich sehr, sehr intensiv auseinandergesetzt, aber der Vertragstext als solches ist von der Gemeinde Seite ausformuliert worden und natürlich dann am Ende des Tages mit uns abgestimmt.

Ab der Seite 3 finden Sie eine Beschreibung dessen, was jetzt vor uns liegt, immer Ihre positive Beschlussfassung für heute vorausgesetzt. Es ist beabsichtigt, allen kreisangehörigen Gemeinden den bisher bestehenden Kita-Vertrag aus dem Jahr 2019 zu kündigen und gleichzeitig den Ihnen vorgelegten Vertragsentwurf als neuen Kita-Vertrag anzubieten. Für die Gemeinden, die sich nicht oder noch nicht entschließen können, dem neuen Vertrag ab 01.01.2025 beizutreten, wird der Landkreis Hildesheim diese Aufgabe, die seine eigene ist, übernehmen müssen und er wird es auch tun. Im Moment ist der Stand so, dass wir aus Alfeld, aus Bockenem, aus Hildesheim, aus Sarstedt, aus der Samtgemeinde Leinebergland die Mitteilungen vorliegen haben, dass es dort zu positiven Empfehlungen seitens der Hauptverwaltungsbeamten gegenüber ihren Gremien kommen wird. Sie alle haben auch vorliegen ein Statement des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, auf das ich dann gleich noch mal zu sprechen komme, aber auch ein Statement von mehreren Bürgermeistern für ihre Kommunen, die sich im Augenblick noch nicht in der Lage sehen, diesem Vertrag so beitreten zu wollen.

Die finanziellen Auswirkungen des Vertrages sind ab Seite 4 für Sie dargestellt, das geht dann weiter, 5, 6 und mündet dann in den Beschlussvorschlag ein, der zusammenfassend ausführt: Wir möchten jetzt kündigen, möchten aber gleichzeitig dies Angebot neu unterbreiten, wie ich eben schon ausgeführt habe, und hoffen dann natürlich, eine Vielzahl von Kommunen mitzunehmen, ideale Weise alle, ob es gelingt, wird sich dann zeigen.

Ich habe jetzt hier in die Hand genommen die Mitteilung, die Ihnen, glaube ich, allen vorliegt des Städte- und Gemeindebundes, vom 11. Dezember ist die datiert, und würde darauf gerne noch mal ganz kurz eingehen, wie offenbar dieser Vertragsentwurf seitens unserer Gesprächspartner, nämlich des Städte- und Gemeindebundes Niedersachsen, also des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Kreisverband Hildesheim, wahrgenommen worden ist. Hier lese ich relativ weit unten auf der Seite: Die eingesetzte Verhandlungsgruppe hat nach langen

Gesprächen und Verhandlungen trotz angespannter Haushaltslage nun einen Weg aufgezeigt, der alle Belange gleichermaßen berücksichtigt und als guter Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Standpunkten der kreisangehörigen

Gemeinden angesehen werden muss. Dann kommen Ausführungen zum Anpassungsfonds, das ist, glaube ich, Paragraf 7a. Dazu wurde noch ein Anpassungsfonds integriert, der extrem gut wirkt und nur noch drei Gemeinden ein kleines Defizit gegenüber dem Altvertrag haben.

Insgesamt ist es in den Verhandlungen gelungen, ein System zu entwickeln, in dem die bisher bestehenden Verwerfungen im Verteilmechanismus zwischen den Kommunen gemindert werden können. Okay. Das ist also das, was unsere Verhandlungspartner, unsere Gesprächspartner, über diesen Vertragsentwurf sagen. Demnach kann er so ganz gruselig gegenüber den Gemeinden dann nicht sein. Und ich nehme an, jetzt schließt sich hier eine rege Debatte an und würde mich freuen, wenn am Ende der Debatte möglichst viele Arme, wie Sie es eben genannt haben, hoch gingen und wir eine Zustimmung für die Verwaltungsvorlage bekommen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Schönen Dank, Herr Schwenke für den Aufschlag zu diesem Tagesordnungspunkt. Herr Prior, Sie dürfen gern fortfahren für die Unionsfraktion. Bitte schön.

Friedhelm Prior:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Schwenke, zunächst darf ich sagen, dass Sie zitiert haben aus einem Brief von Herrn Block, Privatbrief, unter dem Kopf steht Gemeindebund, das ist ein Verein, und in diesem Verein sind die Städte und Gemeinden Mitglied, da bezahlen wir Beitrag. In der Stadt Sarstedt haben wir dazu überhaupt nichts beschlossen. Und wir haben hier das Protokoll von der letzten Ratssitzung und da steht drin: Die Verwaltung muss erst mal gucken, welche Folgen das hat und man weiß noch gar nichts Genaueres. Hier zu behaupten, die Stadt Sarstedt hätte da irgendwas zugestimmt, ist einfach schlicht falsch. Wenn Sie sagen, die Bürgermeisterin habe in irgendeinem Gremium, was ich nicht kenne, gesagt, dass sie wohl dem Stadtrat empfehlen würde, dem Vertrag zuzustimmen, das mag sein. Nur die Stadt Sarstedt wird vertreten durch den Stadtrat, und der entscheidet über den Vertrag, ja oder nein. Und Zusagen ohne irgendwelche Ratsgremien zu beteiligen, halte ich schon für eine abenteuerliche Geschichte. Das, was Sie vorgetragen haben, ich habe dem Herrn Block heute einen Brief geschrieben, weil ich ja auch Mitglied des Kreistages bin. Und an die Mitglieder des Kreistages hat er gestern seinen Brief verfasst. Ich habe zu den einzelnen Behauptungen, die irrig und falsch sind, Stellung genommen. Insbesondere zu der

Behauptung, allen Gemeinden würde gleichermaßen die Pflicht obliegen, die Kinderbetreuung zu erfüllen. Das ist einfach schlicht falsch. Die Gemeinden können,

sie können, müssen aber überhaupt nicht, diese Aufgabe übernehmen im Einvernehmen mit dem Landkreis. Und in Niedersachsen — im Unterschied zu anderen Bundesländern — dürfen die Gemeinden die Aufgabe, die Kinderbetreuung zu übernehmen, gar nicht übernehmen. Sie dürfen nur die organisatorische Abwicklung übernehmen.

Und was die Kosten betrifft, läuft es auf Folgendes hinaus: Der Landkreis hat einen Haushalt von 700 Millionen, aus den 700 Millionen finanziert er seine Aufgaben. Und wenn die Einnahmen nicht reichen für die Hilfe zur Erziehung, für den ÖPNV, für die Fahrradwege, für die Kreisstraßen und was wir nicht alles haben, wenn die Mittel nicht reichen, dann kann er sich von den Städten und Gemeinden zur

Restfinanzierung eine Kreisumlage abkassieren. Bei uns ist das mittlenuelle schon ins Kraut gewachsen, da ist die Kreisumlage 240 Millionen von 700 Millionen. Es würde doch keiner auf den Gedanken kommen und sagen: So, die Hilfe zur

Erziehung kostet uns 60 Millionen, zehn Prozent Steigerung im Jahr, das sollen jetzt mal die Gemeinden machen, dann brauchen die weniger Kreisumlage zu zahlen, dann machen sie es zu 100 Prozent. Beim Kita-Vertrag machen wir das so. Wir sagen: Gut, bis jetzt zahlst du ja schon 5 Millionen in Sarstedt, demnächst bezahlst du 9 Millionen, dafür brauchst du an uns ein bisschen weniger Kreisumlage zu zahlen. Dann zahlen die unterm Strich 100 Prozent. Und das Ganze wird jeweils abhängig gemacht von dem, was sie vorher hier den Gemeinden wegnehmen als Kreisumlage, das kriegen die dann als Zuschuss zurück. Ist das nicht ein gutes Geschäft? Ich würde mal sagen schlecht.

Jetzt schreibt der Herr Block, wie ausgewogen das ist, was den Ausgleichsfonds betrifft, Herr Schwenke. Wäre ein ganz großer Trick. Da kassiert der Landkreis 6 Prozent Kreisumlage von den Städten und Gemeinden, tut die in einen Fonds und sagt: So, das verteilen wir jetzt mal nach sozialen Kriterien. Wie viele Empfänger nach SGB Paragraf sowieso gibt es in einer Gemeinde, wie ist das, mit welchem Multiplikator machen wir das so oder so und dieses Geld verteilen wir dann nach diesem Schlüssel auf die Gemeinden, die jetzt dem Kita-Vertrag zugestimmt haben.

Jetzt hat die Verwaltung der Stadt Sarstedt das mal ausgerechnet, Herr Schwenke. Natürlich unter Vorbehalt, weil man ja nie genau was weiß, und Sie wissen es ja selber nicht, welche Kosten bei den Gemeinden überhaupt anfallen. So, und aus dieser Antwort der Stadt Sarstedt geht hervor, dass sich der Eigenanteil, wenn man den Kita-Vertrag jetzt unterschreibt, bei Senkung der Kreisumlage auf 41 Prozent aufgrund der für das Haushaltsjahr 2025 zusammengestellten Zahlen zum Beispiel in Algermissen von 66,66 auf 72,74 Prozent steigt. Und im Leinebergland von 57,49

Prozent auf 27 fällt. Da würde ich natürlich sagen im Leinebergland, top Regelung. Die Algermissener werden sagen: Das ist keine gute Regelung. Zu sagen, das wäre eine extrem wirksame Maßnahme, dieser Fonds, das ist richtig, extrem ungerecht, ist diese Maßnahme, Herr Schwenke, extrem ungerecht. Und von einem Vertreter des Vereins, des Vorsitzenden, einer anderen Mitgliedsgemeinde vorzuwerfen, sie würden nicht

wirtschaftlich mit ihrem Geld umgehen und sie würden sich Leistungen erlauben, die nicht gerechtfertigt sind, das halte ich schon für eine unglaubliche Geschichte. Wenn man es denn belegen könne, ja. Aber wenn man das nicht belegen kann, nein.

Und jetzt noch eins generell zum Vertrag: Hier werden die gesamten Kosten zukünftig auf die Gemeinden abgewälzt und das hat in keiner Weise irgendeinen vorteilhaften Mechanismus und der Städte- und Gemeindebund dürfte diesen Vertrag in keiner Weise unterstützen. Ich bin maßlos enttäuscht, dass wir so etwas nach dem Motto „Friss oder stirb“ heute hier vorgelegt bekommen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(stellvertretender Vorsitzender):

So, ich habe jetzt auf der Redeliste Herrn Preissner, aber Herr Schwenke hat vorher um das Wort gebeten, deswegen Herr Schwenke bitte.

Steffen Schwenke:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich würde gerne direkt noch ganz kurz auf diesen Beitrag eingehen. Herr Prior, ich habe sehr sorgsam darauf geachtet, den Gremiumbeschlüssen der Gemeinden nicht vorzugreifen. Ich bin mir sehr sicher formuliert zu haben, dass die Hauptverwaltungsbeamten vorschlagen werden und nicht, dass es Beschlusslage in den Gemeinden ist. Sollte ich das so formuliert habe, habe ich mich geirrt, Sie sind dann natürlich im Recht. Die Ratsbeschlüsse sind noch abzuwarten. Ich sprach von den Empfehlungen der Hauptverwaltungsbeamten an Ihre Gremien, soweit sie uns bekannt sind. Ich höre hier gerade, so habe ich es auch gesagt.

(stellvertretender Vorsitzender):

Ich darf dann jetzt als nächstes Herrn Preissner das Wort erteilen und bitte im Plenum etwas um Ruhe. Vielen Dank.

Werner Preissner:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat Lynack, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, seit dem Frühjahr 2024 verhandelt die Kreisverwaltung mit den Vertretern der HVBs über einen neuen Kita-Vertrag. Die Vertreter des NSGB, die Verhandlungskommission der Bürgermeister, die von den Bürgermeistern dazu autorisiert wurde, hatten sich vor einigen Wochen mit der Kreisverwaltung auf ein Regelwerk verständigt, welches von Seiten des NSGB verschriftlicht wurde und dem Kreistag mit der Sitzungsunterlage als Ergebnis für die heutige Sitzung vorgelegt wurde.

In der öffentlichen Debatte wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Kreisumlage als Grundlage für die Vertragsgestaltung von Seiten der Kreisverwaltung zur Bedingung der Verhandlung gemacht wurde. Und um mit diesem Missverständnis aufzuräumen, es kann ja nur ein Missverständnis sein, wenn ich auch nicht weiß warum, möchte ich darauf hinweisen, dass dies auch unzutreffende Darstellung ist. Vielmehr war die Kreisumlage eine von vier Vorschlägen des Landrats, auf deren Basis die Verhandlungen geführt werden konnten, und seitens der Bürgermeister wurde die Kreisumlage als Basis ausgewählt. Warum weiß ich das? Ich war ja nicht dabei, kann man mir jetzt sagen, aber das ist doch genau das, was

angefordert worden ist, die Berichterstattung des Landrats über den Stand der aktuellen Verhandlung zur Kita-Vertragsgestaltung, und sie ist verschriftlicht worden am 01.07., nicht nur an alle Kreistagsabgeordneten, es wurde im Kreistagsinformationssystem veröffentlicht und somit war sie auch allen Gemeinden und Städten bekannt. Ich verweise auf diese Vorlage, das ist deshalb wichtig, weil damit auch ein Missverständnis, es kann ja nur ein Missverständnis sein, geklärt werden konnte. Dies wurde uns auch — dem Kollegen Holger SchröterMallohn und mir als Vertreter der Gruppe — bestätigt, als wir am 20.11. zu einem Gespräch mit der Verhandlungskommission der Bürgermeister unter Leitung von Rainer Block zusammengekommen waren. Dabei ging es um die Ausgestaltung eines Strukturfonds', der ausschließlich für die Gemeinden festgelegt werden sollte, die ausschließlich unter dem ausverhandelten Regelwerk finanziell im Ergebnis einen Verlust ausgewiesen hatten. Diese Gespräche waren zielführend und das erzielte Ergebnis wurde dann in dem vorliegenden Vertragsentwurf, vorgelegt heute und in den letzten Tagen, auch verschriftlicht. Dass es heute — und wie wir seit vorgestern wissen — kein übereinstimmendes Meinungsbild zum ausgehandelten Vertrag aus dem Kreis der Bürgermeister gibt, führt jetzt zu einem um so schneller durchzuführenden abschließenden Meinungsbild in den Räten, Städten, Gemeinden und den Samtgemeinden. Dies ist, glaube ich, auch notwendig. Da wurde in diesem Haus ja oft schon darauf hingewiesen, dass letztlich alle Beteiligten Klarheit brauchen: Was kostet uns das? Wie soll das gestaltet werden? Das ist eine Forderung gewesen, die zu Recht immer wieder hier im Kreistag besprochen worden ist, und wir haben gesagt, wir grätschen nicht in die Vertragsverhandlungen rein, das haben wir auch nicht getan, aber als nun diese Abschlüsse vorlagen, und ich spreche von der autorisierten Verhandlungskommission. dann ist letztlich jetzt die Basis dafür da, dass man Entscheidungen treffen kann. Von daher ist es, glaube ich, eher zielführend, und so werden wir uns auch verhalten, dass man jetzt die Basis schafft, um die Räte in ihren demokratischen Rechten darüber zu befinden die Möglichkeit einzuräumen. Nur dadurch können wir eine vertragliche, können wir eine Bewertung der finanziellen Auswirkungen des Vertrages vornehmen. Ich glaube, das ist jetzt auch dringend notwendig. Dies setzt voraus, dass wir einen Vorschlag den Räten unterbreiten, auf dessen Grundlage sie sich entscheiden können, und dies kann aus unserer Sicht nur das ausverhandelte Ergebnis sein zwischen der Arbeitsgruppe, der Unterarbeitsgruppe, der Bürgermeister, die dafür autorisiert worden sind, und der Kreisverwaltung. Alles andere ist aus unserer Sicht nicht zielführend und wir werden daher dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen und den Klärungsprozess auf den Weg bringen und ohne die Debatte dafür anzuheizen, es liegt mir ganz fern. Ich glaube, man muss einfach anerkennen, dass diese Verhandlungen, die fast zehn Monate gebraucht haben, ich finde das ist eine lange Zeitstrecke und jetzt denke ich mir, müssen die Räte entscheiden und das ist auch gut so, dass wir mit dieser Entscheidung die Voraussetzung schaffen, dass wirklich Fakten, Daten, Zahlen auf den Tisch kommen, die dann verlässlich sind, auf deren Grundlage wir die Frage klären müssen. Der Vertrag — und da ist ja sehr deutlich dargelegt worden — bietet allen die Möglichkeit, auch bei Problemen davon auch wieder abzuweichen. Das ist alles geregelt, das ist nicht offen, da gibt es Kündigungsfristen, da gibt es die Überprüfungsmöglichkeiten und ich glaube, das ist jetzt die Chance, dass wir zu Klarheit in der Sache kommen. Ich bitte Sie, diesem Vorschlag der Verwaltung Ihre Zustimmung zu geben. Danke schönVorsitzender:

Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung, Herr Prior bitte.

Friedhelm Prior:

Ja, wir beantragen wie angekündigt, den Beratungspunkt in die Fachausschüsse zu verweisen.

Vorsitzender:

Wird hier eine Gegenrede zu gewünscht? Okay. Also wir stimmen jetzt erst mal über den Geschäftsordnungsantrag ab und sollte dem stattgegeben werden, werde ich die Redner, die hier auf der Rednerliste stehen, das ist Herr Gerhardy, Herr Meyer und Herr Stuke, Sie dürften dann noch zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen.

Wer den Antrag von Herrn — ich weiß gar nicht, ob Sie den stellen dürfen, weil Sie ja schon gesprochen haben.

Vorsitzender:

Wunderbar, wer dem Antrag von Herrn Prior Folge leisten möge, den Tagesordnungspunkt in den Fachausschuss zu verweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt. Wir setzen demzufolge die Rednerliste fort und Herr Gerhardy für die CDU-Fraktion hat das Wort.

Clemens Gerhardy:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie die aktuellen Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt gelesen haben, dann haben Sie sicher festgestellt, dass die letzte Version zu diesem wirklich entscheidenden Thema, das uns ja nun alle betrifft, den Landkreis, alle Kommunen, dass diese letzte Version vom heutigen Tag ist. Vom heutigen Tag. Und ich frage mich allen Ernstes, wie wollen wir, wenn wir es wirklich gut miteinander meinen, wenn wir es wirklich ernst miteinander meinen, wie wollen wir über so etwas dann in dieser Kurzfristigkeit mit gutem Gewissen entscheiden können? Ich kann es nicht.

Und ich sage das hier heute nicht zum ersten Mal. Jeder, der bei den letzten Sitzungen dabei war, der weiß es, wie oft habe ich dies bezüglich nachgefragt. Und da wurde mir immer gesagt: Ja, wir kümmern uns drum, da kommt bald was, und spätestens zu den ersten Haushaltsberatungen ist das da, und es war nichts da. Und ich sage das — und da gucke ich Herrn Landrat auch an — Herr Lynack, ich sage das nicht deswegen, um Ihnen oder irgendwem anders aus der Verwaltung einen Vorwurf zu machen, ich sage es deswegen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass dieses Thema ein so wichtiges ist, dass wir uns in Ruhe damit befassen müssen und es wird ja immer von diesem kommunalen Zusammenhalt gesprochen, und dann kann es doch wirklich nicht so laufen, dass uns heute auf den letzten Drücker etwas vorgelegt wird, und entweder stimmt ihr dem nun zu oder dann läuft das gar nicht so, dann seid ihr nicht dabei und dann kommt dieser Druck von oben und das möchte ich nicht. Wenn man sich dann — das ist ja nun auch relativ frisch, ich hab's mir eben gerade erst angucken können — wenn man sich dann die Zahlen durchliest, dann steht in diesen Berechnungstabellen drin, dass es 14 Millionen Euro mehr sein sollen, für drei Kommunen sind es zukünftig weniger Gelder, die da fließen. Eine dieser Kommunen vertrete ich, und bei allem Respekt, das kann doch nicht sein, wenn wir nun eine Neuregelung wollen, dass diese Neuregelung dazu führt, dass es dann für

manche Kommunen negativ aussieht. Und jetzt komme ich eigentlich zu dem ganz Entscheidenden, was ich von Anfang an immer wieder kritisiert habe. Was überhaupt nicht sein kann — und Herr Prior hat es ja vollkommen zu Recht gesagt — dass man hier etwas miteinander verknüpft, was überhaupt nichts, aber auch wirklich überhaupt nichts miteinander zu tun hat. Und das ist, dass man diese Kita-Kostenerstattung an die Kreisumlage koppelt und zwar derart, dass man sagt: Okay, wir senken die Kreisumlage um soundsoviel Prozent, dann müsst ihr weniger bezahlen, und unterm Strich passt das. Das mag vielleicht unterm Strich passen, aber doch nicht für alle Kommunen. Und das wissen wir alle miteinander, dass es Kommunen gibt, die in Relation zu ihrer Bevölkerung relativ viele Kinder haben, überdurchschnittlich viele Kinder haben, und dann gibt es andere Kommunen, die haben weniger Kinder, anteilig an der Bevölkerung ihrer Kommune, aber vielleicht eine starke Kreisumlage, die sie zu zahlen haben. Und wenn man dann das so miteinander verknüpft, dann darf man sich nicht wundern, dass genau das hier dabei herauskommt. Und ich meine, irgendwie haben wir alle so einen gewissen Bildungsdraht, den man mitbekommen hat auf den Weg, und sorry, dann passt das einfach nicht zusammen, dass man sagt, so über die Senkung der Kreisumlage versuche ich da einen Ausgleich hinzubekommen für eine Sache, nämlich Kita-Kosten, die mit der Kreisumlage originär nichts zu tun hat. Ich muss das leider so wiederholen, weil das der entscheidende Satz ist, der

Vorsitzender:

Clemens, warte mal, Frau Siekiera, ich bitte Sie, dem Wortbeitrag von Herrn Gerhardy zu lauschen.

Clemens Gerhardy:

Ja, danke schön, und dem kann ich einfach so nicht zustimmen. Und deswegen meine wirklich herzliche Bitte an die große Gruppe: Denken Sie darüber nach! Also regieren Sie nicht mit der Arroganz der Macht und meinen, Sie haben hier die Mehrheit, und dann setzen Sie das um, wenn sie dem, was ich Ihnen eben gerade gesagt habe, wirklich folgen, dann müssen Sie sagen: Halt, da ist was dran, und dann reicht es nicht, so ein Kindergleichwertausgleichsfaktor, sondern man muss es wirklich derart koppeln, dass die Kindergartenkosten für alle Kommunen gleich entlastet werden. Das ist meine herzliche Bitte, und wenn Sie ein Fünkchen Verstand in diesem Sinne haben, dann bitte ich in diesem Sinne, also Sie können einfach da nicht zuhören. Denken Sie darüber nach, Kreisumlage hat nichts mit Kita-Kosten direkt zu tun und von daher — noch mal — bitte ich Sie: Ziehen Sie das zurück, beraten Sie das in Ruhe, wir alle miteinander, und dann finden wir auch im nächsten Jahr eine gute Lösung. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Als nächster Redner Herr Meyer für die AfD-Fraktion.

Hans Martin Meyer:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, das ist hier schon eine etwas kuriose Situation. Die Stellungnahmen haben sich ja hier letzte Woche überschlagen, einer gibt eine Stellungnahme ab, dann folgt die andere

Position, und es scheint ja, dass trotz intensiver Verhandlungen viele Hauptverwaltungsbeamte ihren Räten dazu keine Zustimmung empfehlen wollen. Ja, der Verweis an den Fachausschuss ist jetzt sozusagen abgelehnt, und es ist halt zu erwarten, dass diesem Vertrag jetzt auch hier im Haus zugestimmt wird. Was wird das Ganze denn bewirken? Das Ganze wird bewirken, dass einige Kommunen dem zustimmen werden, andere werden dem nicht zustimmen. Und das Ganze wird dann sicherlich wieder vor Gericht landen. Wo das hinführt, haben wir im Leinebergland schon gesehen. Das hat in letzter Instanz auch nicht funktioniert. Unserer Meinung nach gibt es hier große Zerwürfnisse, das Ganze hätte noch erheblichen Klärungsbedarf. Wir sind der Meinung, dass diese ganze Finanzierung der Kitas an die Plätze gekoppelt werden muss und von der Kreisumlage losgelöst werden muss, nur so kann man eine gerechte Bezahlung dieser Kosten auch erreichen und keine finanzschwachen Kommunen hier benachteiligen. Ich bin auf die weitere Entwicklung gespannt und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Schönen Dank, Herr Meyer, der nächste Redner für die Fraktion Die Unabhängigen, Herr Stuke bitte.

Josef Stuke:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, vorwegstellen möchte ich, dass wir, glaube ich, alle daran interessiert sind, dass diese Aufgabe bei den Städten und Gemeinden verbleibt, denn dort ist sie am besten aufgehoben. Ich bin der Auffassung, dass der Landkreis Hildesheim sich überschätzt, wenn er meint, er könnte beispielsweise diese Aufgabe für zehn Städte und Gemeinden übernehmen. Wenn es darum geht, für alle Städte und Gemeinden die Finanzierung angemessen sicherzustellen, dann muss man das auch versuchen. Wir haben für die Jahre 2025 bis 2027 hier ein Finanzvolumen von rund 47 Millionen Euro, was vom Landkreis Hildesheim zusätzlich zur Verfügung gestellt wird. Rechnet man das mit dem Wert von 27 weiter hoch, mittelfristige Planung geht bis 2028, dann geht es um 65 Millionen Euro, die hier zusätzlich verteilt werden.

Ich hatte schon vorhin erzählt, dass unsere Anfrage zu den weiteren Auswirkungen für die Städte und Gemeinden bisher nicht beantwortet worden sind. Erstmals gab es heute vom Landkreis eine Übersicht für das Jahr 2025, worauf es für die einzelnen Städte und Gemeinden hinausläuft. Intern haben wir dann weitere Übersichten bekommen, die zumindest bis zum Jahr 2027 gehen. Das ist auch deshalb von Bedeutung, weil dieser Fonds, der für die zusätzliche Verteilung von Mitteln bereitgestellt wird, nur bis 2026 geht. Wenn man sich dann die Zahlen beispielhaft für einige Kommunen anguckt für 2025, Alfeld plus 800.000 Euro, Hildesheim 9,1 Millionen Euro zusätzlich, Leinebergland 1,4 Millionen Euro und dann sieht, dass trotz dieses Zusatzfonds' die Gemeinde Algermissen immer noch im Defizit liegt, so setzt sich das natürlich fort auch vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2026 dieser Fonds geringer ausfällt und damit natürlich auch eine Gemeinde Algermissen und weitere Gemeinden noch höhere Verluste gegenüber der derzeitigen Regelung verkraften müssen.

Ganz besonders spannend wird es, wenn man sich das Jahr 2027 anguckt. Die Zahlen sind sehr klein — muss ich mal eben die Brille absetzen - aber Alfeld beispielsweise 1,1 Millionen zusätzlich, Stadt Hildesheim 11,5

Millionen Euro zusätzlich und die Gemeinde Algermissen, so setzt sich das auch für das

Leinebergland fort, muss man auch mal weiterhin fragen, wie das zustande kommt, und die Algermissener Gemeinde liegt jetzt bei fast 500.000 Euro minus, trotz der Kostenentwicklung der nächsten Jahre, das muss man ja auch berücksichtigen, gegenüber der aktuellen Regelung. Das halten wir für nicht vertretbar. Deswegen sehen wir es als notwendig an, in weiteren Verhandlungen mit den Städten und Gemeinden ein Einvernehmen zu erzielen, den bisherigen Vertrag fortzusetzen und für das Jahr 2025 eine Übergangslösung zu finden. Und zwar in der Form, dass der Betrag, der für 2025 vom Landkreis Hildesheim zusätzlich zur Verfügung gestellt werden soll, auf die Städte und Gemeinden in einer angemessenen Weise verteilt wird und zwar so, dass alle Städte und Gemeinden mit dieser Lösung auch leben können und jetzt nicht unter Druck gesetzt werden mit dem Votum des Landrats, so steht es in der Vorlage, den Vertrag zum Ende des Monats Januar 2025 kündigen zu wollen. Das finde ich keine angemessene Vorgehensweise, wenn es darum geht, den Landkreis Hildesheim mit den Städten und Gemeinden zusammenzuhalten. Deshalb plädiere ich dafür: Folgen Sie unserem Antrag, unserem Vorschlag, der so aussieht, wie ich es eben gerade in Kurzform beschrieben habe. Herzlichen Dank.

Vorsitzender:

Nächster Redner der Einzelabgeordnete Bosse-Arbogast.

Michael Bosse-Arbogast:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist so, wie Herr Stuke gerade vorgetragen hat, wir gehen davon aus, müssen jetzt davon ausgehen, dass es heute zur Abstimmung kommt, aber es ist nicht die Abstimmung linke Seite des Vertrages, sondern das ist die Beschlussvorlage für diesen Kreistag. Und danach wird aufgrund der Anlage zur der Beschlussvorlage jede Kommune für sich eine Entscheidung zu treffen haben, wie ich mit diesem Vertragswerk umgehe.

Ich will vorweg sagen, dass ich persönlich es schon gar nicht richtig verstehe, aber es ist nun mal historisch gewachsen in unserer Gesetzeslage in Niedersachsen, dass nicht die Kommunen ohnehin es als Aufgabe haben, sondern dass es beim Landkreis stehen bleibt. Wer kann denn am besten entscheiden, dass in der eigenen Kommune an welcher Stelle und in welcher Form eine Kindertagesstätte errichtet und betrieben wird, das ist die Sache der Kommune. Deswegen ist es gut, dass es dort liegt, das will ich eindeutig sagen und unterstreichen, was Herr Stuke schon vorgetragen hat.

Nun ist es aber so, dass neben diesem Bildungsaspekt natürlich eine Rolle spielt die

Frage der Finanzierung, und da ist nun mal das Management so, dass die Finanzierung Angelegenheit des Landkreises ist, weil es ja nun auch seine eigene Aufgabe ist. Ich will nicht noch mal — das haben wir in den letzten sechs Monaten mehr als einmal uns gegenseitig versichert — darauf hinweisen, dass wir alle uns ja sowieso eigentlich damit Ärger gegenseitig ins Haus holen deshalb, weil das Land

Niedersachsen den eigenen Pflichten zur Bezahlung nicht nachgekommen ist und nachkommt. Ich will das deswegen nicht weiter stressen, weil es meine Auffassung ist, da können wir noch viel reden, und die Verbände auch, es wird sich an der Stelle die Landesregierung nicht ändern.

Zu dem Vertrag als solchem. Da kann man schon die Frage stellen, wie ist es eigentlich möglich, ohne dabei zu sein, ich hätte schon gerne mal ab und zu in der Ecke gesessen und zugehört, glauben Sie mir, wie kann es eigentlich sein, dass wir jetzt sozusagen eine halbe Stunde vor der Schlussentscheidung hier im Kreistag in einer Situation sind, seit heute Morgen oder gestern Abend, dass mehr als die Hälfte der Kommunen offensichtlich mit dem Vertragstext nicht einverstanden sind. Ich sage Ihnen, selbst eine Kommune hätten wir nicht verlieren dürfen, denn es ist ja nicht etwa so, und das mag vielleicht einer der Webfehler in dem gewesen sein, es ist ja nicht so, dass hier die Vertragspartei Landkreis steht und dort die Vertragsparteien, die gemeinsam untereinander zunächst einen Kompromiss finden, um dann diesen Kompromiss in den Vertrag zu gießen, genau das ist nicht der Fall, sondern wir haben 18 unabhängig voneinander bestehende Verträge und jeder einzelne auf der einen und auf der anderen Seite beim Abschluss des Vertrages muss für sich entscheiden, ob das ein Vertrag ist, den man gut empfehlen kann an das jeweilige Gremium, also an den Rat der Kommunen und hier an den Kreistag oder eben nicht.

Ein weiterer Webfehler könnte sein die Annahme, dass wir mit dem Betrag von bummelig 12 Millionen Euro, der zusätzlich aufgewandt wird, aus unserer Sicht, also aus Landkreissicht, unterwegs sind und sagen, das ist ja toll, und ich will auch ausdrücklich sagen, das ist ein gewaltiger Betrag, wo bei der Haushaltslage, auf die wir später heute im Laufe des Tages noch kommen, ist es ohne ein großer Betrag. Aber die Frage, ob 12 Millionen Euro verteilt auf die Kommunen der richtige Betrag ist, damit deren Probleme beseitigt sind, diese Frage hätte diskutiert werden müssen, und die ist nicht diskutiert worden. Jedenfalls aus meiner Sicht nicht anständig so, dass man sagt, es sind ja gar nicht 12, es müssten x Millionen Euro mehr gewesen sein. Ich kenne die Zahlen nicht, aber ich habe nicht den Eindruck, dass auf alle verteilt die 12 Millionen Euro der richtige Punkt ist.

Ein weiterer Webfehler im Vertragstext ist aus meiner Sicht, dass wir uns davon verabschieden im Rahmen einer Dynamisierung Personalaufwand, das macht ja neben den Kapitalkosten für das Gebäude im Zweifel wohl den größten Batzen auf der Aufwandsseite in der Kalkulation, dass wir uns davon verabschieden, dass die Dynamisierung des Personalaufwands entsprechend von Tarifsteigerungen mit einem bestimmten Faktor versehen dann ins nächste Kindergartenjahr übertragen wird, und so war es ja bis — wenn ich es richtig im Kopf habe — 2022 und seitdem nicht mehr. Warum eigentlich führen wir das nicht fort? Die Frage haben wir alle gar nicht diskutiert, jedenfalls hier nicht im Kreistag, oder jedenfalls nicht die Gruppe, Herr Schröter-Mallohn. Warum eigentlich führen wir das nicht fort? Ich fand das System gar nicht verkehrt, das wir da hatten, aber aus Gründen, die ich nicht kenne, soll es nicht fortgeführt werden.

Das wiederum führt dazu zum nächsten Webfehler: Die Risiken werden sozusagen übertragen und zwar die Risiken, die in der Zukunft liegen sind dann bei dem Vertragspartner auf der anderen Seite, nicht mehr bei uns. Ich darf Ihnen sagen, dass

die einschlägigen Gewerkschaften, Herr Preissner, mit Wirkung ab 1. Januar 2025, das ist in 16 Tagen, eine Tarifforderung in Höhe von mehr als elf Prozent für ein Jahr angekündigt haben. Ich würde mal — Sie dürfen ja nicht antworten, aber Sie können mir ja ein Zeichen geben, ob Sie eigentlich in Ihren Haushaltsplänen, die jetzt in dieser Zeit ja bei Ihnen beschlossen werden, eine Erhöhung von elf Prozent vorgesehen haben. Und Gegenstand dieser Berechnungen sind und Gegenstand der: ich muss euch 12 Millionen Euro geben. Das wird nicht der Fall sein, und schon gar nicht für ein Jahr. Und wenn dieses Jahr um ist, kommt der 01.01.2026, und dann haben wir möglicherweise wieder eine solche Tarifforderung. Dieses Risiko, das ich gerade beschrieben habe, ist komplett — so lese ich den Vertrag „ abgewälzt auf die Kommunen und nicht mehr ein Risiko hier.

Wir haben 2026 die Ganztagsgrundschule, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsgrundschule und was das genau bedeutet, kann ich nicht sagen, vielleicht gibt es ja Leute hier, die das sagen können, ich kann es gar nicht genau beurteilen, aber ich kann beurteilen, was in Paragraph 4 Absatz a) steht. Das ist nämlich der Paragraph, der nicht geändert werden durfte, wie mir am 02.12. im Finanzausschuss gesagt wurde, sie konnten leider nicht, sonst hätten wir uns gerne darüber unterhalten, Herr Preissner, dann doch geändert worden ist nach drei Tagen, ohne dass ich jetzt genau weiß, warum er geändert worden ist, aber es bleibt ein 4a), es ist nur der Plural weggenommen, alle Gemeinden haben und das ist jetzt Singular formuliert, die vertragsschließende Gemeinde. Und was ist da geregelt? Im KitaVertrag, Achtung! Die Gemeinde verpflichtet sich, die Ganztagsgrundschule in eigener Trägerschaft an den Grundschulstandorten — damit werden gemeint sein die derzeitigen Grundschulstandorte — vorzusehen und sich entsprechend zu verhalten. Das heißt also, der Kita-Vertrag bekommt in diesem 4a) und der Buchstabe a) kann ja nur dazu führen, dass sich das irgendwann später mal jemand überlegt hat, den Charakter, wir regeln hier auch etwas für die spätere Ganztagsgrundschule. Was wir da genau regeln, mag mal jemand erklären, ich weiß es nicht. Wenn das bedeutet, dass dann die Umbaukosten der Schulen ausschließlich von den Kommunen gezahlt werden, dann würde ich mal sagen, da habt ihr aber richtig Geld in die Hand zu nehmen. Nach Ansicht des Niedersächsischen Städtetages werden mehr als die Hälfte aller bestehenden Grundschulen in Niedersachsen umgebaut werden müssen, wenn sie eingeführt wird, und die Ganztagsgrundschule ist eingeführt mit Wirkung ab 01.08.2026.

Last but not least, ab 2027 kommt dann die dritte Kraft in die Kindertagesstätte. Das heißt, es gibt einen Personalaufwand für jede Gruppe, das ist die dritte Kraft, aber dieser Personalaufwand wird ganz sicher nicht vom Land Niedersachsen zu 100 Prozent übernommen. Es wird irgendein Delta geben. Und wo ist dieses Delta dann? Es ist nicht beim Land Niedersachsen, die machen sich wieder einen schlanken Fuß, wie so oft, wenn es um kommunale Finanzen geht, der Landkreis hat einen Vertrag abgeschlossen, gute Sache für uns Kreistagsmitglieder, und die Restfinanzierung zwischen vielleicht 50 zu dann 100 Prozent Personalaufwand kann ja eigentlich nur bei der Kommune landen. Bei wem denn dann eigentlich sonst? Und das alles zusammen, meine Damen und Herren, sind Webfehler in diesem Vertragstext, vor dem ich — noch mal — gar nicht mit Häme stehe und sage, das ist ja toll, dass das nicht geklappt hat, sondern ich sage: Lassen Sie uns doch versuchen, etwas zu organisieren, das klappt, bei dem wir keine Kommune verlieren und das ist

anstrengend, natürlich. Demokratie ist immer anstrengend und solche Verträge sind auch anstrengend, aber machen wir es doch so, wie Herr Stuke vorschlägt, richtigerweise meine ich, dass wir uns alle noch mal gemeinsam für ein Jahr Zeit nehmen, jetzt fortführen, weiterverhandeln und dann, wenn wir ein vernünftiges Ergebnis haben und ein angemessenes Ergebnis für alle erreicht haben, dann kommt es hier in den Kreistag und dann können wir anschließend entscheiden. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Michael, das war eine Punktlandung, das waren genau zehn Minuten. Aber der nächste Redner hat nur fünf Minuten, Herr Bettels für die CDU-Fraktion, bitte schön. Dirk Bettels:

Ja, danke schön. Ich will die gar nicht beanspruchen, weil Herr Bosse-Arbogast ja tatsächlich sehr viele Dinge beleuchtet hat. Aber eins steht doch fest, ich verstehe nicht, Herr Preissner, dass Sie und auch Herr Schröter-Mallohn, diesen Antrag so positiv verteidigen. Wenn sie es bei Lichte sehen, dann legen Sie doch die Axt an diesen Landkreis und an die Solidarität der Gemeinden und untereinander. Ich könnte ja auch auf die Idee kommen, Herr Schröter-Mallohn, damit Sie es verstehen, meine Gedanken, dass zum Beispiel in Algermissen sich jemand die Frage stellt, warum zahle ich denn eigentlich so eine hohe Kreisumlage, weil das mit der Erziehungshilfe so aus dem Ruder läuft? Was kann ich denn dafür, dass in Hildesheim 50 Millionen von 67 Millionen verbraucht werden für Erziehungshilfe, da klinke ich mich aus. Will ich nicht mehr mitmachen. Oder was kann ich dafür, dass zwei Drittel der Bedarfsgemeinschaften beim Jobcenter hier in Hildesheim sind und anteilig finanziert werden, interessiert mich doch nicht, kann Herr Litfin sagen in Harsum. Scheiß der Hund drauf! Und deswegen benehmen Sie sich mit diesem Antrag wie ein Harvester. Sie pflügen im Grunde die gemeindliche und gemeinschaftliche Basis um, und deswegen kann man doch in dieser Phase nichts anderes machen als den Status quo festschreiben, versuchen, wie es hier alle Redner gesagt haben, eine Übergangslösung zu finden, und eine vernünftige Lösung zu machen. Und zu der gehört für mich auch eins, das werde ich nachher noch mal sagen beim Haushalt. Wir müssen endlich mal aufhören, im ganzen Sozialbereich die Maßstäbe von Wirtschaftlichkeit völlig außer Acht zu lassen. Ich bin viele Jahre im Kirchenvorstand gewesen, ich kenne die Konten von den Kindertagesstätten. Die sind alle weit, weit, weit im Plus. Wir sind nicht in der Lage, im ganzen Sozialbereich wirtschaftliche Maßstäbe anzusetzen, weil wir nicht ausschreiben dürfen, das hat man alles wunderbar gemacht, und das funktioniert so nicht. Das funktioniert so nicht mehr weiter. Wir strangulieren uns hier selbst zugunsten der Sozialindustrie. Und da muss endlich mit Schluss sein, meine Damen und Herren. Aber das ist ein abseitiges Thema, entscheidend ist, dass wir doch wirklich bitten, vielleicht dass Sie sich noch mal Gedanken machen und in den Aspekten Ihre Entscheidung zu überdenken und hier vielleicht eine andere Lösung einschlagen, als dass in die Richtung Sie jetzt hier gehen wollen. Es ist der falsche Weg, es ist die Axt, die Sie nehmen, nichts anderes. Vorsitzender:

Wir setzen die Rednerliste gleich fort, gestattet mir aber zwei Anmerkungen. Die erste Anmerkung geht an dich, lieber Dirk, wir haben die Mikrofone an den Tischen, das ist auch gut, dass die jetzt genutzt werden. Laut Geschäftsordnung steht drin, wenn jemand vom Platz redet, möge er aufstehen, das ist mit den Mikrofonen nicht

machbar, das ist klar, aber das waren jetzt mehr als zwei Minuten, und wenn die Redezeit dann doch etwas länger ist als eine Minute, dann bitte ich in Zukunft doch ans Rednerpult zu kommen.

Dirk Bettels:

Da möchte ich dann aber auch eine Beleuchtung haben, eine ordentliche.

Vorsitzender:

Ich werd's der Kreisverwaltung mitteilen. Die zweite Bemerkung habe ich nach diesem Tagesordnungspunkt, wir haben noch ein paar Redebeiträge und wir müssen ja noch abstimmen, danach gibt es eine Pause. Also es lohnt sich, sitzen zu bleiben und den weiteren Wortbeiträgen zu lauschen. Der nächste Wortbeitrag kommt von der SPD-Fraktion aus der Mehrheitsgruppe, Frau Brede bitte.

Christel Brede:

Vielen Dank Herr Vorsitzender, Herr Landrat, ich wollte mich zu dem Thema eigentlich gar nicht melden, aber hier wurden so ein paar Sachen gesagt, da will ich mal meinen Verstand benutzen, der funktioniert nämlich sehr gut, lieber Clemens, also insofern musste ich dann doch noch mal nach vorne kommen. Was mich hier wundert, es wird immer so in Lager aufgeteilt, Verwaltung hat, Mehrheitsgruppe hat und so weiter, alles, was da verhandelt wurde wird hoch und runter kritisiert. Was ich nicht verstehe, wir haben eine Verhandlungsgruppe, und wir haben gesagt, die hat wirklich intensiv getagt, über Monate, über zehn Monate und länger, hin und her. Jeder von uns ist gut vernetzt in seiner Heimatgemeinde und hat sicherlich dort auch mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gesprochen. Mir wurde auch immer widergespiegelt von verschiedenster Weise, nicht nur von der Heimatgemeinde, es ist eine gute Vernetzung, es ist eine gute Information, wir bekommen alles mitgeteilt. Jetzt haben wir mit einem Mal diese Lagerbildung und das finde ich sehr, sehr schade. Das wurde vorhin auch angesprochen in eine andere Richtung, da geht es um die gemeinschaftliche Basis. Die wird hier, finde ich, ganz schön zerschlagen, das finde ich sehr schade. Ich finde es auch für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr schade. Ich glaube, Sie machen Ihre eigene Runde kaputt. Sie müssen doch in der Form zusammenhalten und aus der Verhandlungsgruppe habe ich mir immer sagen lassen, es kamen nie Einwände. Jetzt wurde vorhin gesagt: Oh, wir kriegen hier so hopplahopp noch Änderungen in der Vertragsgrundlage heute vorgelegt, hopplahopp, kommen ganz am Ende, ganz am Ende? Einwände? Was haben Sie denn zehn Monate gemacht? Ist mir ein Rätsel, auch wirklich, warum denn jetzt? Warum denn nicht frühzeitig? Diese Vereinbarung ist sich doch auch nicht ausgedacht worden von einem ganz kleinen Kreise. Und abstimmen tut jede Heimatgemeinde und natürlich müssen die Informationen dort auch richtig ankommen. Das würde ich mir wünschen, dass dort auch wirklich ehrlich aus diesen Runden berichtet wird. Und ja, man kann immer wieder neue Themen dazupacken, was 2026 kommt, was 2027 kommt, was wir noch für Aufgaben haben, aber wir werden nie, nie fertig. Also insofern würde ich auch sagen, lassen Sie uns das heute beschließen, das letzte Wort haben Ihre Gemeinderäte, Stadträte und tragen Sie offen und ehrlich dazu bei, dass die Informationen dort auch ankommen und treiben Sie keinen Keil in Gemeinschaften.

Vorsitzender:

Nächster Redner für die Liberalen Herr Ebert bitte.

Claas Ebert:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, zu der Frage, warum wir erst jetzt mit der Kritik kommen, ich glaube, da spreche ich für die meisten der von mir aus gesehen rechten Seite: Den Vertrag gibt es erst seit zwei Wochen und da konnten wir jetzt auch nicht viel auf Festes zurückgreifen, wozu man sich hätte äußern können. Zu der Kritik, die viele meiner Vorredner schon geäußert haben, kann ich mich größtenteils anschließen, deswegen möchte ich da auf weitere Ausführungen zugunsten der Zeit verzichten. Nur eins möchte ich sagen: Wir haben jetzt hier neun wenn nicht sogar zehn HVBs, die mindestens kritisch eingestellt sind. Es droht, dass der Landkreis diese Aufgabe teilweise selbst übernehmen muss. Ich bin der Ansicht, das sollte bei den Kommunen bleiben, wir sollten ihnen die Möglichkeit dazu geben, und ja, wenn Sie das genauso sehen, stimmen Sie dem Antrag zu, die Gefahr ist groß, dass wir das selber machen müssen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Als nächster Redner Herr Schröter-Mallohn für Bündnis 90 / Die Grünen aus der Mehrheitsgruppe.

Holger Schröter-Mallohn:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, hier wurde ja nun an den Verstand der Mehrheitsgruppe appelliert, Clemens, du hast das versucht, ob das gelingt, das weiß ich jetzt nicht, das muss man jetzt mal abwarten für den Moment. Als im Februar beziehungsweise als im Frühjahr, ich sag das mal so, in Bad Münster darüber nachgedacht worden ist, was wir eigentlich mit der Finanzierung der Kindertagesstätten machen, muss ich noch mal deutlich machen, war das ein Wunsch vor allen Dingen auch der Gemeinden und der Städte. Die Städte und Gemeinden wollten unbedingt eine Veränderung des Vertrages haben, weil sie der Meinung waren, dass das, was augenblicklich dort passiert, nicht auskömmlich ist. Auch wenn man da den Kopf schüttelt, ich denke, das ist der Sachverhalt gewesen.

Dann ist folgendes passiert, da hat man sich auf eine bestimmte Grundlage geeignet, man hätte auch eine andere nehmen können, völlig klar, das wäre möglich gewesen. Aber dann hat man gesagt: Wir machen das mit dieser Kreisumlage. Und jetzt noch mal, Clemens, an dich gerichtet, das wusste dein Bürgermeister relativ schnell nach dieser Tagung in Bad Münster. Und wenn du hier sehr deutlich und klar sagst, dass es überhaupt keinen Zusammenhang gäbe zwischen Kreisumlage auf der einen Seite und der Finanzierung der Kindertagesstätten auf der anderen Seite, dann bin ich etwas irritiert, dass diese Idee beziehungsweise dieser Gedankengang, wenn er doch so offensichtlich ist aus deiner Sicht, letztlich eigentlich erst 48 Stunden vor Beginn dieser Kreistagssitzung in dieser Form formuliert worden ist. Von deinem Bürgermeister habe ich da nichts gehört, dass der gesagt hat von vornherein, er läuft da Sturm und er würde auf gar keinen Fall ein Modell befürworten, das auf

Grundlage der Kreisumlage eben halt aufgebaut werden soll. Das war nicht der Fall an der Stelle.

Das Zweite: Man kann natürlich darüber nachdenken, ob es richtig ist, dass eine Verhandlungsgruppe gebildet wird aus den Vertretern des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, die dann eben halt für die Gemeinden und Städte verhandeln gegenüber dem Landkreis. Die andere Variante wäre die, dass man sagt: Nee, das machen wir nicht, die kriegen überhaupt gar kein Verhandlungsmandat, sondern jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin kann individuell mit dem Landkreis über die Kindertagesstättenverträge verhandeln, was in einer bestimmten Systemlogik auch liegen könnte. Jeder hier im Raum weiß, was das bedeutet, dass man ja nicht nur einmal zusammensitzt, sondern zweimal oder dreimal in der Richtung, und dann hätte möglicherweise, wenn man das konsequent umsetzt und mit jeder einzelnen Gemeinde verhandelt, hätte das sicherlich zu einem Verhandlungsmarathon geführt, der jeden Raum, jede Möglichkeit, jede Terminlage gesprengt hätte, in der man sowas überhaupt umsetzen kann. Insofern ist es folgerichtig gewesen, wie in den letzten Jahrzehnten ja auch der Fall, dass es eine Verhandlungsgruppe gibt, die aus den Vertretern eben halt der Städte und Gemeinden votiert und die dann eben halt mit dem Landkreis Verhandlungen aufnimmt. Das ist passiert. Das heißt, es gab eine Verhandlungsgruppe, es gab den Landkreis und dann wurde darüber nachgedacht, wie man möglicherweise hier zu einem gemeinsamen Ergebnis kommt.

Das nächste, was vielleicht noch wichtig wäre an dieser Stelle, es gibt ein Ergebnis, das diese Verhandlungsgruppe als ausreichend betrachtet. Das ist der Fall. Die sagt ganz klar: Wir, diese Verhandlungsgruppe des NSGB sagt, wir stehen zu dem, was wir dort mit dem Landkreis verhandelt haben, was möglicherweise noch von der Politik mit hinzugetan worden ist. Und wie denn sonst sollte man sich denn auf etwas verlassen können? Also entweder ist das hier eine Verhandlungsgruppe und die haben eine Möglichkeit, was zu machen, oder es ist keine, in diesem Fall war das aber so an der Stelle. Was dann passiert ist, ich will das nur skizzieren, ist eine extrem — für den Landkreis Hildesheim gesehen, vielleicht historisch auch eine schwere Bürde, die sich gerade auftut, denn diese allgemeine Mangellage, die wir haben, das heißt wir haben insgesamt zu wenig Geld, führt zu einem so starken Zerwürfnis, was ich stark bedaure, dass man im Augenblick davon ausgehen muss, dass der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund, Kreisverbund Hildesheim, in der Form, wie er im Augenblick existiert, seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werden kann. Die Frage wird sich stellen müssen, ob es hier zu einer Neuordnung kommen muss, wenn ein Teil, ich sag mal fast die Hälfte der Städte und Gemeinden sagt: Eigentlich sind das gar nicht unsere Verhandlungspartner gewesen, beziehungsweise diese Verhandlungsgruppe hat eigentlich mit dem, was wir hier vorgehabt haben, überhaupt nichts zu tun. Das halte ich für schwerwiegend, das ist auch neu und das gab es in dieser Form nicht.

Das andere, was eine Rolle spielt, ist, dass die andere Hälfte der Städte und Gemeinden, sag ich mal, sagt: Ja, genau das ist aber richtig, wir hatten eine Verhandlungsgruppe, wir haben ein Verhandlungsergebnis und wir möchten auch dieses Ergebnis wahrnehmen. Wenn jetzt die Forderung aufkommt zu sagen: Nö, dann machen wir das möglicherweise noch mal später, wir können noch mal drüber nachverhandeln oder wir machen sowieso noch mal das Fass neu auf und werden noch mal gucken, ob wir da irgendwas anders hinkriegen, bedeutet das, dass man dieser anderen Hälfte der Städte und Gemeinden quasi die Tür vor der Nase zuknallt.

Das heißt das, worauf die sich eigentlich ein Stück weiter verlassen haben, was eigentlich immer Spielregel hier bei uns im Landkreis Hildesheim gewesen ist, wird von einer bestimmten Gruppe, die die Spielregeln selbst gesetzt hat, außer Kraft gesetzt und die anderen sollen jetzt darunter leiden. Und das kann so nicht funktionieren.

Von daher halte ich es für geboten, folgendes zu machen: Einfach diesen Vertrag, so wie er jetzt uns vorgelegt worden ist und der ist nicht seit 48 Stunden erst da, ich denke mal in den Grundzügen, das muss man auch mal deutlich sagen, ist der schon deutlich länger denke ich mal in der Pipeline und wurde auch in den Gemeinden beziehungsweise bei den Bürgermeistern

Vorsitzender:

Holger, Augenblick bitte mal, jetzt muss ich mal die Fraktion der FDP, der Unabhängigen und den Abgeordneten Bosse-Arbogast um mehr Ruhe bitten, um auch dem Wortbeitrag von Herrn Schröter-Mallohn zu lauschen, danke schön.

Holger Schröter-Mallohn:

Aber ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass eben halt diese Debatte, die da geführt worden ist, zu sagen: Wir möchten jetzt an dieser Stelle aussteigen, obwohl eben halt die Verhandlungsgruppe schon ein Ergebnis hergestellt hat und im Einvernehmen mit dem Landkreis, dass die an dieser Stelle — ich sag mal vorsichtig — unredlich ist. So kann man das nicht machen. Von daher bin ich davon überzeugt, dass wir, wenn wir noch was ich sag mal in Führungszeichen retten wollen, wir nur die Möglichkeiten haben, diesem Kita-Vertrag in dieser Form zuzustimmen, damit wir wenigstens die Gemeinden und Städte, die gesagt haben: Wir halten uns an die Spielregeln, die wir uns selbst gesetzt haben, nicht enttäuschen. Von daher ist das zwingend, das in dieser Form zu machen. Ich möchte aber trotzdem noch auf etwas hinweisen. Es wird immer gesagt, dass die Hälfte der Gemeinden hier möglicherweise aussteigt. Ob die aussteigen, wissen wir noch gar nicht. Wir wissen, dass es anstrengende Debatten gegeben hat, beim letzten Kita-Vertrag, Herr Prior, Sie werden sich daran erinnern, das ist ja auch nicht so ganz einfach gewesen, alle Städte und Gemeinden davon zu überzeugen, was damals eben als Modell vorgeschlagen worden ist. Das war relativ kompliziert, das Ganze, aber die Hälfte stimmt, das ist richtig, die im Augenblick daran Zweifel haben, ob der für sie vorteilhaft ist, dieser Kindertagesstättenvertrag, aber 70 Prozent, ich sag es noch mal, 70 Prozent der Kinder und der Kindertagesstätten liegen auf der anderen Seite derjenigen, die das eben halt im Augenblick für richtig erachtet haben. Und von daher denke ich mal, ist es mehr als zwingend geboten, diesem Vertrag zuzustimmen. Er ist, ich habe das schon mal gesagt, unter den gegebenen Bedingungen, die wir haben, das Bestmögliche, was wir haben erreichen können. Alles andere, was jetzt hier formuliert worden ist oder in Skepsis beigetragen worden ist, hilft hier an dieser Stelle nicht weiter. Und noch mal an die Unabhängigen und Herrn Stuke, das ist das letzte Wort dazu, natürlich kann man sich über alles Mögliche unterhalten, aber eine neue Verhandlung würde bedeuten, dass man nicht 14 Millionen Euro on top eben in die Kindertagesstätten mit reinpreist, sondern das zwangsläufig wohl dann sich die Summe noch mal erhöhen würde. Und ich bin davon überzeugt, ja Besserverteilung heißt immer dann, wenn eben alle mit plus minus Null

zumindest rausgehen aus der Geschichte oder vielleicht ein bisschen mehr haben an der Stelle, insofern denke ich mal, ist das, was du gesagt hast, nur zum Teil richtig, denn es gibt durchaus einen Zusammenhang zwischen Kreisumlage auf der einen Seite und eben halt dem Kindertagesstättenvertrag auf der anderen Seite, weil wir uns ja in irgendeiner Form refinanzieren müssen. Ich bin davon überzeugt, einen Moment noch mal, wir wollten hier anständig miteinander umgehen, ja, und da sind wir jetzt mal ganz artig dort hinten und hören mir mal zu. Das einzige, was wir noch mal klarstellen sollten, ist: Es gibt immer die Möglichkeit, aus diesem Vertrag, anders als vielleicht aus den vorhergehenden Verträgen, auch wieder auszusteigen. Wir wissen, was zum Beispiel an Spekulationen von Herrn BosseArbogast hier formuliert worden ist, wir wissen nicht, wie das in drei Jahren aussieht, wir wissen nicht, wie das mit den FAG-Leistungen aussieht, wir wissen nicht, wie sich die Kreisumlage pro Basispunkt in den einzelnen Gemeinden weiterentwickeln wird, das sind alles Punkte, die wir noch nicht kennen an der Stelle. Von daher ist es richtig denke ich mal zu sagen, okay, man kann nach einem Jahr kündigen, spätestens aber nach drei Jahren hat man die Möglichkeit eben halt über die Revision noch mal nachzudenken, ob dieses Finanzverhältnis zwischen den Städten und Kommunen auf der einen Seite und dem Landkreis auf der anderen Seite noch stimmt.

Vorsitzender:

Holger, bitte komm zum Ende.

Holger Schröter-Mallohn:

Und wenn das gar nicht anders klappt und wir in lauter Verzweiflung sogar auf die Idee kommen sollten, den Hebesatz zu erhöhen, dann kann man nach drei Monaten den Kindergartenvertrag eben halt kündigen und damit halt die Aufgaben an den Landkreis Hildesheim zurückgeben. Mehr geht nicht an dieser Stelle.

Vorsitzender:

Herr Gerhardy, zur Ordnung!

Holger Schröter-Mallohn:

Und ich denke, von daher kann es nur eine Lösung geben, nämlich diesem Kitavertrag in der vorgelegten Form zuzustimmen. Danke schön.

Vorsitzender:

So, wir haben noch ein paar Redebeiträge, ja, die Diskussion ist denke ich mal sehr sachorientiert, was mich aber nervt, das sage ich einfach mal so, dass die Abgeordneten, die ständig am Handy sind, und dann, wenn es mal ein bisschen lauter wird, gleich fordern, dass der Vorsitzende einschreitet. Wir haben hier einen Tagesordnungspunkt, der kontrovers diskutiert wird, der wichtig ist für unseren Landkreis, und dann bitte ich auch alle Abgeordneten, den Redebeiträgen von demjenigen, der spricht, die entsprechende Aufmerksamkeit und Wertschätzung zu schenken.

Nächster Redner zu dem für uns alle wichtigen Tagesordnungspunkt ist Herr Teltemann für die CDU-Fraktion.

Josef Teltemann:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist hier alles ein komplexes Thema. Frau Brede, um zunächst auf Sie einzugehen, Sie sagen, Sie hätten überhaupt noch nichts davon mitgekriegt, dass es hier bei den anderen Bürgermeistern möglicherweise rumort, also das haben wir schon länger mitgekriegt, dass hier viele Bürgermeister sind, die sagen, sie können den Vertrag in der Form nicht so akzeptieren. Das ist zumindest bei uns so rübergekommen und wir haben es in Giesen auch kontrovers diskutiert. Also wir stehen da, denke ich, vor einer komplexen Herausforderung und das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, dass hier über diesen Vertrag mangels weiterer Beratung ein Keil zwischen die Gemeinden getrieben wird, Herr Schröter-Mallohn. Das ist aber nicht eine Sache, die Sie ins Feld führen, dass die neuen sich dazu nicht bereit erklären können, sondern ist eine Frage, wie man hier mit dem Vertrag umgeht, den ich in der letzten Fassung vom 12.12. hier liegen habe und mit vielen Änderungen. Man muss da mal reingucken. Da gibt es sehr viele Fragen, die eigentlich auch noch zu klären sind. Wir haben in unseren Kindertagesstätten, und glauben Sie mir, ich habe das Geschäft 30 Jahre lang betrieben und habe Kindertagesstätten gemanagt mit insgesamt 18 Erzieherinnen und anderen Kräften. Das ist eine Herausforderung, so eine Geschichte, mit Eltern und mit Kindern ist es immer so eine Dreier-Geschichte, pädagogische Beiräte, ähnliche Dinge mehr. Wir haben unterschiedliche Betreuungsangebote in unseren Kindertagesstätten, wo teilweise für Frühdienst oder Spätdienst keine besonderen Entgelte genommen werden. Wir haben unterschiedliche Fragen zu beantworten, zum Beispiel in der Frage: Was rechnen wir denn für Abschreibungen für die Gebäude? AfAy kann man pauschal verhandeln, kann man anders verhandeln. Wir haben ganz unterschiedliche Betriebsführungsverträge in der Landschaft, die im Grunde genommen dann auch entsprechend angepasst werden müssen. Was bedeutet das Ganze?

Wir haben Prozesse der Kommunikation, die sehr, sehr schwierig sind, und ich denke mal, wir können es uns nicht im Interesse von Eltern und Kindern leisten, hier jetzt per Druck eine Vereinbarung durchzusetzen, die dazu führt, dass die Gemeinden aussteigen oder der Vertrag seitens des Landkreises gekündigt wird. Also der Appell geht noch mal in die Richtung: Lassen Sie uns noch mal Zeit nehmen, das einvernehmlich zu verhandeln, damit wir eine Einheit auch zwischen den Gemeinden hinkriegen und nicht gesagt wird, der eine schreibt auf dem Kopf, es steht innerhalb des Gemeindebundes eine Position, die 70 Prozent abbildet, dann kann man ja sagen, die 70 Prozent ist ja alles ganz schön und gut, was machen wir mit den anderen?

Also zum Beispiel die Frage: Der Landkreis stellt den Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagesstätten in Abstimmung mit der Gemeinde auf Grundlage nach Paragraph 21 des SGB VIII fest. Ja, wo ist denn die Feststellung? Sechs Stunden? Acht Stunden? Fünf Stunden? Wir haben keine einheitlichen Feststellungen, wir haben die unterschiedliche Landschaft. Es geht hier weiter in verschiedenen Fragestellungen, man konnte ja gar nicht so schnell im Grunde genommen darüber, sag ich mal, beraten. Die Berechnung des Faktors Kinderarmut mit 6 Prozentpunkten. Wir verknüpfen jetzt die Transferleistung zu Kinderarmut im Kita-Vertrag, ich halte das für unzulässig und würde davor warnen wollen vor den Rechtsfolgen und Klagen, die die Gemeinden anstrengen werden, die diesem Vertrag nicht zustimmen werden. Das ist die Büchse der Pandora, die wir hier öffnen. Ich denke mal, wir sollten uns die Zeit nehmen, lasst uns das noch mal beraten,

meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wäre wirklich dankbar, wenn wir darüber noch mal beraten können. Das können wir auch Ende Januar entscheiden, wenn es zu einer einvernehmlichen Lösung kommt, und man könnte auch vielleicht jetzt eine Scheibe Brot essen und nachher noch mal beraten darüber. Danke schön.

Vorsitzender:

Nächste Rednerin Frau Bertram für die CDU-Fraktion.

Ute Bertram:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, insbesondere lieber Holger, ich bin schon verwundert, dass du noch mal diese 70 Prozent zitierst, die ja im Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund im Kreisverband Hildesheim von Herrn Block, von dem Vorsitzenden, angeführt worden ist, weil das so ist, wird jetzt diese Mehrheit sozusagen diesem Kita-Vertrag auch so zustimmen. Da kann ich nur sagen, mit meinen Worten: Liebe Familien, ihr habt selbst schuld, wenn ihr in Söhlde oder in Holle oder in Algermissen wohnt und nicht in den Städten, die also davon wirklich profitieren. Also dass wir hier eine Spaltung herbeiführen, ich glaub das ist hier deutlich geworden. Ich weiß nicht, was hier los ist, wir sie sind doch ein Landkreis, es geht doch hier darum, dass gemeinschaftlich zu machen. Die Frage, ob wir zehn Monate genug Zeit hatten, um diesen Vertrag zu verhandeln, oder die Bürgermeister zu verhandeln, wenn sich jetzt am Ende herausstellt, dass zehn Kommunen dem nicht zustimmen werden, dann können wir doch nicht so tun und sagen: Verhandelt ist verhandelt, jetzt wird einfach beschlossen, aus die Maus. Wir machen hier mit diesem Vertrag eine völlig andere Situation. Wir verabschieden uns aus der Finanzierung, die normalerweise der Landkreis machen musste. Wir machen mit diesem Vertrag eine Vereinbarung zu Lasten Dritter, nämlich der Kommunen, die dann am Ende alles bezahlen müssen, weil es gibt da nicht mehr als nur diese reduzierte Kreisumlage oder dieser besondere Fonds. Ich kann nur sagen, in Alfeld werden wir noch mindestens zwei Kitas bauen. Das werden wir dann selber schultern müssen, und das wird mit anderen Gemeinden sicherlich genauso sein. Wir wären gut beraten, wenn wir wirklich uns diese Zeit hier nehmen, und noch mal in die Beratung reingehen. Ich werfe hier auch mal in den Raum, dass ich überhaupt nicht verstehen kann, wieso diese Kreisumlage so essentiell ist bei dieser Berechnung der Kitas. Das hat noch niemand verstanden. Seitdem ich im Kreistag bin, seitdem ich in der Kommunalpolitik bin, konnte mir das niemand erklären, wie da der Zusammenhang ist. Und eine Kreisumlage, die ist für Söhlde ganz anders als für Holle und für Alfeld oder für Sarstedt. Das wollen wir aber als Basis nehmen, um die Kita-Kosten zu finanzieren. Und warum nehmen wir nicht etwas, was eine etwas solidere Finanzierung hat, nämlich unabhängig davon, wie diese Kreisumlage sich nämlich durch das Steueraufkommen berechnet? Nein, wir nehmen genau das, was sehr variabel ist, jedes Jahr neu wissen wir nicht, wie sieht die Steuerlast, die Steuersituation in der Kommune aus, jedenfalls so ist es bei mir in Alfeld. Und dann wäre es doch wirklich auch richtig zu sagen, also die Kreisumlage ist das eine. Und das, was der Landkreis leisten muss mit den Kitas, das muss er in den Kommunen auch bezahlen und zwar genau zu den Kosten, die auch entstanden sind. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Nächste Rednerin ist Frau Flohr für die SPD und Mehrheitsgruppe.

Simone Flohr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, auf die Rede muss ich jetzt noch mal reagieren, so kann ich das nicht stehen lassen. Zurzeit haben wir mit dem aktuellen Schreiben neun HVBs, die diesen Vertrag kritisch sehen. Das sind die HVBs, da haben wir eben grad ganz oft noch mal drauf hingewiesen, die Räte entscheiden am Ende des Tages, ob sie diesen Vertrag annehmen oder nicht, und dann werden wir wissen tatsächlich, wer dabei ist und wer nicht dabei ist. Wie lange die Verhandlungsgruppe getagt hat et cetera, haben wir heute alles schon gehört. Die Kindergleichwertberechnung finde ich persönlich tatsächlich ein sehr gutes Instrument, dass dieser Faktor endlich mal tatsächlich in so einem Vertrag dargestellt wird. Wir können mal das Beispiel Hildesheim nehmen. In Hildesheim sind die Kitas ausgestattet mit Mindeststandards, also was Personal angeht und viele andere Dinge. Wenn man sich jetzt aber mal die Kinderarmutsstatistik für Hildesheim anschaut und die Kinderarmutsstatistik aus anderen Kommunen, dann muss ich sagen: Ja, in Hildesheim muss mehr investiert werden in den Kitas, weil dort gibt es ganz, ganz andere Problemlagen mit Migrationshintergrund, mit Armut, mit sozialen

Schiefungen und und und. Wenn ich dann da zwei Erzieherinnen habe oder eine Erzieherin und eine sozialpädagogische Assistentin, dann ist der Bildungsbereich, der da eigentlich noch viel intensiver bearbeitet werden muss, der kann da gar nicht geleistet werden. Und wenn wir nur auf den Betreuungsbereich schauen, dann springt das Ganze viel zu kurz.

Das Förderprogramm für Investitionen, also in Kitas, das läuft weiter, Frau Bertram.

Das ist unangetastet in diesem Vertrag. Wir haben auch gehört, es gab eine Schieflage im alten Vertrag, ja, und die muss jetzt ausgeglichen werden und ja, das hat Probleme an anderen Stellen. Es gibt diesen Strukturfonds und wenn Sie sich die Liste anschauen, hinten, da profitieren ganz, ganz viele Kommunen jetzt davon und ja, gemeinsame Standards würden ja nicht gehen, wenn wir sagen, jede Gemeinde will selber da auch noch tatsächlich die Standards selber festlegen. Wir haben unterschiedliche Strukturen und unterschiedliche Standards, aber da, wo tatsächlich Geld gebraucht wird, um gute Bildung voranzubringen, da muss es auch das Geld geben dafür.

Wir werden als Mehrheitsgruppe diesem Vertrag zustimmen und alle anderen Räte werden dann später entscheiden. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Zur Klarstellung: Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, einmal von Herrn Gerhardy und einmal von Herrn Prior. Beide haben allerdings schon gesprochen.

Wenn es jetzt hier darum geht, Missverständnisse kurz aufzuklären oder eine Zwischenfrage zu stellen, ja, oder anschließend dann den Antrag noch mal zu begründen. Das bitte ich die beiden, Herrn Gerhardy und Herrn Prior mir gleich mitzuteilen, im Anschluss, zumindest hat jetzt erst mal unser Landrat das Wort. Dann warte ich ab. Gibt es da eine Zwischenfrage? Nein, du ziehst zurück. Herr Prior? Ich wiederhole, es ist eine Richtigstellung offener Missverständnisse oder eine Anfrage zur Klärung von Zweifelsfragen. Bitte noch nicht zum Antrag sprechen.

Friedhelm Prior:

Ja, vielen Dank. Auf die Ausführung von Frau Flohr möchte ich gerne antworten, die betrifft ja die rechtliche Frage des Vertrages. Also ich darf noch erklären und mitteilen, wir haben schon ein Schreiben an die Aufsichtsbehörde gerichtet und zwar zu der Frage, ob diese Finanzierung Ihrer Strukturfonds richtig zulässig ist, denn — Frau Bertram hat darauf hingewiesen — die Kreisumlage dürfen wir nur nehmen nach den gesetzlichen Bestimmungen, das heißt, wir kassieren die Kreisumlage, abhängig von der Finanzkraft der einzelnen Kommune, für Aufgaben, die übergemeindlich wahrzunehmen sind. Und was Sie jetzt machen ist, dass Sie die Kreisumlage, sechs Punkte von allen Kommunen, die den Vertrag unterschreiben, kassieren und für einen anderen Zweck an die Gemeinden verteilen. So und da stellt sich die Frage, ja ich weiß, ich habe das schon verstanden, was Sie sagen, hören sie mir doch einfach zu. Sie kassieren sechs Punkte Kreisumlage und verteilen die — ich weiß nicht, was daran lustig

Vorsitzender:

So, Herr Prior, gestatten Sie eine Zwischenfrage von der Abgeordneten Flohr.

Simone Flohr:

Ja, also, die 6 Prozent, da geht es um die Kindergleichwertberechnung.

Friedhelm Prior:

Ja, das weiß ich.

Simone Flohr:

Und das andere ist der Strukturfonds, das sind zwei verschiedene Dinge. Sie haben eben gerade Strukturfonds gesagt, nur dass wir jetzt alle wissen, über was Sie reden und dass es da zwei getrennte Punkte gibt und zwei getrennte Finanzierungsmodelle.

Friedhelm Prior:

Vielen Dank für den Hinweis, damit wir uns verstehen, Sie kassieren sechs Punkte Kreisumlage, das steht im Vertrag, von allen Kommunen, die den Vertrag unterzeichnen. Und diese Mittel, die Sie dann einnehmen, aus diesen sechs Punkten Kreisumlage — ja nicht Sie persönlich — der Vertragsentwurf sieht dann vor, nach einer bestimmten Formel diese Mittel auf die Kreise zu verteilen mit der Folge, dass unterschiedlich viel in den Gemeinden ankommt. Das ist hier die Folge. Und da ist die Frage: Darf ich für diesen Zweck Kreisumlage kassieren, um es nach diesem System zu verteilen? Wir haben das schon mal diskutiert mit dem Innenministerium, da wollen wir auch Mittel auf die Kommunen streuen, und zwar damals ging es noch um diese Corona-Hilfe, da wurde uns vom Ministerium gesagt: Das geht so nicht, was ihr vorhabt, sondern ihr müsst ganz bestimmte Maßnahmen, wenn überhaupt, damit ins Auge fassen. Das muss aber dann gerechterweise für alle Kommunen gelten und es kann nicht sein, die Kreisumlage richtet sich nach der Finanzkraft, die ist jetzt unterschiedlich hoch, aber alle zahlen, und dann wird nach einem ganz neuen Schlüssel, den sich jeder ausdenken kann, wird dann neu verteilt. Also ich will nur sagen, wir haben diese Frage dem Ministerium — Sie können ruhig mit dem Kopf wackeln, wir haben trotzdem gefragt, und wir werden diese Antwort auch bekommen.

Und das Zweite ist ja schon, Herr Schröter-Mallohn, das darf ich noch mal sagen, wir haben in der Vergangenheit diese Verträge erarbeitet, da haben wir uns aber mit allen Bürgermeistern und Hauptverwaltungsbeamten nicht nur einmal, sondern mehrfach getroffen. Und abgewartet, was die jeweiligen Stadträte und Gemeinderäte sagen. Genau das geschieht jetzt nicht. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann beende ich die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt und wir steigen ein in den Abstimmungsprozess. — Ein Antrag zur Geschäftsordnung? Herr Prior? — Wir beantragen namentliche Abstimmung. Wer ist für die namentliche Abstimmung, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte die Kreisverwaltung mitzuteilen, ob da das erforderliche Drittel erreicht ist. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Ich bitte die Kreisverwaltung mir mitzuteilen, ob die namentliche Abstimmung erfolgreich getätigt wurde, ansonsten fahre ich nach Gefühl fort.

Wir haben zu dem Tagesordnungspunkt zwei Anträge, den einen der CDU-Fraktion, einen Antrag der FDP und der Unabhängigen und einen Antrag letztendlich zur Vorlage. Bezieht sich der Geschäftsordnungsantrag auf alle Vorlagen oder nur auf einen bestimmten Tagesordnungspunkt? Darf ich noch mal Herrn Prior um

Rückmeldung bitten? Geht es nur um den Antrag der CDU-Fraktion oder dann auch um die Vorlage? Selbstverständlich. Dann unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten.

So, wir setzen die Sitzung fort. Ich bitte wieder um Ruhe, wir machen gleich eine größere Pause. Das war jetzt vielleicht bei so einer wichtigen Sachlage noch mal wichtig, sich die Beine zu vertreten, durchzuatmen, und dann gehen wir jetzt auch gleich in den Abstimmungsprozess. Ich werde Ihnen / euch das Procedere verraten und dann geht es auch schon los.

Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung gehabt beziehungsweise einen Antrag auf namentliche Abstimmung. Dem ist stattgegeben. Wir werden namentlich abstimmen über den Kita-Vertrag als solches. Zuvor haben wir aber zwei andere Anträge, vielleicht erübrigt sich ja dann auch die namentliche Abstimmung. Als erstes lasse ich über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, mit Handzeichen wohlgeordnet, da geht es darum, den Tagesordnungspunkt in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Wer dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen möge, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 20.2, das ist der Antrag der FDP und der Unabhängigen. Der Antrag wurde auch mehrmals hier zitiert und vorgetragen — oh, Herr Prior, nein, was möchten Sie denn? Herr Prior, bitte, den vom 02.12. habe ich gerade zur Abstimmung aufgerufen. Nein! Herr Prior, also noch mal, wir haben gerade über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt, den in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Jetzt rufe ich auf den Antrag der FDP und der Unabhängigen, das ist der Antrag 71 9, jetzt rufe ich den auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es

Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Und jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 20.1 und Punkt 1, das ist also die Kita-Vorlage als solches. Und das ist die Vorlage 821-2 und dazu ist namentliche Abstimmung - Herr Prior, was möchten Sie zur Geschäftsordnung?

Friedhelm Prior:

Ja, wir haben einen Antrag gestellt vom 02.12., Nummer 721, das ist TOP 20.3 gewesen, da steht, also der lautet wie folgt: Für das Jahr 25 ist der Haushaltsansatz für die Kindertagesbetreuung um 12 Millionen Euro anzuheben mit dem Ziel, dass der Landkreis zumindest 60 Prozent der umgelegten Kosten übernimmt.

Vorsitzender:

Herr Prior, schönen Dank für den Hinweis. Dann stimmen wir da noch mal drüber ab, über den Antrag, den Herr Prior gerade vorgetragen hat und wer für diesen Antrag der Unionsfraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme jetzt zu dem eben schon zitierten Antrag, namentliche Abstimmung, Sie kennen das Procedere, ich rufe den jeweiligen Abgeordneten auf, der oder die Abgeordnete ruft dann Ja, Nein oder Enthaltung. Wir fangen an.

Ich rufe auf den Abgeordneten Arlt. Ja.

Ich rufe auf die Abgeordnete Bertram. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Bettels. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Bommersbach. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Bosse-Arbogast. Nein.

Ich rufe auf die Abgeordnete Brede. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Dr. Thomas Bruns. Nein.

Herr Ceglarek ist nicht da.

Ich rufe auf den Abgeordneten Diefenbach. Ja. Ich

rufe auf den Abgeordneten Domning. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Dreier. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Ebert. Nein.

Ich rufe auf mich selbst. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Esse. Enthaltung.

Ich rufe auf den Abgeordneten Fink. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Flegel. Nein.

Ich rufe auf die Abgeordnete Flohr. Ja.

Ich rufe auf die stellvertretende Landrätin Friedemann. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Gabel. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Gerhardy. Nein.

Herr Grabow ist nicht da.

Ich rufe auf den Abgeordneten Grugelke. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Hauk. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Hillberg. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Hirbod. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Hodur. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Homeister. Ja.

Kersten-Wilk ist nicht da.

Ich rufe auf den Abgeordneten Kolan. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Koschorrek. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Kubat. Ja. Ich

rufe auf den Abgeordneten Loebel. Ja.

Ich rufe auf den Landrat. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Machtens. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Meyer. Nein.

Ich rufe auf die Abgeordnete Mikulski. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Offen. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Preissner. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Prior. Nein.

Ich rufe auf die Abgeordnete Renner-Köhne. Nein.

Ich rufe auf die Abgeordnete Ruddigkeit. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Schellhammer. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Schiedeck. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Schröter-Mallohn. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Dr. Schütte. Ja.

Ich rufe auf die Abgeordnete Siekiera. Ja.

Ich rufe auf die Abgeordnete Spengler. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Stuke. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Sturm. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Sundermeyer. Ja.

Ich rufe auf den Abgeordneten Teltemann. Nein. Ich

rufe auf den Abgeordneten Vornkahl. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Walla. Nein.

Ich rufe auf den Abgeordneten Warneke. Ja.

Ich rufe auf die Abgeordnete Dr. Weber. Ja.

Ich rufe auf die Abgeordnete Witt. Enthaltung.

Ich rufe auf die Abgeordnete Wucherpfennig. Nein.

Dann bitte ich die Kreisverwaltung, das Ergebnis bekannt zu geben.

Also mir wurde jetzt ein Ergebnis mitgeteilt, dass 30 Abgeordnete dem Vertrag zugestimmt haben, 22 waren dagegen, und es gab zwei Enthaltungen. Damit ist der Vertrag, die Vorlage mehrheitlich genehmigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 18.00 Uhr.

Wir haben ja schon viele heiße Eisen oder klar war, dass man lange diskutiert, schon abgearbeitet, ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 6.4, das war ehemals der Tagesordnungspunkt 26, Fachkräftesicherung im Management im Landkreis Hildesheim. Erster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Kubat für die SPD und Mehrheitsgruppe.

Pascal Kubat:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, ich bringe unseren Antrag ein und möchte gerne was zum Fachkräftebündnis und zu den Fachkräften insgesamt in unserer Region sprechen. Wir brauchen in unserer Region Fachkräfte, wir müssen sie einmal gewinnen, aber auch halten und dazu haben wir einen sehr guten Beitrag gehört. Wir haben im letzten Jahr einmal Frau Fuhrig und Herrn Ullrich schon unterstützt und sie haben dann einmal dargestellt, was denn für Möglichkeiten existieren bei uns in der Region. Dieses wollen wir weiterhin ausbauen, denn wir reden immer über Pflege, wie wichtig das ist, und natürlich müssen das auch Menschen umsetzen und genau das setzt hier an, nicht nur im Bereich Pflege, sondern in vielen anderen Bereichen, genau hier zu unterstützen und Menschen eben hier zu gewinnen. Deswegen wollen wir auch für das nächste Jahr wieder 50.000 Euro zur Verfügung stellen, dass das eben in der ganzen Region stattfindet, dass man hier in einen Austausch geht, weitere Überlegungen noch stattfinden, wie man noch weiter diesen Gedankengang in die Fläche tragen kann. Genau, deshalb haben wir den Antrag gestellt.

Kurz zum CDU-Antrag, warum wir ihn ablehnen werden später: Wir haben da zwei Organisationen, die bei uns in der Region super stark unterwegs sind, die für uns diesen Auftrag erfüllen und dadurch sehen wir nicht den Sinn, da noch weitere Einrichtungen dazunehmen, weil dann müssten wir noch viel mehr Einrichtungen dazunehmen. Wir haben zwei Organisationen, die eben im Antrag benannt sind und die das eben auch vorgestellt haben, die auf jeden Fall da einen richtig guten Job gemacht haben, deswegen genau, reicht es erst mal. Wir haben ja mit den anderen Organisationen Kontakt. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Nächster Redner für die Unionsfraktion, Herr Schiedeck bitte.

Carsten Schiedeck:

Ja, ich kann mich im Wesentlichen den Ausführungen des Herrn Kubat zu Beginn anschließen. Es ist in der Tat so, dass wir alle darunter leiden, dass wir hier die Fachkräfte nicht haben, die wir bräuchten, wir haben es vorhin gerade von den Rettungssanitätern gehört, auch bei denen fehlt der natürliche Nachwuchs in diesem Berufsstand, also das ist alles etwas, was in der Tat heftig bekämpft werden muss.

Ich finde es auch in Ordnung, dass an der Stelle schon etwas geschehen ist, ich

finde es auch in Ordnung, dass wir da weitere 50.000 Euro locker machen wollen, aber unser Antrag zielt ja dahin, dass wir nicht diejenigen, die jetzt schon was bekommen haben, jetzt noch mit Zusätzlichem unterstützen, sondern dass wir mal gucken, ob eventuell auch noch sinnvolle Anträge aus anderer Richtung kommen.

Das ist etwas, was sich auch nicht nur auf die Pflege und auf diese wenigen Bereiche, die hier eben schon angesprochen wurden, begrenzt, sondern bis in unsere

Kreisverwaltung hinein fehlen uns ja die Nachwuchskräfte. Ich denke mir, da müssen wir ein bisschen größer denken, da müssen wir intensiver ran und da könnten 50.000 Euro durchaus Gutes tun. Wir würden also gern das so haben, dass die

Kreisverwaltung erst mal mitgeteilt bekommen soll, was denn jetzt gemacht werden

soll und dann sollte man aus diesem Topf der 50.000 Euro etwas ausschütten. Ich

hätte auch gar nichts dagegen, wenn da mehr drin wäre als 50.000, aber wie gesagt, erst nachdem klar ist, was gemacht werden soll und dann können wir da sicherlich auch zustimmen.

Vorsitzender:

Herr Stuke für die Fraktion Die Unabhängigen.

Josef Stuke:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben jetzt den 12.12.2024. Das Haushaltsjahr geht bis zum 31.12.2024, jetzt noch 50.000 Euro freizugeben, das läuft allgemein unter dem Begriff Dezemberfieber. Unsere Haushaltslage ist, glaube ich, allen mehr als bekannt und vor dem Hintergrund sehe ich keine Notwendigkeit, jetzt in diesem Haushaltsjahr noch 50.000 Euro zu bewilligen, auch vor dem Hintergrund, dass im nächsten Jahr ein Ansatz in gleicher Höhe ausgebracht ist, das sollte man dabei beachten und im Übrigen finde ich den Ansatz der CDU sehr gut, da auch andere mit einzubeziehen, HI-REG ist natürlich auch dabei und das wäre aus meiner Sicht der weitergehende Antrag, dem man auch entsprechen sollte. Danke schön.

Vorsitzender:

Herr Diefenbach für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Mehrheitsgruppe.

Peter Diefenbach:

Ja, Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Fachkräftemangel, der ist bei uns im Landkreis schon längst angekommen, das ist richtig. Aber ich sag mal, Fachkräfte sind eine wichtige Ressource und ich kann mir nicht

vorstellen, dass die Höhe der Förderung oder des Geldes, das wir da reinstecken, hinterher das Ergebnis vergrößern wird. Mir ist es wichtig, das hier noch mal zu erwähnen, dass wir anfangen müssen, dass wir endlich auch als Politik einsteigen müssen in dieses Thema, um eben unsere Wirtschaft, unsere Fachkräfte, die wir hier zur Verfügung haben, unsere kleinen und großen Betriebe darin zu unterstützen. Und das Thema ist mir so oft jetzt begegnet im letzten halben Jahr, wo ich bei Veranstaltungen bei Firmen oder Verbänden war, es gab dort Jubiläen und ich hab als stellvertretender Landrat dort einen Auftritt gehabt oder eine Rede gehalten und glauben Sie mir: Es war jedes Mal, jedes Mal die Diskussion: Wie geht es weiter im Landkreis Hildesheim? Wo haben wir das Fachpersonal? Wie können wir das halten? Und ich denke, unser Antrag von der Gruppe ist genau zielführend. Wir wollen Fachkräftesicherheit oder Sicherheit, nicht nur drüber reden, sondern wir wollen ein Management einführen, das heißt wir wollen uns aktiv damit beteiligen und auch in der Zusammenarbeit mit den Kommunen und mit anderen Mitstreitern, mit Trägern dabei sein und das muss erst mal auf die Beine gestellt werden. Das ist hier noch nicht fertig, aber wir wollen da dran, und deshalb finde ich diesen Antrag sehr gut, sehr wichtig und ich bitte Sie, für diesen Antrag zu stimmen. Danke schön.

Vorsitzender:

Wird weiterhin das Wort gewünscht zum Tagesordnungspunkt 26? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann haben wir zum Punkt 26 zwei Anträge vorliegen, einen CDUAntrag, der Antrag 691 und einen Antrag der Gruppe, 635. Ich lasse zuerst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, 691. Wer für diesen Antrag der Unionsfraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Antrag 635, Antrag der Gruppe. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Gleiches Bild, nur umgekehrt, mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf den neuen Tagesordnungspunkt 6.5, das war ehemals 27, hier geht es um den Antrag zur Fortsetzung der Förderung der Beratungsstelle Radius ab dem 01.01.2025 bis 31.12.2027, die Vorlage 774. Wird hierzu das Wort gewünscht?

Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? Drei. Wer enthält sich? Eine. Der Rest ist dann dafür, damit mehrheitlich angenommen. Herzlichen Dank.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 7, Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim. Herr Landrat bitte.

Landrat Bernd Lynack:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, der letzte Bericht ist 14 Tage her, von daher hat sich nicht ganz viel geändert. Wir haben insgesamt eine Kapazität in Großeinrichtungen von 812 Plätzen, von denen 546 Plätze belegt sind. Damit errechnet sich eine freie Platzzahl von 266, Stand 25.11.2024 haben wir Wohnraum in Wohnungen von 291 Plätzen, und wir haben weiterhin eine Zuweisungsquote von zurzeit 13 Personen pro Woche.

Vorsitzender:

Wird zu dem Bericht des Landrats das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 8, Anregungen und Beschwerden gemäß § 34, die sind nicht eingegangen.

Tagesordnungspunkt 9 haben wir behandelt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10, Antrag auf Zustimmung einer außerplanmäßigen Aufwendung, das ist die Vorlage 827. Wird hierzu das Wort gewünscht? Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? Sorry, dann habe ich das

übersehen. Herr Prior hat sich auch gemeldet, dann erst Herr Stuke und dann Herr Prior.

Josef Stuke:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir sehen hier nicht nur die überplanmäßigen Aufwendung für einen Rechtsanwalt, der für uns tätig geworden ist in Höhe von rund 100.000 Euro, sondern dem Ganzen liegt zugrunde, dass eine Gemeinde, die Samtgemeinde Leinebergland kurzfristig aus dem Kita-Vertrag ausgestiegen ist und wohin das geführt hat, haben wir uns auch noch mal von Herrn Rosemann im Einzelnen mitteilen lassen, zum einen, dass Kreisumlagezahlungen in Höhe von 1 Millionen Euro zurückgezahlt werden mussten und zudem die Betreuungsaufwendung für

Kitas und Kindertagespflege in Höhe von 2,1 Millionen Euro an die Samtgemeinde Leinebergland erstattet werden mussten. Das ist dann eine stolze Summe von rund 4 Millionen Euro. Da stellt sich natürlich die Frage: In welcher Höhe war den ein Schaden entstanden? Der ist sicherlich geringer, aber der wäre im Einzelnen zu ermitteln und Herr Rosemann hat bestätigt, dass es immerhin eine Prüfung gibt beim kommunalen Schadensausgleich, aber ich finde es doch sehr bedenklich, dass dieses Ergebnis hier erzielt worden ist, in Ausführungsstrichen erzielt, und habe auch Zweifel, ob wir da gut beraten waren durch den Rechtsanwalt, hier auch noch vor das OVG zu gehen. Also insofern ist das, glaube ich, alles immer zu überlegen, wie man im Bereich der Kita und den entsprechenden Verträgen und Zahlungen, Kreisumlage und ähnliches vorgeht. Dies hier ist ein besonders negatives Beispiel. Danke schön.

Vorsitzender:

Herr Prior, war das vorhin eine Wortmeldung?

Friedhelm Prior:

Wir schließen uns den Worten unseres Vorredners an. Wir werden die Beschlussvorlage ablehnen. Wir halten diese Anwaltskosten, diese Rechnung für völlig unverhältnismäßig. Wir haben ein eigenes Rechtsamt und ich weiß nicht, warum wir da solche einfachen Verfahren an eine Kanzlei abgeben müssen.

Vorsitzender:

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt weder von den Abgeordneten, noch von der Verwaltung. Dann: Wer der Beschlussvorlage Folge leisten möge, den bitte ich um

das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Haushalt. Mir ist gestern bekannt gemacht worden, dass es eine Einigung gegeben hat zwischen den Fraktionsvorsitzenden und dem Landrat, wie man sich bei diesem

Tagesordnungspunkt verhält, nämlich dass man die Tagesordnungspunkte 11, 12 und 13 bitte zusammenfassen möge, dass der Sprecher der Fraktion 15 Minuten hat und jeder weitere dann 5 Minuten. Das können wir so machen, aber laut Tagesordnung stehen den anderen Fraktionen, die vielleicht nicht an dieser Abstimmung teilgenommen haben oder Einzelabgeordnete haben trotzdem ihr einzelnes Rederecht, das würde ich nicht beschneiden, also das bleibt bestehen, auch wenn wir jetzt punktuell die Tagesordnungspunkte 11 und 13 zusammenfassen.

Wie gehen wir vor? Zum Tagesordnungspunkt kann jeder sprechen, zu allen dreien, und wenn alle Redner gesprochen haben, dann gehen wir in den Abstimmungsprozess. Wir stimmen dann erst ab über die Punkte beim Tagesordnungspunkt 12, was Stellenplan angeht, nach der Reihe, Punkt für Punkt, und dann bei 13, auch Punkt für Punkt gehen wir runter. Damit die Diskussion vorab nicht kreuz und quer geht, das heißt der eine spricht zu 13.4, der andere zu 13.25 und der nächste zu 13.38, hat jeder Antragsteller beim Tagesordnungspunkt 13 sein Rederecht von 2 Minuten, um den jeweiligen Antrag noch mal kurz zu begründen und darzulegen. Danach wird aber gleich abgestimmt, also da folgt dann keine Diskussion mehr zu dem Tagesordnungspunkt, es sei denn, es gibt strittige Fragen oder Nachfragen, das ja, aber bei Punkt 13 rufe ich dann die jeweilige Fraktion auf: Möchtet ihr von eurem Recht, den Antrag noch mal vorzulegen, Gebrauch machen oder wird gleich abgestimmt.

Also noch mal: 11 bis 13 fassen wir jetzt zusammen. Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 11 oder zumindest mit dem Landrat, der den Haushalt jetzt einbringt, danach ist eine offene Rederunde. Sprecher der Fraktion 15, alle weiteren 5 [Minuten]. Wenn der erste Sprecher der Fraktion seine 15 Minuten nicht in Anspruch nehmen möchte, bitte mir oder uns das mitteilen, damit wir das dann entsprechend vermerken. Alles klar soweit? Ich sehe in gespannte Gesichter. Der Landrat hat jetzt die Möglichkeit beziehungsweise er wird uns jetzt den Haushalt für 2025 vorstellen. Herr Landrat bitte.

Landrat Bernd Lynack:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt mir ein bisschen vor wie ein Déjà-vu. Als ich vor rund einem Jahr hier gestanden habe und den Haushalt für das laufende Jahr eingebracht habe, habe ich gesagt, dass mir die Zahlen große Sorgen bereiten. Gerne würde ich heute sagen, dass sich die öffentlichen Haushalte und die gesamte wirtschaftliche Situation entspannt hat und die Realitäten ganz anders aussehen, aber Sie wissen es, Sie kennen die Haushaltsentwürfe, das Gegenteil ist der Fall.

Vor zwei Wochen mussten wir hier in diesem Saal den Nachtragshaushalt für das laufende Jahr verabschieden, und das Defizit hat sich auf nunmehr 47 Millionen Euro erhöht. Und ich betone es an dieser Stelle ausdrücklich noch

einmal, Klaus Rosemann hat das auch in der Kreistagssitzung vor 14 Tagen getan, dieser Nachtragshaushalt war unerlässlich. Die Ursache für den Nachtragshaushalt liegt insbesondere in den pflichtigen Sozialausgaben, die wir leider nicht beeinflussen können.

Heute steht der Haushalt 2025 zur Abstimmung, und wir müssen feststellen, die Situation hat sich leider nicht verbessert trotz globaler Einsparvorgaben, die die Verwaltung in den entsprechenden Budgets ausgesprochen hat sowie einer Nullrunde im Stellenplan, stehen wir vor einem Defizit und der Kita-Vertrag ist noch nicht drin, wie wir wissen, [in Höhe von] rund 41 Millionen Euro. Treiber dieser negativen Entwicklung bleibt weiterhin vor allem der Sozialbereich. Ich finde, dass es dadurch, dass es durch den Sozialbereich derart in den Keller geht, ein absolutes Alarmsignal ist und wir auch aufpassen müssen, dass diese Entwicklung nicht zum Sprengstoff in der Gesellschaft wird.

Wir sind mit unserer desolaten Haushaltslage nicht allein. Damit will ich nichts schönreden und nichts rechtfertigen, ich will es nur feststellen. Im August wurde gemeldet, dass nur 10 von 400 Kommunen in ganz Niedersachsen noch ausgeglichene Haushalte vorlegen können. Der Landesrechnungshof teilte Mitte November mit, dass Niedersachsens Kommunen so viele Schulden haben wir noch nie. Aus diesem Grund wird auf kommunaler Ebene mehr Geld vom Land gefordert. Zu Recht, Kolleginnen und Kollegen. Auch ich werde nicht müde, diese Erwartung immer und immer wieder zu adressieren. Wenn hier nicht bald gehandelt wird, wird sich die finanzielle Lage unserer Kommunen weiter verschärfen. Das dürfen wir nicht hinnehmen und deshalb richte ich mich auch jetzt an den Bund und an das Land: Lasst die Kommunen nicht ausbluten, denn sie sind diejenigen, die Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger direkt vor der Haustür erbringen, motiviert, jeden Tag, mit großem Engagement. Werdet den Verantwortungen gegenüber den Kommunen gerecht und erhöht die Zuschüsse und Kostenerstattungen und zwar jetzt!

Besonders deutlich wurde die zentrale Rolle des Landes als ergänzende Finanzierungssäule wieder einmal bei den Verhandlungen zum Kita-Vertrag. Da haben wir uns gerade ausgiebig mit beschäftigt, weil wir auch hier leider verhandeln mussten, ohne den dritten Verhandlungspartner, nämlich das Land als Gesetzgeber und Finanzier, mit am Tisch zu haben. Und auch nachdem wir ihn jetzt beschlossen haben und er weiterhin in den Räten für die jeweiligen Mitgliedskommunen auch noch mal abgestimmt werden muss, und es natürlich Beitritte geben wird und ich hoffe auch wirklich, dass es möglichst viele, am besten alle werden, so ist es für mich zu für die gesamte Verwaltung dennoch selbstverständlich, dass wir auch künftig im Vollzug dieses neuen Kita-Vertrages weiter an Verbesserungen arbeiten werden.

Ganz klar. Das hat übrigens gestern auch der Vorsitzende des Städte- und Gemeindebundes im Landkreis, Rainer Block, mitgeteilt, dass für ihn völlig klar ist, dass dies jetzt die Basis ist, auf der weiter nach besseren möglichen Lösungen gerungen werden kann. Gute und verlässliche Kindertagesbetreuung, das sollte für uns jetzt an erster Stelle stehen, Kolleginnen und Kollegen.

Trotz des prognostizierten Defizits und der deutlichen Erhöhung der Gesamtverschuldung werden wir auch im nächsten Jahr unseren Aufgaben selbstverständlich gerecht werden. Aber wir müssen sehr genau unseren Fahrplan

dafür überlegen. Dies betrifft vor allen Dingen unsere dringend benötigten Baumaßnahmen an Schulen und Verwaltungsgebäuden. Was sich über Wahlperioden aufgestaut hat, kann nicht in kurzer Zeit aufgeholt werden, weder aus Kapazitätsgründen, noch aus finanziellen Gründen. In der aktuellen Situation zählen dringlicher Handlungsbedarf und Sicherheit von Schülerinnen und Schüler sowie den Lehrkräften und Beschäftigten. Aus diesem Grund starten wir mit der Michelsenschule und der Richard-von-Weizsäcker-Schule. Parallel führen wir alle Maßnahmen zur Sicherheit und zum Brandschutz durch, gerade letzteres — finde ich — ist ein bedeutendes Signal auch nach draußen.

Unabhängig von der Finanzkraft des Landkreises stehen für uns die Menschen, die in den Gebäuden arbeiten und lernen, lehren, an vorderster Stelle. Wir nehmen die Verantwortung ihnen gegenüber ernst und werden für ein sicheres Umfeld auch weiterhin sorgen. Investitionen in die Sicherheit sind für uns nicht verhandelbar. Baumaßnahmen an unseren Schulen und unser Großprojekt der Berufsschulen werden bis in die nächste Dekade reinreichen. Neben Neubau und Erhalt dieser Liegenschaften wird es bei den Jugendeinrichtungen zu einem Einschnitt kommen müssen, mit dem wir auf die Gesamtsituation in diesem Bereich reagieren, nicht überstürzt, aber dennoch mit Augenmaß. Der Jugendhof in Schönberg an der Ostsee, Sie haben es den Vorlagen entnommen, ist nicht mehr ausreichend nachgefragt, um ihn wirtschaftlich betreiben zu können. Nach intensiver Abwägung haben wir uns deshalb dazu entschlossen, den Jugendhof aufzugeben. Damit können wir die finanziellen Kräfte bündeln und aus dem Verkaufserlös die verbleibenden Jugendeinrichtungen, das Jugendwanderheim Marienburger Mühle und das Haus Berlin in Hohegeiß zukunftssicher aufstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Themen haben uns sonst noch im vergangenen Jahr rückblickend jetzt am Jahresende beschäftigt und welche Meilensteine haben wir erreicht? Bleiben wir zunächst bei den Baumaßnahmen. Der Neubau des Gymnasiums Sarstedt biegt auf die Zielgerade ein und wir werden im April unser modernes Schulgebäude eröffnen können. Darauf freue ich mich sehr, das Haus ist nicht nur ein Leuchtturm in der Hildesheimer Schullandschaft, es sucht landesweit nach Vergleichen. Und noch ein Highlight in dem Zusammenhang, es ist im Zeit- und auch im Kostenrahmen geblieben. Und ein weiterer Neubau wird im nächsten Jahr mit Leben gefüllt, denn das Gesundheitsamt wird in wenigen Monaten in der Bördestraße bezogen werden können. Das Amt für Veterinärwesen ist bereits umgezogen in die Kaiserstraße 19. Dort befindet sich auch zukünftig der neue Stabsraum für den Katastrophenschutz, der ebenfalls in Kürze seiner Bestimmung übergeben werden kann. Bleibt noch die Betriebs-Kita, auch die beschäftigt uns im Laufe der heutigen Sitzung, die Umbauarbeiten werden unmittelbar im neuen Jahr starten und schon im Oktober werden wir uns über Kinderlachen in den Räumen des Kreishauses freuen können. Der Eröffnung sehe ich mit ganz besonders großer Freude entgegen, denn dieses Angebot kann uns bei der Suche nach den dringend benötigten Fachkräften unterstützen, denn sie ist ein echtes Ass im Ärmel, die ihresgleichen in Vergleichen in der näheren Umgebung sucht.

Wo Licht ist, gibt es aber auch Schatten. Von verständlicherweise hohem öffentlichen Interesse war die nicht von uns zu verantwortende, aber dennoch mit großer Sorge

betrachtete Schließung des Krankenhauses in Alfeld und die damit einhergehende Schließung der Notaufnahme. Die Sorge um ausreichende Krankenhaus- und notärztliche Versorgung, insbesondere im Südkreis, war absolut berechtigt. Trotz zahlreicher Gespräche, die ich gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Alfeld/Leine, Bernd Beushausen in seiner Funktion als Vertreter der Stadt Alfeld in der Krankenhaus Alfeld Besitz GmbH mit Vertretern von Ameos sowie mit unserem Gesundheitsminister, Dr. Andreas Philippi, geführt habe, mussten wir die Schließung zu unserem größten Bedauern zur Kenntnis nehmen. Hierbei ist uns wieder einmal eindrücklich vor Augen geführt worden, wie ohnmächtig Kommunen bei betriebswirtschaftlichen Standortentscheidungen von Betrieben einfach nur am Zuschauerrand stehen und zugucken können.

Trotz dieser Erkenntnisse müssen wir unsere ganze Kraft jetzt darauf verwenden, den Krankenhausstandort Gronau zu sichern und zu stärken. Auf meine Einladung hin hat Gesundheitsminister Philippi im August das Johanniter-Krankenhaus besucht. Der Termin hat mir persönlich Hoffnung für die Zukunft gemacht. Ich bin sehr zuversichtlich, dass das Krankenhaus im Kontext der Krankenhausreform eine realistische Chance hat, die es unbedingt zu unterstützen gilt. Eine gute medizinische Versorgung ist einer der zentralen Bausteine einer guten Daseinsfürsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Neben dem Gesundheitswesen spielt aber auch Bildung eine ganz bedeutende Rolle. Hier erfüllt die Volkshochschule eine elementare Aufgabe, darauf habe ich gerade hingewiesen. Und ich bin Ihnen wirklich sehr, sehr dankbar, dass wir dieser wichtigen Bildungsorganisation gerade eben mit breiter Mehrheit den Rücken gestärkt haben. Ganz herzlichen Dank nochmals dafür. Klar ist für mich in diesem Zusammenhang aber auch, dass nicht alleine die Träger die finanziellen Bedarfe schultern können, die jetzt dort auf uns zukommen, sondern wir müssen alle zusammen gemeinsam mit der Geschäftsführung alles dafür tun, um die Defizite auch der Volkshochschule Hildesheim im Zaum zu halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, unser Haushalt bietet keinen Platz für große finanzielle Spielräume. Das darf aber nicht zu Lasten der sozial Benachteiligten gehen. Über unsere freiwilligen Leistungen stützen wir bereits ein breit aufgestelltes Hilfesystem, doch gerade im Kinder- und Jugendarmutsbereich haben wir große Sorgen, dass die sich weiter ausdehnt. Von der Hildesheimer Nordstadt ganz zu schweigen, das Fahrenheidegebiet bis in weite Teile des Landkreises — wenn ich Frau Bertram angucke, in Alfeld hat eine Kinderarmutskonferenz stattgefunden, für Bockenem ist die nächste geplant, es sind absolute Alarmsignale, mitten aus der Gesellschaft heraus. Um dieser insbesondere in Schwerpunktgebieten bestehenden Kinderarmut noch besser begegnen zu können, planen wir für 2025 ein gesondertes Projekt. Erste Überlegungen dazu werden wir Ihnen zu Beginn des kommenden Jahres vorstellen. Für mich steht fest: Soziale Kälte in ohnehin sozial schwierigen Zeiten mit explodierenden Kosten dürfen wir nicht zulassen, Kolleginnen und Kollegen.

Doch wir müssen genau hinhören, wenn wir wissen wollen, wo auch Hilfe benötigt wird. Dabei ist Hilfe nicht immer gleich finanzielle Unterstützung. Oft genügt es, Türöffner zu sein oder bei der Klärung von Problemen behilflich sein zu können.

Gerade deshalb werde ich auch künftig bei den Menschen vor Ort im Landkreis unterwegs sein, so wie Sie es bisher von mir gewohnt waren. Mich interessiert das, was die Menschen bewegt, weil ich wissen möchte, wie es ihnen geht, wie sie damit leben, egal ob das in Bürgersprechstunden ist oder auch in Sommerreisen. Ich finde, der Respekt vor den Menschen ist wichtig und das ist das, was die Kommunalpolitik auszeichnet und auch dann, wenn es dabei um ehrenamtliche Tierschutzprojekte geht, Herr Bettels.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir zum Abschluss noch einige mitunter auch persönliche Worte. Wie ich vorhin erwähnt hatte, wird es im nächsten Jahr keinen Stellenaufwuchs geben. Dies stellt alle Mitarbeitenden vor große Herausforderungen, wie Sie sich denken können, aber ich bin mir sicher, dass wir sie gemeinschaftlich auch mit Ihrer Unterstützung gut bewältigen können. Wir werden alles daransetzen, dass wir auch im nächsten Jahr unsere Vakanzen weiter reduzieren können. Ich danke allen, die die Verwaltung und mich dabei unterstützt und dazu beigetragen haben, Dinge zu bewegen, auch über die Parteigrenzen hinweg. Insbesondere danke ich allen Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, der Mehrheitsgruppe, des Kreistages und auch einzelnen Abgeordneten des Kreistages, die mir den Rücken stärken und die sich in ihrem Vertrauen in die Verwaltung nicht erschüttern lassen. Schön, Sie und euch alle an unserer Seite zu wissen.

Deshalb erschüttert es mich aber ganz besonders, dass nicht nur ich, sondern mittlerweile auch Mitarbeitende der Verwaltung nicht nur im Tonfall massiv mitunter angegriffen werden. Dieses Verhalten, ja mitunter Respektlosigkeit und teils aggressiv vorgetragenes grundsätzliches Misstrauen in die Verwaltung schaden dem Ansehen des gesamten Hauses. Eine faire Diskussion und der Austausch von Argumenten ist Kern des demokratischen Prozesses. Das ist grundlegend und Voraussetzung für gute Entscheidungen, die wir ja zusammen treffen wollen und auch müssen. Alles andere hilft nur denjenigen, die mit unserer Demokratie eben nichts Gutes im Schilde führen. Gerade in schwierigen Zeiten und einer politisch angespannten Weltlage ist Zusammenhalt wichtig. Ich appelliere an Sie alle, diesen Zusammenhalt zu leben und als Landrat werde ich das natürlich nachdrücklich unterstützen.

Um unseren Landkreis in der aktuellen Finanzlage, die sich perspektivisch nicht so schnell verbessern wird, sicher zu steuern, brauchen wir eine Koalition der Gestaltungswilligen. Hierzu lade ich sie alle ein. Wir brauchen kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander und wir brauchen ein flächendeckendes Vertrauen in die Expertise und Leistungsfähigkeit dieser Verwaltung. In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute Debatte über den Haushalt 2025 und mein ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle dem Finanzdezernenten Klaus Rosemann, der mit diesem Haushalt seinen letzten Haushalt in aktiven Zeiten vorlegt und stellvertretend für das Team der Kämmerer bei unserer Kämmerin Tina Grella, herzlichen Dank, bitte richtet das an alle Kolleginnen und Kollegen und die Dezernentinnen und Dezernenten, bitte auch in den Fachämtern aus, die an der Aufstellung dieses Haushaltes beteiligt waren. Danke schön.

Vorsitzender:

So, normalerweise spricht jetzt der Finanzausschussvorsitzende, heute macht das der stellvertretende Finanzausschussvorsitzende, der den Haushalt noch ein bisschen mit einbringt und dann sicherlich für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und die Mehrheitsgruppe spricht. Herr Dr. Schütte hat das Wort.

Dr. Holger Schütte:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, und sehr geehrte Gäste, die noch hier im Raum sind und natürlich auch sehr geehrte Verwaltung, wir sprechen jetzt über die Haushaltsatzung für das Jahr 2025, insbesondere über die Vorlagen 824 und 741 der Verwaltung. Die Haushaltsatzung umfasst den Haushaltsplan, das Investitionsprogramm, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung sowie den Stellenplan und das Haushaltssicherungskonzept. Im Ergebnishaushalt werden für 2025 an Erträgen

709,6 Millionen Euro und an Aufwendungen 751,9 Millionen Euro und somit im Jahresergebnis ein Defizit von 42,3 Millionen Euro veranschlagt, zusammen mit den Fehlbeträgen aus den Vorjahren, besonders aus 2024 inklusive dem vor zwei Wochen verabschiedeten Nachtragshaushalt ergibt sich hieraus für das Jahresende 2025 ein geplanter kumulierter Fehlbetrag von ca. 1 1 1 Millionen Euro.

Im Finanzhaushalt geht die Planung von einer Investitionssumme von 100,2 Millionen Euro aus, wobei das Gymnasium Sarstedt alleine davon mit 47 Millionen Euro zu Buche schlägt, abzüglich investiver Zuschüsse von knapp 8 Millionen ergibt sich also ein Kreditbedarf von 92,5 Millionen Euro, und da wir 11,7 Millionen tilgen werden, werden wir einen Aufwuchs des Schuldenstandes um knapp 81 Millionen verzeichnen auf dann 273 Millionen Euro. Der Entwurf des Stellenplans weist mit 1.157,3 Stellen in etwa den gleichen Wert aus, der im Stellenplan 2024 angesetzt war. Soweit die bloßen Zahlen. Ich möchte an dieser Stelle der Verwaltung und hier insbesondere der Kämmerei ganz, ganz herzlich für die intensive Arbeit und für das Ergebnis, für diese Zahlen — erst mal, dass sie vorgelegt worden sind — ganz herzlich meinen Dank aussprechen.

So und dann möchte ich für die Fraktion der Grünen in der Mehrheitsgruppe zu diesem ganzen Haushaltsplan Stellung nehmen und ich fange mal mit ein paar grundsätzlichen Betrachtungen an. Zunächst mal die Entwicklung der Zahlen in den letzten Jahren. Wir hatten tatsächlich über längere Zeit schwarze Zahlen im Ergebnishaushalt, übrigens nicht nur während der vergangenen Wahlperiode, sondern auch schon mindestens in der davorliegenden und die Folge war, dass wir tatsächlich das einstige Defizit zwischenzeitlich vollständig abgebaut hatten. Diese Entwicklung dürfte sich aber meiner Meinung nach weder die vorige Ratsmehrheit noch die davor liegenden Wahlperiode zugutehalten, vielmehr sind sie Folge der damaligen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die nicht zuletzt auch in der Agenda 2010 begründet war, also um auch das klar zu benennen, oftmals auf Kosten der Menschen, die sozial eher schwächer gestellt sind.

Die katastrophale Entwicklung der aktuellen Haushaltszahlen ist letztlich eine Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine, der sich daraus und aus der massiven Abhängigkeit von russischem Gas und Öl ergebenden Explosion der Energiekosten. In den fetten Jahren hat Deutschland und die EU es versäumt, sich unabhängiger von ausländischen Energielieferungen zu machen und beide haben es versäumt,

ausreichend in Zukunftstechnologien zu investieren. Das muss benannt werden, um die finanzielle Entwicklung zu verstehen. Es hilft uns allerdings jetzt auch nicht weiter.

Zu den vorgesehenen Investitionen ist zu sagen, dass sie zum überwiegenden Teil für unsere Schulgebäude vorgesehen sind und damit durchaus eine Folge der unterlassenen Bauunterhaltung in den Jahren des Sparens. Der größte Betrag, ich hatte es vorhin schon gesagt, entsteht durch die Fertigstellung und Übernahme des Gymnasiums Sarstedt, es werden aber auch etliche Millionen für Investitionen in die Feuerwehr, in den Hochwasser- und Katastrophenschutz sowie in die Instandhaltung von Straßen aufgewendet.

Bevor ich den Ergebnishaushalt genauer unter die Lupe nehme, muss ich erst noch einmal auf die Kreisumlage, die übrigens in diesem Haushaltsplan unverändert bleiben soll, und damit auf das Verhältnis zwischen Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen zu sprechen kommen. Der Landkreis hat, das wissen wir alle, im Wesentlichen außer den Erstattungen vor allen Dingen im Sozialbereich, die aber haushaltsneutral durchgereicht werden, nur die Schlüsselzuweisung vom Land und die Einnahmen aus der Kreisumlage, aus denen er sich finanziert. Auf die

Höhe der Schlüsselzuweisung hat der Landkreis keinen direkten Einfluss, nur die Höhe des Kreisumlagesatzes kann der Landkreis selbst bestimmen. Er greift damit aber natürlich den anderen Kommunen, den Städten und Gemeinden, in die Tasche. Wir müssen uns einfach an dieser Stelle ehrlich machen und feststellen, dass der Landkreis, wenn er auf Einnahmen aus dieser Quelle verzichtet, automatisch seinen Schuldenstand weiter erhöht. Diese Schulden müssen am Ende aber irgendwie beglichen werden, und es bleibt dabei, dass es dann wieder die Städte und Gemeinden sein werden, die diese Last begleichen müssen, wenn auch vielleicht zeitversetzt. Eine angemessene Höhe der Kreisumlage ist daher im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit erforderlich.

Und jetzt komme ich zu dem zentralen Part meiner Ausführungen. Der Landkreis muss sich natürlich auch bezüglich seiner Ausgaben ehrlich machen. Der Blick geht dabei zunächst mal auf die so genannten Freiwilligenleistungen. Ist der ÖPNV eine solche? Schwerlich, denn es gehört zur Daseinsvorsorge, dass auch diejenigen, die nicht selbst Auto fahren können, die Möglichkeit erhalten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, einen Arzt zu besuchen, einzukaufen. Insofern können die Fahrpläne nicht beliebig ausgedünnt werden. Was ist mit den anderen größeren Brocken? Zum Beispiel 4,48 Millionen, die an das TfN gezahlt

werden, die 1,14 Millionen, die für die Kurbetriebsgesellschaft vorgesehen sind — wer hier die Axt anlegen will, der möge sich bitte melden.

Wir sehen allerdings durchaus Einsparpotenzial in einigen wichtigen Bereichen des Haushaltsplans. Im Rahmen des Interfraktionellen Arbeitskreises Konsolidierung mussten wir erkennen, dass die Ausgaben, zum Beispiel bezüglich der Hilfen zur Erziehung mit 58,2 Millionen einer der größten Beträge im Vergleich zu denen anderer Landkreise auffällig hoch sind. Dass eine schlichte Reduktion auf 52 Millionen Euro — wie im Antrag 728 der CDU vorgesehen — hier nicht zum Ziel führt, hat uns der Nachtragshaushalt 2024 vor Augen geführt. Wenn die Kosten anfallen, und nicht im Haushalt eingeplant sind, dann muss man schlimmstenfalls über einen Nachtragshaushalt Geld nachschießen. Schließlich kann man notwendige Hilfen, gerade in diesem Bereich, nicht einfach verweigern, wir sind schließlich gesetzlich verpflichtet dazu. Es wird in diesem Bereich aber eine Untersuchung durchgeführt und wir erwarten, dass sich hieraus Möglichkeiten und zwar deutliche Möglichkeiten zur Kostensenkung ergeben werden.

Ebenso möchten wir, dass die Assistenzleistungen, auf die ja auch ein gesetzlicher

Anspruch besteht, daraufhin durchleuchtet werden, wie weit über Synergien Einsparungen erzielt werden können. Dazu haben wir den Antrag 658 eingereicht, mit dem Antrag 660 soll die Verwaltung zu einem strikteren Controlling, insbesondere in den besonders kostenintensiven Dezernaten 4 und 5 veranlasst werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Anträge 727 und 730 eingehen, von Seiten der Oppositionsfraktion sind Anträge auf globale Minderausgaben vorgelegt worden, 2 Prozent fordert die CDU, 1 Prozent die Unabhängigen, FDP und Herr Bosse Arbogast. Aus meiner bisherigen Zeit im Kreistag habe ich die Erfahrung gewonnen, dass in den weitaus meisten Jahren der Abschluss im Ergebnishaushalt um einige Millionen besser ausgefallen ist, als geplant war. Eine globale Minderausgabe zielt letztlich darauf, diesen Effekt als Ergebnis eigener politischer Vorschläge zu verkaufen. Aber auch hier lehrt uns der Haushalt 2024 mit seinem Nachtrag, dass man so nicht verlässlich planen kann. Es ist ein Taschenspielertrick. Wer zuverlässig weiß, dass 10 Millionen Euro eingespart werden können, möge sagen wo. Und wenn die CDU im Antrag 723 fordert, den Ansatz für die Schlüsselzuweisung um 1 Millionen anzuheben, dann wüsste ich auch gerne, woher die CDU die Expertise nimmt, dass uns dieser Mehrbetrag zufließen wird. Und warum nicht gleich 2 oder 5 Millionen? Der Betrag, den wir hier einnehmen werden, lässt sich tatsächlich nur schätzen, vor allem wird aber eine Veränderung des Ansatzes am Ende des Jahres keinerlei Einfluss auf die tatsächliche Höhe der Schlüsselzuweisung haben. Wir werden diesem Antrag daher nicht zustimmen.

Aber als Alternative nur Verbesserungen beim Controlling und Untersuchungen von Effektivität von Prozessen, wie von der Mehrheitsgruppe beantragt, es liegt tatsächlich ein riesiges Potenzial in der Digitalisierung. Der gleichnamige Interfraktionelle Arbeitskreis setzt sich intensiv mit diesem Thema auseinander und obendrauf kommt noch die intensive Auseinandersetzung mit den Arbeitsabläufen

bei einzelnen Anwendungsfällen. Es dürfte alles gerne noch sehr viel schneller vorangehen, aber wir in der Mehrheitsgruppe sind von den Effekten der Digitalisierung so überzeugt, dass wir es für möglich und notwendig erachten, die Personalkosten in Zukunft nicht weiter ansteigen zu lassen, wohlgerne die Kosten nicht weiter ansteigen zu lassen. Entsprechend haben wir unseren Antrag 661 vorgelegt.

Ich möchte noch mal ganz kurz eingehen auf den Antrag 714 von Unabhängigen, FDP und Herrn Bosse-Arbogast zum Thema Ausschüttung von Dividenden, da möchte ich einfach darauf hinweisen, dass die Aufsichtsratsmitglieder per Gesetz dem Unternehmen verpflichtet sind, nicht dem Kapitalgeber, daher könnten wir diesem Antrag so nicht zustimmen. Der Antrag 715 — ebenfalls von Unabhängigen, FDP und Herrn Bosse-Arbogast, Zeitplan zu den Beschlüssen über die Jahresabschlüsse seit 2020 — den Antrag halten wir für sehr wichtig und dem werden wir zustimmen. Dann haben wir noch den Antrag 717 von Unabhängigen, FDP und Herrn Bosse-Arbogast, Überprüfung von Kreditermächtigungen — unseres Erachtens nach ist das nicht zwingend erforderlich, da die Kreditermächtigungen für sich genommen ja keine Kosten verursachen, so lange die Kredite selber nicht in Anspruch genommen werden.

Insgesamt ist der Haushaltsplan darauf angelegt, die Aufgaben, die der Landkreis hat, zu erfüllen. Dazu gehört die soziale Absicherung, Stichwort Hilfen zur Erziehung und andere, dazu gehören Investitionen in die Bildung, Stichwort Schulgebäude, dazu gehören auch der Klima- und Umweltschutz, Stichwort Radwege und ÖPNV. Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion, wünsche mir, dass wir aber alle auf persönliche Einwürfe verzichten und das klappt auch ganz gut, kann ich jetzt mal an dieser Stelle sagen, und bitte um Zustimmung zu der Haushaltsatzung und zu den von der Mehrheitsgruppe vorgelegten Änderungsanträgen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Nächster Redner für die CDU-Fraktion Herr Koschorrek bitte.

Andreas Koschorrek:

Vielen Dank Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren, Haushalt 2025. Man könnte fast mit den Worten beginnen, täglich beziehungsweise jährlich grüßt das Murmeltier. Die Lage bei uns im Landkreis, was jetzt den Haushalt betrifft, würde ich als dramatisch ansehen und ich denke, das ist auch keine Überbeziehungsweise Untertreibung. Auf unsere Anträge zum Haushalt werde ich gleich noch im Einzelnen eingehen, übrigens nur auf unsere, nicht auf die der anderen.

Wir haben uns intensiv mit dem Haushalt beschäftigt. Ich hatte der Kämmerei im August mal eine Tabelle übergeben, die ist ca. zehn Jahre alt gewesen und dort war mal aufgeführt, wie sich das verhält mit unseren Pflichtausgaben im eigenen Wirkungskreis. Wir haben da schon endlose Diskussionen drüber geführt. Zum

Haushalt 25 hat es noch keine Eingebungen dazu gegeben, vielleicht ja dann zum Haushalt 26, das würde mich sehr freuen. Wenn es da Rückfragen gibt, dann beantworten wir die natürlich auch gerne.

Für 25 müssen wir erst einmal mit den Zahlen leben, die wir vorgelegt bekommen haben. Wenn ich dann die Anträge zum Haushalt sehe, dann habe ich zumindest ein bisschen das gleiche Gefühl wie in den letzten Jahren auch. Die meisten Anträge, die dort gestellt werden, obwohl die Ansätze ja zum Teil schon besser geworden sind, spiegelt es dann doch am Ende eine gewissermaßen Klientelpolitik wider. Der Haushalt ist eh an die Wand gefahren, und dann darf sich jeder noch mal was Schönes wünschen. So ähnlich hatte ich das im letzten Jahr auch formuliert. So ein bisschen kommt es mir in diesem Jahr auch wieder vor. Meine Damen und Herren, unter so einer Voraussetzung können wir diesem Haushalt, so wie er jetzt zumindest ist, auch nicht zustimmen. Was das für Auswirkungen auf den Haushalt hat, können wir in einer Antwort der Verwaltung auf die eine Anfrage von den Unabhängigen sehen, die kam heute an, da habe ich die zumindest noch gelesen, die will ich jetzt hier auch gar nicht ausbreiten, das kann jeder selber machen. Die Lage ist dramatisch.

So, jetzt möchte ich aber zu den Haushaltsanträgen der CDU kommen. Wir haben mehrere Anträge zum Haushalt gestellt, unter anderem den Antrag verpflichtende Kennzahlen in mehreren Produkten mit aufzunehmen, dabei geht es vor allem um die Produkte Hilfe zur Pflege, dann weitere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, das Wohngeld, übrige Hilfen wie Elterngeld, dass hier verpflichtende Kennzahlen aufzunehmen sind, dass diese Anträge, weil, wenn man solche Anträge stellt, dann macht man das ja nicht, weil man da gerade Lust zu hat, sondern dann ist das schon eine wichtige Sache unseres Sozialstaates, dass diese Anträge auch wirklich innerhalb von 14 Tagen nach Antragseingang bearbeitet bzw. ein Bescheid rausgeschickt wird. Das ist uns ganz wichtig. Wir haben das in den letzten Jahren schon mal beantragt. Wir haben es dieses Jahr wieder gemacht, wir werden es auch, wenn es abgelehnt wird, nächstes Jahr machen, weil uns das ein ganz, ganz wichtiges Anliegen ist.

Kommen wir zu unserem nächsten Antrag, den wir eingereicht haben, da geht es darum, dass wir ein eigenes Produkt einführen wollen, auch dieser Antrag ist nicht ganz neu, Klima, Umwelt und Naturschutz, im letzten Jahr habe ich das auch an dieser Stelle schon gesagt, dieses Thema ist so wichtig und sollte daher einen eigenen Haushaltsansatz bekommen. Wir haben es für dieses Jahr wieder beantragt, vielleicht kriegen wir ja in diesem Jahr eine Zustimmung dafür. Ich würde mich sehr freuen. Wir reden immer alle darüber, wie wichtig doch das für unsere Zukunft ist, aber vorangekommen in dem Thema sind wir in den letzten Jahren nicht. Das ist sehr schade. Vielleicht bekommen wir das in diesem Jahr hin und wir bekommen Zustimmung zu unserem Antrag.

Dann haben wir — das wurde auch schon viel diskutiert — eine globale Minderausgabe — das ist auch jetzt keine Verwunderung — als Beschlussvorschlag eingebracht in Höhe von 2 Prozent, aber mindestens 10 Millionen. Ja, das ist weitergehend, denke ich, als der Antrag der FDP und auch etwas anders als der Antrag der FDP, denn wir wollen es nicht auf einzelne Sachen beschränken, sondern sagen: Die

Verwaltung soll weiter handlungsfähig bleiben und soll dementsprechend auch selber entscheiden können, an welchen Stellen dort gekürzt wird.

So und wir haben noch einen Antrag eingebracht Hilfen zur Erziehung. Wir haben das auf diesem Weg gemacht, weil die Kosten in diesem Produkt exorbitant explodieren. So und wir sind der Auffassung, dass es so an der Stelle nicht weitergeht und es reicht auch nicht aus, dass wir dann immer wieder einbremsen und dann gibt es eine Aufgabenkritik, da sind wir ja auch im Arbeitskreis dran, dass wir das ganze mal durchleuchten, aber wir wollen das Ganze begrenzen. Wir haben das Budget bei 52 Millionen Euro gedeckelt. Das dient dazu, dass wirklich auch dem Letzten am Ende klar ist, dass wir hier die Daumenschrauben — so blöd es auch ist in diesem Produkt — anziehen müssen. Es gibt vergleichbare Landkreise, es wird immer

wieder der Landkreis Peine zitiert, die haben am Ende die Hälfte der Kosten für die gleichen Sachen, da müssen wir uns wirklich mal fragen: Muss das bei uns so sein? Kann das nicht anders sein? Wir haben uns auf den Weg gemacht, wir sind aber der

Meinung, dass diese Deckelung des Budgets an dieser Stelle wichtig ist, wenn es am Ende nicht reicht, und es sind Pflichtaufgaben, dann müssen wir eh nachschießen, aber von vornherein zu suggerieren, wir erhöhten erst mal an der Stelle und dann wird das schon irgendwie klappen und wenn es dann am Ende doch noch teurer ist, dann geht es nicht, da sind wir nicht bereit zu. Unser Vorschlag ist, von vornherein den Deckel draufzubringen, und wenn am Ende was nachgeschossen werden muss, dann müssen wir es sowieso machen. Aber nicht von vornherein den Eindruck erwecken, wir können uns diese Steigerungen, die dort immer wieder entstehen, einfach so weiterhin leisten.

So, ganz zum Schluss, ich möchte das hier auch nicht überstrapazieren, der Abend ist schon lang, habe ich noch ein paar Worte, nicht als finanzpolitischer Sprecher der Fraktion, sondern aus Sicht des Kurbetriebes, da möchte ich gerne zwei Sätze zu loswerden. Ich bin der Mehrheitsgruppe dort sehr dankbar, dass die ihren Antrag zum Kurbetrieb von der Tagesordnung genommen hat, da wird Werner Preissner sicherlich gleich noch ein paar Worte zu sagen. Ein derartiges Signal in Richtung Kurbetrieb, wie damit verbunden wäre, wäre in der derzeitigen Situation, denke ich, sicher nicht förderlich gewesen, dennoch haben wir mehrheitlich oder einvernehmlich beschlossen, Anfang 25 das Ganze wieder aufs Tableau zu heben, dann ist dort auch der Kurbetrieb soweit, entsprechende Zahlen zu präsentieren. Werner Preissner wird das aber sicherlich nachher noch weiter ausführen.

Dann bedanke ich mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Es ist ja gängige Praxis, wenn wir über den Haushalt sprechen, dass zunächst einmal die Sprecher, die finanzpolitischen Sprecher das Rederecht haben, zunächst war ja Bündnis 90 / Die Grünen, normalerweise wäre die SPD ja als erstes dabei gewesen, jetzt hat die CDU gesprochen. Als nächstes wären jetzt die Grünen dran, deshalb jetzt die SPD durch Herrn Werner Preissner, anschließend bitte ich dann die AfD ans Rednerpult, die Unabhängigen, die FDP, die Vernunft und Gerechtigkeit zum Schluss, die Einzelabgeordneten, so dass erst mal alle

Fraktion einmal gesprochen haben. Das ist die klassische Regelung, und dann gehen wir es auf. Herr Werner Preissner für die SPD-Fraktion.

Werner Preissner:

Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, Herr Landrat Lynack, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte in Ergänzung zu den Ausführungen meines Gruppenkollegen Dr. Holger Schütte für die SPD folgendes ausführen: Wir unterstützen den Haushalt der Verwaltung von Landrat Lynack und werden ihm als Gruppe zustimmen. Wir leben in immer schwierig werdenden Zeiten, das heißt nicht, dass wir mit den Finanzen verantwortungslos umgehen. Im Gegenteil, für uns ist die Abwägung, was können wir finanziell verantworten und was ist gesellschaftlich dringend notwendig und nicht verzichtbar. Dies ist schon ein wichtiges Kriterium für unsere Entscheidungen. Schließlich wirken sich ausbleibende Unterstützungen langfristig des Öfteren deutlich negativ aus, als im ersten Moment angenommen, übrigens auch finanziell. Ja, wir unterscheiden uns somit von einem Politikverständnis, das einem rigiden Sparkurs Vorrang einräumt, ohne die Folgen zu bedenken. Und der gesellschaftliche Zusammenhang hat einen Preis, ist somit auch Teil unserer politischen DNA und das ist auch gut so. Letztlich ist es aber auch der Teil, der eine Gesellschaft zusammenhält. Wir haben bereits mehrfach, sowohl im Kreistag als auch im AI, also dem Finanzausschuss dargelegt, dass wir durch Einsparungen der sogenannten freiwilligen Leistungen nicht ansatzweise die Chance haben, die Defizite unserer Haushaltsituation auszugleichen. Gleichwohl vertreten wir die Auffassung, dass man die Finanzen nicht aus den Augen verlieren darf und das machen wir auch nicht. Aber wenn man fiktiv eine Million aus dem Haushalt rausstreichen würde, dann würde das Volumen von ca. 841 Millionen Euro zu 840 Millionen im Finanzhaushalt sinken. Wem wäre damit geholfen, wirklich geholfen? Aber — und das ist dann vielleicht auch die Kehrseite — wichtige gesellschaftliche Projekte würden gefährdet oder scheitern. Außerdem möchte ich noch einmal unterstreichen, dass wir in unserem Land weniger ein Ausgabeproblem als ein Einnahmeproblem haben. Dass lediglich zehn von 939 Städten und Gemeinden in Niedersachsen schuldenfrei sind, unterstreicht zutreffend unsere Auffassung. Und auch das ist keine parteipolitisch zuordbare Feststellung, sondern eine ungeachtet, wer gerade die Mehrheitsgruppe in Räten bildet. Wir haben ein System-StrukturProblem.

Das Thema globale Minderausgabendeckelung der Budgets möchte ich jetzt gar nicht mehr erwähnen. Ich möchte jetzt zum Stellenplan. Wir haben den Stellenplan weitgehend nicht ausgebaut, lediglich die Aufstockung um eine halbe Stelle auf eine Vollzeitstelle im Bereich der KSA, der eingesetzten Biologin, eine halbe Stelle für das WebGIS-Portal zur Fortschreibung der kommunalen Wärmeplanung, der StarkregenGefahrenkarte, das sind Dinge, die wir eingeplant haben. Und eine Stelle, und das ist denke ich auch Konsens, für den Bereich Verwaltung in der Klimaschutzagentur wurde zusätzlich beantragt.

Wir haben im Zusammenhang mit der Frage Schülerbeförderung und der Realisierung eines finanziell günstigeren Deutschland-Tickets möglichst eine Option eingebaut, die — wenn sie sonst nicht über die RVH zu leisten ist — zwei Kräfte vorsehen, die diese Aufgabe sicherstellen. Dies gewährleistet somit die Realisierung

der angestrebten Einsparung von 1,4 Millionen, auf die wir nicht verzichten können und wollen. Und insofern unterscheidet sich dieser Stellenplan deutlich von denen der Vorjahre, berücksichtigt die finanzielle Situation unseres Haushalts.

Bezüglich der gestellten Anträge beziffert die Verwaltung die Gesamtkosten mit 964.000 Euro. Rechnen wir dagegen, die über die eingesparten Mittel zum Deutschland-Ticket von 1,4 Millionen und die nur durch unser Votum der Verwaltungsvorlage wirksam werden, so ergibt sich eine Verbesserung von gut 435.000 Euro. Der guten Ordnung halber möchte ich jedoch erwähnen, dass sich dieses Ergebnis um 750.000 Euro noch verändert, da dieser Betrag für das Wohnraumaktivierungsprogramm, also dem gemeinsamen Antrag von Gruppe und CDU nicht in der Verwaltungsvorlage bislang findet. Das bedeutet ein Minus von 315.000 aufgelaufen. Dies will ich hier vortragen, damit da auch keine Fehlinterpretationen entstehen. Insgesamt haben wir 31 Anträge im Rahmen der Haushaltsplanung eingereicht, vier hat bereits der Kollege Schütte zu den finanzpolitischen Anträgen erläutert, die anderen werden von unseren Kolleginnen und Kollegen angesprochen. Ich möchte deswegen darauf verzichten, um Doppelungen zu vermeiden und verweise auch auf die schriftlich und digital vorliegenden Antragstexte, die jeweils auch begründet darlegen.

Andreas Koschorrek hat eben am Schluss seiner Bemerkung was zu Kurbetriebsgesellschaft gemacht und den Ball will ich gerne aufgreifen. Wir haben ja diesen Antrag der Gruppe zur Reduzierung herausgenommen, also zurückgezogen. Wir sind gebeten worden, auch aus dem Kreis von Stadtratsmitgliedern der Stadt Bad Salzdetfurth, diese Beratungen nicht im Vorfeld zu belasten.

Wir werden aber auch den Antrag der FDP und der Unabhängigen, die darauf abzielen, die Verlustabdeckung für das Jahr 2026 auf 510.000 Euro zu begrenzen, ablehnen. Lassen Sie mich kurz erläutern, warum. Die Einschränkung der Verlustabdeckung auf diese Summe könnte defacto nur durch eine Schließung des Solebades erreicht werden. Das Solebad ist der kostenaufwändigste Bereich des Kurbetriebs. Er ist personal- und energieintensiv, benötigt im Bestand aufwändige jährliche Wartungs- und Sanierungsarbeiten von gut zwei Wochen

Betriebsunterbrechung. Würde man das Solebad aufgeben, also das Kernstück der Gesellschaft, würde es einen Einnahmeverlust nach sich ziehen, würde man gleichzeitig die Zertifizierung als Kurbad für das Solebad verlieren. Man kann natürlich dann argumentieren, wir haben ja noch die zweite Zertifizierung aus dem Moorbad, das ist richtig, setzt dann aber auch voraus, dass man sich mit all seinen Folgen am Moorbad für die Umwelt, Stichwort CO₂ festhalten müsste. Sonst geht auch diese Zertifizierung verloren und man habe ja dann noch den Titel Bad, was den Bestand in Niedersachsen nicht in Frage stellt. Ich verweise aber auf den Vorgang in Bad Münder, der durch den Ratsbeschluss, auf das Prädikat Bad zu verzichten, erhebliche Diskussionen ausgelöst hat. Ich glaube auch nicht, dass man seitens der Antragsteller das wirklich will, mache nur darauf aufmerksam, welche Folgen ein solcher Antrag, wenn man ihn so fassen würde, auslösen könnte.

Ich komme jetzt dazu, wie es weitergeht. Der Aufsichtsrat der Kurbetriebsgesellschaft tagt nächste Woche, am 18. Dezember, also genau am Mittwoch nächster Woche.

Dass wir — wie bereits angekündigt — unsere Überlegungen in Bezug auf die Zukunft des Solebades unter klarer Beachtung der schwierigen Haushaltslage von Stadt und Kreis ausrichten werden, steht außer Frage. Insofern ist es gut, dass der Vorsitzende des Finanzausschusses, der Kollege Marc Ehrig, bereits angekündigt hat, das Thema in der Januarsitzung des Finanzausschusses zu behandeln. Dies wird von meinem Stellvertreter im Aufsichtsrat, Andreas Koschorrek und mir ausdrücklich begrüßt. Dies ist auch unser Plan. Wir werden dann unsere Überlegungen dort mit den Kolleginnen und Kollegen diskutieren und wir werden sicherlich auch auf einen guten Weg kommen, die Kurbetriebsgesellschaft zu sichern und somit ein Kernstück unseres Landkreises. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Wir gehen weiter in der Fraktionsstärke, als nächstes die AfD-Fraktion als Nummer vier, bitte schön.

Hans Martin Meyer:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, manchmal schreibt man ja eine Rede und möchte die gerne halten und dann hat man so ein paar Vorredner, und weiß gar nicht mehr, wo man anfangen und aufhören soll. Gut. Über die defizitäre Lage haben wir ja schon viel gehört, und ich denke mal, das, was wir hier gehört haben, ist auch mal wieder symptomatisch. Als erstes würde ich mal sagen, dass wir den Russen aus unserer Haushaltsdebatte hier rauslassen. Ich glaub, der hat hier keine Auswirkungen direkt gehabt. Ja. Wir haben schon viel über Positionen gehört, wir haben aktuelle Stunden gehabt der Fraktion, alle sagen, es muss was passieren. Die Ansätze könnten hier nicht unterschiedlicher sein, denn die große Frage ist: Wie? Eine Allianz der Gestaltungswilligen, hat der Landrat gerade gesagt. Da sind wir doch, oder? Also ich kenne hier keinen, der nicht gestaltungswillig ist. Herr Landrat, wir sind alle auf Ihrer Seite.

Dann haben wir eine soziale Fensterrede gehört, die auch in den Landtag gut gepasst hätte, auch wieder symptomatisch. Wir haben gehört, wir haben kein Ausgabenproblem, wir haben ein Einnahmenproblem, auch wieder symptomatisch. Das Problem ist ganz klar, dass uns dieser Sozialstaat, wie er gerade existiert, einfach auffrisst finanziell. Das ist Fakt. Das können wir nachrechnen, das kann man sehen an den Kostensteigerungen, an allem Möglichen. Wir reden hier viel natürlich klar, freiwillige Leistungen, wo sollen wir sparen, was kann man einschränken, was nicht, alles nicht einfach. Beteiligungen auf den Prüfstand stellen, Person pauschal deckeln, was auch immer. Das kann man alles machen. Und dann ist da immer noch eine Frage: Welche Rolle spielt überhaupt die Verwaltung in diesem ganzen

Prozess? Und mit der Verwaltung meine ich jetzt nicht die Mitarbeiter, sondern ganz klar den Landrat und seine Leistungsmannschaft, zumindest soweit sie hier noch vorhanden ist. Wir sehen hier außer Sofortmaßnahmen und Zahlenlieferung wenig. Keine innovativen Ansätze, keine großen Würfe, ein bisschen sparen hier, ein bisschen sparen da, mehr nicht. Dazu kommt noch, dass man sich denn hier über das Ministerium streiten muss, welche Berichte denn vorgelegt werden müssen und welche nicht. Das ist natürlich der Sache auch extrem dienlich.

Aber was wäre nun erforderlich, um tatsächlich den Haushalt nachhaltig und langfristig zu stabilisieren? Wir bleiben dabei: Das einzige, was hier noch hilft, ist die

Verwaltung einmal komplett auf den Kopf zu stellen und alle Arbeitsprozesse und Leistungsgewährungen hinsichtlich der Standards von einem neutralen Dritten überprüfen zu lassen. Herr Bettels hat es vorhin so wunderbar ausgeführt, wir müssen die Wirtschaftlichkeit auch im sozialen Bereich Einzug halten lassen. Wir sehen hier immer noch die einzige Möglichkeit, den Kreishaushalt und vor allem auch die Leistungsfähigkeit der Verwaltung langfristig zu stabilisieren. Wir befürworten auch ausdrücklich, dass einzelne Bereiche wie die Hilfen zur Erziehung durch Dritte begutachtet werden und dass das entsprechend auch auf die Assistenzleistungen ausgedehnt werden soll.

Insgesamt halten wir aber die Untersuchung einzelner Bereiche für zu langwierig. Wir brauchen zügig umfangreiche Ergebnisse, diese bisherige Vorgehensweise wird viele Jahre dauern, bis die Verwaltung in den entsprechenden Bereichen einmal durchgeprüft ist. Die Notwendigkeit hierfür spiegelt sich auch in den Anträgen wider. Wer zum Beispiel soll denn in der Verwaltung untersuchen, wie man Personalkosten deckeln kann und glauben Sie wirklich, das gelingt?

Vorsitzender:

Hans Martin, warte mal kurz. Ich bitte die SPD-Fraktion ein bisschen zur Ordnung, ein bisschen zur Ruhe. Die AfD-Fraktion spricht, und auch sie hat das Recht, gehört zu werden. Danke schön.

Hans Martin Meyer:

Wer zum Beispiel soll denn in der Verwaltung untersuchen, wie Personalkosten gedeckelt werden sollen und glauben Sie wirklich, das gelingt? Wir nicht. Das wird ohne externe Unterstützung nichts. Deckelung von Budgets, auch globale Minderausgaben, auch hier die Umsetzung Fragezeichen. Ergebnisse bis heute, schon mal beschlossen 2021, glaube ich, ich habe bisher noch keinen Nachweis gesehen, dass das tatsächlich umgesetzt wurde. Sind so weitere Einsparungen möglich? Hier unser klarer Standpunkt: Ohne externe Unterstützung auf jeden Fall nicht. Das sind viele Argumente, die für eine externe Unterstützung sprechen, und zwar der gesamten Verwaltung. Wer immer noch glaubt, das schafft die Verwaltung im Alleingang, ist unserer Ansicht nach auf dem Holzweg, wir glauben das nicht.

Auch haben wir festgestellt, dass die Zusammenhänge in vielen Bereichen so komplex sind, dass die Politik hier ohne weitere Expertise keine sachgerechten Entscheidungen treffen kann. Da helfen schlichtweg keine einfachen politischen

Beschlüsse. Das ist eine klare Erkenntnis aus dem Arbeitskreis

Haushaltskonsolidierung, der auch aus meiner Sicht mittelfristig durchaus Früchte trägt. Dieser Weg muss gegangen werden. Alles andere wird auf Dauer nicht genug bringen.

Jetzt haben wir noch ein paar kurze Statements zu den Anträgen. Einmal befürworten wir ganz klar die Erhöhung des Budgets für den Katastrophenschutz als wichtigen Baustein für unsere innere Sicherheit. Die Auflösung der

Klimaschutzagentur halten wir für sehr gut, der Ursprungsgedanke der Kooperation mit dem Landkreis Peine liegt schon lange nicht mehr vor, Peine ist ausgestiegen, die Aufgabe kann auch schlank in der Verwaltung erledigt werden und benötigt dann keinen weiteren Personalaufwuchs. Baumkataster, Klima, Monitoring, Tools und massive finanzielle Unterstützung von Musikschulen lehnen wir ab, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Und hier stellen wir auch einmal klar, es ist eben nicht egal, ob man 30.000 mehr oder weniger ausgibt — das war ein Kommentar aus der Mehrheitsgruppe. So eine Grundhaltung in diesen Zeiten ist definitiv der falsche Ansatz.

Anschließend bleibt festzuhalten, das Bild, was die Verwaltung, insbesondere der Landrat, in dieser schwierigen Lage abgibt, sehen wir als extrem schwach an. Herr Landrat, Sie leiten diese Verwaltung, Sie haben eine Mehrheitsgruppe hinter sich. Sie haben alle Möglichkeiten, hier die Weichen in Ihrer Verwaltung zu stellen. Machen Sie was draus. Wir und sicherlich auch die Kommunen und die Bürger dieses Landkreises erwarten hier mehr Lösungsansätze, gerade von Ihnen. Und da meine ich dann in dem Fall auch mal mit die Steuerzahler, die nämlich die ganze Zeche hier auch zahlen müssen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Als fünfte Fraktion nun die Fraktion Die Unabhängigen, Herr Stuke bitte.

Josef Stuke:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, ich will mich auf wenige Ausführungen begrenzen, es ist ja schon viel gesagt worden. Zunächst aber möchte ich einmal vorwegstellen, mich bei Herrn Rosemann für die jahrelange sachliche und freundliche

Vorsitzender:

Josef, ich muss kurz unterbrechen. Also Herr Bettels und Frau Bertram, also zunächst, das ist hier Usus, spricht immer der finanzpolitische Sprecher oder Fraktionsvorsitzende der jeweiligen Gruppe oder Fraktion. Wenn die alle gesprochen haben, ihre 15 Minuten, dann kann sich jeder zu Wort melden und jeder weitere hat dann noch mal 5 Minuten Zeit. Aber es ist wichtig, dass wir zunächst einmal die Statements der jeweiligen Fraktionen oder Parteien abhören und dann kann in Einzelstatements noch mal darauf eingegangen werden. Und wie gesagt, als nächstes darf dann die FDP sprechen als übernächstes die Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit, dann die Einzelabgeordneten, sofern sie möchten und dann — so finde ich das jetzt auch gelebte Praxis und Usus — dürfen alle sprechen. Herr Stuke, du hast das Wort.

Josef Stuke:

Ja, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, ich habe es ja eben schon versucht, zum Ausdruck zu bringen. Mein ganz besonderer Dank heute anlässlich seiner letzten Kreistagssitzung hier gilt Herrn Rosemann, mit dem wir, glaube ich, alle über viele Jahre sehr freundlich und sachlich zusammengearbeitet haben. Ich persönlich werde ihn sehr vermissen. Er war immer bereit, schnell Auskünfte zu geben und er hat auch die Fachkenntnis, die man gerade für diesen Job braucht, gerade das ist ja unser beherrschendes Thema auch, neben vielen anderen, will ich jetzt nicht verschweigen,

aber jedenfalls ist das sehr gewichtig und deshalb brauchen wir dort einen Fachmann, der sich entsprechend engagiert. Das sieht man an den Zahlen, die wir hier vorweisen, da sind schon einige angesprochen worden, und es dient ja auch dazu zu sensibilisieren, wo stehen wir eigentlich? Wir haben gerade einen Nachtragshaushalt verabschiedet mit 48 Millionen Euro, heute sind es fast 43

Millionen Euro, man landet in der mittelfristigen Planung bis 2028 bei 292 Millionen Euro. Da kommen dann noch mal dazu die Mehrausgaben, die für die Kitas

vorgesehen sind. Unter Berücksichtigung, dass der Ansatz von 2027 auch für 28 fortgeschrieben wird, liegen wir dann bei 295 Millionen Euro bis 2028. Ich komme dann dazu, das muss ja dann eine runde Summe werden, die Mehrheitsgruppe sattelt da noch drauf mit 4,3 Millionen mehr, das ist uns ja durch Herrn Rosemann noch einmal im Einzelnen mitgeteilt worden. Aus unserer Sicht können wir das nicht verantworten. In jedem Jahr, das ist ja ein Ritual, zig Anträge zu stellen mit Mehrausgaben, auch durch zusätzliche Stellen und eigentlich müssen wir doch davon ausgehen, insbesondere die Mehrheitsgruppe, dass der Landrat hier einen Haushalt vorlegt, in dem alle Bedarfe, auch für soziale Zwecke, entsprechend berücksichtigt und veranschlagt worden sind. Das kann da durchaus auch vorher kommuniziert werden zwischen der Mehrheitsgruppe und dem Landrat, aber ich kann diesem Ritual nicht mehr folgen, auch vor dem Hintergrund, dass auch die Städte und Gemeinden zu Recht immer wieder darauf hinweisen, dass wir ja vorbildlich agieren müssen. Wenn sie das sehen, was hier immer wieder zusätzlich an Mitteln und Stellen veranschlagt wird, dann können sie das natürlich kaum nachvollziehen. Das gilt auch für uns. Ich meine auch, es ist zu einfach, hier jetzt auf ein Einnahmeproblem zu verweisen. Die Einnahmen sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Wir sind nicht in der Lage, damit zurechtzukommen. Natürlich gibt es auch neue Bedarfe, durch welche Gründe auch immer, Ukrainekrieg, natürlich hat sich das hier auch ausgewirkt, aber wir müssen auch mal in der Lage sein, mit diesen Einnahmen, die ja immerhin von den Bürgerinnen und Bürgern erbracht werden, die Ausgaben zu finanzieren. Das gilt nicht nur für uns, das gilt natürlich auch für Bund, Länder, Städte und Gemeinden. Wir müssen natürlich dann auch solche wichtigen Instrumente wie die vorgegebenen Wirtschaftlichkeitsvergleiche zu den Berufsbildenden Schulen, insbesondere vor dem Hintergrund, welches Finanzvolumen damit verbunden war, das waren immerhin 205 Millionen Euro.

Ja, wir haben hier einzelne Anträge der Mehrheitsgruppe, die ich noch mal thematisieren will, weil es da auch darum geht, dass da wohl ein Signal erfolgen sollte, dass man bemüht ist, jetzt auch den Bereich der Konsolidierung mit zu berücksichtigen, zum Beispiel der Antrag der Gruppe, die Personalaufwendungen auf den Ansatz zu begrenzen der mittelfristigen Planung, der jetzt für 2025 maßgebend ist. Wie das gelingen soll, kann ich mir jedenfalls in keiner Weise vorstellen vor dem Hintergrund, dass erstens immer wieder zusätzliche Stellen beantragt werden, dass der Landrat zum Ausdruck gebracht hat, jetzt auch alle Stellen besetzen zu wollen und dann natürlich auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Tarifsteigerungen. Das ist also viel zu weich formuliert, führt auch in der mittelfristigen Planung zu keiner einzigen Veränderung der Ausgabeeinsätze.

Ein weiterer Antrag, der auch suggerieren soll, dass hier eine Einsparung erzielt werden soll, das ist der Ansatz für den Bereich der regionalen Entwicklung, des

neuen Zusammenhalts und der Co-Finanzierung im Bereich der Leader Region, also wenn man sieht, dass die Kreisverwaltung gerade erst den Ansatz im Nachtragshaushalt reduziert hat, demgegenüber aber dann die Mehrheitsgruppe beschlossen hat, die veranschlagten Mittel als Ausgaberes in das Haushaltsjahr 2025 zu übertragen, dann kann man natürlich ganz leicht jetzt eine Reduzierung des Ansatzes beantragen. Also ich glaube, es muss mal eingehend geprüft werden: Welchen konkreten Bedarf haben wir für diesen Zweck? Und bisher bin ich davon ausgegangen, und deshalb auch der entsprechende Ansatz, der gekürzte Ansatz von der Verwaltung, dass die Verwaltung die Bedarfe im Einzelnen prüft. Das kann ich bei den Anträgen und Mehrausgaben, die von der Mehrheitsgruppe beantragt worden sind, nicht erkennen.

Für wichtig halte ich, und das habe ich in jedem Jahr betont, dass wir unsere Bemühungen im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung intensivieren, stringenter als bisher vorgehen und da auch mal überfraktionell zusammenkommen müssen, um Vorschläge in diesem Gremium im Finanzausschuss zu unterbreiten, die dann auch mal umgesetzt werden. Bisher sind das lose Zusammenkünfte, wo über einzelne Themen gesprochen wird. Natürlich gab es da auch Ansätze für weitergehende Prüfung wie Erziehungshilfe, aber das war nicht der Wurf, den ich mir persönlich davon versprochen habe. Deswegen möchte ich Sie alle motivieren, da vielleicht noch mal näher nachzudenken. Wenn man das vergleichsweise sieht, bei der Stadt Hildesheim ist ja gerade erst berichtet worden, kann man erkennen, dass die wesentlich eher bereit waren, überfraktionell zusammenzuarbeiten und auch zu Ergebnissen zu kommen. Das sollte uns auch gelingen.

Ich komme dann noch mal zu unseren einzelnen Anträgen. Und zwar sind wir ja gerade beim Stellenplan, das ist der erste Beratungspunkt. Uns geht es darum, tatsächlich weniger Personalausgaben in Anspruch zu nehmen, zu veranschlagen auch, wir haben eine relativ bescheidene Reduzierung der Personalausgaben auf 86 Millionen beantragt, das ist eine Reduzierung des Ansatzes von 1,7 Millionen Euro. Das dürfte ja auch entsprechend umzusetzen sein im Rahmen der Bewirtschaftung der Stellen. Wir halten es aber darüber hinaus auch für erforderlich, strukturell sich dem Thema mehr als bisher zu widmen und bis zum 31.08.2025 den Bedarf der Stellen noch einmal eingehend zu prüfen und uns dann das Ergebnis mitzuteilen.

Ein weiterer Antrag betrifft die Überprüfung bilateraler Verträge und Vereinbarungen. Dieser Antrag geht weiter als der Antrag der Mehrheitsgruppe. Wir sind der Auffassung, dass solche Vereinbarungen und Verträge umfassend geprüft werden müssen. Ich hab mich ein bisschen gewundert, dass die Mehrheitsgruppe sich insbesondere da auf den Bereich Kultur und Bildung bezogen hat, also war schon überraschend, weil auch ganz andere Verträge mit anderen Dimensionen davon betroffen sind, unter anderem die Stadt Hildesheim, die ja gerade erst massiv gestärkt werden soll durch die Kita-Regelung, die ja heute von der Mehrheitsgruppe verabschiedet worden ist. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass die Stadt Hildesheim gerade davon ausgehen kann, eine wesentlich bessere Finanzsituation zu bekommen durch die gesunkene Einwohnerzahl, dann gehört auch dazu, einen solchen wichtigen Finanzvertrag einmal unter die Lupe zu nehmen.

Ein weiteres Thema, schon angesprochen, Ausschüttung von Dividenden der KWG und der Sparkasse, also die Jahresabschlüsse von beiden Einrichtungen sprechen für sich und da muss auch einmal ein etwas höherer Erlös erzielt werden, als das bisher der Fall ist. Das sind bisher nur symbolische Beträge. Das halte ich im Hinblick darauf, dass die Landkreisverwaltung, das ist der Landkreis Hildesheim, hier in der Pflicht ist, für nicht ausreichend. Da muss es auch mal von der Gegenseite ein entsprechendes Entgegenkommen geben.

Der Antrag bezüglich der Beschlüsse über die Jahresabschlüsse, das ist von Herrn Dr. Schütte schon angesprochen worden, aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass die Jahresabschlüsse 2020 bis 2022 immer noch nicht hier dem Kreistag vorgelegt worden sind, immerhin geht es auch darum, den Landrat zu entlasten, deshalb erwarten wir jetzt von der Kreisverwaltung, dass uns das unverzüglich auch vorgelegt und auch dargelegt wird, bis wann diese Beschlüsse gefasst werden sollen, auch vor dem Hintergrund, dass das Innenministerium da massiv drauf hinwirkt und das natürlich auch wieder Gegenstand der Haushaltsgenehmigung sein wird.

Überprüfung der Kreditermächtigung, Herr Dr. Schütte, ist nicht ganz so, wie Sie es dargestellt haben. Diesen Kreditermächtigungen müssen auch immer entsprechende Ausgabeverpflichtungen gegenüberstehen für Investitionen, das heißt der Bedarf, der noch besteht, der muss mit den Kreditermächtigungen übereinstimmen. Das haben wir schon einmal überprüfen lassen, ich meine, dass auch die Mehrheitsgruppe sich damals dafür ausgesprochen hat, und es ergab durchaus ein Ergebnis, dass einzelne Kreditermächtigungen reduziert werden konnten. Herr Rosemann wird das sicherlich bestätigen. Ich kann mich aber noch sehr gut daran erinnern.

Globale Minderausgabe, ja okay, ist auch angesprochen worden, das ist aber ein gängiges Instrument, um letztlich die Verwaltung auch zu ermuntern, will ich mal vorsichtig sagen, in dieser Höhe entsprechende Einsparungen zu erzielen, nicht darauf zu warten, wie ein Jahresabschluss aussieht, sondern von vornherein darauf hinzuwirken. Das machen alle, der Bund mit natürlich mit globalen Minderausgaben, die weit über die verfassungsmäßigen Grenzen hinausgehen. Wir halten uns mit dem einen Prozent an den Ausgaben an dem, was in diesem Bereich zulässig ist.

Der letzte Antrag betrifft die Verlustabdeckung für die Kurbetriebsgesellschaft. Wir sind der Meinung, dass generell — das ist jetzt nicht nur die Kurbetriebsgesellschaft, auch andere Einrichtungen wie die Jugendeinrichtung, haben wir schon angesprochen, die defizitär sind, wir waren vorher bei der Volkshochschule, müssen in den Blickpunkt genommen werden. Das soll ja nicht bedeuten, dass sie aufgegeben werden, sondern wir müssen sie uns angucken, ob und wie sie sparsamer und wirtschaftlicher ausgerichtet werden können. Das ist das Ziel unseres Antrages. So verstehe ich auch die Anträge von Herrn Bosse-Arbogast bezüglich der Klimaschutzagentur und der Jugendeinrichtung, in jedem Fall sind wir der Auffassung, dass bei der Klimaschutzagentur jetzt ein Schnitt gemacht werden muss und nicht noch zusätzliche Mittel und zusätzliche Stellen bereitgestellt werden sollten. Das wäre schon einmal ein Anfang. Ich glaube, damit kann die Klimaschutzagentur auch weiter in dem Sinne agieren, wie wir es von ihr erwarten. Herzlichen Dank.

Vorsitzender:

Als sechste Fraktion hat nun die FDP-Fraktion das Wort. Bitte Herr Ebert.

Claas Ebert:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, zugegeben das ist mein erster Haushalt, meine erste Debatte dazu. Ich bin noch nicht so lange dabei, deswegen brauchen Sie jetzt keinen langen Vortrag an dieser Stelle von mir erwarten, wie sie sonst von den Vertretern meiner Fraktion kommen würden. Ein paar Sachen sind mir dennoch als Neuling, sag ich mal, aufgefallen. Beginnen wir vielleicht mit Punkten, wo wir uns ausnahmsweise mal einig sind. Das wurde jetzt schon oft gesagt: Die Haushaltslage ist angespannt, vielleicht sogar alarmierend, allerdings — da sind wir uns, glaube ich, auch gerade Richtung Mehrheitsgruppe einig — das Defizit ist über Anträge kurzfristig nicht vollständig zu beheben. Das ist klar, und vor dem Hintergrund verstehe ich auch, dass bestehende Einrichtungen weiter unterstützt werden sollen und diese nicht riskiert werden sollen, gerade wenn sie nicht zusammenarbeiten mit anderen Partnern erhalten werden.

Und zu den Anträgen von uns hat Josef schon viel gesagt, da schließe ich mich überwiegend an, ist ja auch kein Wunder, die sind ja auch von uns gemeinsam, zusammen mit meinem Personal, hat er ja schon was gesagt, und da kann ich mich nur anschließen. Sie beantragen, dass das Personalkostenniveau nicht steigen soll, was bei der derzeitigen Lage absolut verständlich ist, dann aber zweieinhalb bis sogar vier Personalstellen dazuzunehmen, finde ich na ja, interessant, auf jeden Fall nicht konsequent. Wir müssen ja nicht nur die zusätzlichen Stellen ausgleichen, sondern auch Tarifsteigerungen und so weiter. Also entweder ist man für Personalaufwuchs oder für Abbau, beides ist unglaublich, und wir haben uns dazu deutlich positioniert. Insgesamt würde ich mir noch stärkere Priorisierung wünschen und hier und da auf eigene Anträge zu verzichten, beispielsweise müssen wir jetzt bei der derzeitigen Haushaltslage Schönheitsreparaturen für private Vermieter bezuschussen? Ich weiß es nicht. Zum Rest hat Josef alles andere gesagt, und ich kann die ganze Fraktion sprechen, ich werde den Haushalt ablehnen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Also Claas, ich möchte jetzt nicht inhaltliche auf deinen Redebeitrag einwirken, aber ich möchte dir mal ein Kompliment geben. Ich habe selten erlebt, dass jemand so kurz im Kreistag ist und dann hier teilweise so erfrischende Reden hält und sich da auch traut, lange ans Rednerpult zu gehen in dem Alter, da Hut ab und vollen Respekt.

Siebte Fraktion ist die Vernunft und Gerechtigkeit Martin

Vornkahl:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Abgeordnete, ich erinnere mich, dass ich vor etwas mehr als einem Jahr die Abgeordneten aus der Mehrheitsgruppe darauf aufmerksam gemacht habe, dass der Landkreis höhere Ausgaben hat als Einnahmen und man eigentlich sofort gegensteuern sollte. Man müsste aktuelle Anträge, die Mehraufwände verursachen, auch im sozialen

Bereich, überdenken und stattdessen Anträge einreichen, um die Ausgaben dauerhaft zu kürzen. Die Einwände wurden damals wie heute nicht beachtet und stattdessen damit argumentiert, dass man auch gegenüber dem Bürger einen Auftrag im Sinne des Gemeinwohls hat. Dieser Einwand ist auch nicht von der Hand zu weisen, aber hier gilt es wohlbedacht und in Maß zu walten, denn wir laufen Gefahr, dass uns aufgrund der Haushaltslage das Heft irgendwann aus der Hand genommen wird und wir nicht mehr eigenständig entscheiden können, für was und für wen wir zukünftig das Steuergeld ausgeben möchten. Wenn wir es gegenüber unserem Wähler tatsächlich ernst meinen und dessen Wünsche auch zukünftig solidarisch noch einbringen und umsetzen wollen, dann müssen sofort Kürzungen vorgenommen werden, Prioritäten bestimmt werden und bisherige Fördermittel möglicherweise auch revidiert werden. In dem Sinne bin ich ganz bei Herrn BosseArbogast, der zwar im ersten Moment unangenehme, aber dafür vielleicht mutige, konkrete Forderungen stellt und klare Prioritäten benennt. Diese Schritte gehen in meinen Augen in die richtige Richtung und finden meine Unterstützung. Dem Antrag Nr. 711 stimme ich somit voll und ganz zu und möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass die Klimaschutzagentur in ihren methodisch — in meinen Augen — schwachen und teilweise auch handlungslosen Ergebnissen ein zumindest für mich nicht nachvollziehbaren Personalmehrbedarf von bis zu 100 Stellen errechnet hat.

Bei der Berechnungsgrundlage für diese und andere Ergebnisse der Klimaschutzagentur stellen sich mir abschließend mehr Fragen als Antworten. Gleichzeitig sollten wir auch das Outsourcing zurückfahren und Aufgaben mit dauerhaftem Charakter wieder zentral durch den Landkreis wahrnehmen, um überhöhte Stundensätze zu vermeiden.

Die Haushaltssituation wird aktuell auch zudem aus einer falschen Perspektive betrachtet, wie ich meine. Wir fragen uns immer, was kann alles eingespart werden. Aufgrund der Dringlichkeit empfehle ich aber eine andere Sichtweise. Wir sollten uns fragen, was wir uns noch leisten möchten. Um diese Sichtweise adäquat bearbeiten zu können, bräuchten wir allerdings hierzu von der Verwaltung einen Haushaltsentwurf, in dem alle Kosten maximal gestrichen wurden, welche nicht durch gesetzliche Vorschriften als Kernaufgaben des Landkreises verankert sind. Auf dieser Minimalgrundlage sollten wir anschließend unsere Prioritäten festlegen und definieren, welche Leistungen sich noch im finanziellen Rahmen befinden dürfen. Sollten wir es dennoch nicht schaffen, die Finanzsituation in Eigenregie ins Lot zu bringen, so dürfen wir uns anschließend nicht wundern, wenn harte Einsparmaßnahmen auf benannter Vorgehensweise von Hannover oder sonst wo aus gesteuert werden. Die Einschnitte werden so oder so kommen, der Unterschied ist nur jetzt, dass wir noch entscheiden können, von wem diese tatsächlich ausgehen. So wie es sich jetzt abzeichnet, verschieben wir die aktuellen Probleme in die Zukunft, übernehmen im entscheidenden Moment nicht die nötige Verantwortung und erschweren der zukünftigen Landesregierung und neuen Mehrheitsgruppen die Arbeit. Eventuell verbirgt sich hierin aber auch bereits teilweise ...Vorsitzender:

Herr Prior und Frau Renner-Köhne bitte mehr Ruhe, danke.

Martin Vornkahl:

...das Wahlkalkül der bisherigen Mehrheitsgruppe. Auch wenn wir davon ausgehen, dass wir womöglich beim Schuldenabbau ohne die Unterstützung aus Hannover oder

Berlin allein scheitern werden, so können wir dennoch zukunftsorientierte Strukturen hier schaffen, um künftige Fragestellungen zu vermeiden. Hierbei denke ich nicht nur an die Trennung von verlustreichen Beteiligungen oder die ausufernden Ausgaben am sozialen Sektor, sondern auch an die längst überfällige Rekommunalisierung im Bereich der Pflege, dem Gesundheits- und Rettungswesen sowie in der Betreuung unserer kleinsten Mitbürger. Ob wir hierbei am Ende finanziell besser dastehen, sollte meines Erachtens nach eine nachrangige Rolle spielen. Was wir aber hierdurch auch erreichen können, ist eine klare Rollenverteilung, eine besser Transparenz und Steuerung, eine Festlegung von Standards, aber vor allem auch einer Garantie, dass niemand aus diesem Adressatenkreis, inklusive der Angestellten, Existenzängste haben muss, wenn der Kapitalismus seine Schattenseiten zeigt und private Eigentümer insolvent gehen.

Hervorheben möchte ich dabei den Pflegesektor. Dieses Thema darf nicht in die Hände und Verantwortung von Profitgier fallen. Die Würde des Menschen muss vor dem finanziellen Gewinn stehen und diesen Anspruch kann der Kapitalismus nicht erfüllen, hier ist allein der Staat bzw. die Kommune gefragt.

Und hier stellt sich natürlich dann auch die Systemfrage, die unseren Haushalt auch betrifft: Taugt der Kapitalismus in seiner jetzigen Form dazu, dass wir die Strukturkrise meistern oder muss nicht auch neben der Wirtschaft das politische

System sich transformieren? Ich bin der Überzeugung, dass zum Beispiel der Sozialismus hierbei eine gute Alternative sein kann. Indem die Politik der letzten 20 Jahre die neuen wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen im Traum der Globalisierung verschlafen hat, erwachen mittlerweile einige und sind handlungsunfähig, wenn man feststellen darf, dass der Wunsch nach Profitgier den Rest der Welt auch befallen hat. Und wenn alle bisherigen Altparteien diesen Wandel verschlafen haben, kann davon ausgegangen werden, dass dahinter womöglich auch ein Systemfehler steckt. Die neue Konkurrenz trumpft mit anderen Produkten auf, niedrigen Personalkosten und letztlich wird dies auf unserer Seite dazu führen, dass wir — man sieht es ja auch bei uns — durchaus mehr Arbeitslose haben werden und somit auch die Käuferschicht und die Steuerzahler wegfallen.

Einen Zwischenschritt hierzu erleben wir auch bereits, ich selber in meiner Arbeit, bei der Festlegung neuer Stellen, bei denen begründet werden muss, weshalb diese Arbeit nicht auch in Bangladesch oder in einem anderen beliebigen Niedriglohnland vollbracht werden kann. Dies hat — wie wir alle sehen — auch für deutsche

Schlüsselindustrien Folgen, dass dann Standorte verlagert werden. Mit diesem Weg haben wir uns aber mit der Globalisierung entschieden und für den Kapitalismus. Nun stellt sich die Frage, ob dieser Weg auch in Zukunft noch wegweisend sein kann. Ich für meinen Teil bin davon überzeugt, dass wir uns von unserem alten Glauben verabschieden müssen. Die Gegenwart und die Zukunft bestimmen bereits andere Akteure und politische Systeme. Machen wir uns nichts vor, um einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen, brauchen wir in erster Linie Produkte, die Abnehmer finden. Die Umsetzung dieser Ziele ist zwar wünschenswert, aber in der aktuellen politischen Lage womöglich erst in der kommenden Generation erreichbar oder — wie Bernd Westphal in seiner Nachlass- beziehungsweise Übergaberede kürzlich im

Bundestag gesagt hat — das ist eine Aufgabe für Epochen, diese Probleme zu lösen. Frei nach dem Gemeinten: Nach mir die Sintflut. Da sag ich nur: Vielen Dank für den hinterlassenen Scherbenhaufen und frage mich tatsächlich, ob bei den vielen Solidaritätsbekundungen auch der Amtseid, den er geleistet hat, eine Rolle spielt. Folgerichtig wird die steigende Arbeitslosigkeit und die damit ausbleibende Käuferschicht uns zwangsläufig dazu verleiten umzudenken.

In meinen Augen bedarf es daher auf Kreisebene mehr Verantwortung, mehr genossenschaftliche Strukturen, Rekommunalisierung und auf höherer Ebene Subvention in Schlüsselindustrien. Hier werden Ziele auch in unserem Wirkungskreis greifbar. Lasst uns Strukturen vor Ort im Landkreis in unsere Verantwortung für jedermann verständlich und nachvollziehbar gestalten. Am Beispiel der KitaFinanzierung wird deutlich, dass es den Gemeinden neben der Kostenverteilung auch um die Planbarkeit, Transparenz und die Wahrnehmung zugewiesener Aufgaben geht. Und dies geht nur mit einer Struktur, die Klarheit und Einfachheit widerspiegelt. Ich kann mir vorstellen, dass die Gemeinden diese Sorglosigkeit sich auch etwas kosten lassen würden. Ein Finanzierungskonzept, welches stets aufs Neue erklärt werden muss, wird letztlich dafür führen, dass nicht nur die Finanzierung weiter hinterfragt wird, sondern das System an sich. Zentralisierung, Standardisierung und Harmonisierung sind Methodenschritte, die langfristig dazu führen, dass unnötige Doppelstrukturen wegfallen und Effizienzen entstehen können. Bei der Betrachtung der Kita-Kosten oder des gesamten Haushalts finde ich diese nicht wieder. Brauche ich beispielsweise in jeder Kita eine separate Leitung oder entfällt diese womöglich durch Zentralisierung? Verringert sich die Bürokratie nicht etwa, wenn ich gleiche Standards habe? Haben wir nicht etwa eine bessere Harmonisierung bei der Betreuungsabdeckung, wenn alles aus einer Hand kommt?

Genauso wie wir uns fragen, auf welche skurrile Ideen und Forderungen die Landesregierung kommt, fragen sich die Gemeinden mit dem Blick auf uns auch. Die Lösung all dieser strukturellen Missstände wäre ein schönes Beispiel für einen gelungenen Bürokratieabbau. Hin zu mehr Klarheit, Einfachheit und Verständlichkeit, indem man die Aufgaben wahrnimmt, für die man eigentlich eingeplant wurde. All das zeigt auf, dass wir nicht nur Finanzierungsprobleme haben, sondern auch strukturelle. Ersteres können wir nicht lösen, ohne das Letztere entschieden anzugehen. Vielen Dank fürs Zuhören. Das war's von meiner Seite.

Vorsitzender:

So, nun sind die Einzelmandatierten dran, wir haben fünf an der Zahl, alphabetisch wäre zunächst Herr Bosse-Arbogast, er macht von seinem Rederecht Gebrauch, dann bitte schön.

Michael Bosse-Arbogast:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat — ist noch im Haus -, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will das mal in meiner Funktion als finanzpolitischer Sprecher des Einzelbewerbers jetzt machen und glaube, dass ich nicht 15 Minuten brauche. Ich bin Ihnen dankbar, Herr Dr. Schütte, dass Sie noch mal eine Einordnung vorgenommen haben zu Beginn Ihrer Ausführungen, wo stehen wir eigentlich heute. Auch wenn es jetzt lähmend ist, aber ich will es noch mal, weil wir

im Ausschuss da zusammen sind, auch noch mal sagen, wir werden — und jetzt ist es ja schon so, dass man über eine Million plus minus schon gar nicht mehr nachdenkt. Am 1. Januar 2026, also in einem Jahr und zwei Wochen werden wir das Defizit von 100 Millionen Euro mit allen Vorträgen, das bisschen aus dem letzten, das, was wir jetzt im Nachtrag haben und das, was wir für 25 planen, überschritten haben. Und wenn wir in einer solchen Situation sind, meine Damen und Herren, dann — ich zitiere in dem Fall Herrn Stuke im Finanzausschuss — dann gehört alles auf den Prüfstand. Und ich erkenne momentan nicht, dass alles auf den Prüfstand kommt, nicht, lieber Herr Lynack, von Seiten der Verwaltung und auch nicht von Seiten der Gruppe. Alles auf den Prüfstand stellen heißt, darüber nachzudenken, ob Dinge, die sich schön enWi/ickelt haben, tatsächlich zu den Aufgaben gehören, die wir uns noch leisten können und wollen. Ich habe mehrfach gesagt, ich erwarte von diesem Haus eine Diskussion zu der Frage, welche Priorität hat welche Aufgabe. Ich spreche jetzt nicht von den — 75 Prozent sind es, glaube ich, — Leistungen, über die wir gar nicht sprechen können, weil sie letztlich gesetzlich vorgegeben sind, sondern ich spreche über die Themen, die wir anfassen können.

Wenn Prioritäten gesetzt werden können, dann bin ich Ihnen, Herr Vornkahl, sehr dankbar für die Fragen, die Sie gestellt haben, nämlich fangen wir doch mal in konzentrischen Kreisen an. Heute haben wir uns über den Rettungsdienst kurz unterhalten, das Thema Mobilität spielt immer eine Rolle, und wir haben uns heute über die Erziehung von Kindern im Regelfall zwischen drei und sechs Jahren unterhalten. Ich geh nicht auf die Details ein, aber ich frage: Wenn wir konzentrische Kreise bilden von dem, wo alle sagen: Na ja, da brauch man nicht drüber zu diskutieren, dann sind das aus meiner Sicht Dinge, wo ich sagen würde, ich jedenfalls sagen würde, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Und eine Rekommunalisierung des Rettungsdienstes ist ein Thema, was nicht nur hier, sondern auch andernorts durchaus diskutiert wird. Dieses als Daseinsvorsorge zu bezeichnen, wie das vorhin der Fall gewesen ist, das kann ich mir gut vorstellen.

Ich ergänze in konzentrischen Kreisen das nächste Thema, das ist die Infrastruktur des Landkreises. Damit meine ich die Wege, die Straßen, die Brücken, die uns gehören, ich meine aber auch die Vielzahl der öffentlichen Gebäude und da insbesondere der Schulen. Da können wir nicht rangehen, zu sagen, wir wollen mal jetzt nicht dafür sorgen, dass es eine weitere Sporthalle gibt, sondern wir gehen sehr mutig voran und sagen: Im Bereich der öffentlichen Schulen, die wir hier in unserem Gebiet haben, da wollen wir dann sanieren oder ggf. sogar neu stellen.

Und wenn man an dem Punkt angekommen ist, dann wird es ja langsam dünner in diesen konzentrischen Kreisen. Und dann lande ich sehr schnell bei der Klimaschutzagentur GmbH oder gGmbH und stelle mir die Frage: Warum machen wir das eigentlich? Und wie weit von dem Kern dessen, was unsere Aufgabe ist, ist die eigentlich entfernt? Und wie viel Pflicht ist da drin und wie viel Freiwilligkeit ist da drin? Meine Antwort lautet: Da ist keine Pflicht drin, da ist ausschließlich Freiwilligkeit drin. Und ich sage dann, wenn dort möglicherweise Aufgaben, die originär in die Kernverwaltung gehören und dort erledigt werden sollten, erledigt werden, dann sind wir dabei, einen Schattenhaushalt aufzustellen. Und so kann ich auch nur, Herr

Preissner, Ihren Vorschlag interpretieren, dass wir hier im Kreistag sagen, dass eine Stelle bei einer GmbH zusätzlich geschaffen werden soll oder zwei sogar, ich weiß gar nicht. Wir haben aber hier festzustellen, dass wir Doppelstrukturen vorhalten. Doppelstruktur heißt — Sie können da noch so oft den Kopf schütteln, wie Sie wollen, aber es ist nun mal eine Doppelstruktur, Herr Homeister, Doppelstruktur und damit Kürprogramm, weil das, was die Klimaschutzagentur macht, eine Aufgabe ist, die andere genauso gut oder gar besser machen können. Und wenn es ein Kürprogramm ist, dann sage ich: Warum machen wir das überhaupt als öffentliche Hand? Ist hier überhaupt die wirtschaftliche Betätigung eines Landkreises zulässig. Zumindest die Frage, meine ich, muss man stellen, wir haben Handwerksfirmen, die sofort zu Ihnen kommen und auf das Dach, wenn Sie es wünschen, eine Photovoltaikanlage errichten können, wir haben Hersteller, die selber im Bereich der Wärme unterwegs sind. Wir haben, wenn es man um strategische Fragestellungen gehen sollte, die Landesklimaagentur, die dafür zur Verfügung steht, und wir haben in Hildesheim das Energieberatungszentrum mit Personal, das bundesweit anerkannt ist, wenn es darum geht, Bestandsimmobilien im Wohnbereich zu sanieren. Übrigens einige Kommunen nutzen das und sind Mitglied beim EBZ. Wollen wir die Kommunen mal fragen, wie sie das finden, dass sie Beiträge ans Energieberatungszentrum zahlen und gleichzeitig hier erleben, dass wir mit ihrem Geld, das wir ja mittelbar von den Kommunen haben, die Klimaschutzagentur steuern? Mindestens eine Frage ist es wert.

Es ist angesprochen worden, dass das Thema Russland und dieser miserable Angriffskrieg von Putin hier keine Rolle spiele, ich sage Ihnen: Er spielt eine Rolle, weil das Thema innere und äußere Sicherheit, auch wenn es nicht unser Thema hier ist, eine gewaltige Aufgabe für das Land Niedersachsen, aber insbesondere für den Bund darstellt, und da müssen wir uns jetzt mal auch alle ehrlich machen, auch das ist gekommen, und sagen: Die öffentliche Hand muss — wenn ich auf Berlin schaue — sich jetzt mit dem Geld, das wir haben, über Steuereinnahmen auf die wichtigen Dinge konzentrieren und dazu gehört für mich die innere und äußere Sicherheit unseren Landes aufgrund des Tuns von Putin, dazu gehört hier im Landkreis — ich hatte es gesagt — y dass wir uns um unsere eigene Infrastruktur kümmern und mit dem, was wir in den letzten Monaten erlebt haben an anderen Stellen, ist für mich auch ganz wichtig das Thema, dass wir eine demokratische und politische Bildung für unsere jungen Leute stärker in den Fokus nehmen, als wir das zum Teil getan haben. Mit diesen Dingen zu argumentieren und gleichberechtigt wichtig ist die Klimaschutzagentur unter den Gesichtspunkten, die ich genannt habe, das mag vorgetragen werden, das kann ich nicht verstehen.

Und der weitere Punkt, das ist die Jugendeinrichtung, die wir haben, auch eine GmbH, zumindest in Teilen im Eigentum stehend, also mit Anteilen des Landkreises, da leisten wir uns die Möglichkeit, dass jede und jeder an der Ostsee eine Ferienwohnung mietet, die wir eingerichtet haben, da muss man nicht bedürftig sein, sondern das kann jeder machen, wir sind also im Ferienvermietungs Geschäft an der Ostsee, in Kalifornien, tätig, und wir haben Hohegeiß mit einem Landheim, das eben nicht so frequentiert wird, wie wir uns das vielleicht vorstellen, deswegen sage ich, dass auch diese Gesellschaft mit einer Frist von zwölf Monaten, also nicht sofort, sondern über das Jahr 2025 liquidiert werden soll und die Einrichtungen verkauft werden an zum Beispiel Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Jugendherbergswerk, die also

Interesse haben, den Standort weiter zu betreiben, weil sie es können und weil sie es wirtschaftlich wollen. Das wären für mich Käufer und von dem Verkaufserlös sollten wir dann einen Teil später hier im Kreistag nehmen und davon eine Stiftung gründen und dieser Stiftung die Aufgabe geben, die eben genannte politische Bildung für junge Leute, für Jugendliche und junge Erwachsene zu fördern unter dem Gesichtspunkt von Vielfalt, Demokratie und Freiheit.

Das sind zwei Anträge, die ich gestellt habe, und nun lassen Sie mich bitte noch zum

Abschluss auf einen Punkt eingehen, Herr Preissner, was ich jetzt wirklich als Luftnummer bezeichnen muss. Das, was die Gruppe an Anträgen stellt, auf die ich gar nicht im Einzelnen eingehen kann, haben vielleicht jede für sich nur einen fünfstelligen Betrag an Mehraufwand. Der scheinbar wichtigste Antrag der Gruppe, auch mal einzusparen, das ist Ihre Nummer 661, auf die Sie eingegangen sind, und ich sage, das ist eine Luftnummer, weil sie dort den Personalaufwand des Jahres mit knapp 88 Millionen Euro einfrieren wollen für die Zeit ab 01.01.2026, ich hatte vorhin von einer Forderung gesprochen, die zwölf Prozent erreicht pro Jahr, jetzt sagen wir mal, es sind nur fünf Prozent als Ergebnis, es sind nur fünf Prozent Erhöhung ab 26, finde ich nicht unrealistisch. Dann sind fünf Prozent 4,4 Millionen Euro. Und diese 4,4 Millionen Euro sollen wir — nach Ihrer Idee — im Haushalt 2026 als Erhöhung nicht mehr sehen. Wir sprechen über 60 Vollzeitkräfte! Sie müssten schon sagen, wo in der Verwaltung diese 60 Vollzeitkräfte, diese Stellen tatsächlich, und nicht die unbesetzten, sondern die besetzten Stellen, sonst habe ich ja keinen Effekt im EuroBereich, wo eigentlich diese 60 Stellen in der Landkreisverwaltung eingespart werden können, heute es zu wissen und in zwölf Monaten ist es bereits umgesetzt. Da bin ich sehr gespannt, und weil ich nicht glaube, dass es Ihnen gelingt, mich davon zu überzeugen, dass die Zahl stimmt, bleibe ich dabei: Das ist wirklich eine Luftnummer. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Ich frage nun die weiteren vier Fraktionslosen oder Einzelmandatierten, ob sie von ihrem 15-minütigen Rederecht Gebrauch machen. In alphabetischer Reihenfolge Herr Hirbod, dann bist du dran. Bitte schön.

Hamun Hirbod:

Herzlichen Dank, Herr Bosse-Arbogast, jetzt bin ich entrüstet, dass Sie Ihre 15 Minuten nicht voll ausgenutzt haben. Ich habe Ihnen wirklich sehr konzentriert gelauscht und es waren höchstens elf Minuten. Meine Anregung ist tatsächlich, wir haben ja diese Displays und auch mit dem Timer. Ich würde mich schon freuen, wenn der auch was machen würde, so rückwärts runter — ah, meine Eieruhr, das gefällt mir, danke dass ich daran teilhaben darf. Ich sehe jetzt quasi meine Redezeit laufen. Ich habe Sie jetzt schon 26 Sekunden beschallen dürfen, das ist mir wirklich ein hehres Anliegen.

Einsparungsvorschläge, Dinge, die wir uns künftig sparen könnten, ist halt, dass wir jetzt erst um 20 Uhr in die Generaldebatte um den Haushalt einsteigen, ich glaube, Sie wissen das, ich weiß das. Wir haben vorher in sehr blumigen Worten darüber gesprochen, dass wir wertschätzend miteinander sind, dass wir gegenseitig unsere Zeit achten, die wir alle als ehrenamtliche, aber auch als hauptamtliche Menschen in diese Situation stecken. Ich weiß halt nicht, ob das immer so Lippenbekenntnisse zur

Weihnachtszeit sind, weil wir gerade so ein bisschen besinnlich sind oder noch schockiert vom Ausgang der letzten Kreistagssitzung, das lass ich mal offen.

Was gibt es zum Haushalt zu sagen? Eine Sache, die mir sauer aufstößt, ist, dass wir ständig über diese Schulden miteinander reden, dass wir über den Schuldenzuwachs sprechen, als wäre das etwas, was uns übermannt hat, ereilt hat, von dem wir nicht wissen, wo es hergekommen ist. Wir haben einfach einen historischen Strang, der quasi dazu führt, dass wir jetzt stehen, wo wir stehen. Und wenn wir halt ehrlich miteinander reden würden, würden wir jetzt zum Beispiel auch sagen: Es gibt keine Schuldenbremse für Kommunen, Herr Prior. Ich schaue Sie jetzt gerade an, Sie sind jetzt nicht mein Adressat für diese Behauptung. Sie wissen, ja klar, wir müssen unseren Haushalt den Ministerien vorlegen, die können dann jeweils ihren Brief formulieren, ob die dann einverstanden sind mit dem, was wir da tun oder nicht, und dann kann Herr Dr. Jacobs mit dem Zettel wedeln, wie er das fast zweieinhalb Jahre lang durchgängig in jeder Kreistagssitzung gemacht hat und daraus zitieren, also dementsprechend hat auf jeden Fall einer in der FDP die Möglichkeit, Material mehrfach zu nutzen, das ist richtig. Die Frage ist halt nur, was bringt uns das als Kommune? Wohin kommen wir denn damit? Ich würde gerne mal eine steile These aufstellen: Was ist, wenn wir Schulden machen müssen, um überhaupt diese Kommune nach außen hin zu rechtfertigen? Unsere Organisation, unsere Selbstorganisation nach außen hin gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu rechtfertigen. Denn letztlich behaupten wir ja quasi den Staat. Wir sind quasi die Ausformung des Staates vor der Nase der Bürgerinnen und der Bürger. Kita, Behördengänge, alles Drum und Dran organisiert sich ja nach dem Versprechen, dass die Person diese Leistung kriegt, die wir als Menschen, die wir eine Gesellschaft formen, halt zusammenbringen. Und diese Kosten legen wir um, per Umlage, Kalkulation, mal geschickter, mal weniger geschickt, Herr Bosse-Arbogast hat es skizziert. Ob wir jetzt wirklich ein Schullandheim in Kalifornien brauchen, in Schleswig-Holstein, sei mal dahingestellt. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass man damals, als man diese Verträge angeleiert hat, ganz andere Gedanken hatte, also da ging es wahrscheinlich nicht um hohe Renditen und viel Zugewinngeschäft, sondern wahrscheinlich um sich gemeinschaftlich etwas zu leisten, wohin man dann halt Schülerinnen und Schüler entsenden kann, um ihnen eine Art und Weise Ausbruch aus dem Alltag zu gewährleisten. Ich glaub, das war der Gedanke damals, dass er sich vielleicht überholt hat, da hatten wir uns ja im Fachausschuss schon mal drüber ausgetauscht, vielleicht ist das gar nicht so überaltert, wie Sie denken, aber ich erkenne an, dass Sie einen frischeren Gedanken formuliert haben, wie man eventuell etwas einsparen kann, dass man zumindest darüber spricht.

Aber womit ich mich überhaupt nicht anfreunden kann, ist jetzt die Aussage: Wir kriegen mit, dass Stellen nicht nachbesetzt werden können, egal, in welchen Gemeinderäten Sie jetzt alle sitzen, Sie haben höchstwahrscheinlich irgendwo eine Abteilung, die auf dem Zahnfleisch kriecht, ob es die Bauämter sind, die keine Ingenieure rankriegen oder wirklich auch die Bürgerbüros, die nicht genügend Sprechstundenhilfen in Anführungszeichen rankriegen, um überhaupt Bürgeranliegen zu bearbeiten, diese Leute kriegen wir alle nicht ran. Gleichzeitig kloppen wir jedes Mal auf den Stellenplan und tun so, als ob wir durch das

Bearbeiten mit dem Hammer es hinkriegen, dass da seitlich nichts rausflutscht. Es ist aber letztlich so, dass wir uns gerade im Konkurrenzkampf mit allen anderen Kommunen in Niedersachsen und bundesweit bewegen, die halt selbstverständlich genau mit dem gleichen Wasser kochen wie wir, die gleichen Probleme haben, Dinge vielleicht kreativer ausschreiben und in dieser Konkurrenzlage sind wir halt. Dementsprechend verstehe ich, dass man halt versucht, Mittel einzufrieren, zu sagen: Alles klar, versuch ein gewisses Sparpotenzial zu identifizieren. Einmal, Herr Meyer, AfD-Meyer, ich kenne so viele Meyer mittlerweile, deswegen muss ich das ein kleines bisschen eingrenzen, Sie sehen es mir hoffentlich nach, dieses ständige Pochen auf Beratungsdienstleistungen, ich sag Ihnen, wenn ich etwas auf gar keinen Fall brauche, ist das eine KPMG im Landkreis oder was weiß ich, Ernst & Young oder BlackRock, ist mir doch egal. Das ist genau dieses Denken, dass man durch eine Unternehmensberatung oder durch das Simulieren einer Wirtschaftlichkeit die Verwaltung besser machen kann, als was ihr originärer Zweck gegenüber den Bürgerinnen und Bürger ist. Das ist nicht so. Dieses pure Verknüpfen mit der Wirtschaftlichkeit macht eine Dienstleistung nicht zwingend besser. Und wir haben erst im letzten Kreistag miteinander darüber gesprochen, was diese Überoptimierung in der Wirtschaft uns gebracht hat, nämlich nix, dass wir weder Lagerhaltung haben, weder langfristige Planung in der Wirtschaftlichkeit, dass über kurz oder knapp irgendwelche Werke dann einfach geschlossen werden, wenn es die Wirtschaftlichkeit erfordert und Facharbeiter dann auf der Straße stehen und nicht wissen, was Phase ist. Also dass man versucht, solche Konzepte zu kopieren und über die Verwaltung zu stützen und zu sagen: Alles klar, wenn wir jetzt nur wirtschaftlich kompetent beraten werden, dann ist das Problem gelöst, Herr Meyer, dem folge ich nicht ganz, ich glaube, da können wir uns vielleicht irgendwann mal bei einem Braun mit Schuss — wie nennen wir den, wir nennen den Hans Martin Schleier, können wir uns darüber unterhalten, aber das ist halt so etwas, mit dem kann ich mich jetzt gerade nicht anfreunden. Das wollte ich einmal ausformuliert haben, damit das einmal ausgesprochen ist unter uns. Jetzt kann man sagen: Herr Hirbod! Wenn Sie nix einsparen wollen, warum stehen Sie da vorne? Ja, weil ich sage: Wir müssen halt auch den Mut haben, unsere Infrastruktur — ja, wir haben es verschleppt, wir haben Mist gebaut, wir haben Geld nicht ausgegeben, als wir es konnten. Heute hat die EZB den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte gesenkt. Lassen Sie uns zum Heiligen Putin beten, dass eventuell noch ein paar mehr folgen, wer weiß das schon. Letztlich ist das so, von wegen der Russe hat nix damit zu tun, dass wir uns in so einer Lage befinden, Herr AfD-Meyer, die Situation ist ja folgende: Deutschland brauchte günstige Energie. Wir haben uns die herbeigehandelt, wir haben uns die mit Nord Stream II zementiert, wir haben uns da felsenfest drauf verlassen und (auf die) Solidarität und ja, verbrecherische Angriffskriege sorgen nun mal [dafür], dass auch Geschäftskonzepte sich überholen. Dementsprechend hat es sehr wohl damit etwas zu tun, dass Deutschland sich jetzt da befindet, wo es sich befindet, weil wir Entscheidungen getroffen haben, an denen wir uns jetzt auch messen lassen müssen. So ist das. Und ich bin auch sehr froh und dankbar darum, dass ich mich in einem Staat wähen darf, der halt auch Verantwortung übernimmt für Dinge, die letztlich - man sagt: Alles klar, es wäre für uns bequemer gewesen, anders zu reagieren, aber wir haben uns halt letztlich auch für unser moralisches Gewissen entschieden und gleichzeitig für den Einstieg oder den Wiedereinstieg in erneuerbare Energien.

Und da wäre ich jetzt bei dem Punkt, der mir jetzt besonders auf der Seele brennt, weil diese Angriffe immer so auf die Klimaschutzagentur und sie sei nicht effizient und sie könne nix, alles drum und dran. Alles klar, mag sein. Der Punkt ist aber, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, weil wir wissen, dass Klimafolgenanpassungen und Klimaschutz wichtig ist. Jetzt haben wir aber die unglückliche Gemengelage, dass uns das Geld ausgeht und wir nicht wissen, wie wir das bewerkstelligen sollen. Aber nun ist diese Einrichtung gerade vom Landkreis eine wichtige Institution, um die Weichen zu stellen in die Zukunft, Herr Bosse-Arbogast, gerne unterhalte ich mich mit Ihnen darüber, inwiefern wir das dann so umfunktionieren können, dass es sinnvoll ist. Jetzt nur auf das Energieberatungszentrum zu verweisen und zu sagen, dass es andere Kommunen super berät, bedeutet ja nicht, dass wir die Klimaschutzagentur nicht dorthin kriegen können, dass sie ebenso einen gleichen wertvollen Anteil an der Gesellschaft bringen kann. Ja, mag Ihnen vielleicht die Vision dafür fehlen, das mag sein, aber wir müssen ja auch von unserem eigenen Wirkungsgrad im Landkreis sprechen und weswegen wir damals solche Institutionen halt nach vorne gestellt haben. Und wir können es gerne zur Disposition stellen, aber dieses einfache: Ja, das bügeln wir jetzt weg, ist ja nutzlos — tut mir leid, mit dem kann ich mich nicht anfreunden. Da brauchen wir ein kleines Bisschen mehr.

Stichwort Schulden und Schuldenschnitte. Schuldenschnitte in der Antike — auf dem Rosetta-Stein sind so die ersten Schuldenschnitte verfasst, das bedeutet, das Erlassen von Schulden war in jeglicher gesellschaftlicher Situation eine brisante Gemengelage, und es war immer aktuell. Man hat sich über Schulden unterhalten und über Schulden ausgetauscht und man hat verhandelt, wann auch man Schulden quasi gestrichen werden. Und Deutschland ist im Übrigen auch ein großer Nutznießer von Schuldenschnitten, wenn wir das Londoner Schuldenabkommen von 1953 bedenken, wo 32,3 Milliarden D-Mark, waren es ja damals noch, nicht Reichsmark, da wären es mehr gewesen, Schulden erlassen beziehungsweise um die Hälfte gekürzt worden sind, die das Wirtschaftswunder möglich gemacht haben. Warum erwähne ich so etwas? Weil das bloße Fokussieren darauf, wie das Defizit im nächsten Jahr oder im übernächsten Jahr aussieht, nicht beschreibt, in welche Richtung wir uns bewegen werden, wenn wir jetzt noch mal an die Substanz gehen, wenn wir Kassenkredite aufnehmen, um Dinge zu richten, die damals nicht gerichtet worden sind. Diese Abwärtsspirale des ständigen Sparenwollens um des Sparenwillens, dem kann ich mich so nicht anschließen, und dementsprechend möchte ich Sie bitten, wenn Sie es in der Haushaltsrede für diese Rhetorik brauchen, meinethalben, tun Sie da, am Ende gibt es einen schicken Artikel darüber, Sie kriegen einen Preis dafür, dass Sie den Haushalt mal wieder mit massiver Kritik durchgebracht haben oder eben nicht, und dann sehen wir uns nächstes Jahr zur nächsten Haushaltseinbringung. Oder wir unterhalten uns endlich darüber, wann es sich lohnt, Schulden zu machen und ob wir es dann gegenüber dem Ministerium halt auch verantworten können und in welcher Art und Weise. So. Schauen wir mal ja, Herr Bosse-Arbogast, ich schätze Sie sehr, und deswegen mache ich jetzt genau bei elf Minuten Schluss. Herzlichen Dank.

Vorsitzender:

Es geht weiter, Herr Konstantopoulos ist nicht da. Dann wäre als nächstes der Abgeordnete Walla, möchte er seine 15 Minuten — der Abgeordnete Warnecke —

auch nicht. Direkt zur Rede? Bewusst bin ich nicht eingeschritten, als die Sache war, weil du gelacht hast, von daher habe ich das nicht, aber du darfst natürlich dort eine Gegenrede machen, selbstverständlich.

Hans Martin Meyer:

Ja, Herr Hirbod, oder Antifa-Hirbod, ich kenne so viele, ich muss das auch ein bisschen differenzieren. Ich kenne ja Ihre politische Position. Ich finde Sie grundsätzlich echt unterhaltsam, wenn Sie hier vortragen, das muss man Ihnen lassen, ich bin ja ein humorvoller Mensch, aber ich denke mal, so mit Braun und Hans Martin Schleier, das sollten wir lassen, das finde ich dann, auch ich gelächelt habe, finde ich das nicht witzig. Das ist kein Anstand. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Schönen Dank, dass das so über die Bühne gegangen ist. Jetzt ist die Redezeit bei allen, die kommen, fünf Minuten, Feuer frei. Erster Redner, schnell hat er sich gemeldet, Herr Homeister, der darf als erstes und dann darf sich Herr Bettels schon präparieren. Erst mal Herr Homeister für die SPD-Fraktion aus der Mehrheitsgruppe. Egbert Homeister:

Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, liebe Anwesende, ich wollte eigentlich nichts sagen aber da so oft auf der

Klimaschutzagentur herumgeritten wurde, sag ich jetzt mal so, will ich da doch ein paar Sachen klarstellen. Erstens: Die Klimaschutzagentur will keine 100 Stellen, das steht eventuell, wenn man es vergleicht, ein bisschen falsch liest, im

Klimaschutzkonzept, hat aber nichts damit zu tun, dass die Klimaschutzagentur 100 Stellen haben will.

Dann ist es so, dass die Klimaschutzagentur jetzt schon und in Zukunft noch mehr Pflichtaufgaben wahrnimmt, die wir nicht wegdenken können, sag ich jetzt mal so, sondern die wir machen müssen. Es ist in der Tat so, dass vielleicht der Landkreis Hildesheim ein bisschen schneller ist als andere Landkreise. Wir haben zum Beispiel schon ein Klimaschutzkonzept fast fertig, der Landkreis Peine, mit dem wir noch in Kontakt sind, fängt da erst mit an und will das 25 fertig haben. Ich finde's aber auch nicht schlimm, wenn man mal ein bisschen schneller ist und an der Spitze ist. Die Klimaschutzagentur Hildesheim wird von der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen, also der KEAN, eigentlich auch sehr wertgeschätzt. Dann kommen wir noch zu den Sachen, es ist eine gGmbH, das ist jetzt nicht so die erste Aufgabe unserer Klimaschutzagentur, dass wir da Millionen mit verdienen, sondern das ist eine Organisationsform, die gewählt wurde, um die Aufgaben, die sie bekommen hat, abzuleisten. Und das funktioniert eigentlich sehr gut. Das ist jedenfalls nicht nur meine Meinung, sondern allgemein auch im Land Niedersachsen ist das auch wirklich anerkannt. Das EBZ macht vielleicht ehrenvolle Arbeit und ist auch ganz nett, aber ganz ehrlich gesagt, ist das eine kommerzielle Firma, die Geld verdient mit Energieberatung. Es ist eine Firma. Sind Sie auch eine gGmbH? Glaube ich nicht. Außerdem ist es so, dass sie im freien Markt sozusagen unterwegs ist, es gibt hunderte von Energieberatern. Wir selbst, also ich in meiner beruflichen Tätigkeit, hab 150 Solarberater im Auftrag der KEAN geschult und nur drei waren von dem EBZ da. Also es gab noch 147 andere. Das heißt es ist nicht so, dass das EBZ die Aufgaben der Klimaschutzagentur übernehmen

könnte, das ist ganz was anderes. Ich biete Ihnen und auch Herrn Vornkahl an, dass wir uns mal zwei bis drei Tage zusammensetzen und ich Ihnen kurz erkläre, was so eine Klimaschutzagentur eigentlich macht, wie das organisiert ist und wie das in Zukunft weitergeht. Dazu bin ich gerne bereit, wenn Sie sich die Zeit nehmen, ich würde sie mir nehmen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Ganz kurz, Katy, Herr Hirbod, ist das auf Herrn Meyer? Dann hast du das Wort, bitte schön.

Hamun Hirbod:

Herr AfD-Meyer, Antifa-Hirbod ist vollkommen in Ordnung. Ich wollte nur kurz ein paar Worte zur Einordnung zu Hans Martin Schleier bringen. Letztlich ging es originär gar nicht darum, ihn und sein Ansehen zu verunglimpfen, ich weiß, dass ich einer Satire-Partei angehörig bin und wir eigentlich nicht erklären, warum wir Dinge sagen. Aber: Ich bin ja hier in einem Kreistagskontext unterwegs, der natürlich voraussetzt, dass die Menschen, mit denen ich — sagen wir mal so — die nächsten fünf Jahre meines Lebens verbringe, schon verstehen, was in meinem Kopf zwischendurch mal vorgeht. Die Situation reibt sich natürlich an der Situation, dass man versucht zu erklären, warum der Ausdruck Lumumba für einen Kakao mit Schuss so toll ist. Weil er ja für Patrice Emery Lumumba, einen

Unabhängigkeitskämpfer, steht, der halt unter sehr, sehr brutalen Umständen zu Tode gekommen ist und dann verscharrt worden ist, und jetzt sehr viele heranwachsende Deutsche sagen: Och, so möchte ich mein Kakao-Getränk nennen, das ist eine sehr tolle Idee, und das lasse ich mir auf dem Weihnachtsmarkt nicht nehmen. Das war eine Anspielung darauf und darum habe ich das dann in den RoteArmee-Fraktion-Kontext gebracht, um Ihnen halt begreiflich zu machen, wie sich das anfühlt, wenn jemand so etwas erwähnt und dann sagt: Ja, ist doch ganz normal.

Und Sie dann so anguckt. Und das ist halt quasi die Umkehr des Gesagten und des Gemeinten und dann merkt man: Ich glaube, Lumumba macht keinen Spaß als Kakao-Getränk, und ein Hans Martin Schleier auch nicht. Danke sehr.

Vorsitzender:

So, jetzt kommen wir wieder zurück zum Haushalt. Schönen Dank an Die Partei und die AfD für den kurzen Spaß und jetzt ist aber Frau Renner-Köhne dran für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Katy Renner-Köhne:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, Herr Landrat, ich hatte eigentlich gedacht, wir hätten eine Verabredung mit der Gruppe gehabt und deswegen hatte ich gedacht, wir sind insgesamt auch viel schneller durch bei diesen ganzen Haushaltsthemen. Deswegen haben wir uns auch die Rede von Herrn Koschorrek ein bisschen aufgeteilt. Herr Koschorrek hat nämlich nichts zum Stellenplan gesagt, das übernehme ich jetzt in meinen fünf Minuten, dann kommen wir vielleicht insgesamt ein bisschen schneller durch. Herr Stuke hat es auch gesagt, wir brauchen bei dem Stellenplan mehr Kontrolle, wir müssen den Bedarf besser überprüfen. Wir sehen das genauso, deswegen werden wir dem Stellenplan, wie er hier vorgelegt wurde, nicht zustimmen.

Es wird zwar gesagt, dass es keinen Aufwuchs der Stellen gibt, aber wenn man sich den Stellenplan dann mal genauer anguckt, dann kann man auch vielleicht sogar sagen, das ist es ein bisschen schön gerechnet. Es werden sieben Stellen für die Kita rausgerechnet, dafür wird es extern vergeben, klar, kostet aber auch Geld, sind trotzdem sieben Stellen weniger, die man sich gegenrechnen kann. Dann werden neun Stellen für den Kita-Vertrag, für Gemeinden, die eventuell nicht zustimmen, eingerechnet, da weiß man aber gar nicht: Braucht man neun Stellen, braucht man vielleicht das Doppelte? Je nachdem, wie viele Gemeinden mitmachen oder nicht, also auf jeden Fall sagen wir, dieser Stellenplan ist so nicht zustimmungsfähig.

Wir haben Änderungsanträge gestellt zu den Anträgen der Gruppe. Die Stellen für die Klimaschutzagentur, Verwaltungsleitung und für den Biologen oder die Biologin in der Klimaschutzagentur würden wir davon abhängig machen, dass eine Dienstposten- oder Arbeitsplatzbewertung erfolgt und einen Sperrvermerk. Es muss erst mal ein Sperrvermerk gegeben sein und dann könnten wir dem später eventuell mal zustimmen. Mit unserem eigenen Antrag 744 haben wir gefordert, dass wir grundsätzlich im Kreisausschuss Dienstpostenbewertungen ab Al O zur Zustimmung vorgelegt bekommen. Das waren die Ausführungen zu den Stellen.

Und dann haben wir noch einen Antrag, den ich noch mal einbringe, weil ich die Vorsitzende in dem Ausschuss bin, nämlich unseren Antrag zum TOP 13.23, die Investitionskosten für das Tierheim. Auch da haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Wir haben uns im Ausschuss erklären lassen vom Tierschutzverein, wie dringend der Neubau ist und das haben wir auch gesehen, dem würden wir auch deutlich zustimmen, wir hatten aber auch schon im Ausschuss gesagt, dass wir eine Koordination von Verwaltung für dringend erforderlich halten und wir für eine Kurzfristigkeit sind. Der Tierschutzverein braucht dringend Planungssicherheit, deshalb muss die Verwaltung da jetzt handeln und wir möchten gerne, dass die Förderung durch den Landkreis nicht abhängig gemacht wird von dem Zuschuss der Städte und Gemeinden. Danke schön.

Vorsitzender:

Als nächstes Herr Bettels für die CDU-Fraktion.

Dirk Bettels:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, wunschgemäß präsentiere ich mich jetzt von dem Mikrofon. Herr Landrat, ich danke Ihnen, dass Sie noch mal kurz gesprochen haben über Ihren Auftritt in der Frettchen-Farm. Wenn Sie die nächste Sommertour machen, lade ich Sie gerne ein, mit mir Libellen zu zählen am Müggelsee, da können Sie dann auch Ihrer Nähe zur Natur wunderbar Ausdruck verleihen. Aber deswegen habe ich mich nicht gemeldet.

Ich wundere mich ein wenig, wie hier über Schulden geredet wird. Also Herr Hirbod hat sich in der Originalität seines Vorturners Herr Sonneborn immerhin gut versucht, hat uns was erzählt vom 53er-Schuldenschnitt, da ging es um Vor- und Nachkriegsschulden für den Ersten Weltkrieg, ich weiß nicht, was Sie damit sagen wollten, aber vielleicht wollten Sie auch mit Ihrem historischen Tiefgang überzeugen. Ich weiß jetzt, dass wenn man Darlehen aufnimmt, dass man die auch zurückzahlen muss. Also einer, der was schenkt, das gibt es nicht. Und wenn wir jetzt hier hören,

dass wir 100 Millionen gerade mal innerhalb von zwei Jahren aufbauen und perspektivisch auf 300 Millionen gehen, dann wissen wir doch ganz genau, was wir tun: Wir belasten die Kommunen, die uns refinanzieren. Das muss man doch einfach deutlich so sagen. Und das habe ich schon bei der Diskussion über die Kita-Geschichte nicht verstanden, dass man das auch nicht mal deutlich sagt: Normal müssten Sie den Mut haben, fünf, sechs, sieben Kreisumlagepunkte anzuheben, das können Sie nicht durchsetzen, und deswegen schlingern wir hier rein, wie wir reinschlingern.

Aber zur Aufgabenkritik, Herr Landrat, ich finde, das ist tatsächlich der schwächste Punkt in Ihrer Haushaltsrede. Wir geben im Jahr 87 Millionen aus für Jugendhilfe, dafür bekommen wir ungefähr 15 wieder zurück und auf 67 Millionen bleiben wir stehen. Das ist kein Naturgesetz, dass wir so viel Geld ausgeben. Also erst mal wissen wir im Vergleich mit anderen Kommunen, wir sind Spitze. Ich glaube nicht, dass wir hier die auffälligsten Eltern und die dümmsten Jugendlichen haben, das muss andere Gründe haben.

Zweitens: Wir schaffen Plätze, ohne dass die irgendeiner wettbewerblichen Auseinandersetzung zugänglich wären. Wir haben Fachleistungsstunden von bis, wir schreiben hier jedes Klopapier aus, jeden Vertrag, alles müssen wir ausschreiben, im Sozialbereich null und nichts. Und wir können es doch wirklich nicht angucken. Als ich hier angefangen habe im Sozialausschuss, hatten wir 67 Prozent Quote, jetzt sind wir bei 72, wir werden ja 75, 80 erreichen, und dann können wir einpacken, dann haben wir nämlich kein Geld mehr für irgendeine Schule oder für irgendeinen Radweg oder für sonst etwas, dann machen wir nur diesen Teil der Aufgaben. Und wir machen ihn zu teuer, und wir machen ihn zu wirkungslos, und daran müssen wir

arbeiten. Deswegen fanden wir es ja auch gut, Herr Landrat, dass Sie gesagt haben, Sie machen für die Jugendhilfe ein eigenes Dezernat. Aber es ist ja bis heute nicht umgesetzt. Organisatorisch nicht, es ist nicht umgesetzt von der Besetzung, Herr Schwenke ist immer noch stellvertretend unterwegs. Wir haben gesagt: Bringen Sie neuen Wind rein, neue Ideen, neue Organisationsformen, neue Aktionen zwischen den Rechtskreis übergreifenden Partnern — nichts! Nichts! So, heute sehen wir den Kämmerer das letzte Mal, den Finanzdezernenten, dann müsste man normal ja schon von einer Ausschreibung gelesen haben, wie diese Stelle besetzt werden soll, was für ein Fachmann da kommen soll. Ich habe von nichts gehört. Wahrscheinlich werden Sie uns dann präsentieren, Sie machen jetzt die Ausschreibung, dann kommt die Konkurrentenklage und nächstes Jahr um diese Zeit sagen Sie: Trotz aller Mühen und der Kämmerin danken wir, und einen Chef haben wir immer noch nicht gefunden. So wird es kommen. Und deswegen wird das hier nichts. Sie brauchen Fachleute für Finanzmanagement und Sie brauchen Fachleute, die hier auch im Bereich der sozialen Dinge vernünftig unterwegs sind, denn das habe ich hier auch schon mal gesagt: Sie begreifen Sozialpolitik als Geldausgeben, und das ist zu wenig. Sozialpolitik braucht Ideen, braucht Augenmaß und braucht Konzept. Und wenn wir das haben, dann wird es uns auch finanzwirtschaftlich wieder besser gehen. Danke schön.

Vorsitzender:

Frau Dr. Weber für Bündnis 90 / Die Grünen aus der Mehrheitsgruppe.

Dr. Susanne Weber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja schon viel die Klimaschutzagentur hier angesprochen worden und ich versuche jetzt eine Begründung zu geben, warum wir diese Klimaschutzagentur stärken wollen und nicht abschaffen. Die Klimaneutralität bis spätestens 2040 ist keine Kür, sondern eine gesetzliche Verpflichtung, und das steht im

Niedersächsischen Klimagesetz. Das Ziel, das ist eine gewaltige Aufgabe, und falls Sie bei einer von den Veranstaltungen im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes dabei gewesen sind, hat unsere Dienstleisterin uns eindringlich immer wieder vorgehalten: Es müssen alle tätig werden. Ich möchte ja keinen ausspielen. Ich möchte nicht sagen: Wir brauchen den, wir brauchen jene, wir brauchen andere, wir brauchen die EBZ, wir brauchen die KEAN, wir brauchen die Klimaschutzagentur, wir brauchen die Handwerksfirmen, wir brauchen hier jeden Bürger und jede Bürgerin, um dieses Ziel überhaupt erreichen zu können. Sie hat auch immer wieder betont: Wir müssen ins Handeln kommen, und zwar sofort und jetzt, mit allen Maßnahmen, die in diesem Klimaschutzkonzept, was wir nächstes Jahr beschließen werden, überhaupt Erfolg haben zu können. Also: Die Klimaschutzagentur wird eine maßgebliche Rolle haben bei der Umsetzung der vielfältigen Aufgaben, die wir im Rahmen dieses Klimaschutzkonzeptes zu erfüllen haben. Und das ist nicht nur Energieberatung, das sind insgesamt sieben Handlungsfelder, die, die dabei gewesen sind, es geht um Energiewärmewende, Land- und Forstwirtschaft, Nachhaltigkeit, Konsum, Umweltbildung, Klimaschutzbildung, also es sind vielfältige Aufgaben. Und das wird federführend in unserer Klimaschutzagentur laufen. Wir haben diese Institution schon, wir haben Strukturen und die wollen wir auch nutzen und aufbauen.

Die Dienstleisterin hat tatsächlich auch eine Aufstellung gemacht, was es an personellen Ressourcen braucht. Die Zahl ist gefallen, ich möchte überhaupt nicht darüber diskutieren, aber was uns allen klar sein muss: Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen — Klimaneutralität — da brauchen wir eine personelle Stärkung. Und wir sind in unseren Stellen, die wir jetzt hier beantragt haben, ich glaube, weit unter diesen Zahlen geblieben und wir gucken auch sehr mit Augenmaß, was wir brauchen und was wir zurzeit nicht brauchen.

Wir fangen also nicht bei null an. Wir haben die Klimaschutzagentur und gesetzlich vorgeschrieben im Niedersächsischen Klimagesetz sind Aufgaben, die die

Klimaschutzagentur für unseren Landkreis übernimmt. Das möchte ich hier noch mal erwähnen: Es wird verlangt, konkrete Maßnahmen zur Dekarbonisierung des Verwaltungsbetriebs zu entwickeln, ein Klimaschutzmanagement einzusetzen, es müssen Energieberichte geschrieben, Entsiegelungskataster, Wärmeplanung, ein Klimaschutzkonzept, da sind wir schon auf dem besten Weg, so wie auch ein Monitoring der Maßnahmen, die in dem Konzept verhandelt und beschlossen werden, ist gefordert im Niedersächsischen Klimaschutzgesetz, ohne Frage, und deswegen haben wir auch diesen Antrag, der ja auch Ihnen vorliegt, für dieses Monitoring gestellt. Wir sind vor unserer Zeit, dieses Tool wollen wir anschaffen, um die Maßnahmen verfolgen zu können.

Der Landkreis wird weiterhin verpflichtet sein, alle unsere Kommunen zu beraten in Sachen Klimaschutzfördermittel und Hilfestellung bei der Beratung der Fördermittel zu geben. Das Land gibt uns dafür Stellen, stellt uns Stellen zur Verfügung, zwei, eine für unsere Landkreisverwaltung und eine für die Kommunen, so wie auch finanzielle Mittel. Die sind in der Ausschreibung und die sind so gut dotiert, dass wir wirklich glauben, qualifizierte und gute Fachkräfte zu bekommen, die diese Aufgaben, die wir zu erfüllen haben gesetzlich, auch leisten können. Und dafür meinen wir auch, brauchen wir eine neue strukturelle Aufstellung für unsere Klimaschutzagentur. Die Menschen, die dort jetzt schon arbeiten und die noch kommen werden, sollen sich auf das konzentrieren, wo sie wirklich kompetent sind. Also unsere Biologin soll nicht irgendwelche Verwaltungstätigkeiten machen, sie soll in diesem Handlungsfeld Land-/Forstwirtschaft arbeiten. Unser Kom. EMS-Berater soll auch Energieberatung machen können und keine Verwaltungstätigkeiten. Unser Nachhaltigkeitsmanager soll dann auch in dem Nachhaltigkeitsmanagement arbeiten. Deswegen auch die Stelle, die wir jetzt eingestellt haben für eine Verwaltungsleitung, sie soll organisieren, verwalten, unsere Geschäftsführung entlasten, dass diese wirklich technisch operativ sich konzentrieren kann auf das Wesentliche.

Vorsitzender:

Susanne, deine Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Susanne Weber:

Okay, also es kommt noch ein Antrag, ich wollte noch ganz kurz angeben: Wir wollen die Klimaschutzagentur neu strukturieren, es gibt ein wesentliches Produkt im Haushalt, um Transparenz zu schaffen, wie viel Geld ist dort eingestellt, wir müssen nachweisen, was das Land uns zur Verfügung stellt, wir müssen da Rapport liefern und wir haben es auf den Prüfpunkt gestellt. Ich denke, wir sollten alle zusammenarbeiten, um diese Ziele zu erreichen und ganz nebenbei, Herr BosseArbogast, wenn Sie bei diesem Prozess des Klimaschutzkonzepts dabei gewesen wären, hätten Sie gesehen, was für ein Projekt excellence es war hinsichtlich politischer Bildung und Demokratiebildung. Also sowas habe ich lange, lange nicht erlebt und ich bin sehr begeistert, das war wirklich ein positiver Nebeneffekt, diese Aktion Klimaschutzkonzept. Vielen Dank, auch für die zusätzliche Zeit.

Vorsitzender:

Nächste Rednerin für die SPD-Fraktion aus der Mehrheitsgruppe, Frau Flohr bitte. Simone Flohr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren, in den Anträgen der Mehrheitsgruppe haben wir uns im Bereich der KinderJugend- und Familienförderung im Wesentlichen auf die Fortführung wichtiger langjähriger Projekte begrenzt. Hier sind zu nennen der Job-Club, das Budget für den Runden Tisch Kinderarmut, die Jugendwerkstatt Alfeld, das Schulstarterpaket et cetera.

Auf zwei unserer Anträge möchte ich aber hier noch mal genauer eingehen. Das eine ist der Antrag zur JBA. Die Einrichtung einer JBA war bereits ein Antrag aus der Mehrheitsgruppe der letzten Legislaturperiode. Die Einrichtung an der WalterGropius-

Schule war stets als eine vorübergehende Lösung anzusehen. Um hierfür eine nachhaltige Lösung zu finden, gab es in den letzten Monaten mehrere Gespräche. Klar war uns, dass eine JBA des Landkreises auch für alle Kinder im Landkreis und alle Jugendlichen im Landkreis zugänglich sein muss und die Umsetzung und dass dauerhafte Angebot ohne finanzielle Rahmenbedingungen nicht möglich sind. In der heutigen Sitzung gibt es daher zwei Anträge der Mehrheitsgruppe, der eine im haushalterischen Bereich und dann der TOP 14. Wir stellen künftig 25.000 Euro jährlich zur Verfügung und beauftragen die Verwaltung, sich in der Lenkungsgruppe dafür einzusetzen, die JBA in der Berufsagentur oberhalb des Berufsinformationszentrums einzurichten.

Das war der eine Antrag und dann haben wir einen anderen Antrag, der nennt sich Förderung regionales Präventionskonzept gegen Kinderarmut. Das ist ein Antrag, der aus den Erkenntnissen und aus der Erfahrung der letzten Sozialraumkonferenz entstanden ist. Die Sozialraumkonferenz — hat sich herausgestellt — ist effektives Instrument, um Kommunen in die Lage zu versetzen, das Thema Kinderarmut inhaltlich in den Kommunen zu bearbeiten und zu verankern und Konzepte dafür zu entwickeln, die dann mit Landes- und Bundesförderprogrammen realisiert werden können. Somit ist es konsequent, dass der Landkreis eine Co-Finanzierung hierbei ermöglicht. Ich danke Ihnen für's Zuhören.

Vorsitzender:

Frau Bertram ist dran für die CDU-Fraktion.

Ute Bertram:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Susanne, du hast gesagt ins Handeln kommen und den Satz greife ich gerne mal auf und zwar wollen wir das Wohnraum-Aktivierungskonzept vorstellen. Wir haben uns also sehr gefreut, dass diese Idee auch auf eine große Mehrheit wahrscheinlich hier auch treffen wird und dass wir gemeinsam ein Konzept entwickelt haben.

Worum geht es? Es geht darum, dass wir Wohnraum schaffen wollen von Eigentümern, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Wohnungen nicht zur Verfügung stellen. Und wir hoffen, dass wir mit gewissen Anreizen dort helfen können, damit Menschen, die also wenig Geld haben, die also auf jeden Fall auch ausnahmslos einen Wohnberechtigungsschein vorlegen müssen, diese Wohnung sich mieten können. Wir haben dazu ein Konzept aufgestellt, auch mit Mitwirkung der Verwaltung, aber auch unter Ideengabe von der KWG und das hat eine Weile gedauert, denn wir haben es ja schon im letzten Jahr auf den Weg gebracht, 750.000 Euro wollten wir in den Haushalt einstellen, das ist in diesem Jahr noch nicht abgeflossen worden, darum wollen wir diese Haushaltsmittel auch in das nächste Jahr 2025 übertragen, das ist eben ein Teil des Antrags und das andere ist eben, dass die Förderrichtlinie, die damit dranhängt, auch mit beschlossen wird. Wir werden da keine Schönheitsreparaturen vornehmen, darum geht es eben nicht. Es geht ganz klar um eine Bedingung dabei, also Eigentümer werden hier nicht irgendwie besser gestellt mit Steuergeld für ihre Wohnung, die also hübsch zu machen und sie dann entsprechend teuer zu vermieten, sondern wir [knüpfen] da eine Bedingung dran. Wir

wissen nicht genau, was dabei rauskommt, aber wir glauben, dass es ein Versuch wert ist, hier Wohnraum zu generieren, weil wir genau wissen, dass ja viele Menschen auch auf der Suche sind nach bezahlbarem Wohnraum. Und wenn wir das als Kommune oder im Landkreis mit den anderen Kommunen nicht darstellen können, dann ist es letztlich auch etwas, was uns von der Kostenseite auf die Füße fällt. Also wir glauben, dass man damit gut investiertes Geld hat, um auch diesen Wirtschaftsbereich hier anzukurbeln und möglichst viele Eigentümer anzusprechen, diesem Konzept oder dieser Förderrichtlinie zu folgen und dass wir sie vielleicht darauf auch ansprechen können und dass sie Interesse haben. Ich kann nur sagen, aus meiner Stadt in Alfeld bin ich schon zweimal angesprochen worden, ob denn nun diese Förderung langsam losgeht, weil er hat nämlich so eine Wohnung und ich würde mich eben freuen, wenn wir da möglichst viele Anträge haben. Und wenn der Topf leer ist, dann ist er leer, also mehr wird es auf keinen Fall geben. Wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Direkt dazu oder als Richtigstellung? Dann bitte.

Claas Ebert:

Ich möchte nur kurz aus dem Antrag mit seiner Anlage zitieren: Der

Baukostenzuschuss wird insbesondere gewährt für Schönheitsreparaturen. Danke schön.

Vorsitzender:

Okay, das war eine Richtigstellung, ich hab's gesehen, Frau Brede. Dazu? Bitte.

Christel Brede:

Vielen Dank, das geht ganz schnell. Ute, ich bin total begeistert, dass du unsere Idee so toll mit hier vorträgst und dass Ihr mitgegangen seid. Super,

Vorsitzender:

Ich bitte in Zukunft darauf zu achten, wenn man eine Frage hat oder wenn man etwas richtigstellt, also das fand ich jetzt weniger sinnvoll. Als nächste Rednerin die stellvertretende Landrätin Frau Waltraud Friedemann- Bitte schön Waltraud Friedemann:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, ich möchte aus der Sicht der Mehrheitsgruppe noch mal den Blick lenken auf unseren Antrag zur Bezuschussung der Musikschulen Alfeld und Elze. Wir haben ja im Laufe dieses Jahres schon über die Situation der Musikschule Hildesheim gesprochen, aber es ist auch so, dass unsere Kinder im ländlichen Bereich dann auch diese Bildung, dieses Angebot erfahren sollen, denn wir wissen ja alle, dass kulturelle Bildung insgesamt auch dazu beiträgt, dass Kinder sich wohler fühlen, dass sie ihre Freizeit entsprechend gestalten können, dass sie

Freundschaften schließen und all die Dinge. Es ist für uns nicht nur das Angebot des Musiklernens als solches, ein Instrument lernen als solches, sondern eben auch die Dinge, die noch nebenher entstehen, automatisch, und deshalb ist das für die Kinder auch in der Fläche des Landkreises wichtig, dass sie auch diese Angebote erhalten, relativ gut erreichbar. Wir wissen ja, ÖPNV ist ein großes Problem, was wir hier haben,

und deshalb ist es mir wichtig, dass gerade auch diese Kinder dann in den Genuss kommen, diese Angebote der Musikschulen Alfeld und Elze wahrnehmen zu können. Letztlich ist das auch noch mal eine Frage dessen, der Gleichbehandlung der gleichen Werte, Wertschätzung in der gesamten Fläche des Landkreises, und wenn Sie dem zustimmen würden, würden wir uns sehr freuen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Ich habe akut keine weiteren Redebeiträge. Jetzt laufen Sie ein, Herr Dr. Bruns, für die CDU-Fraktion, bitte.

Dr. Thomas Bruns:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, nur eine Anmerkung. Ich hatte ja schon mal gefragt, wie viel Geld für Zinsen sind in diesem Haushalt enthalten? Wir haben eine schwierige Haushaltslage, viele Millionen Schulden und dann hör ich hier Fehlbedarf im Haushalt und Schuldenbremse, die für die Gemeinden und für uns im Landkreis nicht gilt. Aber warum müssen wir dann überall uns rechtfertigen? Wir von der Gemeinde hier beim Landkreis, der Landkreis in Hannover, warum müssen wir uns rechtfertigen, dass wir einen Haushalt aufstellen mit Schulden. Denn wenn wir zu viel Schulden machen, dann kommen wir unter eine Zwangsverwaltung und dann regiert Hannover über uns und wir dürfen nur noch unsere Pflichtaufgaben tun, dann machen wir nämlich gar nichts mehr außer Pflichtveranstaltung hier. Und dann können wir nicht mehr ein bisschen hier und da und da Geld verteilen. Also das gebe ich mal zur Anmerkung, denn ich möchte wissen, wie viel Geld für Zinsen wir in diesem Haushalt haben. Danke.

Vorsitzender:

Konkrete Frage, konkrete Antwort. Klaus Rosemann hat das Wort.

Klaus Rosemann:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es sind etwa 8,6 Millionen an Zinsleistungen, die wir für investive Kredite ausgeben müssen.

Vorsitzender:

Ich frage noch mal explizit nach: Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann werden wir jetzt wie folgt vorgehen. Wir fangen an unter dem Tagesordnungspunkt 11 mit dem Punkt 11.2, weil wir da den Gesamthaushalt und den Stellenplan zum Abschluss abstimmen werden. Also 1 1.2 ist der Antrag 744 der CDU-Fraktion. Wird noch mal das Wort des Antragstellers gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Ich sag es jetzt mal bewusst: Zustimmung von der CDU, der FDP, der Unabhängigen sowie von Vernunft und Gerechtigkeit. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 12.1, das ist der Antrag 688, Antrag der Gruppe. Wird dazu das Wort des Antragstellers gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe so genehmigt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 12.1.1, das ist der Antrag 732, Antrag der

Unionsfraktion. Wird hierzu das Wort des Antragstellers gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit von der Gruppe und der CDU genehmigt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 12.2.1, das ist der Antrag 705 der Gruppe.

Wird hierzu das Wort gewünscht? Es ist schwierig, jetzt noch mal in den Unterpunkten zu gucken. Wenn Sie jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen, dass der zuerst abgestimmt wird, dann — wir machen das jetzt einfach so. Also. Dann rufe ich auf zunächst den Tagesordnungspunkt 12.2.2, das ist der Antrag 733, Antrag der CDU-Fraktion. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich abgelehnt.

Dann springen wir zurück auf Tagesordnungspunkt 12.2.1 , Antrag 705, Antrag der Gruppe. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mit Stimmen der Gruppe genehmigt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 12.3, das ist der Antrag 709, Antrag der Gruppe. Wird dazu das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Nur mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe genehmigt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 12.4, das ist der Antrag 713, Antrag der FDP und der Unabhängigen. Wird vom Antragsteller das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe abgelehnt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 13, hier explizit zum Tagesordnungspunkt 13.1, das ist der Antrag 661, Antrag der Gruppe. Ich gehe davon aus, es wird nicht das Wort gewünscht? Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich? Drei

Enthaltungen. Wer ist dagegen? Also gut, aber trotzdem mehrheitlich genehmigt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 13.2, das ist der Antrag 667, Antrag der Gruppe bezüglich Fachkräftesicherung und Management. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Bei ein paar Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.3, das ist der Antrag 678 der Gruppe, und es gibt den Tagesordnungspunkt 13.3.1, Antrag der AfD-Fraktion. Ich weiß jetzt ehrlich gesagt nicht, wer der weitergehende ist. Also dann sprechen wir zuerst über den Antrag der AfD-Fraktion, Antrag 742. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich abgelehnt.

Wir springen zurück auf den Tagesordnungspunkt 13.3, Antrag der Gruppe, Antrag 678. Wer ist dafür? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Mehrheitlich bei ein paar Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.4, aber der ist ersetzt durch 13.4.1, dann haben wir aber noch wahrscheinlich den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion 13.4.2, über den lasse ich zuerst abstimmen, das ist der Antrag 734. Wer dem Antrag der Unionsfraktion folgen möge, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei ein paar Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir springen zurück auf Tagesordnungspunkt 13.4.1, der Antrag 683, Antrag der Gruppe. Wer ist dafür? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Also bei ein paar Gegenstimmen mehrheitlich genehmigt.

Jetzt haben wir Tagesordnungspunkt 13.5, da haben wir jetzt wiederum 13.5.1 und 13.5.2. Wir fangen wir an mit dem Antrag der AfD-Fraktion, das ist der Antrag 741. Wird das Wort gewünscht? Nein. Wer ist für diesen Antrag? Drei Ja-Stimmen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 13.5.1, Antrag der Gruppe und der CDU-Fraktion, Antrag 737. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt sind wir beim Tagesordnungspunkt 13.6, Antrag der Gruppe bezüglich Controlling im Dezernat 4 und 5, das ist der Antrag 660. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Ein paar Zustimmungen. Wer ist dagegen? Ein bunter Mix. Wer enthält sich? Das ist jetzt mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.7, das ist der Antrag 644, Antrag der Gruppe bezüglich Sozialfonds. Wird das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Eine breite Mehrheit. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei einer Gegenstimme und ein paar Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Dann Punkt 13.8, der ist zurückgezogen, dafür Tagesordnungspunkt 13.8.1 , Antrag der Gruppe, Antrag 647 bezüglich Gesundheitsregion. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 13.9 ist der Antrag 663 der Gruppe bezüglich Mobbing und Präventionsetat. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Die Gruppe und einer von den Unabhängigen. Wer ist dagegen? CDU, AfD und der Rest der Operation wahrscheinlich. Wer enthält sich? Einmal die FDP enthält sich, aber mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.10, Assistenzleistung, Antrag der Gruppe, das ist der Antrag 658. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Mehrheitsgruppe und AfD ist dafür. Wer ist dagegen? CDU, Herr Bosse-Arbogast und die Vernunft. Wer enthält sich? Die restlichen sozusagen. Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.11 und 13.11.1, da geht es um das Frauenhaus, zunächst der Antrag der CDU-Fraktion, das ist der Antrag 735. Wird das Wort noch gewünscht? Nein. Wer ist für diesen Antrag der Unionsfraktion? Die CDU und die Vernunft. Wer ist dagegen? Mehrheitsgruppe und AfD. Wer enthält sich? Der Rest, demzufolge mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 13.11, Antrag 662, das ist der Antrag der Gruppe zum Frauenhaus. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Auch ein buntes Potpourri, Einzelabgeordnete, AfD und die Mehrheitsgruppe. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Der Rest enthält sich.

Tagesordnungspunkt 13.12 haben wir fast zurückgezogen, aber nicht 13.12.2. Das ist nämlich der Antrag der Unabhängigen und der FDP. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Die Antragsteller mit Herrn Bosse-Arbogast. Wer ist dagegen? Fast der Rest. Und wer enthält sich? Die Vernunft. Gut. [Gelächter und Zwischenrufe] Wenn ich sage die Gerechtigkeit, das ist ja auch irgendwie komisch. Wir gehen jetzt weiter.

Tagesordnungspunkt 13.13, Antrag 666, Antrag der Gruppe bezüglich Richtlinie biologische Vielfalt. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Eine breite Mehrheit, sehe ich. Wer ist dagegen? AfD und ein paar Unabhängige. Wer enthält sich? Der Rest. Damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.14, Antrag der Gruppe, Klimabündnis, der Antrag 664. Wort wird nicht gewünscht. Wer ist dafür? Breite Gruppe aus Mehrheitsgruppe und CDU. Wer ist dagegen? Die AfD. Wer enthält sich? Mal wieder der Rest aus FDP, Unabhängige, Bosse-Arbogast und der Vernunft und Gerechtigkeit.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.15, Antrag der Gruppe, Antrag 665, hier geht es um das Monitoring, Maßnahmen Klimaschutzkonzept. Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Nur mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe genehmigt. Und Frau Wucherpfennig, da war der Finger nicht so hoch.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.16, Antrag der Gruppe, Antrag 668, Straßen- und Alleenbaum-Kataster. Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Mit der Vernunft und der Mehrheitsgruppe. Wer ist dagegen? Komplette der Rest. Wer enthält sich? Niemand, also mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.17, Musikschule Hildesheim, Antrag der Gruppe, Antrag 673. Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Auch wieder Mehrheitsgruppe mit Frau Wucherpfennig. Wer ist dagegen? Die AfD und Herr Bosse-Arbogast, ein paar von der CDU. Wer enthält sich? Der Rest. Damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.18, Bezuschussung der Musikschulen in Alfeld und Elze, Antrag der Gruppe, Antrag 679. Wird das Wort gewünscht vom Antragsteller? Das ist nicht der Fall. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Trotz der Stimmen der AfD und Herrn Bosse-Arbogast mehrheitlich genehmigt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.19, Kunst- und Kulturpreis, Antrag der Gruppe, Antrag 670. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.20, Überprüfung bilateraler Verträge, Antrag der Gruppe, Antrag 659. Der weitergehende scheint mir der Antrag 718 der FDP und der Unabhängigen zu sein unter 13.20.1, den würde ich zuerst abstimmen [lassen]. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Auch ein bunter Mix, mehrheitlich abgelehnt. Dann aber der Antrag der Gruppe zu dem Tagesordnungspunkt 13.20, Antrag 659. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Mehrheitlich zugestimmt.

Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 13.21, Katastrophenschutz, Antrag der Gruppe, Antrag 671. Wird das Wort vom Antragsteller gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Breite Mehrheit. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13.22, DLRG Trockentauchanzüge, Antrag der Gruppe, Antrag 675. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei zwei Enthaltungen so genehmigt.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 13.23, Investitionskostenzuschuss für das Tierheim, dazu haben wir zwei Anträge vorliegen. Wir fangen in gewohnter Manier mit

dem CDU-Antrag 724 an. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag der Unionsfraktion? Vernunft, CDU und AfD. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich abgelehnt.

Dann haben wir den Antrag der Gruppe, Antrag 627. Wird dazu das Wort gewünscht? Nein. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei ein paar Enthaltungen ist er mehrheitlich so genehmigt.

Dann geht es weiter, Tagesordnungspunkt 13.24, Jugendwerkstatt Alfeld, Antrag der Gruppe, Antrag 655. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Auch wieder ein bunter Mix. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei ein paar Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 13.25, Runder Tisch Kinderarmut, Antrag der Gruppe, Antrag 656. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Die AfD ist dagegen. Wer enthält sich? Die Unabhängigen, die FDP und Herr Bosse-Arbogast. Also mehrheitlich zugestimmt.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 13.26, Präventionskonzept gegen Kinderarmut, Antrag der Gruppe, Antrag 651. Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt 13.27, Job-Club, Antrag der Gruppe, Antrag 653. Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt 13.28, Elternzentrierte Sprachförderung, Antrag der Gruppe, Antrag 650. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Mehrheitsgruppe und CDU. Wer ist dagegen? Einmal eine CDU und einmal die Vernunft. Wer enthält sich? Der Rest. Mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt 13.29, Schul-Starterpaket, Antrag der Gruppe, Antrag 654. Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich? Die Unabhängigen und die FDP. Wer ist dagegen? Niemand. Damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13.30, Weiterentwicklung der JugendBerufsagentur, Antrag der Gruppe, Antrag 652. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Mehrheitsgruppe, Vernunft, CDU und einmal Unabhängige. Wer ist dagegen? Die AfD. Wer enthält sich? Die FDP und Herr Bosse-Arbogast und die beiden restlichen Unabhängigen. Damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13.31, Betriebsgesellschaft, Antrag vom Abgeordneten Bosse-Arbogast, Antrag 712. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? 5 Ja-Stimmen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei drei Enthaltungen der AfD mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 13.32, Klimaschutzagentur, Antrag vom Abgeordneten Bosse-Arbogast, Antrag 711. Wird dazu noch einmal das Wort gewünscht? Nein. Wer ist für diesen Antrag? Herr Bosse-Arbogast mit der AfD und der Vernunft. Wer ist dagegen? Der zweite Vernunft, die Mehrheitsgruppe und CDU. Wer enthält sich? Die FDP und die Unabhängigen. Also mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 13.33, Ausschüttung von Dividenden der KWG und Sparkasse Hildesheim, Antrag der Unabhängigen, der FDP mit Herrn Bosse-Arbogast, Antrag 714. Wird dazu noch einmal das Wort gewünscht? Nein. Wer ist für diesen Antrag? Die Antragsteller mit der AfD und der Vernunft. Wer ist dagegen? Die Mehrheitsgruppe. Wer enthält sich? Die CDU-Fraktion, damit mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 13.34, Ausstehende Beschlüsse der Jahresabschlüsse, wiederum vom Dreierbündnis Unabhängige, FDP und dem KTA Bosse-Arbogast, Antrag 715. Dazu wird das Wort nicht gewünscht. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Einstimmigkeit, herzlichen Glückwunsch an die Antragsteller.

Tagesordnungspunkt 13.35, Überprüfung der Kreditermächtigung, wiederum vom Dreierbündnis, Antrag 717. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Vernunft zumindest einmal und die Mehrheitsgruppe lehnt es ab, demzufolge ist es abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13.36, Haushaltsprodukte, Antrag der Unionsfraktion, Antrag 720. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? Die Union mit der Vernunft. Wer ist dagegen? Mehrheitsgruppe und einmal Unabhängige. Wer enthält sich? Der Rest. Damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13.37, Pflege, Antrag der Unionsfraktion, Antrag 722. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für diesen Antrag? Die Vernunft und die CDU. Wer ist dagegen? Mehrheitsgruppe, FDP und Die Unabhängigen. Wer enthält sich? Herr Bosse-Arbogast und die AfD. Mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 13.38, Schlüsselzuweisung, Antrag der CDU-Fraktion, Antrag 723. Wird dazu noch einmal das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Herr Bosse-Arbogast mit der CDU. Gegenstimmen? Mehrheitsgruppe, AfD, FDP und Unabhängige. Wer enthält sich? Das ist die Vernunft. Wunderbar. Damit mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 13.39, Umwelt, Antrag der CDU-Fraktion, Antrag 725. Herr Prior darf zu jedem CDU-Antrag zwei Minuten reden, bitte schön.

Friedhelm Prior:

Ja Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns mit der Gruppe über den Beschlussvorschlag unterhalten. Es ging um die Frage, dass ja noch geklärt werden müsste, was der Inhalt eines solchen wesentlichen Produktes wäre. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir uns verständigen können, wenn der Beschlussvorschlag wie folgt lauten würde: In den Haushaltsplan 2025 werden zwei wesentliche Produkte aufgenommen. A) Klimaschutz und B) Umwelt und Naturschutz. Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender:

Ich kann mitteilen, dass das schriftlich schon der Kreisverwaltung vorliegt, also die Regularien sind eingehalten worden. Wer so, wie von Herrn Prior vorgeschlagen, seine Zustimmung erteilen möge, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Bei Stimmen der AfD mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 13.40 und 13.40.1, sehen Sie es mir nach, dass ich jetzt nicht weiß, welcher der weitergehende ist, aber aus Erinnerung weiß ich, die CDU will, glaube ich, 2 Prozent Globale Minderausgabe und das Dreierbündnis schlägt eine reduziertere vor, demzufolge gehe ich zunächst auf den CDU-Antrag, Antrag 727. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer für den Antrag der Unionsfraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. Die CDU und einmal die Vernunft. Wer ist dagegen? Mehrheitsgruppe und einmal Die Unabhängige. Wer enthält sich? Der Rest. Damit mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag des Dreierbündnis, Unabhängige, FDP und KTA Bosse-Arbogast. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag 730 ist, den bitte ich um das Handzeichen. Hier haben wir die Antragsteller. Wer ist dagegen? Die Mehrheitsgruppe und die Vernunft. Wer enthält sich? Die AfD und die CDU. Damit mehrheitlich abgelehnt.

Dann sind wir bei Tagesordnungspunkt 13.41, Hilfe zur Erziehung, Antrag Unionsfraktion, Antrag 728. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? Die CDU und die Vernunft. Wer ist dagegen? Die Mehrheitsgruppe, FDP und ein bisschen Unabhängige. Wer enthält sich? Herr Bosse-Arbogast und ein paar Unabhängige. Damit mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 13.42, Änderungsantrag zum Haushalt, Schaffung der voraussetzungseffizienten Erfüllung von Pflichtaufgaben, Antrag der AfD-Fraktion, Antrag 740. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag der AfD ist, den bitte ich um das Handzeichen. Drei. Wer ist dagegen? Scheint mir der Rest. Wer enthält sich? Bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zurück zum Tagesordnungspunkt 12, Stellenplan, den Stellenplan als

Ganzes, Vorlage 741. Wer für die Vorlage Stellenplan ist, den bitte ich um das Handzeichen. Die Mehrheitsgruppe. Wer ist dagegen? CDU-Fraktion und ein paar von den anderen Oppositionsparteien. Wer enthält sich? Die Vernunft und Gerechtigkeit enthält sich. Damit ist der Stellenplan mehrheitlich genehmigt.

Ich komme zurück zum Tagesordnungspunkt 11, das eine ist eine Informationsvorlage, wir müssen über die 824 abstimmen, über den Haushalt als Gänze einschließlich Haushaltsplan und Investitionsprogramm und mittelfristiger Ergebnis Finanzplanung, Haushaltssicherungskonzept et cetera. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Ich darf mich bei euch allen für die sehr konstruktive Diskussion um den Haushalt bedanken. Glaubt mir, das war als Finanzausschussvorsitzender schwierig, nicht zum Haushalt zu reden, aber das war eine gewisse Disziplin.

Bevor wir gleich in die Pause gehen, darf ich dem Landrat das Wort geben und bitte Sie alle, dem zu lauschen.

Landrat Bernd Lynack:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will jetzt dem nicht öffentlichen Teil nicht vorgreifen, da müssen wir noch einen Beschluss fassen, aber ich glaube, wir sind uns einig darüber, und darüber haben schon Etliche gesprochen, Klaus, da musst du jetzt durch, das war dein letzter Haushalt, das ist deine letzte Kreistagssitzung. Im Namen der Verwaltung werde ich das noch einmal an anderer Stelle tun, aber ich denke auch im Namen des Kreistages — und das ist in mehreren Reden deutlich geworden — ich glaube, du hast dir den großen Respekt des ganzen Hauses, der Verwaltung sowieso, erwiesen, warst stets ein kompetenter Ansprechpartner, immer wenn es um die Zahlen gegangen ist, und vor allem du hast es nicht dogmatisch vor dir hergetragen, sondern du bist pragmatisch an die Dinge herangegangen. Ich werde dich sehr vermissen. Trotzdem für den Ruhestand wünsche ich dir ganz, ganz viel Ruhe ohne Langeweile, ganz viel Zeit für das, was du dir vorgenommen hast und wenn du vielleicht mal irgendwas als Jucken zwischen Daumen und Zeigefinger verspürst, ich glaube, für Beratungen diesem Gremium gegenüber bist du hier immer herzlich gern gesehen. Schön, dass du bei uns warst. Danke Klaus.

Marc Ehrig:

Lieber Klaus, ich will mich als Ausschussvorsitzenden den Worten von unserem Landrat anschließen. Du hast unseren Ausschuss über Jahrzehnte hinweg gut begleitet. Du hast warst immer sachkundig und fachkundig und vor allen Dingen immer sachorientiert und sehr konstruktiv, immer der ruhige, der Besonnene und ich konnte dich ständig fragen, Du hattest immer eine gute Auskunft. Vielen Dank auch für die Unterstützung, als ich hier Finanzausschuss Vorsitzender gewesen bin. Vielen Dank für deine Arbeit als im Dezernat 1. Du wirst eine gewisse Lücke reißen, das ist klar. Wir werden dich vermissen. Und ich übergebe dir jetzt das Wort. Und wenn Klaus fertig ist, machen wir eine Pause. Bis 20 nach 9.

Klaus Rosemann:

Ja, vielen Dank. Meine Damen und Herren, das ist die letzte Sitzung im Kreistag. Ich habe zwar im Januar noch einen Finanzausschuss, da werde ich noch mal all meine Kraft reinlegen, soweit es geht. Oder mich, die der Ruhestand, der mich erwartet, nicht etwas lähmt. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft ruhige, besonnene Beratungen. Und wirklich im gegenseitigem Vertrauen zwischen Verwaltung und Politik. Das habe ich wirklich vermisst. Das ist gebröckelt in den letzten Jahren. Das finde ich wirklich nicht gut, muss ich sagen. Das tut auch der Verwaltung nicht gut. Und letztlich auch Ihnen natürlich nicht, wenn Sie nicht den Eindruck haben, dass man wirklich zusammenarbeitet. Das wäre mein Wunsch für die Zukunft. Das wollte ich Ihnen ganz gerne noch mitgeben. Ansonsten machen Sie weiter, aber machen Sie es gut.

Marc Ehrig:

Wir setzen die Sitzung um 21:15 Uhr fort.

[Pause]

Marc Ehrig:

Da wird es auch mal ein bisschen Diskussion geben. Dann kann ich mal. So. Also wir machen jetzt einfach weiter, auch wenn noch nicht alle sitzen. Aber dann lasst uns fortfahren. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 14, das ist der Antrag 706 Antrag der Gruppe Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur JBA wird zu dem Tagesordnungspunkt Das Wort gewünscht. Ich sehe, dass es nicht der Fall war. Wer ist für diesen Antrag? Wer? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Bei Enthaltung der AfD mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 15 Vorlage 828 Wahl des Ausschusses der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter Wird hierzu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 16 und 16.1 müssen wir hier behandeln. Das ist die Vorlage 829-1 Beiräte in den Niedersächsischen Justizvollzugsanstalten wird hierzu das Wort gewünscht. Ich sehe, dass es nicht der Fall. Einstimmig genehmigt. Herzlichen Dank.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 17 Vorlage 830. Hier geht es rund um das Bockfeld. Wird hierzu das Wort gewünscht? Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Einstimmig genehmigt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 19 ist die Vorlage 805 Bewerbung des Landkreises Hildesheim für die Umsetzungsphase des Förderprogramms Aller.Land. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei ein paar Enthaltungen. Mehrheitlich genehmigt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 22, und jetzt übernimmt mein Stellvertreter Andreas Koschorrek.

Andreas Koschorrek:

So, dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 22 Tempo 30 vor den Kindergärten Hotteln und Groß Düngen. Wird dazu das Wort gewünscht? Herr Prior, bitte.

Friedhelm Prior:

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns schon mehrfach mit dieser Thematik Anordnung von Tempo 30 vor der Kindertagesstätte in Hotteln und in Groß Düngen [befasst], die anderen Einrichtungen erspare ich mir aufzuzählen.

Wir haben diesen Beschlussvorschlag umfassend rechtlich begründet und sind einvernehmlich zu der Auffassung gekommen, die Verwaltung zu bitten, dort die Geschwindigkeitsbeschränkung anzuordnen. Die Verwaltung hat rechtliche Bedenken vorgetragen, hat sich an die Landesbehörde, an die Regierung gewandt, und die Reaktion war, dass das Verkehrsministerium die Auffassung vertritt, dass nichts dagegen einzuwenden wäre, wenn der Beschluss zunächst nicht ausgeführt wird. Rein rechtlich ist es allerdings so, wenn Bedenken angemeldet werden, dass dann die Landesregierung, wenn es sich an den Fachminister richtet, eine Weisung erteilen muss, nämlich die, dieser Beschluss des Kreistages oder des

Kreisausschusses in diesem Fall darf nicht ausgeführt werden. Eine solche Weisung ist bisher nicht erfolgt.

Damit steht der Beschluss des Kreisausschusses im Raum, dass die Verwaltung, der Hauptverwaltungsbeamte diese Anordnung treffen muss, also die Schilder aufzustellen hat. Tut er das nicht, begeht er nach unserer Auffassung eine Dienstpflichtverletzung. Jetzt ist die Frage zu klären, wie geht es dann weiter. Bis jetzt geschieht also nichts und in der Zwischenzeit ist Folgendes passiert: Es ist die Straßenverkehrsordnung geändert worden. In dem S 45 Abs. 9 ist zusätzlich aufgenommen worden in diesen Katalog, dass nicht nur vor Schulen und Kindergärten et cetera Tempo 30 angeordnet werden darf, sondern auch vor Spielplätzen. Das haben wir damals geltend gemacht und uns ist von der Verwaltung gesagt worden, Spielplätze stehen aber noch nicht im Katalog von S 45, jetzt stehen sie drin. Wenn die Geschwindigkeitsbeschränkung angeordnet wird vor Kindergärten, Krankenhäusern, Altenpflegeheimen et cetera, dann ist nach der Rechtsprechung auch in der Begründung des Gesetzes das nicht vor dem Eingang zu machen, also zehn Meter, sondern in einem Bereich von 300 Metern maximal ist dann die Geschwindigkeit zu reduzieren.

In Hotteln liegt der Spielplatz direkt neben der Kindertagesstätte. Wenn also vor einer dieser beiden Einrichtungen das Tempo 30 angeordnet würde, wären beide Einrichtungen automatisch erfasst. Das heißt die Rechtslage in Hoteln hat sich insofern geändert, dass jetzt ein zusätzlicher Punkt dafürspricht, dort die Geschwindigkeit auf 30 zu reduzieren. Die Argumentation der Verwaltung in der Vergangenheit war, dass ja der Eingang vom Kindergarten nicht direkt an der Straße liegt. Dagegen spricht schon die Rechtsprechung Verwaltungsgericht Stade, die sagen: Es reicht auch ein 70 Meter, das ist immer noch ausreichend. Aber selbst, wenn wir dieses Argument schlucken würden und sagen: Bitte, es liegt der Kindergarten nicht direkt an der Straße, dann trifft das für den Kinderspielplatz nicht zu, der liegt direkt an der Straße. Das heißt also, nach unserer derzeitigen Auffassung gibt es keine Gründe mehr, dort nicht Tempo 30 anzuordnen.

Wie geht es jetzt weiter? Wir können den Hauptverwaltungsbeamten bitten, jetzt nun den Beschluss auszuführen. Tut er das nicht, können wir eine Organklage anstrengen als Kreistag oder als Kreisausschuss in diesem Fall, das ist das betroffene Organ, was diese Anordnung ja ausgesprochen hat, und können schauen, ob dann das Verwaltungsgericht den Hauptverwaltungsbeamten zwingt, also uns Recht gibt, oder die andere Variante wäre die, dass sich der

Hauptverwaltungsbeamte darauf beruft, dass er ja diese Anordnung nicht treffen darf, weil die Landesregierung seine Auffassung stützt. Dann wäre es keine

Organklage, dann müssten wir dagegen klagen, dass die Landesregierung in unser

Recht auf kommunale Selbstverwaltung eingreift. Warum? Weil diese Weisungen der Landesregierung nur dann erfolgen sollen, wenn wir wirklich rechtlich absolut daneben liegen. In diesem Fall ist es aber so, wenn geklagt würde, dann würde gerichtlich nur untersucht, ob wir bei unserer Entscheidung, dort Tempo 30 anordnen zu wollen, unser Ermessen sachgerecht und vollständig ausgeübt haben. Bisher ist von keiner Seite vorgetragen worden, dass wir diese Ermessensausübung nicht sachgerecht oder vollständig ausgeübt haben. Das heißt bisher ist kein rechtlicher

Grund vorgetragen worden, warum der von uns gefasste Beschluss nicht ausgeführt werden sollte, rechtlich gesehen.

Also das sind die beiden Varianten. Deswegen schlagen wir vor, wie folgt zu verfahren, nämlich der Landrat wird gebeten, gemäß den Beschlüssen des Kreisausschusses vom 09.10.2023 und 20.11. zur Anordnung einer zulässigen

Höchstgeschwindigkeit von 30 a) vor der Ev. luth. Kindertagesstätte St. Dionys in Hotteln und b) der Kindertagesstätte und so weiter und so weiter in Groß Dungen die Geschwindigkeitsbeschränkung unverzüglich anzuordnen, wenn die Landesregierung dies bis Ende Januar nicht eindeutig durch eine Weisung untersagt. Das heißt auf gut Deutsch: Bitte, Verwaltung, frag noch mal nach, wird es da eine Weisung geben oder nicht. Und wenn dann die Landesregierung sagt: Es gibt keine Weisung, dann gibt es auch keinen Grund mehr, den Beschluss nicht auszuführen.

Variante B) für den Fall, dass eine solche Weisung erfolgt, wird der Landrat gebeten, von einer geeigneten Kanzlei prüfen zu lassen, mit welcher Klage und welcher Aussicht auf Erfolg die Umsetzung der oben angegebenen Beschlüsse gerichtlich durchgesetzt werden kann. Also das wäre der Fall, dass wir sagen: Die Landesregierung macht uns hier einen Strich durch die Rechnung, und dann könnten wir prüfen lassen, ob wir dagegen klagen und sagen: Das ist ein Eingriff in unser Recht auf kommunale Selbstverwaltung, das heißt uns soll ganz viel Freiheit gegeben werden, solche Entscheidungen zu treffen. Da wäre es natürlich zweckmäßig, vorher prüfen zu lassen, haben wir da eine Aussicht auf Erfolg oder nicht.

Und für den Fall, dass keine Weisung erfolgt und sich der Landrat weiterhin weigert, die oben angegebenen Beschlüsse auszuführen, soll durch eine Organklage geklärt werden, ob die Beschlüsse auszuführen sind. Auf die Begründung, die wir jetzt noch mal geliefert haben, muss ich nicht weiter eingehen, ich habe das vorher zusammengefasst gesagt. Ich meine, wir haben die Sachlage untersucht, sehr detailliert, sowohl in Groß Dungen als auch in Hotteln, es gibt keine Weisung. Die Rechtslage hat sich geändert. Zusätzlich kommt noch, dass wir dort Spielplätze haben, die direkt an der Straße liegen, das heißt materiell sind nach unserer

Auffassung die Voraussetzungen erfüllt, nach unserer Ermessensentscheidung auch sachgerecht gewesen. Andere können zu einem anderen Ergebnis kommen, dagegen ist nichts einzuwenden. Maßgebend ist nur, dass das zuständige Organ, und das war in diesem Fall der Kreisausschuss, seine ihm obliegende Aufgabe, nämlich dieses Ermessen auszuüben, sachgerecht getan hat. Und da habe ich bisher keinen Grund gehört, warum das nicht der Fall ist. Deswegen meinen wir, wäre es sachgerecht, wie folgt zu verfahren, und das sind wir auch der Bevölkerung schuldig, dass wir sagen, diese Beschlusslage muss nun ausgeführt werden, es sei denn, die Landesregierung sagt: Nein, wir lehnen das ab. Ich wäre dankbar, wenn Sie diesem Beschlussvorschlag zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Stv. Vorsitzender:

Als nächstes Herr Hauk für die SPD-Fraktion bitte.

Martin Hauk:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, Herr Prior, die Sachlage haben Sie richtig beschrieben, dass wir da diese Anträge gestellt haben und so weiter, nur leider machen Sie jetzt mit diesem neuen Beschluss, den Sie eingereicht haben, den zweiten Schritt vor dem ersten.

Wir haben einen Antrag, nämlich die Antragsnummer 613 aus diesem Jahr, da haben wir einen gemeinsamen Antrag gestellt, in dem wir die Verwaltung beauftragt haben, mit den Änderungen der StVO erneut eine Prüfung vorzunehmen, und zwar aller Kindertagesstätten und sie soll bitte mit der Kindertagesstätte oder mit dem Objekt in Hotteln und in Groß Dungen beginnen. Das haben wir entsprechend beschlossen. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung mit Hochdruck daran arbeitet. Daher können wir diesem Antrag momentan nicht zustimmen, weil das läuft ja gerade noch, diese erneute Prüfung. Aber in diesem Zusammenhang würde ich mich freuen, wenn die Verwaltung uns vielleicht bis zum nächsten Ausschuss dann auch da ein Ergebnis liefern kann. Danke schön.

Stv. Vorsitzender:

Als nächstes Herr Sturm für Vernunft und Gerechtigkeit, bitte.

Joachim Sturm:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann das nicht nachvollziehen, wirklich nicht. Ich bin ja aus Bad Salzdetfurth, wer mit den Leuten in Groß Dungen spricht, wer mit der Bürgermeisterin spricht, da wird jetzt Geld gesammelt für eine Klage! Und dann frage ich mich natürlich: Was soll das denn werden? Wo laufen wir denn da eigentlich drauf hinaus, wenn Schilder, wo jeder einfach fragt, warum stehen die eigentlich noch nicht da? Ich meine einfach mal, und es wäre natürlich schön, wenn wir heute Abend hier eine Regelung finden könnten, dass [ich] einfach nach Bad Salzdetfurth nach Hause gehen kann und den Leuten in Hotteln und Groß Dungen sagen kann: Ja, wir haben es wirklich verstanden, wir haben es wirklich nach einem halben Jahr verstanden, und wir sehen es auch wirklich ein und es kommt jetzt auch und wir werden es auch kurzfristig umsetzen.

Aber dieses irgendwo, damit kann man keinen mehr abholen. Und es macht die Menschen dort einfach politikmüde. Und böse, also das kommt noch mit dazu. Und ich glaube einfach mal, wir sollten dieses Signal von hieraus senden und sagen: So, okay, wir haben es jetzt wirklich verstanden. Danke schön.

Stv. Vorsitzender:

Als nächstes habe ich Herrn Stuke für Die Unabhängigen.

Josef Stuke:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben ja den Antrag gemeinsam mit der CDU und der FDP-Fraktion gestellt. Ich kann mich den Worten von Herrn Sturm nur anschließen. Wir haben das hier einstimmig beschlossen, haben unseren Willen ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass wir dort diese Geschwindigkeitsreduzierung veranlasst sehen wollen. Dass das bisher noch nicht umgesetzt worden ist, so lange dauert und so viel

Beratung erfordert, das kann man keinem erklären. Deswegen sollten wir das heute Abend hier so beschließen, um endlich man gegenüber den Bürgerinnen und Bürger klar zu machen, wofür wir stehen. Danke schön.

Stv. Vorsitzender:

Jetzt habe ich hier noch stehen Katy Renner-Köhne, dann Dr. Bruns und Friedhelm Prior kann das Schlusswort sprechen. Katy Renner-Köhne bitte.

Katy Renner-Köhne:

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich muss noch mal auf dich zurückkommen, Martin, du sagst, wir haben den Auftrag erteilt, das noch mal zu prüfen. Wir haben es aber schon x-mal im Ausschuss beraten, x-mal, und wir haben auch x-mal von der Verwaltung gehört, dass sich an der Auffassung nichts ändert. Und ich glaube, daran wird sich auch weiterhin nichts ändern. Und wenn wir das jetzt hier nicht beschließen, dann geht das nie durch. Da kann ich mir auch nur anschließen, das erzeugt Politikmüdigkeit, leider.

Stv. Vorsitzender:

Dann als nächstes Herr Dr. Bruns bitte.

Dr. Thomas Bruns:

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Landrat, dazu auch nur eine Anmerkung von mir. Ich wohne fast im Landkreis Peine, und wer da durch den Landkreis fährt, sieht an jeder Ecke ein 30-km-Schild, vor Altersheimen und vor Kitas. Vor Altersheimen ist es nicht eingeschränkt, und vor Kitas ist es in den Öffnungszeiten 6 — 17 Uhr oder 6 — 14 Uhr, je nachdem, wie die Kita auf hat, eingeschränkt, aber ich glaub, die machen keine, die fackeln nicht lange. Vor jedem Ding steht da ein 30 Schild. Wer durch und ich weiß nicht, ob die auch so lange diskutieren? Überall. Vielen Dank.

Stv. Vorsitzender:

So jetzt frage ich erst mal: Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Prior, das habe ich gesehen, das Schlusswort gleich. Möchte die Verwaltung dazu etwas sagen? Dann Frau Wißmann bitte.

Evelin Wißmann:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, ich weiß zwar nicht, ob das was bringt, aber ich kann es ja noch mal probieren. Wir haben tatsächlich die Auffassung, dass ein Tempo 30 vor den Kindergärten rechtlich nicht zulässig ist. Diese Ansicht teilen Sie nicht. Das Ministerium teilt sie. Das hat das Ministerium — ich möchte noch mal daran erinnern — uns auch schon in einem Schreiben mitgeteilt. Wir haben mehrfach im Ausschuss darauf hingewiesen. Dass es jetzt eine andere Situation gibt in Bezug auf die Spielplätze, das wissen wir. Es gibt aber noch keine Ausführungsbestimmung zu den Spielplätzen. Also sind wir hin, haben uns den Spielplatz angeschaut und haben unter dem Kriterium, das für Kindergärten gilt, nämlich direkter Zugang zur Straße, hilfsweise analog, weil andere Kriterien gibt es noch gar nicht und es ist auch noch nicht anvisiert, wann die kommen, unter diesem Kriterium haben wir uns diesen konkreten Spielplatz angeschaut. Und dieser Spielplatz hat keinen direkten Zugang zur Straße und er ist auch komplett eingezäunt, so dass wir — ich sag es mal so — mit diesen vorgezogenen Hilfskriterium auf jeden Fall nicht dazu

kommen, dass wir dann vor diesem Spielplatz Tempo 30 anordnen und dann in Folge auch nicht am Kindergarten. Und Herr Sturm, noch mal zu Ihnen, wir würden das ja auch durchaus machen, wenn wir meinen, die Rechtslage lässt es zu. Und noch mal: Das Ministerium hat uns bestätigt derzeit in unserer Rechtsauffassung. Wenn sich da die Rahmenbedingungen ändern, werden wir dem gerne Genüge tun. Ich bitte auch um Verständnis, dass — wir sind nun mal Verwaltung und sind an Recht und Gesetz gebunden und wenn es dann noch bestätigt ist, dann kann man jetzt schwerlich sagen: Wir machen jetzt aber durch Mehrheitsentscheidungen mal was anderes.

Stv. Vorsitzender:

So, dann habe ich jetzt noch eine Wortmeldung auf meinem Zettel, Herr Prior, du darfst das Schlusswort sprechen.

Friedhelm Prior:

Ich bitte um Nachsicht, wenn ich dazu noch mal was sage. Frau Wißmann, wir haben natürlich höchsten Respekt vor jeder Auffassung. Ich bitte darum, dass Sie auch höchsten Respekt haben vor denjenigen, die das zu entscheiden haben, nicht Sie! Sondern zu entscheiden hat das der Kreisausschuss. Das ist das vom Gesetz vorgesehene zuständige Organ, was darüber zu entscheiden hat. Nicht Sie! Und der Gesetzgeber und die Verfassung ist zu der Auffassung gekommen, dass wir dazu auch in der Lage sind! Und wir haben das begründet und gegen unsere Begründung ist in keiner Weise etwas von der Landesregierung vorgetragen worden. Wir sind nicht nur ans Gesetz gebunden, sondern auch ans Recht. Und das Recht wird bei uns geklärt durch die Gerichte. Und unser Gericht in Niedersachsen hat gesagt, dass es nicht darauf ankommt, dass der Eingang direkt an der Straße ist, sondern es reicht auch 70 Meter. Und das Gericht hat gesagt, es kommt auch nicht nur auf das Grundstück der Schule an, sondern auch auf den Bereich zwischen Schule und Straße. Es kommt darauf an, dass diejenigen, die eine Einrichtung aufsuchen oder wieder weggehen, mehrfach kommen, sich ein Pulk auflöst, dass man deswegen 300 Meter Raum gibt, damit sich das alles wieder entspannt und auflöst. Es muss also kein Zugang vom Spielplatz oder vom Kindergarten direkt an der Straße liegen, sondern 70 Meter. Also sagen wir, wenn das gerichtlich so entschieden worden ist, Verwaltungsgericht Stade haben wir in die Begründung reingeschrieben- Der Bundesrat hat in seiner Drucksache ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es einen Bereich von 300 Meter ist. Da können Sie gerne sagen: Das interessiert uns nicht, wir meinen, es muss der Eingang direkt an der Straße liegen. Bitte schön, können Sie ja gerne vertreten. Wir berufen uns auf die Begründung des Gesetzes, wir berufen uns auf die Aussage des Verwaltungsgerichts, und sagen: So und jetzt soll die Landesregierung bitte schön sagen: Nein, wir untersagen euch da. Gut, dann ist die Sache geklärt und dann können wir bitte gerne gerichtlich klären lassen, ob das Gericht sagt: Ja, wir sind auch der Auffassung, dass die Landesregierung Recht hat oder wir sind der Auffassung, die Ermessensentscheidung ist in Ordnung, die der Kreisausschuss hier getroffen hat, und dann muss das hier auch so umgesetzt werden.

SW. Vorsitzender:

Jetzt muss ich grad mal unterbrechen, Entschuldigung, Herr Preissner, Herr Hauk, Herr Schröter-Mallohn, wenn es etwas bilateral zu klären gibt, dann bitte draußen, aber nicht hier in ein allgemeines Gemurmel verfallen. Vielen Dank.

Friedhelm Prior:

Deswegen geht es um die folgende Frage, die wir hier grundsätzlich klären: Wir reden jetzt seit weit über einem Jahr darüber. Wir waren uns alle einig. Wir haben die Rechtsprechung berücksichtigt. Wir haben die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt. Und dieser Beschluss — und das müssen wir einfach als tatsächlich mal zur Kenntnis nehmen — dieser Beschluss ist nicht ausgeführt worden. Da dürfen wir doch wohl die Frage stellen: Wenn wir das beschlossen haben und der Beschluss ist nicht aufgehoben, warum wird er dann nicht ausgeführt? Müssen wir das hinnehmen? Wenn wir es nicht hinnehmen wollen, stellt sich die Frage: Was kann man dagegen tun? Und da können wir nur eins machen, noch mal die Verwaltung bitten, bei der Landesregierung nachzufragen: Bekommen wir nun eine Weisung, ja oder nein? Was spricht dagegen, das zu tun? Das steht in dem Beschlussvorschlag drin, Herr Hauk. Und wenn dann die Landesregierung sagt: Ja, wir weisen euch an, der Beschluss darf nicht ausgeführt werden, ist klar, dann müssen wir hier darüber beraten, ob es sinnvoll ist, dagegen prüfen zu lassen, ob wir da Klage einreichen oder nicht. Prüfen lassen, noch nicht klagen. Wenn aber die Landesregierung sagt: Ich erteile euch keine Weisung, ich untersage euch das nicht, und der Landrat sagt: Ich mache es jetzt aber trotzdem nicht, dann müssen wir doch eine Antwort darauf haben, dass wir sagen: Wenn wir es beschließen und du bekommst keine Weisung, was denn jetzt nun? Dann müssen wir sagen, dann müssen wir das gerichtlich klären lassen, ob der Hauptverwaltungsbeamte dann verpflichtet ist, den Beschluss auszuführen oder nicht. Da müssen wir uns ja nicht weiter darüber streiten, sondern wir können sagen, dann müssen wir das klären lassen. Ist ja nichts Schlimmes. Also ich meine, dass wir sagen, wir wollen noch mal die Gelegenheit geben, das zu prüfen, nur wir müssen ja dann auch darauf reagieren, wenn die Weisung kommt, wir lehnen das ab.

Stv. Vorsitzender:

Herr Prior, ich bin mit Ihrer Redezeit sehr großzügig.

Friedhelm Prior:

Ich bitte nochmals darum, unserer Vorlage zuzustimmen. Vielen Dank.

Stv. Vorsitzender:

Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, gibt es einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schröter-Mallohn. Dann würde ich vorschlagen, wir unterbrechen die Sitzung für fünf Minuten. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. So, fünf Minuten.

[Pause]

Stellvertretender Vorsitzender:

Ich darf dann einmal darum bitten, dass Sie die Plätze wieder einnehmen. Jetzt würde ich Herrn Schröter-Mallohn das Wort geben, um zu erfahren, was die Beratungen ergeben haben. Bitte,

Holger Schröter-Mallohn:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wir haben uns noch mal kurz versucht zu verständigen in dieser Frage der 30-km-Beschränkung vor den Kindergärten und sind gemeinsam — ich hab jetzt allerdings nicht mit der FDP und mit den Unabhängigen gesprochen, da müsst ihr was zu sagen, wenn ihr der Meinung seid, das ist alles furchtbar, was hier vorgetragen wird, das könnt ihr nicht mittragen. Wir sind der Auffassung, dass wir dem Beschlussvorschlag der CDU, der FDP und der Unabhängigen folgen können bis zu einem bestimmten Punkt. Und zwar: Der Landrat wird gebeten, gemäß den Beschlüssen des Kreisausschusses vom 09.10.2023 bis 20.11.2023 zur Anordnung einer zulässigen

Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h — a) und b) lasse ich jetzt mal offen, lese ich jetzt nicht vor, jeder weiß, was da steht — die Geschwindigkeitsbeschränkung unverzüglich anzuordnen, wenn die Landesregierung dies bis Ende Januar nicht eindeutig durch eine Weisung nach S 88 NKomVG ausdrücklich untersagt. Punkt. Ob wir dann noch möglicherweise weitere Schritte einleiten, wollen wir von der Entwicklung dieser Geschichte abhängig machen.

Also das wäre jetzt der Beschluss, den wir jetzt hier zumindest mit der CDU abgesprochen haben, ich weiß nicht, ob ihr euch das auch vorstellen könnt, dass wäre, denke ich, mal eine Möglichkeit, so weiterzugehen. Ich sehe Zustimmung von Herrn Stuke, Herr Ebert, Sie auch in der Richtung, dann wäre das der gemeinsame Antrag, der jetzt hier von uns mit unterschrieben werden würde oder wir würden dem in dieser Form mit zustimmen. Herzlichen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender:

Jetzt hat der Landrat um das Wort gebeten.

Landrat Bernd Lynack:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank, ich war eben in der kurzen Sitzungsunterbrechung auch bei der Mehrheitsgruppe dabei, ich danke, dass wir das auf dem Weg so machen können. Ich habe auch grad mit dem Kreistagsbüro gesprochen, ich lass mir morgen früh gleich einen Protokollauszug geben und werde versuchen, obwohl das Landtagsplenum läuft, den Minister persönlich an die Strippe zu kriegen, damit wir diese Kuh endlich vom Eis kriegen. Danke.

Stellvertretender Vorsitzender:

Dann würde ich jetzt den geänderten Beschlussvorschlag, der jetzt ja allgemeine Zustimmung gefunden hat, einmal vorlesen.

Der Landrat wird gebeten, gemäß den Beschlüssen des Kreisausschusses vom 09.10.2023 und 20.11.2023 zur Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h a) vor der Ev. luth. Kindergartentagesstätte St. Dionys in Hoteln und b) vor der Kindergartentagesstätte Cosmas und Damian, der Josef-Müller-Schule, der Sporthalle Groß Dungen und der AWO-Tagespflegeeinrichtung Groß Dungen die Geschwindigkeitsbeschränkung unverzüglich anzuordnen, wenn die Landesregierung dieses bis Ende Januar nicht eindeutig durch eine Weisung nach S 88 NKomVG untersagt.

Der Rest entfällt.

Wenn das hier Zustimmung findet, dann bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Dann ist das bei zwei Enthaltungen mehrheitlich angenommen. Vielen Dank.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 23, Gymnasium Michelsenschule, Antrag der CDIJ-Fraktion vom 20.09. Wird hierzu das Wort gewünscht? Heinz Machtens bitte.

Heinrich Machtens:

Herr Landrat Lynack, ich habe vorhin Ihrer Haushaltsrede aufmerksam zugehört und habe festgestellt, dass Sie die Michelsenschule erwähnt haben. Dafür erst mal recht herzlichen Dank. Ich kann davon ausgehen, dass dann im nächsten Jahr, Frühjahr / Sommer dort der Spatenstich erfolgt mit den zusätzlichen — die Ausschreibung wird wohl im Frühjahr laufen, so dass wir zumindest im nächsten Jahr die ersten fünf Millionen verbauen könnten, die anderen 16 Millionen stehen 2026 im Haushalt, so dass wir dann voraussichtlich 2027 fertig werden, so dass dann die Container und auch die Brauhausschule eventuell Geschichte sind. Es wäre wünschenswert, ich drücke Ihnen die Daumen, wenn's am Spaten fehlen sollte, den kann ich besorgen. Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender:

Hier ist kein Beschlussvorschlag mit verbunden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt Nr. 24, Richard-von-Weizsäcker-Schule in Ottbergen, Gebäudesanierung und Abdeckung von Raumbedarf, Beauftragung von Objektplanern. Das ist die Vorlage 801. Wird dazu das Wort gewünscht? Frau Bertram bitte.

Ute Bertram:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es geht im Grunde genommen darum, dass wir es ja grundsätzlich gut finden, dass gebaut wird, dass saniert wird, gerade wenn auch Bedarf ist, denn die Richard-von-WeizsäckerSchule hat Sanierungsbedarf und Sanierungsstau, das ist gut, aber wir würden uns schon wünschen, dass auch gerade bei dieser Größenordnung — wir reden hier über 11 Millionen Euro — dass auch eine ordentliche Beratung in den jeweiligen

Fachausschüssen stattfindet. Und nicht nur ein kurzfristiger Lauf in den jeweiligen Ausschüssen, im Finanzausschuss am 11.11., am 19.11. dann im Schulausschuss, am 20.11. dann im Kreisentwicklungsausschuss, dann im Kreisausschuss und im Kreistag wäre ja dann bei der letzten Sitzung gewesen.

Ich bin ganz ehrlich, 11

Millionen, zweieinhalb Millionen Planungskosten, ich weiß nicht, wie die Mehrheitsgruppe das sieht und die anderen natürlich auch, aber ich finde, wir haben Ausschüsse, die haben das zu beraten und ich würde auch darum bitten, dass man auch diese Wege richtig einhält, damit wir uns auch eine Meinung bilden, gleichwohl werden wir dieser Vorlage auch zustimmen. Aber diese Kritik, die musste ich noch mal anbringen. Danke.

Stellvertretender Vorsitzender:

Dann Herr Domning bitte. Herr Domning zieht zurück, Herr Rosemann bitte.
Klaus Rosemann:

Ja Herr Vorsitzender, Frau Bertram, das ist erst mal nur die Beauftragung der Objektplanung. Das ist im nächsten Jahr dann erforderlich, um da zu starten. Die echte Baumaßnahme wird natürlich dann noch mal ausgeschrieben. Ich hatte schon in einer anderen Sitzung gesagt, dass bei der Komplexität dieser ganzen Projekte es, glaube ich, nötig ist, dass wir nicht nur einfach in den Haushalt Geld einstellen und sagen: Damit hat uns der Kreistag alles genehmigt, wir sollten es tatsächlich im Schulausschuss, Bauausschuss und auch im Finanzausschuss regelmäßig darstellen, wie wir vorgehen, welche Projekte anstehen, welche Ausschreibungen erforderlich sind, also da bin ich ganz bei Ihnen, dass wir das so machen.

Stellvertretender Vorsitzender:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, Dann kommen wir zur Abstimmung der Vorlage 801. Wer dafür ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Mit einigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 25, Erfüllung der Betreiberverantwortung für Schulen in der Trägerschaft des Landkreises, Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04. Wird dazu das Wort gewünscht? Herr Rosemann bitte.

Klaus Rosemann:

Als Erläuterung dazu: Das Thema Betreiberverantwortung ist natürlich ein Thema, was uns auch beschäftigt, also die Verpflichtungen, die daraus entstehen, sind schon sehr groß. Wir sind mit den Berichten von Bauordnung, TÜV und ähnlichem natürlich laufend dabei, die aufzunehmen und auch sie abzuarbeiten, also Mängel zu beseitigen, so wie es im zeitlichen Ablauf geht. Eine Erfassung der Einzelobjekte ist in Vorbereitung, wir sind da auch in enger Abstimmung mit dem Landrat, so dass wir einen Überblick haben, welche Objekte gibt es, was ist dort zu machen und machen auch eine Zeit- und Finanzplanung darauf. Die Verwaltung beabsichtigt, das natürlich auch — wie ich eben schon sagte — regelmäßig in den Ausschüssen zu berichten, wie da der Stand ist. Es erfolgt natürlich auch eine Abstimmung mit den Schulen, so dass sie natürlich auch vorher in Erfahrung bringen können, was dort ansteht, wie das in der Zeitschiene vorgesehen ist, damit sie ihren Unterricht und die Ablaufplanung darauf einstellen und abstellen können.

Die Veröffentlichung einer detaillierten Liste, wie es in dem Antrag hier genannt oder gefordert ist, halten wir deshalb nicht für notwendig, also es wird ja in öffentlichen Sitzungen dann Ihnen letztlich auch zur Kenntnis gegeben, was wir vorhaben, wann an welcher Schule was passiert.

Stellvertretender Vorsitzender:

Dann habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Schiedeck.

Carsten Schiedeck:

Ja Herr Vorsitzender, meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch mal die

Dringlichkeit dieses Anliegens erläutern. Es ist ja so, dass wir mit unserem Schulausschuss schon verschiedene Schauplätze im Kreis uns angeschaut haben, verschiedene Schulen besichtigt haben, was wir dort zum Teil sehen und was wir dort berichtet bekommen, ist ja niemandem aus dem Schulausschuss tatsächlich bekannt. Ich erinnere mich noch mit Schrecken an einen Beitrag, der uns mal von einem naturwissenschaftlichen Lehrerkollegen berichtet worden ist. Der berichtete, dass in seiner Schule — ich kann jetzt nicht mehr genau ins Gedächtnis rufen, welche Schule es war, aber der berichtete, dass seit drei Jahren an seiner Schule der naturwissenschaftliche Trakt nicht mehr den Vorgaben entspricht. Es gibt natürlich da Sicherheitsvorschriften, es gibt da natürlich auch vom Kultusministerium Vorgaben, wie so ein naturwissenschaftlicher Trakt ausgestaltet sein muss, und der Kollege berichtete uns glaubhaft, dass das seit wenigstens drei Jahren nicht mehr der Fall sei. Das ist natürlich beschämend, denn wir als Mitglieder des Schulausschusses sind natürlich da auch dran interessiert, Derartiges zu wissen und deswegen schwebt uns mit diesem Antrag, den wir hier eingebracht haben, so etwas wie ein digitaler Kummerkasten vor, auf den die Mitglieder des entsprechenden Fachausschusses dann auch Zugriff haben und bei der Gelegenheit dann auch sehen können, wie es mit der Abarbeitung dieser anfallenden Dinge, die dort bemängelt werden, dann läuft. Also von daher, diese Geschichte hat Dringlichkeit. Ich kann immer nur hoffen und beten, dass nicht mal irgendwas passiert in einer der Schulen, wo bestimmte Vorgaben eben schon seit Jahren nicht mehr eingehalten werden. Wir würden uns alle ein Stück weit mitschuldig machen. Dass wir das so gelassen sehen, liegt, glaube ich, ein gutes Stück weit daran, dass die meisten von uns gerade keine Kinder im schulpflichtigen Alter haben. Ich glaube, wenn das der Fall wäre, dann sähe das schon ganz anders aus. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellvertretender Vorsitzender:

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen über den Antrag 541. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Dann springen wir ein bisschen in der Tagesordnung, den Rest haben wir schon abgearbeitet, zum Tagesordnungspunkt 28, Überörtliche Prüfung der administrativ-organisatorischen Vorbereitungsmaßnahmen zur Krisenbewältigung, den Rest spare ich mir jetzt mal, mit der Vorlage 803. Gibt es dazu Wortmeldungen? Frau Renner-Köhne bitte.

Katy Renner-Köhne:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorgelegten Bericht des Landesrechnungshofs wurde geprüft, wie gut der Landkreis auf Katastrophenereignisse vorbereitet ist. Da es sich bei Katastrophen schon der Definition nach immer um akute Gefahren für Leben, Gesundheit, lebenswichtige Versorgungsstrukturen oder Sachwerte unserer Bevölkerung handelt, müssen wir hier genauer hinschauen.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Rechnungshof anerkannt hat, dass die Behörden insgesamt ganz gut aufgestellt sind. Allerdings werden eben auch

Misstände festgestellt, auch beim Landkreis Hildesheim. Auf diese Misstände geht die Vorlage der Verwaltung leider in keiner Weise ein. Die CDU-Fraktion hat durch Fragen und Anträge im letzten Jahr immer wieder auf Personalvakanz im Amt 205 hingewiesen. Jetzt stellte sich heraus, dass in der wichtigen Angelegenheit Katastrophenschutz bisher keine Übung in voller Besetzung des Stabes stattgefunden hat, keine umfassende und aktuelle Übersicht zu KRITIS vorliegt, Notfallpläne in den vergangenen fünf Jahren nicht erprobt wurden.

Mit unserem Antrag fordern wir den Landrat auf, diese angesprochenen Mängel beim Landkreis Hildesheim zu beseitigen. Katastrophenschutzübungen sind unverzüglich zu planen und zu terminieren. Ich wüsste nicht, wie man diesem Antrag nicht zustimmen könnte und bitte daher um Ihre Unterstützung.

Stellvertretender Vorsitzender:

Nächster Redner Herr Hauk bitte.

Martin Hauk:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Fachausschuss 3 haben wir da ausgiebig drüber diskutiert, lange darüber gesprochen und, wie gesagt, die Verwaltung hat uns das Ergebnis dieser Prüfung vorgelegt. In dieser Diskussion, die dort dann entstand, wurden aber, so habe ich es jedenfalls empfunden, und so haben es auch tatsächlich Teile der CDU empfunden, dass die Bedenken eigentlich ausgeräumt sind und dass die Antworten der Verwaltung zufriedenstellend waren. Doch, genauso haben wir es im Fachausschuss besprochen. Die Verwaltung — nein, nein, nein, nein — die Verwaltung hat uns auch zugesichert, dass die genannten Mängel abuarbeiten sind oder abgearbeitet werden und im Fachausschuss auch regelmäßig darüber berichtet wird. Das war alles Gegenstand der Diskussion und der Debatte, die wir im Fachausschuss hatten.

Und deswegen frage ich mich, warum wir jetzt diesen Antrag wieder hier haben, da er ja durch diese Aussagen oder beziehungsweise durch das, was im Fachausschuss gewesen ist, obsolet geworden ist und jetzt steht er hier doch wieder zur Abstimmung. Also ich weiß nicht, was das soll, wir waren uns eigentlich — soweit ich mich erinnern kann — einig, dass dieser Antrag nicht gestellt werden muss. Deshalb werden wir ihn dann auch ablehnen. Danke.

Stellvertretender Vorsitzender:

Jetzt habe ich noch drei Redner auf meiner Liste. Als erstes Herr Stuke bitte.

Josef Stuke:

Sehr geehrter stellvertretender Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mir dieses Fazit, das heißt die wesentlichen Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs angesehen und bin danach der gleichen Meinung wie die CDU. Üblicherweise, ich kenne ja das Procedere ganz genau, ist es so, dass die Verwaltung zu solchen Prüfungsfeststellungen Stellung nimmt, und ich emarte eigentlich von der Verwaltung, dass das auch in einer Vorlage entsprechend niedergelegt wird, damit der Kreistag sieht, was im Einzelnen unternommen worden ist, um diesen Feststellungen Rechnung zu tragen. Das ist das Mindeste, einfach nur darüber informieren, dass es eine solche Prüfungsmitteilung gibt und welches die Feststellungen sind, das reicht zumindest nicht aus, und deshalb bitte ich darum,

entsprechend zu verfahren und den Ausschuss schriftlich in einer Vorlage zu informieren. Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender:

Als nächstes Herr Bettels bitte.

Dirk Bettels:

Ich meine auch, dass man die Geschichte nicht ganz so einfach sehen kann wie Sie,

Herr Hauk. Wir haben gehört, dass das alles schön und gut ist, was der Landesrechnungshof feststellt, aber wir haben doch ein Hochwasser gehabt und da hat doch alles geklappt. Das war die Antwort. Aber das ist nicht das, was wir meinen. Das ist der Katastrophen- und Spannungsfall, der hier simuliert wird, und das ist eine Ebene, die ist weit darüber hinaus, ob mal Feuerwehrleute zusammenkommen und ein Hochwasser bei allem Respekt behandeln, da geht es um viel, viel, viel mehr Details.

Nun kommt der Landkreis Hildesheim noch gut weg. Die Stadt Hildesheim hat in fünf Jahren, also im Untersuchungszeitraum nicht eine einzige Übung gemacht. Nicht eine einzige Übung. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, das können wir doch unserer Bevölkerung gar nicht präsentieren. Und deswegen verstehe ich nicht, warum wir nicht alarmiert sind und gemeinsam darauf drängen, dass wir an dieser Stellschraube der öffentlichen Sicherheit drehen und das machen, was andere Kommunen auch leisten können, nämlich eine ordnungsgemäße Katastrophenabwehr. Darum bitte ich Sie um die Zustimmung. Stellvertretender Vorsitzender:

Als nächstes Herr Prior bitte.

Friedhelm Prior:

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte um Nachsicht, wenn ich noch etwas dazu sage. Wir haben im Ausschuss das eben nicht vorgetragen bekommen, Herr Hauk, was Sie hier sagen. Ihre Wahrnehmung mag anders gewesen sein, unsere war das gar nicht. Deswegen haben wir auch auf unseren Beschlussvorschlag weiterhin verfolgt, auch im Kreisausschuss und deswegen auch heute hier. Ich darf noch mal auf eins hinweisen, was wir auch im Ausschuss gesagt haben: Es geht hier nicht um Szenarien Hochwasserschutz. Es geht hier auch um den erweiterten Katastrophenschutz. Der erweiterte

Katastrophenschutz, wenn Sie ins NKomVG hineinschauen, dann sind damit auch die Aufgaben gemeint, die wir vom Bund übertragen bekommen haben, das ist der Spannungs- und Verteidigungsfall. Das ist also die gesamte Palette, auf die wir uns vorbereiten müssen, um solche Katastrophen abzuwehren- Das geht weit — Herr Bettels hat's gesagt — über den Rahmen Hochwasser hinaus. Wir haben ja von verschiedenen Leuten, die in der Feuerwehr tätig sind oder im Rettungsdienst tätig sind, gehört, dass wir viel mehr uns darauf einstellen müssen. Sie haben ja zutreffender Weise Mittel beantragt für den Katastrophenschutz. Aber das, was wir

uns an Szenarien vorstellen müssen, geht über das hinaus, was wir in den letzten Jahren hier erlebt haben. Das hören wir doch jeden Tag im Fernsehen. Wenn ich jetzt also sage, wir sollen Übungen machen, Vollübungen, dann stellt sich doch schon mal von vornherein die Frage: Welches Szenarium wollen wir denn unterstellen? Wenn wir eine Übung machen, wird zum Schluss die Übung ausgewertet. Waren wir auf den Fall vorbereitet? Wollen wir jetzt sagen: Wir nehmen nur Hochwasser: Oder haben sie auch andere Szenarien, wo wir sagen müssen: Auch das müssen wir üben, dann wäre es doch sicherlich sehr sinnvoll, mal darüber nachzudenken, also nicht einfach zu sagen, es wird mal eine Übung gemacht und dann ist gut, sondern hier geht es darum, dass wir uns vorbereiten müssen auf wirkliche Katastrophenlagen in jeglicher Form, die uns erreichen können. Und da ist es doch recht und billig und Herr Stuke hat es gesagt, da müssen wir von der Verwaltung hören, welche konkreten Maßnahmen sind jetzt nun vorgesehen, um das, was jetzt beanstandet worden ist, wirklich abzuwenden. Ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar, wenn Sie dem Beschlussvorschlag zustimmen würden. Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender:

Nächster Redner Herr Hodur von der SPD-Fraktion.

Karl-Heinz Hodur:

Ich möchte mal kurz klarstellen, es ist ja nicht so, dass der Landkreis nichts unternommen hat. In jüngster Vergangenheit war der Verwaltungsstab mit dem taktisch operativen Stab eine Woche in Ahrweiler und wurde dort geschult. Auf dem Gebiet wird schon was gemacht. Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender:

Dann Herr Dr. Bruns, bitte.

Dr. Thomas Bruns:

Ich habe auch nur eine kurze Nachfrage. Vor ein paar Wochen liefen mir hier auch Soldaten aus dem Haus über'n Weg, und die haben mir auch gesagt, die üben hier irgendein Szenario für sowas, für den Ernstfall, deswegen, hier wird doch was gemacht, deswegen frage ich mal nach, das muss doch die Verwaltung wissen, was die, die haben doch den Ernstfall hier geübt irgendwie bestimmt.

Stellvertretender Vorsitzender:

Möchte die Verwaltung darauf antworten? Herr Landrat.

Landrat Bernd Lynack:

Die Verwaltung antwortet natürlich gerne darauf. Herr Dr. Bruns, Mitglieder des Katastrophenschutzstabes HVB und das auch im neuen Stabsmodell, das, was Herr Hodur gerade angesprochen hat, das gerade eine Woche in Ahrweiler den Ernstfall geprobt hat, hat hier Räume im Haus, das Kreisverbindungskommando, die Bundeswehr. Die sind monatlich mindestens im Haus, um ihren Teil ihrer Aufgaben allein zu proben beziehungsweise auch in den Schulungen des Stabes mit dabei zu sein. Dass nichts gemacht wurde, Frau Renner-Köhne, kann ich auch nur entschieden zurückweisen und das soll Ihnen auch im Fachausschuss vorgestellt worden sein. Kontinuierlich sind wir dabei. Wir wissen um die Defizite, die es gegeben hat, die jetzt

aufzuarbeiten, den Stab und alle Mitwirkenden hier zu schulen. Ich hab es mir zur Angewohnheit gemacht, weil das auch Menschen sind, die das teilweise neben ihrer normalen Arbeit hier im Haus machen, darüber hinaus aber auch alle noch Beschäftigte anderswo sind von den weiteren Hilfsorganisationen, die dazukommen, sie wenigstens einmal an diesem Tag zu begrüßen und die Wertschätzung der gesamten Kreisverwaltung auch in Ihrem Namen zu überbringen, dass sie sich für uns weiterbilden. Also noch mal: Wir sind da dran. Wir berichten darüber regelmäßig im Ausschuss und ja, ich hab das auch lieber, wenn es einen grünen Haken vom Landesrechnungshof gibt, den grünen Haken hat es nicht gegeben, aber wir haben schon den Ehrgeiz, diesen grünen Haken beim nächsten Mal zu bekommen und dafür tun wir im Moment sehr, sehr viel.

Stellvertretender Vorsitzender:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag 687 der CDU-Fraktion abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Dann ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Kommen wir zum Tagesordnungspunkt 30, Entwicklung der Windkraft und dafür erforderliche Ausgleichsflächen, Antrag der CDU-Fraktion vom 09.04. und damit dem dazugehörenden Antrag vom 21.11.2024 und wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung, Frau Dr. Weber, bitte.

Dr. Susanne Weber:

Genau und zwar geht es um den Antrag 544, der ist ja lediglich, das ganze Thema hier auf die Tagesordnung zu setzen, es geht ja um den Antrag 686/XIX mit dem TOP Entwicklung der Windkraft und dafür erforderliche Ausgleichsflächen. Ich stelle den Antrag auf Nicht-Befassung und ich möchte das damit begründen, dass wir einen Antrag in der Kreistagssitzung am 28. Oktober 2024 behandelt, diskutiert und abgestimmt haben, der abgelehnt wurde, der vom Inhalt identisch ist. Lediglich die Überschrift ist eine andere. Damals hieß der TOP Entwicklung der Windkraft und dafür erforderliche Ausgleichsflächen, diesmal haben Sie Entwicklung der Windkraft und dafür erforderliche Ausgleichsflächen, ist dasselbe sogar. Also wir haben diesen Antrag schon behandelt und diskutiert. Damals hatte er eine andere Nummer, 507/XIX. Der wurde abgelehnt. Sie möchten jetzt einen vom Inhalt identischen Antrag mit einer anderen Nummer hier jetzt noch mal befassen? Das nenne ich effizient.

Stellvertretender Vorsitz

Wir haben jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung, Herr Prior, gibt es da eine Gegenrede zu?

Friedhelm Prior:

Erst einmal dazu vortragen und dann kann ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt werden.

Stellvertretender Vorsiuender:

Das ist ja auch in Ordnung. So, dann habe ich jetzt erst mal Herrn Dr. Bruns als

Redner. Gibt es weitere Redner dazu? Ich lasse jetzt erst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen, und danach dürfen die Redner natürlich noch reden, die sich jetzt gemeldet haben. Er darf erst sprechen? Gut, dann Herr Dr. Bruns, bitte, zuerst sprechen.

Dr. Thomas Bruns:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, ich mache es auch kurz, damit ich Ihre Zeit nicht unnütz lang verschwende. Ich bringe nur kurz ein das Thema zum Beschlussvorschlag Entwicklung Windkraft und dafür erforderliche Ausgleichsflächen, Vorlage 686 und bitte um Zustimmung.

Stellvertretender Vorsibender:

Gut, dann Herr Esse bitte.

Manfred Esse:

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wir finden den Antrag eigentlich ganz gut. Wir hätten den selbst gestellt, wohl wissend, dass dieser Antrag von uns hier wieder abgelehnt worden wäre, wie alle unsere Anträge, wie wir heute gesehen haben. Ja, ist bedauerlich. Auf die Frage an einige Kollegen, warum denn unsere Anträge abgelehnt würden, bekamen wir zur Antwort: Weil man uns, die AfD, damit wählbar mache. Nun war es sehr tröstlich zu sehen, wer sich wählbar gemacht und nicht wählbar gemacht hat bei den letzten Landtagswahlen in Niedersachsen und in Mitteldeutschland, ja, ja, so war das. Wir finden den Antrag gut und werden die CDU damit unterstützen und dem Antrag zustimmen.

Stellvertretender Vorsitzender:

Jetzt haben wir den Geschäftsordnungsantrag auf Nicht-Befassung, über den lasse ich jetzt abstimmen.

Ute Bertram:

Wir haben eine Gegenrede zu dem Geschäftsordnungsantrag.

Ich mache es ganz kurz. Herr Vorsitzender, ich habe eben noch mal in der Tagesordnung der November-Kreistagsordnung geguckt, der Antrag, den du gemeint hast, Susanne, der ist verlagert worden auf die heutige Sitzung, weil es eben schon später war. So steht es jedenfalls drin im Kreistagsinformationssystem.

Dr. Susanne Weber:

Darf ich dann die Klarstellung? Der Antrag 587/XIX mit dem Titel Teilprogramm Windenergienutzung wurde am 28. Oktober diskutiert und hier abgestimmt und abgelehnt. Der ist jetzt noch mal hier in dieser Sitzung mit einem anderen Titel, mit einer anderen Nummer, aber die Teilpunkte 1, 2, 3, 4 sind identisch vom Inhalt. Ja, aber wir können uns auch...

Stellvertretender Vorsitzender:

Wir stimmen jetzt über den Geschäftsordnungsantrag ab. Es gab den Antrag auf Nicht-Befassung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Dann ist dem Antrag auf Nicht-Befassung mehrheitlich zugestimmt worden.

Dann verfahren wir weiter in der Tagesordnung mit dem Tagesordnungspunkt 32, Erfassung und Pflege der Gewässer dritter Ordnung, Antrag der CDU-Fraktion vom 13.04. Wird dazu das Wort gewünscht? Frau Dr. Weber zur Geschäftsordnung.

Dr. Susanne Weber:

Ich hätte da einen Antrag zur Geschäftsordnung. Ich beziehe mich auf, fassen wir zusammen auf den Antrag 693/XIX, dieser Antrag möchte ich bitten in den Fachausschuss A2 zu verweisen, weil wir über diesen Antrag inhaltlich noch nicht inhaltlich diskutiert haben.

Stellvertretender Vorsitzender:

Gut, dann gibt es diesen Geschäftsordnungsantrag. Gibt es Wortmeldungen dazu? Herr Prior bitte. Gut, dann müssen wir erst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Also wer dafür ist, Frau Dr. Weber möchte gerne diesen Antrag in den Fachausschuss verweisen. Dann lasse ich jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer dafür ist, den Antrag in den Fachausschuss zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen- Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Dann ist er mehrheitlich in den Fachausschuss verwiesen. Dann gebe ich wieder zurück an Marc Ehrig.

Vorsitzender:

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 33, Zweckvereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung, Vorlage 814. Wird dazu das Wort gewünscht? Wer ist gegen diese Vorlage? Wer enthält sich? Damit einstimmig, herzlichen Dank.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 34 mit einigen Unterpunkten bezüglich Stromtrassen im Landkreis Hildesheim, mehrere FDP-Anträge. Claas, ich bitte dich, wenn und jetzt gleich sprichst, auch mitzuteilen, über welchen Antrag wir dann abstimmen sollen.

Claas Ebert:

Vielen Dank, das hatte ich eh vor. Erst mal: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass der Antrag nun endlich mal zur Abstimmung kommt. Das ist ja jetzt der dritte Versuch, glaube ich, dass er auf der Tagesordnung steht. Schön, dass es inzwischen soweit ist. Es geht um den Beschlussvorschlag bzw. Antrag 681, den Rest hatten wir eigentlich auch schon in Ausschüssen entsprechend zurückgezogen. Im Kern geht es darum, dass wir nicht einverstanden sind damit, dass durchgängig im kompletten Landkreis, grundsätzlich überall, die Erdverkabelung oder der Erdkabelvorrang gelten soll und die Böden im Landkreis derart belastet werden sollen. Damit man sich mal vorstellen kann, wie groß das wird, das sind so 50, 60 Meter teilweise, da werden 50 bis 60 Meter große Schneisen durch den Landkreis gezogen. Bei etwaigen Wartungen oder Reparaturen werden die Äcker, die Wälder und so weiter, wo die Kabel eben mal gerade liegen, wieder erneut aufgebuddelt. Das ist doch eine Belastung, die wir nicht verhältnismäßig und auch nicht gut finden. Natürlich sind Freileitungen optisch jetzt auch nicht unbedingt das Ideal, da verstehe ich jeden, der das nicht so schön findet,

aber bei einer Abwägung zwischen technischen, ökonomischen und ökologischen und optischen Argumenten kommen wir zu dem klaren Votum, dass Freileitungen doch zu bevorzugen sind. Daher fordern wir als Mittelweg, dass sich der Landkreis bei der Antragskonferenz für ausreichend Bodenschutz einsetzt und dazu zählt auch der Bau von Freileitungen da, wo es sinnvoll und notwendig ist. Die Kritik aus den Ausschüssen haben wir entsprechend eingebaut, daher auch die vielen verschiedenen Anträge. Wie gesagt, es geht um 681, da haben wir den Antrag entsprechend geändert und bitten nun um Zustimmung zu diesem geänderten Antrag. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Schönen Dank. Wird weiterhin das Wort gewünscht zu diesem Tagesordnungspunkt? Für die CDU-Fraktion Herr Gerhardy, bitte schön.

Clemens Gerhardy:

Ja Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion unterstützt diesen geänderten Antrag. Ich habe eben noch mal in der letzten Fassung nachgeschaut, da stand ja drin pauschal statt Erdkabel-Freileitung und da haben Sie, Herr Ebert, nun daraus gemacht, dass eben durch den vermehrten Bau von Freileitungen statt Erdkabel das Ganze vorangetrieben werden soll. Wie wir alle wissen, ist der Landkreis Hildesheim — ich habe auch da noch mal nachgeschaut — durch vier neue Leitungen betroffen, den Nord-West, den Ost-West, den SuedLink und natürlich auch noch den SuedWestLink. Ich denke, dass die große Gruppe dem auch ohne Probleme zustimmen kann, auch da habe ich noch mal nachgeschaut, also keine Sorge, daran ist die große Ampelkoalition in Berlin nicht zerbrochen. Vielmehr ist es genau das Gegenteil. Es gibt aktuell ein Schreiben Energiewende muss bezahlbar sein und es ist ein Antrag, das ist vielleicht ganz interessant, der Bundesländer Baden-Württemberg und Sachsen, unterschrieben von Ihrem grünen Kollegen Herrn Kretschmann, wo ganz klar drinsteht, dass eben zukünftig vermehrt Freileitungen statt Erdkabel verlegt werden sollen. Im Übrigen gibt es auch ein Positionspapier der Arbeitsgruppe Wirtschaft, der SPD-Bundestagsfraktion, wo Ähnliches gefordert wird, also von diesen Aspekten her können Sie ruhigen und guten Gewissens diesem Antrag zustimmen. Vielen Dank.

Vorsitzender:

Herr Meyer für die AfD-Fraktion bitte.

Hans Martin Meyer:

Meine Damen und Herren, ich möchte noch mal in Erinnerung bringen, dass ja so 2016, 15 es Bürgerinitiativen gab, die massiv gefordert haben, diese Leitungen alle unter die Erde zu bringen und sich dann auch im Prinzip auch erfolgreich durchgesetzt haben, indem man das so geplant hat. Jetzt soll also die Rolle rückwärts gemacht werden und gerade da wird es wahrscheinlich auch wieder den Südkreis treffen, aber vielleicht ist es ganz gut, wenn wir hohe Leitungen dahin bauen, dann kommen da keine Windkraftträder mehr hin. Ich weiß es nicht. Also das ist so ein bisschen, ne, einmal links, einmal rechts und wieder zurück und die Entscheidung ist politisch vor vielen Jahren mal getroffen worden, dass es so ist, dass es unter die Erde kommt, damit man das halt nicht alles vor der Nase hat. Das hat ja auch Gründe, und ich finde, da geht der Menschenschutz immer noch vor dem Bodenschutz. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender:

Für Bündnis 90 / Die Grünen, Herr Domning aus der Mehrheitsgruppe.

Ekkehard Domning:

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine Damen und Herren, der Zug ist durch. Die Entscheidung, Erdverkabelung zu machen, ist lange getroffen. Wir haben hier im Kreistag auch schon vor vielen Jahren darüber debattiert. Ich selber hab auch meine Meinung an der Stelle geändert. Ich finde, der Bodenschutz hat durchaus Gewicht zu haben, aber ich finde es beachtlich, dass wir ein Bundesgesetz haben, um jetzt dieser Unternehmung, die diese Leitungen baut, schneller die Umsetzung zu ermöglichen, also immer genau das, was Sie immer wollen, nämlich dass die Dinge schneller umgesetzt werden, und justament jetzt möchten Sie dann gerne Steine ins Getriebe werfen, das ganze Planungsverfahren am Ende aufrollen, es steht jetzt nicht mehr im Antrag drin, aber das war ja Ihr ursprüngliches Begehren, mit dem Ziel, dass am Ende die Industrie am anderen Ende der Leitung den Strom nicht kriegt, den sie dringend braucht. Das ist nicht hinzunehmen und deswegen ist der Antrag abzulehnen. Wenn es Ihnen wirklich um den Bodenschutz geht, da gibt es genügend Möglichkeiten, sich um den Bodenschutz im Landkreis zu bemühen, bei jedem Gewerbegebiet, bei jeder Straße, bei jeder Geschichte, mit der wir uns bei Bodenversiegelung befassen, können wir uns über Bodenschutz unterhalten, da gibt es ein weites Feld. Die breite Fläche, die da umgepflügt wird, da haben Sie Recht, das ist so, mittlerweile sind aber die Verfahren anders, das heißt, es wird das Bodengedächtnis gelöscht, also archäologische Geschichten sind dann nicht mehr da, aber die Reihenfolge der Bodenschichten wird wieder vernünftig aufgebracht. Also lassen Sie uns jetzt endlich die Energiewende voranbringen. Wenn wir dann das nächste Mal sind, dann sind wir alle ein bisschen klüger und sagen: Ja, dann können wir auf Erdverkabelung verzichten, dann hat sich die Zeit geändert. Ablehnen bitte. Danke.

Vorsitzender:

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 34? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lass ich über den Antrag der Liberalen, das ist der Antrag 681, abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe und der AfD abgelehnt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 35, Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim. Es ist gängige Praxis, dass wir alle Tagesordnungspunkte und alle Vorlagen en bloc entscheiden. Regt sich dagegen Widerspruch? Gibt es zu dem Tagesordnungspunkt Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Beschlussvorlage? Wer enthält sich? Damit Einstimmigkeit. Herzlichen Dank.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 37, weil 36 zurückgezogen wurde,

Mitteilung der Verwaltung, der Herr Landrat ist nicht da, die erste Kreisrätin schon etwas länger nicht. Deshalb frage ich den Kreisrat, er weiß von nix, von daher gibt es wohl keine Mitteilung der Verwaltung.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 38. Gibt es Anfragen aus dem Plenum? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich hiermit den öffentlichen Teil nach achteinhalb Stunden. Herr Wedig, Ihre Arbeit beginnt jetzt. Herzlichen Dank, dass Sie so lange ausgehalten haben. Nicht auszudenken, wenn noch der Gutachter dagewesen wäre beim Rettungsdienst, dann hätten wir tatsächlich die Zeit vollgekriegt bis Mitternacht.